

Kinder- und Familienhilfe in Luxemburg

Eine Bilanz zur Gesetzesreform

Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF) 2015



Ulla Peters
Julia A. Jäger

Universität Luxemburg Juli 2015

Im Auftrag des Ministeriums für nationale
Bildung, Kindheit und Jugend

Verfasserinnen

Ulla Peters, Julia A. Jäger

Redaktion

Université du Luxembourg, Faculté de Lettres, des Sciences Humaines, des Arts et des Sciences de l'Éducation (FLSHASE), Unité de Recherche INSIDE, Institute for Research and Innovation in Social Work, Social Pedagogy, Social Welfare (IRISS)

Bezug

<http://www.enfancejeunesse.lu>

<http://www.men.public.lu>

Zitation

Peters, Ulla, Jäger, Julia A. (2015). Eine Bilanz zur Gesetzesreform Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF). Universität Luxemburg: Luxemburg.

Inhaltsverzeichnis – kurz

1. Einführung	6
1.1. Hintergrund und Kontext	6
1.2. Ziele der Reform.....	8
1.3. Erste Ergebnisse: Bericht Mai 2014	11
1.4. Evaluation: Auftrag und Umsetzung	13
2. Innensichten: Perspektiven von Professionellen auf die Reform.....	20
2.1. Strukturelle Reform: Finanzierung und Akteure	20
2.2. Strukturen von Hilfen.....	35
2.3. Déjudiciarisation und Prävention.....	38
2.4. Partizipation und Projet d’Intervention	40
2.5. Kooperation und Koordination	47
2.6. Allgemeine Bewertung der Reform und des Reformprozesses	52
3. Außensichten: Perspektiven von Justiz und Schule auf die Reform	65
3.1. Strukturelle Reform: Finanzierung und Akteure	68
3.2. Strukturen von Hilfen.....	73
3.3. Déjudiciarisation und Prävention.....	76
3.4. Partizipation und das Projet d’Intervention.....	80
3.5. Kooperation und Koordination	81
3.6. Allgemeine Bewertung der Reform und des Reformprozesses	88
4. Diskussion und Empfehlungen	97
4.1. Strukturelle Reform.....	98
4.2. Strukturen von Hilfen.....	1022
4.3. Déjudiciarisation und Prävention.....	1033
4.4. Partizipation und das Projet d’Intervention.....	1044
4.5. Kooperation und Koordination	1055
5. Anhang.....	1077
5.1. Quellen	1077
5.2. Ergebnisse des Berichtes vom Mai 2014.....	1100
5.3. Materialien.....	1111
5.2. Ergebnisse Fragebogen	12828

Inhaltsverzeichnis – lang

1. Einführung	6
1.1. Hintergrund und Kontext	6
1.2. Ziele der Reform.....	8
1.3. Erste Ergebnisse: Bericht Mai 2014	11
1.4. Evaluation: Auftrag und Umsetzung	13
1.4.1. Thematische Schwerpunkte	13
1.4.2. Methodisches Vorgehen und Stichprobe	15
1.4.3. Analytische Perspektiven.....	19
2. Innensichten: Perspektiven von Professionellen auf die Reform	20
2.1. Strukturelle Reform: Finanzierung und Akteure.....	20
2.1.1. Die neue Finanzierung	20
2.1.2. Das Office Nationale de l’Enfance	22
2.1.3. Die Coordinateurs de Projet d’Intervention	29
2.2. Strukturen von Hilfen.....	35
2.2.1. Kommentare.....	36
2.3. Déjudiciarisation und Prävention.....	38
2.3.1. Kommentare.....	39
2.4. Partizipation und Projet d’Intervention	40
2.4.1. Partizipation der Bénéficiaires als Ziel der Reform und in der Praxis	40
2.4.2. Herausforderungen einer partizipativen Hilfeplanung	42
2.4.3. Kommentare.....	43
2.5. Kooperation und Koordination	47
2.5.1. Professionalisierung und Fachlichkeit	48
2.5.2. Fallverantwortung und fachliche Einschätzung.....	49
2.5.3. Kommentare.....	49
2.6. Allgemeine Bewertung der Reform und des Reformprozesses.....	52
2.6.1. Prozess der Implementierung des Gesetzes.....	52
2.6.2. Die subjektiv wichtigste Veränderung.....	54
2.6.3. Zufriedenheit mit der Reform	60
3. Außensichten: Perspektiven von Justiz und Schule auf die Reform	65
3.1. Strukturelle Reform: Finanzierung und Akteure.....	68
3.1.1. Die neue Finanzierung	68
3.1.2. Das Office Nationale de l’Enfance	69
3.1.3. Die Coordinateurs de Projet d’Intervention	71
3.2. Strukturen von Hilfen.....	73
3.2.1. Zugang zu (individualisierten) Hilfen vs. administrative Hürden.....	73
3.2.2. Ausbau (ambulanter) Hilfen vs. Löcher im Hilfesystem	75

3.3. Déjudiciarisation und Prävention.....	76
3.3.1. Falleingang und Fallverantwortung – Verhandlung der roten Linie.....	76
3.3.2. Rolle des ONE vs. Rolle des Jugendgerichts – Zugang zu Hilfen	78
3.3.3. Neue und alte Routinen der Professionellen	79
3.4. Partizipation und das Projet d’Intervention.....	80
3.5. Kooperation und Koordination	81
3.5.1. Professionalisierung und Fachlichkeit	82
3.5.2. Fallverantwortung und fachliche Einschätzung.....	83
3.5.3. Konstruktion und Gestaltung von Schnittstellen.....	85
3.6. Allgemeine Bewertung der Reform und des Reformprozesses	88
3.6.1. Prozess der Implementierung des Gesetzes.....	88
3.6.2. Bearbeitung von Problemen und Anpassung	89
3.6.3. Zufriedenheit mit der Reform	92
3.6.4. Angestrebte Entwicklungen.....	94
4. Diskussion und Empfehlungen	97
4.1. Strukturelle Reform.....	98
4.1.1. Die neue Finanzierung	98
4.1.2. Das Office Nationale de l’Enfance	99
4.1.3. Die Coordinateurs de Projet d’Intervention	101
4.2. Strukturen von Hilfen	102
4.3. Déjudiciarisation und Prävention.....	103
4.4. Partizipation und das Projet d’Intervention.....	104
4.5. Kooperation und Koordination	105
5. Anhang.....	107
5.1. Quellen	107
5.1.1. Gesetze und Regularien.....	107
5.1.2. Onlinequellen	107
5.1.3. Literatur	108
5.2. Ergebnisse des Berichtes vom Mai 2014.....	110
5.3. Materialien.....	111
5.3.1. Fragebogen	111
5.3.2. Fragen für Gruppendiskussion.....	125
5.3.3. Dialogue structuré	126
5.3.4. Statistiken des ONE	127
5.2. Ergebnisse Fragebogen	128
5.2.1. ONE – Faktorenanalyse.....	128
5.2.2. CPI – Faktorenanalyse	130
5.2.3. Schwierigkeiten der Hilfeplanung.....	132

1. Einführung

In diesem Kapitel wird der fachliche Hintergrund und der politische Kontext des Berichtes – die Gesetzesreform AEF – mit ihren Zielen und Herausforderungen beschrieben, ebenso der Auftrag der Evaluation, die Vorarbeiten dazu, die thematischen Schwerpunkte, das methodische Vorgehen, die Stichprobe und die analytischen Perspektiven.

1.1. Hintergrund und Kontext

Das luxemburgische Parlament hat im Dezember 2008 ein Gesetz zur Kinder- und Familienhilfe (Loi Aide à l'Enfance et à la Famille - AEF¹) verabschiedet, das eine weitreichende Reform des Systems sozialer Hilfen für Kinder und Familien intendiert.

Neben dem bis dahin dominanten, im Jugendschutzgesetz von 1992² verankerten, wohlfahrtstaatlichen Schutzgedanken und Schutzauftrag, sollen – ausgehend vom Grundgedanken der Kinderrechte, dem „intérêt supérieur de l'enfant“ - präventive und partizipative Hilfen für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene³ und Familien etabliert werden. Diese sollen an der frühzeitigen Zusammenarbeit mit Familien in Not ansetzen und zu möglichst passgenauen Hilfen führen. Die staatliche „Eingriffstiefe“ in die Privatheit und die Rechte von Familien soll damit verringert und die Elternverantwortung gestärkt werden.

Dieses Anliegen wurde im Vorfeld des Gesetzes unter dem Begriff der „Déjudiciarisation“ diskutiert.⁴ Unter Déjudiciarisation wird damit in einem umfassenderen Verständnis, eine stärker präventive und an den Rechten der Betroffenen orientierte Ausrichtung des gesamten Hilfesystems angesprochen. Sie wird als ein wichtiger Schritt gesehen, Formen der Hilfe zu etablieren, in denen das „Mitwirken“ der Familien Grundbedingung ist. Vielfach wird hier von „freiwilligen“ im Unterschied zu Hilfen im „Zwangskontext“ gesprochen.

Das Jugendschutzgesetz aus dem Jahre 1939 setzt auf die zentrale Rolle des Staates und der Jugendgerichte beim Schutz von Kindern. Kinder sollen dem schädigenden Einfluss der Eltern entzogen werden. Diese Idee des staatlichen Wächteramtes und „Ersatzerziehers“ wurde in den beiden Reformen des Gesetzes (1971, 1992⁵) u. a. durch die Übertragung der Elternrechte (der autorité parentale) an die Einrichtungsleitung (Reform 1992), in der die Kinder fremduntergebracht sind bestärkt und gefestigt. Die dem Gesetz zugrundeliegende Haltung des „erzieherischen Einschreitens“ des Staates durch (dauerhafte) Fremdplatzierung der Kinder im Falle fehlender elterlicher Erziehungsfähigkeiten war für die Entwicklung des Bereichs der Kinder- und Familienhilfe in Luxemburg in mehrfacher Hinsicht folgenreich.

1 Loi du 16 décembre 2008 relative à l'aide à l'enfance et à la famille, Mémorial Journal Officiel du Grand-Duché de Luxembourg, n° 192, pp.2583-2588, 22-12-2008

2 Loi du 10 août 1992 relative à la protection de la jeunesse, Mémorial Journal Officiel du Grand-Duché de Luxembourg, n° 70, pp.2195-2202, 25-9-1992

3 Das Gesetz AEF bezieht sich auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahren (in Anlehnung an die UN-Kinderrechtskonvention. Im Text sprechen wir manchmal nur von Kindern oder nur von Jugendlichen, meinen aber alle junge Menschen als Bénéficiaires der AEF-Hilfen.

4 Mit Déjudiciarisation war häufig nur die nicht juristisch angeordnete Fremdplatzierung von Kindern gemeint.

5 <http://www.legilux.public.lu/rgl/1992/A/2196/1.pdf>. Seit 2004 ist ein Vorschlag zur Reform des Jugendschutzes deponiert, der insbesondere auch die Rolle der Eltern neu bewerten soll – die Verhandlungen dazu sind nachzulesen unter www.chd.lu/wps/portal/public/RoleEtendu?action=doDocpaDetails&backto=/wps/portal/public&id=5351

So wurden wenig flexible Hilfen entwickelt, Fremdunterbringung in staatlichen oder privaten Einrichtungen der Heimerziehung war die zentrale Hilfeoption⁶. Systematische und wertschätzende Elternarbeit als Auftrag von Heimerziehung, ebenso wie lebensweltnahe und sozialräumliche Hilfen waren wenig beachtete und damit entwickelte Formen. Familiennahe, ambulante Dienste waren weitgehend nicht vorhaben (mit Ausnahme von zwei Diensten FARE⁷ und PAMO und dem Service Treffpunkt). Gleiches lässt sich für die vernachlässigte Professionalisierung des Bereichs Pflegefamilien und Pflegekinder konstatieren.

Das so gestaltete System von Hilfen fand wenig Antworten auf neue Herausforderungen, z. B. veränderte Problemlagen von Kindern und Jugendlichen. Diese wurden in stetig wachsender Zahl (etwa 10 % der Kinder im Jugendschutz) an Dienste außerhalb Luxemburgs überwiesen. Teil dieser Logik war auch die häufig zeitlich unbefristete Platzierung bis zur Volljährigkeit, die die Arbeit an einer Rückkehroption als nicht prioritär erachtete.⁸

Seit den 1970er Jahren, in denen wesentliche strukturelle Reformen umgesetzt wurden (Dezentralisierung der staatlichen Einrichtungen auf dem Rhamplateau, Konventionierung der Dienstleistungen, 1986 das garantierte Mindesteinkommen, 1991 Wechsel der Zuständigkeit der Einrichtungen Dreiborn und Schrässig vom Justizministerium in das Familienministerium)⁹ kann das bestehende System als strukturkonservativ und wenig innovativ beschrieben werden. Von staatlicher Seite wurden nur wenige Impulse zur Entwicklung gesetzt, der Korporatismus¹⁰ verhinderte eher innovative Ansätze. Anstöße zur Veränderung gingen von engagierten Einzelpersonen, Verbänden¹¹, von einzelnen Trägern oder von nationalen und internationalen Observationskommissionen¹² aus. Diese Situation in Richtung „Bedarfsorientierung und Flexibilität“ zu entwickeln ist ein wesentliches Ziel des Gesetzes AEF. Gleichzeitig wird deutlich, wie herausfordernd diese Aufgabe ist.

Als ein Impuls für Veränderungen kann die Ratifizierung der Kinderrechtskonvention (1993) und die Einrichtung des Ombuds-Comités für die Kinderrechte (ORK) mit dem Gesetz vom Juli 2002¹³ gesehen werden. Das ORK setzte sich in seinen Jahresberichten mehrfach mit der Kinder- und Familienhilfe kritisch auseinander. Es hat daneben bisher nur wenige Ansätze zur Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der Geschichte der Heimerziehung in Luxemburg in den staatlichen und

6 Rieff (1980)

7 FARE, der ambulante Dienst des Institut St. Joseph in Rummelange und PAMO, der Dienst des Kannerschlasses Suessem waren beide in ihrem Aktionsrahmen räumlich begrenzt; in der Regel arbeiteten sie mit den Eltern deren Kinder, die sie in der Heimerziehung betreuten. Der Service Treffpunkt ist ein Projekt der staatlichen Kinderheime, um einen begleiteten Umgang zwischen Eltern und Kindern zu ermöglichen.

8 Seit 1999 gibt es eine Diskussion um die Reform des Jugendschutzgesetzes: „Dans la déclaration gouvernementale présentée le 12 août 1999 à la Chambre des Députés, Monsieur le Premier Ministre, Ministre d'Etat a annoncé que „la loi sur la protection de la jeunesse sera réformée dans le cadre d'une analyse approfondie des problèmes de la jeunesse en détresse“ (point 13-11, Mémorial B No 50 du 21 octobre 1999). Par arrêté du 18 décembre 2000, Monsieur le Ministre de la Justice a constitué les soussignés en groupe de travail avec la mission de „réfléchir aux réformes à apporter en matière de protection de la jeunesse“. (avis 2002: 1), Avis du groupe de travail interministériel, „Protection de la Jeunesse“, Juni 2002, http://www.chd.lu/wps/PA_RoleEtendu/MergeServlet?lot=C-2003-O-011-0001

9 Peters (2013)

10 Der Korporatismus (Nähe von Trägern und staatlichen Behörden) zeigte sich auch darin, dass bis um ASFT Gesetz, staatliche Angestellte und Funktionäre einen festen Platz im Vorstand der Trägervereine hatten.

11 Beispiel: der Avis der ANCES zur Unisec projet du loi n°6593: <http://www.ances.lu/index.php/events/events-organised-by-ance/170-avis-de-l-ances-concernant-le-projet-de-loi-6593-relatif-a-l-unisec>, angesehen 1.06.2015

12 siehe Err, L. (2012a). Bericht zum Besuch von Dreiborn im März 2012, http://www.celpl.lu/doc/doc_acceuil_119.pdf, angesehen 20.03.2013; Err, L. (2012b). Antwort zum Bericht zu Dreiborn. http://www.celpl.lu/doc/doc_acceuil_120.pdf, angesehen 20.03.2013; siehe auch Commission consultative des Droits de l'Homme du Grand-Duché de Luxembourg (CCDH) oder das Comité anti-torture du Conseil de l'Europe, <http://www.refworld.org/publisher,COECPT,COUNTRYREP,LUX,,,0.html>; <http://www.cpt.coe.int/documents/lux/2015-02-05-fra.htm>

13 <http://ork.lu/index.php/fr/>

kirchlichen Einrichtungen gegeben.¹⁴ Ebenso ist zu vielen aktuellen Fragen ein Fachdiskurs in einer breiten professionellen Öffentlichkeit nur in Ansätzen vorhanden. Dies betrifft sowohl Politiken wie fachliche Fragen der Weiterentwicklung und Professionalisierung des Feldes. Engagierten Einzelinitiativen (wie z. B. eine Diskussion um die Unité de sécurité oder die Rechte von Eltern und die Elternarbeit) fehlt es an einer breiten Unterstützung, um tiefgreifende Wirkungen zu erzielen.¹⁵

1.2. Ziele der Reform

Die beschriebene Situation wird in den Motiven des Gesetzes¹⁶ als Ausgang für die beabsichtigten Veränderungen skizziert. Es werden zehn Aspekte benannt, die mit der Reform verfolgt werden: dazu gehören u.a. Kinderrechte und Prävention als Leitorientierungen, die Beteiligung von Kindern und Eltern an der Hilfeplanung und Gestaltung der Hilfen, die Schaffung eines nationalen Jugendamtes, die Déjudiciarisation und stärkere Koordination der Hilfen, die Verminderung und Ächtung häuslicher Gewalt und die Umstellung der Finanzierung. Weiter wird beabsichtigt, die Kinder- und Familienhilfe statistisch zu dokumentieren, um Planungsgrundlagen für zukünftige Politiken zu gewinnen.

Präventive, partizipative Hilfen und Déjudiciarisation

Die Kinderrechte können als dominante Leitorientierung des Gesetzes angesehen werden.¹⁷ Ein nationales Jugendamt (Office National de l'Enfance, ONE) als zentrale Verwaltung und die Ausarbeitung eines individualisierten Hilfeprojekts (Projet d'Intervention, PI) sollen den Zugang zu Hilfen und das Verständnis von diesen verbessern, sowie frühe Hilfen ermöglichen. In den Motiven des Gesetzes wird hierbei ausdrücklich auf die Ergebnisse der parlamentarischen Kommission „Jeunesse en détresse“¹⁸ verwiesen, die ein präventives System von Hilfen vorschlägt, um die „Defizite“ des bestehenden Systems (z. B. fehlende Lösungen für veränderte Problemlagen von Jugendlichen) zu bearbeiten. Bestärkt wird diese präventive Orientierung durch die Forderung nach einer weitgehenden Beteiligung von Eltern und Kindern, die ein Weg dazu sein soll, das Verhältnis zwischen „freiwilligen“ und judiciarisierten Hilfen zu Gunsten erster zu verändern.

Veränderte Finanzierungsgrundlage sozialer Hilfen für Kinder und Familien

Mit der Reform von 2008 ist neben der inhaltlichen Ausrichtung auch eine Veränderung der Finanzierungsgrundlagen verbunden. Die seit Mitte der 1970er zwischen dem luxemburgischen Staat und den privaten Trägern etablierten vertraglichen Formen der Leistungserbringung im Bereich der Kinder- und Familienhilfen, die sogenannten Konventionen, werden durch einen – auf Tages- und Stundensätzen basierenden - leistungsbezogenen Abrechnungsmodus ersetzt. Die Konventionen sicherten den Trägern ein vertraglich vereinbartes Globalbudget zu, das jährlich angepasst und dessen Defizite durch den Staat getragen wurden. Ebenso finanzierte der Staat in der Regel die

14 Eine Ausnahme bildet die zeitlich befristete Initiative des Bistums 2011. vgl. Peters (2014).

15 Es gibt weder wie in internationalen Debatten einen ausgeprägten Risikodiskurs im Bericht Kindeswohlgefährdung noch einen individualisierenden, aktivierenden Diskurs zur Verantwortlichkeit von Eltern. vgl. Oelkers & Lange (2012).

16 Projet de loi 5754 à la base de la loi AEF du 16 décembre 2008. Document parlementaire 5754/00 du 22.8.2007

17 Berater war der Schweizer Kinderrechtler und Kinderanwalt Jean Zermatten, von 2011 bis 2013 Vorsitzender der Kinderrechtsausschusses der Vereinten Nationen (UN).

18 Commission spéciale „Jeunesse en détresse“ de la Chambre des Députés (session 2003-2004, rapport du 27.10.2003): Prävention wird hier als prioritärer Aspekt von Hilfen für Kinder und Familien beschrieben.

Investitionen für die Renovierung und den Erhalt der von den privaten Trägern genutzten Gebäude, die sich meist auch in staatlichem Besitz befinden.

Mit der Umstellung der Finanzierung sollen die tatsächlichen Kosten sichtbarer, sowie die Hilfen flexibler gestaltbar und stärker an den Bedarfen orientierbar sein. Die im Gesetz beschriebene Idee von Hilfe setzt auf Freiwilligkeit und einen Mix unterschiedlicher Hilfen (Loi AEF: Art. 4, Art. 11). Hilfe kann von jedem angefragt werden, ein Recht auf Hilfe gibt es nicht.

Office National de l'Enfance und Projet d'Intervention

Ein nationales Kinder- und Familienbüro, Office National de l'Enfance (ONE), soll sowohl Garant für die neue Idee von Hilfen sein, wie die Reform der Finanzierungsgrundlagen umsetzen. Diese Aufgaben werden in der Entscheidung des ONE über die Genehmigung (accord de prise en charge - APC) einer angefragten und vorgeschlagenen Hilfe zusammengeführt. Dem APC liegt als Beurteilungsgrundlage ein gesetzlich vorgeschriebenes Projet d'Intervention (PI), ein Hilfeplan, zugrunde (Loi AEF: Art. 6 und 4):

„Dans des situations d'enfants en détresse, les parents ou représentants légaux ainsi que l'enfant capable de discernement sont en droit de demander l'assistance de l'Office national de l'enfance. Ils participent à l'élaboration du projet d'intervention socio-éducatif et psychosocial prévu à l'article 6 ci-après, qui a été élaboré ou validé par l'Office national de l'enfance.

Ce projet ne prend effet que s'il est signé par les parents ou représentants légaux et l'enfant capable de discernement. L'enfant, ses parents ou représentants légaux ont le droit de demander à tout moment le réexamen, voire la révocation du projet d'intervention.” (Loi AEF: Art. 6 und 4)

Das APC bildet die Grundlage der Finanzierung einer Hilfe: es stellt einen Vertrag zwischen dem Dienstleister und dem ONE über die Art, den Umfang und die Dauer der Dienstleistung dar. Der Dienstleister hat eine Berichtspflicht gegenüber dem ONE. Basis für die Prüfung der familiären und individuellen Situation des Kindes ist der im Gesetz verankerte professionelle Auftrag, ein PI unter Mitwirkung der Eltern, Kinder und anderer Professioneller zu erarbeiten. Ein so gestalteter Prozess der Hilfeplanung soll in einer Verständigung über die Form und den Umfang der Hilfe zwischen Hilfeempfängern und Professionellen münden. Der Gesetzgeber sieht hier sog. Réunions des Concertation und eine schriftliche Vereinbarung als Garantie für die angestrebte dialogische Gestaltung der Hilfen vor. Das PI enthält neben der Analyse der Situation und einer Verständigung über das vorliegende Problem, Vorschläge für geeignete Hilfen. Eltern und Kinder sind an diesem Prozess zu beteiligen und dazu zu befähigen.¹⁹ Damit nimmt das AEF zentrale Motive der von Luxemburg ratifizierten Kinderrechtskonvention auf.

Der Prüfauftrag des ONE und die Koordination der Hilfen kann von diesem an die neu geschaffenen Services des Coordinateurs de Projet d'Intervention (Coordinateurs de Projet d'Intervention, CPI) übertragen werden. Mit einer ergänzenden Änderung im ASFT Gesetz²⁰ wurde im August 2011 die Möglichkeit dieser neuen Dienste gesetzlich verankert. Ebenfalls im August 2011 wurden die

¹⁹ Projet de circulaire 15 ONE VERSION 2 (du 12 mai 2013). Les écrits professionnels dans le contexte « aide à l'enfance et à la famille.

²⁰ Loi du 28 juillet 2011 portant modification de la loi du 8 septembre 1998 réglant les relations entre l'État et les organismes oeuvrant dans les domaines social, familial et thérapeutique et de la loi du 16 décembre 2008 relative à l'aide à l'enfance et à la famille“

ergänzenden Règlements Grand-Ducaux AEF (RGDs AEF)²¹ verabschiedet. Sie enthalten genauere Bestimmungen zur Funktion und zur Struktur des ONE, zu den Hilfen, den Stunden- und Tagessätzen, zu den Formen der Aushandlung und jährlichen Anpassung von diesen, zu den Rahmenverträgen zwischen Staat und Trägern (Conventions-cadre) und zur Betriebsgenehmigung (Agrément). Als eine weitere Aufgabe obliegt es dem ONE, zweimal jährlich eine Statistik zur Anzahl der Hilfeempfänger in den unterschiedlichen Hilfen zu veröffentlichen.²²

Landesweite Umsetzung in Luxemburg

Der Januar 2012 kann als Stichdatum für den Beginn der umfassenden Umsetzung des Gesetzes im Sektor und in den Einrichtungen der Kinder- und Familienhilfe gelten. In den Jahren 2009 bis 2012 wurde (in einem zwischen Trägern und Ministerium abgestimmten Prozess) an der Formulierung von Règlements und an Übergangsregelungen gearbeitet. In neu geschaffenen Einrichtungen wurden erste Erfahrungen mit dem neuen Abrechnungsmodus gesammelt (Kannerhaus Junglinster). Zur Steuerung der Umsetzung des Gesetzes wurde eine korporatistische Form des systematischen und verbindlichen Austauschs zwischen Ministerium und Trägern, der sogenannte „Dialogue structuré“²³ etabliert, mit einem Comité de Pilotage und einer Commission de Qualité als Gremien. Das Comité de Pilotage ist zentrales beratendes und beschließendes Organ zu allen vertraglichen Regulierungen (z. B. die jährlich zu verhandelnden Conventions-cadre „horaire“ und „journalier“). Es bestimmt die Schwerpunkte für den Austausch und die Arbeit zwischen Staat und Trägern. Die Commission de Qualité hat die Aufgabe, die Reform inhaltlich und fachlich zu begleiten. Anfang 2013 wurde in der Commission de Qualité die Diskussion zur Evaluation des Gesetzes begonnen, die zu einem vorbereitenden Auftrag an die Universität im November 2013 führte. Ein erster Bericht im Mai 2014 (Peters & Jäger 2014) bildet Grundlage für die hier vorliegende Evaluation, die im September 2014 beauftragt wurde.

21 Règlements Grand-Ducaux – Aide à l’enfance et à la famille (30 août 2011), Journal Officiel du Grand-Duché de Luxembourg. A – N° 187.

22 <http://www.men.public.lu/fr/publications/enfance-jeunesse/statistiques-analyses/index.html>

23 Siehe Anhang 5.3.3. Der Dialogue structuré ist in der Convention-cadre „journalier“ verankert

1.3. Erste Ergebnisse: Bericht Mai 2014

In einer ersten Bilanz des Gesetzes AEF hat die Universität Luxemburg, entsprechend einem Auftrag vom November 2013, die Umsetzung der zentralen Leitideen „Partizipation und Déjudiciarisation“ untersucht²⁴. Dazu wurden das sich mit dem AEF Gesetz neu strukturierende Feld von Schutz und Hilfe für Kinder²⁵ und der Implementierungsprozess des Gesetzes bearbeitet. Der Bericht vom Mai 2014 (Peters & Jäger 2014) war auf die Bearbeitung der Motion 5754 -ERR (dépôt 20.11.2008) gerichtet. Die Ergebnisse wurden dem Auftraggeber (Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse²⁶) am 20.05.14 vorgestellt, sowie in der Commission de Qualité präsentiert und diskutiert.

Die Umsetzung eines Gesetzes wird als ein Prozess der Implementierung von Regulierungen, Strukturen und „neuer“ Praxen gesehen. Reformprozesse leben von der Motivation der Beteiligten, von geteilten Zielen und sind auf eine transparente Steuerung der Prozesse der Umsetzung angewiesen.

Wir haben untersucht, wie die regulativen Ideen des Gesetzes (Leitideen, Ziele) bezogen auf drei Ebenen²⁷ verhandelt und konkretisiert werden. Analytisch haben wir die Ebene der normativen Rahmungen (z. B. Ausführungsbestimmungen), der Governance Arenen (z. B. Verhandlungen, Dialogue structuré) und der interaktiven Praxen (z. B. Falleingang, Fallbearbeitung) unterschieden.²⁸ Die Analyse stützt sich auf Dokumente (Gesetze, Règlements, Conventions-cadre, Circulaires, Ergebnisse von Diskussionen und Fachaustausch) und Fallakten.

Wichtige ausgewählte Ergebnisse²⁹ zum Prozess der Implementierung und zur Partizipation als einem zentralen Anliegen der Reform waren:

Implementierung

- Eine inhaltliche Steuerung des Implementierungsprozesses (v. a. Partizipation, Déjudiciarisation) ist unklar bzw. nur in Ansätzen vorhanden.
- Für den Aufbau eines Kontinuums juristischer und sozialer Hilfen gibt es in der Umsetzung des Gesetzes keine ausgearbeitete Strategie zur systematischen Bearbeitung von neu entstehenden Schnittstellen.
- Die Rollen von CPIs-SCAS, ONE-Gericht sind nicht hinreichend geklärt.

24 Entsprechend des Beschlusses der Groupe de Travail Evaluation der Commission de Qualité AEF (CoQual). Die Arbeitsgruppe traf sich 2013 viermal. Die Ergebnisse siehe: Weitzel: Conclusions GT Evaluation, version 3, 20.09.2013. Mitglieder der CoQual sind: 4 Mitglieder des Ministerium (ehemals Familie und Integration, ab 2014, Education und Jeunesse) (einschließlich Direktor des ONE), 4 Vertreter der EGCA, 1 Vertreter der staatlichen Kinderheime, 1 Vertreter der Centres Socio-Educatives, 1 Vertreter der ADCA, 1 Mitglied der Universität Luxemburg. Die Leitung hat der Direktor des ONE.

25 Wenn nicht anders spezifiziert sind mit Kindern immer Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene – also die Zielgruppe des Gesetzes – gemeint.

26 Seit Dezember 2013 ist die Abteilung Enfance et Jeunesse vom Familienministerium (MIFA) in das neu strukturierte Bildungsministerium (MENJE) gewechselt.

27 diese Ebenen wirken zusammen werden hier nur analytisch getrennt und stehen in keinem hierarchischen Verhältnis zueinander

28 Evaluationen eines Gesetzes können sich auf diese unterschiedlichen Ebenen beziehen und je nach Implementierungsstatus eines Gesetzes sind dabei unterschiedliche Fragestellungen und Ziele vorrangig. Siehe: C28 Wenn nicht anders spezifiziert sind mit Kindern immer Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene – also die Zielgruppe des Gesetzes – gemeint.

28 Peters & Jäger (2014)

28 Diese Ebenen wirken Chen (2005) S. 48.

29 Eine Übersicht über die Analysen findet sich in der Tabelle im Anhang 5.2 .

- Wichtige Akteure angrenzender Systemen, wie Schulen, Maisons Relais u. a. sind wesentlich für den Falleingang und Hilfeverlauf (juristisch vs. freiwillig). Diese sind in den Implementierungsprozess nicht systematisch einbezogen, gleiches gilt für die Eltern.

Partizipation - Déjudiciarisation

- Bei der Leitidee „Partizipation“ bleibt in Teilen offen, welche Formen konkret angestrebt werden und wie sie gelingen können.
- Es gibt im Sinne der Leitideen problematische Regelungen: zur Autorité Parentale, zur finanziellen „Partizipation“ der Eltern.
- Der Vertragsgedanke zwischen Kindern/Eltern und Dienstleistern/ONE bietet keine hinreichende Basis für die notwendigen Prozesse im Sinne des Kindeswohls und -schutzes.
- Rollenunklarheiten behindern die Umsetzung der Leitideen von Partizipation und Déjudiciarisation. Nicht alle Rollen werden im Sinne des Gesetzes bzw. im Sinne seiner fachlichen Ausgestaltung ausgefüllt.
 - o Die Coordinateurs de Projet d’Intervention (CPIs) übernehmen zentrale Funktionen für die Fallkoordination und -bearbeitung. Ihre Position wird jedoch wegen unklaren Rollen geschwächt (z. B. unklare, intransparente Kriterien für ihre Beauftragung).
 - o Das ONE als zentrale Institution tritt v. a. als Genehmigungsbehörde auf und nicht als Fachbehörde (inhaltliche Steuerung).
 - o Das Gericht bietet im Zweifelsfall mehr Sicherheit für die Akteure (z. B. über die Absicherung einer Heimunterbringung).

Die Ergebnisse mahnen eine aktive Steuerung und Begleitung der Umsetzung des Gesetzes an, um gerade die angestrebte Beteiligung von Kindern und Eltern und eine in diesem Sinne wirkende Ausrichtung der neu geschaffenen Strukturen zu unterstützen und zu erreichen. In einem zweiten Schritt einer Bilanz der Reform AEF sollten diese ersten Ergebnisse ergänzt werden um die Perspektiven von Professionellen auf den Umsetzungsprozess. Es sollten in einer quantitativen Befragung Innensichten und in einer qualitativen Befragung Außensichten erhoben werden.

1.4. Evaluation: Auftrag und Umsetzung

Das Konzept und Vorgehen der Evaluation wurde im Comité de Qualité beraten und abgestimmt.³⁰ Eine quantitative Befragung von Professionellen im Feld AEF sollte ergänzt werden durch qualitative Gruppendiskussionen mit Akteuren an Schnittstellen zum System AEF: Richterinnen, Sozialarbeiterinnen des Service central d'assistance sociale (SCAS)³¹, Akteuren aus dem Bereich Grundschule und Sozialarbeiterinnen der Service de psychologie et d'orientation scolaires (SPOS)³².

Die quantitative Erhebung richtete sich an alle Fachkräfte des Feldes AEF (Leitungspersonen und Fachkräfte an „der Basis“, z. B. Erzieherinnen, Gruppenleiterinnen, Beraterinnen, Sozialarbeiterinnen, Therapeutinnen). Es sollten die erreicht werden, deren Stimmen in der Diskussion und Bilanz der Reform wenig zu Wort gekommen waren. Deren Einschätzungen der Reform sind bedeutsam, da sie über ihre tägliche Praxis an der Umsetzung der Ideen des Gesetzes mitwirken und hier veränderte Haltungen ebenso erkennbar wie Konflikte und Widersprüche deutlich werden.

In den Gruppendiskussionen war es das Ziel, Akteure einzubeziehen, die in ihrer Arbeit mit den Veränderungen konfrontiert sind und von denen Anpassungen erwartet werden. Damit soll in die Bewertung des Reformprozesses eine Innen- und eine Außenperspektive einbezogen werden.

Der Auftrag zur Evaluation wurde im September 2014 erteilt und die Befragungen im Dezember 2014 und im Januar 2015 durchgeführt.

1.4.1. Thematische Schwerpunkte

Die quantitative Befragung untersuchte die Einschätzungen von Professionellen zu denen von ihnen wahrgenommenen Veränderungen im Bereich AEF in Bezug auf zentrale Leitideen und Ziele der Reform und zum Prozess der Implementierung des Gesetzes AEF.

Die sechs Themen des Fragebogens (s. Anhang 5.3.1.) waren:

- Strukturelle Reformen: neue Finanzierung und neue Akteure
- Strukturen von Hilfen
- Déjudiciarisation und Prävention
- Partizipation und das Projet d'Intervention
- Kooperation und Koordination
- Allgemeine Bewertung der Reform und des Reformprozesses.

Die Gruppendiskussionen gingen von der Frage aus, wie die jeweils befragten Akteure das Feld AEF sehen und wie sie sich selbst darin positionieren. Es zeigte sich, dass die Diskutant/innen viele Aspekte zur Sprache brachten, die sich auf die thematischen Fokussierungen im Fragebogen (Items und Kommentare) beziehen lassen.

30 Arbeitspapier von Peters & Jäger (23.09.14).

31 SCAS: ist der sozialarbeiterische Dienst, der der Staatsanwaltschaft zugeordnet ist und in deren Auftrag und im Auftrag der Gerichte die sog. „Enquête sociale“ anfertigt, eine dem Hilfeplan vergleichbare Beschreibung und Bewertung der Situation eines Kindes und einer Familien mit einem Vorschlag für geeignete Hilfen.

32 SPOS: ist der sozialarbeiterische und psychologische Beratungsdienst an Sekundarschulen.

Für den Inhalt des vorliegenden Berichtes sind die sechs o. g. Themen mit den dazugehörigen Unterthemen des Fragebogen (FB) strukturierend. Sie wurden ergänzt um Aspekte, die sich dazu aus den Gruppendiskussionen (GD) ergaben. In den Gruppendiskussionen wurden nicht alle Unterthemen des Fragebogens angesprochen, da die Befragten den thematischen Verlauf bestimmten. Die Struktur zur Darstellung der Ergebnisse ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	<i>Themen</i>	<i>Unterpunkte</i>
1	Strukturelle Reformen	<ul style="list-style-type: none"> - Die neue Finanzierung: wahrgenommene Auswirkungen - Das Office Nationale de l'Enfance: zugeschriebene Rollen und Funktionen - Die Coordinateurs de Projet d'Intervention: zugeschriebene Rollen und Funktionen
2	Strukturen von Hilfen	<ul style="list-style-type: none"> - Zugang zu (individualisierten) Hilfen vs. administrative Hürden - Ausbau (ambulanter) Hilfen vs. Löcher im Hilfesystem
3	Déjudiciarisation und Prävention	<ul style="list-style-type: none"> - Falleingang und Fallverantwortung – Verhandlung der roten Linie - Rolle des ONE vs. des Jugendgerichts ONE – Zugang zu Hilfen - Neue und alte Routinen der Professionellen³³
4	Partizipation und das Projet d'Intervention	<ul style="list-style-type: none"> - Partizipation der Bénéficiaires als Ziel der Reform und in der Praxis (FB) - Herausforderungen einer partizipativen Hilfeplanung (FB)
5	Kooperation und Koordination	<ul style="list-style-type: none"> - Professionalisierung und Fachlichkeit - Fallverantwortung und fachliche Einschätzung - Konstruktion und Gestaltung von Schnittstellen (GD)
6	Allgemeine Bewertung der Reform und des Reformprozesses	<ul style="list-style-type: none"> - Prozess der Implementierung des Gesetzes - Die subjektiv wichtigste Veränderung (FB) - Bearbeitung von Problemen und Anpassung (GD) - Zufriedenheit mit der Reform - Arbeitsplatzzufriedenheit³⁴ (FB) - Angestrebte Entwicklungen (GD)

Tabelle 1: Thematische Strukturierung des Fragebogens

³³ Ausführlich wurden die Unterpunkte in den Gruppendiskussionen behandelt, nicht aber in den Kommentaren zum Fragebogen. Die Items der quantitativen Befragung beziehen sich allerdings auf diese drei Aspekte.

³⁴ Die wahrgenommene Veränderung der Arbeitsplatzzufriedenheit im Zusammenhang mit der Gesetzesreform wurde erhoben, um einen möglichen Bias in der Befragung zu erfassen. Hypothese: Das Gesetz hat evtl. zu einer erhöhten Arbeitsplatzunsicherheit geführt: Es könnte sein, dass Fachkräfte, die ihren Arbeitsplatz bedroht sehen, die Gesetzesreform negativer bewerten.

1.4.2. Methodisches Vorgehen und Stichprobe

Im Folgenden werden die Konstruktion der Erhebungsinstrumente, die Stichprobe der Teilnehmer/innen sowie die Auswertungsmethoden jeweils für die quantitative Befragung (Fragebogen) als auch für die qualitative Befragung (Gruppendiskussionen) beschrieben.

Quantitative Befragung

Der Fragebogen (siehe Anhang 5.3.1.) wurde von 5 Fachkräften in einem Testdurchlauf bearbeitet, kommentiert und angepasst (vor allem bzgl. Umfang und Sprache); die Fragen sollten in 30 Minuten bearbeitbar sein.

Die anonyme Befragung wurde online umgesetzt und mit dem Ethics Panel der Universität Luxemburg abgestimmt. Der Fragebogen enthielt standardisierte Fragen mit standardisierten Antwortmöglichkeiten (5-stufige Likert-Skala: trifft gar nicht zu – trifft sehr zu³⁵) zu den oben genannten Fragekomplexen mit Raum für Anmerkungen und Kommentare im Freitext, eine offene Frage mit offenem Antwortformat zur „wichtigsten Veränderung“ und statistische Fragen zur Person. Jede Frage konnte bei Bedarf ausgelassen oder mit „Weiß nicht/keine Angabe“ beantwortet werden, dies erklärt die variierenden Fallzahlen (N) bei den unterschiedlichen Fragen. Die quantitative Auswertung erfolgte mit dem Statistikprogramm SPSS, die qualitative Analyse mit Hilfe des Programms AtlasTi.

Der Link zum Fragebogen wurde, wie mit den Trägern und dem Ministerium abgesprochen, an alle 23 beim MENJE registrierten Gestionnaires aus dem Bereich AEF (inkl. staatliche Einrichtungen) und an zwei Vertreter/innen der Freiberufler/innen per E-Mail verschickt. Ansprechpartner/innen der Einrichtungen waren die Leitungen. Die kontaktierten Personen wurden gebeten, den Link an „alle im Kontext AEF tätigen Fach- und Führungskräfte“ bzw. an ihre freiberuflichen Kolleg/innen weiterzuleiten. 17 Institutionen und die Freiberufler/innen meldeten zurück, dass sie den Fragebogen insgesamt an ca. 573 Personen weitergeleitet haben. Insgesamt haben dann 221 Personen an der Online-Befragung teilgenommen (Rücklaufquote 38.57 %), darunter 149 Frauen (67.4 %) und 39 Männer (17.6 %) (8 Personen bzw. 3.6 % ohne Angabe).

Die Befragten arbeiten zu 36.2 % (80 Personen) in ambulanten und zu 48.42 % in stationären Hilfen (107 Personen). Nur sechs Befragte arbeiten bei einem Service CPI (2.7 %)³⁶. Acht Personen (3.62 %) gaben als Arbeitsfeld „Anderes“ an³⁷. Von den Befragten sind 22 Personen (10 %) freiberuflich tätig. Die Arbeit der Befragten wird zu 37.1 % über eine Konvention finanziert und zu 34.4 % über Fortfaits. 19.9 % sind bei einem staatlichen Träger tätig, 7.7. % machten keine Angaben.³⁸

Eine Leitungsfunktion haben 22.6 % der Befragten inne (Mehrfachnennungen möglich), die meisten von ihnen leiten eine Gruppe (Chef de groupe, 9.5 %). Jeweils 4.5 % sind als Pädagogische Leitung

³⁵ Dabei haben wir uns an den Fragebogen des Bilan zur Grundschulreform angelehnt (Tröhler et al. 2012)

³⁶ Das entspricht ca. einem Drittel der CPIs.

³⁷ Mehrfachantworten waren möglich. Angaben bei „Anderen“: 1 „Equipe Multiprofessionelle“, 1 „Schule“, 1 „SCAS“. Die verbleibenden Personen machten keine Angaben.

³⁸ Die Antworten der bei staatlichen Trägern beschäftigten Professionellen unterscheiden sich insgesamt wenig von den anderen Befragten, wobei sie tendenziell die Reform positiver beurteilen. Unterschiede der Einschätzungen von Befragten aus staatlichen vs. freien Trägern (konventioniert oder über Fortfaits finanziert) werden ggf. in den jeweiligen Kapiteln dargestellt.

oder als Leitung einer einzelnen Einrichtung tätig. 2.7 % der Führungskräfte sind Direktor/in bzw. Gesamtvorsitzende/r eines Trägers, eine Person (0.5 %) ist als „Ehrenamtlicher Vorstand / Verwaltungsrat“ tätig, 2.3 % geben „Sonstige“ Führungspositionen an.³⁹

Die Professionellen haben folgende Ausbildung (Mehrfachnennungen möglich):

	Häufigkeit	Prozent
Pädagoge/in, Sozialarbeiter/in, graduierte/r Erzieher/in, Bachelor BSSE oder vergleichbar	102	46.15
Erzieher/in	47	21.30
Psycholog/in, Psychotherapeut/in	45	20.40
Andere (darunter 1 „Buchhalter“, 1 „Ergotherapeut“, 1 „Supervisor“, 1 „Systemische Beraterin“)	12	5.43
Keine Angabe	2	0.90
Fehlende Angabe	3	1.36
Gesamt	221	100,00

Tabelle 2: Ausbildungen der befragten Professionellen (Fragebogen)

Die Befragten verfügen über unterschiedlich lange Berufserfahrung in der Kinder- und Familienhilfe, wie die folgende Tabelle zeigt:⁴⁰

	Häufigkeit	Prozent
weniger als 3 Jahre	30	13,6
3 bis 5 Jahre	35	15,8
6 bis 15 Jahre	68	30,8
16 bis 25 Jahre	36	16,3
mehr als 25 Jahre	20	9,0
keine Angabe	32	14,5
Total	196	88,7
Gesamt	221	100,0

Tabelle 3: Berufserfahrung der befragten Professionellen (Fragebogen) (Seit wann arbeiten Sie in der Kinder- und Familienhilfe?)

Damit haben wir sowohl bei der Berufserfahrung in Jahren wie auch bei den Berufen eine gute Mischung. Insgesamt haben mehr Professionelle mit einer höheren Ausbildung geantwortet als Fachkräfte mit einer geringeren formalen Qualifizierung.

Zahlreiche Befragte nutzen die Möglichkeit, bestimmte Aspekte oder ganz allgemein das Thema des Fragebogens zu kommentieren. So kommentierten 40 Befragte (18 %) den ersten Fragebogenteil (Veränderungen durch AEF), meist ausführlich in mehreren Sätzen. 21 Befragte nutzten die Gelegenheit, dem Fragebogen weitere allgemeine Kommentare und Anmerkungen hinzuzufügen. Die

³⁹ Ob jemand eine Leitungsfunktion ausführt oder nicht, hat keine Bedeutung auf die Einschätzungen im Teil I und auf allgemeine Aspekte der Partizipation (Skalen).

⁴⁰ Die Dauer der Tätigkeit in der Kinder- und Familie hat keinen Einfluss auf die Einschätzungen zur Arbeitsplatzzufriedenheit, Zugang zu Hilfen, Kooperation und Koordination, Fallverantwortung, Professionalisierung und Steuerung des Feldes (gerechnet als Covariate in einer MANOVA).

Beiträge wurden den thematischen Bereichen des Fragebogens (und damit des Berichtes) zugeordnet. Insgesamt haben 103 Befragte (46.61 %) die Gelegenheit genutzt, die für sie wichtigste Veränderung in eigenen Worten zu beschreiben, die durch die Reform AEF angestoßen wurde. Die zahlreichen ausführlichen und differenzierten Anmerkungen deuten auf ein hohes Interesse der Befragten an einer Evaluation der Reform bzw. auf einen hohen Bedarf an Austausch zur Reform. Unser Anliegen ist es, möglichst viele dieser Stimmen im Bericht zu Wort kommen zu lassen. Alle Zitate im Fragebogen wurden anonym hinterlassen.

Die Daten wurden deskriptiv analysiert nach Häufigkeiten (in Prozent), Mittelwerte (M) und Streuungen (SD = Standard Deviation) und mit der entsprechenden Fallzahl (N) dargestellt. Des Weiteren wurden statistische, v. a. korrelative Zusammenhänge ausgewertet, um Hypothesen zu prüfen und weitere zu bilden (Exploration). Die verwendeten waren: Faktorenanalyse, Skalenbildung und itemstatistische Analysen, korrelative Analysen (r = Korrelation, p = Wahrscheinlichkeit / Signifikanzniveau), Kreuztabellen und eine multivariate Varianzanalyse (MANOVA). So wurden bspw. mögliche Einflüsse einiger personenbezogener Daten auf die inhaltlichen Bewertungen statistisch bestimmt.

Die Items waren so formuliert, dass sie entweder im Sinne der Reformziele und unserer Hypothesen positive Veränderungen oder Aspekte erfassten. Weiterhin gab es negativ formulierte Items, die für bestimmte Auswertungen umcodiert wurden. Aspekte, bei denen die Professionellen in der quantitativen Befragung eine positive Veränderung oder einen positiven Status Quo im Sinne der Reformziele wahrnehmen (Antwort: „trifft eher/sehr zu“, $M > 3.49$), wurden in den unten folgenden Darstellungen fett markiert. Die negativsten Beurteilungen (Veränderungen wurden „gar nicht/eher nicht“ wahrgenommen) wurden blau markiert ($M < 2.5$, bzw. negativ formulierte Items $M > 3.49$).

Die Kommentare und freien Antworten wurden qualitativ ausgewertet (Inhaltsanalyse, Kategorienbildung). Im Bericht wurden sie den Themen der inhaltlichen Struktur zugeordnet. Wurde ein Aspekt nur von einer Person genannt, wurde dies expliziert.

Qualitative Befragung

In den Gruppendiskussionen sollten die Sichtweisen von bedeutsamen Akteuren aus angrenzenden Systemen (Justiz, Bildung) auf das Feld AEF erschlossen werden. Die vier Gespräche dauerten jeweils etwa 90 Minuten.

Die Gesprächspartner/innen wurden eingeladen, miteinander zu diskutieren; von den zwei Interviewer/innen wurden nur wenige Fragen gestellt (s. Anhang 5.3.2.) und Gesprächsimpulse gegeben, damit die Teilnehmenden möglichst ungeleitet ihr Bild des Feldes AEF entwickeln und für sie relevante Aspekte besprechen konnten. Der Ausgangsimpuls war die Bitte, auf einem Papier, das das Feld AEF repräsentieren sollte, sich und andere Akteure (mithilfe von Karten) zu positionieren. Die Beziehungen sollten durch Nähe und Distanz zwischen diesen Akteuren qualifiziert werden. Die für sie jeweils wichtigen Akteure wurden von den Befragten selbst genannt. Die Anfangsfrage lautete dementsprechend: „Wie sehen Sie das Feld AEF und welche Rolle haben Sie darin?“. Das darauf folgende Gespräch folgte der thematischen Dynamik der Gesprächsbeteiligten.

An den Gruppendiskussionen nahmen insgesamt 20 Personen aus den Bereichen Justiz und Bildung teil:

<i>Bereich</i>	<i>Diskutanten</i>
Justiz	vier Jugendrichterinnen der Stadt Luxemburg sieben Mitarbeitende und eine Leitungsperson des SCAS
Bildung	drei Akteure aus dem Feld Grundschule (ein/e Präsident/in, ein/e Inspektor/in, ein/e Mitarbeiter/in vom Script) fünf Mitarbeitenden des SPOS (sowie ein/e Praktikant/in) aus verschiedenen Teilen des Landes

Tabelle 4: Gesprächspartner/innen der Gruppendiskussionen

Die Gespräche wurden aufgenommen⁴¹ und vollständig transkribiert, die von den Befragten produzierten Visualisierungen des Feldes mit seinen Akteuren wurden fotografiert. Nach den Gesprächen wurden zusätzlich Protokolle angefertigt. Die Daten wurden qualitativ mithilfe von AtlasTi codiert und anschließend ausgewertet.

41 Die Gesprächspartner/innen wurden entsprechend der Vorgaben des universitären Ethics Panel bezüglich ihrer Rechte informiert und belehrt, ihr schriftliches Einverständnis wurde eingeholt.

1.4.3. Analytische Perspektiven

Die Arbeiten zur Bilanz des Gesetzes sind konzeptionell von der Annahme geleitet, dass die Umsetzung eines Gesetzes ein Projekt gesellschaftlichen Wandels ist, das durch Institutionen, soziale Felder, Akteure und deren Interaktionen geformt wird. Wir lehnen uns hier an Erkenntnisse der organisationssoziologischen Forschung an, die Prozesse des sozialen Wandels untersucht.⁴²

Der Evaluation zugrunde liegt damit ein Verständnis von Prozessen, Dynamiken und Akteuren, die in ihren Interaktionen auf das Entstehen neuer sozialer Felder und sozialer Akteure einwirken.⁴³

Interessiert hat hier vor allem, wie normative Vorgaben des Gesetzes, wie z. B. Prävention und Partizipation in Praxis umgesetzt werden, wer hier wie steuernd, gestaltend eingreift, und welche Aktivitäten sich auf den analytischen Ebenen Gesamtprozess, Governance Arenen und interaktive Praxen herausbilden bzw. wie sie hier im Handeln und in den Routinen sichtbar und wirksam werden.

Die zentrale Annahme ist dabei, soziale Felder des Handelns⁴⁴ als Prozesse der Konstitution sozialer Welten zu verstehen, die nur begrenzt steuerbar sind. Vielmehr geht es darum, diese auf die darin wirksam werdenden Muster der Orientierung von Handeln hin zu untersuchen. Soziale Felder konstituieren sich über die Routinisierung (und damit Stabilisierung) von Handlungsvollzügen, auf die Akteure sich wechselseitig sinnhaft beziehen (können). Sozialer Wandel setzt sich aus verschiedenen Beiträgen zusammen, in die Elemente aus existierenden Institutionen verwoben sind (Thornton & Ocasio 2008: 117). Es kann einen Wettstreit zwischen alten und neuen, dominanten und schwachen, Logiken geben.

Eine wichtige Rolle spielt in diesen Prozessen das praktische Handeln professioneller Akteure (Suddaby & Viale 2011): ihre Arbeit an den institutionellen Rahmungen, Vereinbarungen und daran orientiertem Handeln („institutional work“) machen sie zu Schlüsselakteuren sozialen Wandels. Sie agieren meist an bedeutenden Schnittstellen zu anderen Systemen und gestalten diese. Notwendig sind dazu insbesondere soziale Fähigkeiten, Professionelle sind Vermittler und „Makler“ der Veränderung (ibid. 2011: 436).⁴⁵

42 vgl. Padgett & Scott (2012), Fligstein & Mc Adam (2012)

43 vgl. Fligstein & Mc Adam (2012), Thornton & Ocasio (2012), Suddaby & Viale (2011), Bjerregaard & Jonasson (2014), Greenwood et al. (2014)

44 Wir verwenden das Konzept „soziale Felder“ im Sinne von Fligstein, McAdam (2012) als „soziale Welten“, die durch Handeln entstehen und Handeln orientieren.

45 „professionals as brokers of varieties of capital“(ibid.2011: 436)

2. Innensichten: Perspektiven von Professionellen auf die Reform

Die von den Befragten wahrgenommenen Veränderungen in der Kinder- und Familienhilfe „in den letzten fünf Jahren“ werden entlang der zentralen Themen nachgezeichnet.⁴⁶

2.1. Strukturelle Reform: Finanzierung und Akteure

Die Schaffung der neuen Akteure ONE und CPI und die Installierung eines neuen Finanzierungsmodells waren wesentliche strukturelle Reformziele. Insbesondere die Schaffung des ONE wird als zentraler Bestandteil der Reform nicht nur in den Regularien (Gesetz AEF, Règlements grand-ducaux (RDGs), vgl. Peters & Jäger 2014) deutlich, sondern auch in der Wahrnehmung der Befragten, für die die Reform bzw. das Gesetz AEF eng mit dem ONE verknüpft ist.⁴⁷ So beziehen sich viele allgemeine Kommentare im Fragebogen auf das ONE, häufig auf seine Rolle als „Financier“.

2.1.1. Die neue Finanzierung

Eine große Mehrheit der befragten Professionellen gibt an, dass die neuen Finanzierungsmodelle es erschweren, professionell und orientiert an den Bedarfen der Hilfeempfänger zu arbeiten (48 %: trifft sehr zu, 26 %: trifft eher zu; Ablehnung der Aussage nur durch insgesamt 10.5 %). Während sich die Einschätzung der neuen Finanzierungsmodelle der Beschäftigten von staatlichen Trägern zu denen von freien Trägern im Durchschnitt nicht unterscheiden, sehen die über Konventionen finanzierten Beschäftigten das neue Finanzierungssystem etwas negativer als die über Fortfaits bezahlten Professionellen (Konvention: 12.5 % stimmen der Aussage teilweise zu, 81.3 % stimmen ihr eher/sehr zu vs. Fortfaits: 16.2 % stimmen teilweise zu, 70.3 % stimmen eher/sehr zu).

T1	Die neuen Finanzierungsmodelle <i>erschweren</i> es, professionell und orientiert an den Bedarfen (les besoins) der Hilfeempfänger (Bénéficiaires) zu arbeiten.	M = 4.10 , SD = 1.06, N = 200
----	---	--------------------------------------

Tabelle 5: Die neue Finanzierung – Item und deskriptive Daten

Kommentare

Das neue Finanzierungsmodell bietet einerseits Chancen zur Professionalisierung, andererseits führt es zu einer Ökonomisierung und erzeugt Druck und Angst, was wiederum eine Professionalisierung konterkarieren kann. Die Kommentatoren sehen es als positiv an, dass sich „manche Institutionen“ mit ihren „Arbeitsmethoden“, ihrer „Auslastung“ und „Daseinsberechtigung von internen Diensten und Gruppen“ in Frage stellen und „sich ggf. neu aufstellen“ mussten. Die Geldsparpolitik führt zu einer Betonung von „in einzelnen Fällen sinnvollen“⁴⁸ ambulanten Maßnahmen. Mit diesen

⁴⁶ Die Ergebnisse basieren auf den subjektiven Erfahrungen und Wahrnehmungen der Befragten. Damit kann keine Aussage darüber gemacht werden, ob diese Veränderungen auch tatsächlich so stattgefunden haben (und wenn ja, ob und wie diese kausal mit der Gesetzesreform zusammenhängen).

⁴⁷ So wird bspw. vom „ONE-Gesetz“ gesprochen.

⁴⁸ Einfache Anführungszeichen (‘’) bedeuten, dass das Zitat leicht umformuliert wurde, um es in den Satzbau einzupassen. Zweifache Anführungszeichen („‘‘) kennzeichnen ein wörtliches Zitat.

Entwicklungen sind jedoch Druck, diffuse Ängste und Sorgen verbunden: sie betreffen das Überleben der Institution, die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes und die Fachlichkeit.

„Das Kontrollsystem bringt zudem finanziellen Druck [und] niedrigere Qualifikationen der Mitarbeiter mit sich.“

„(...) an Personal steet na méi enner Stress well alles finanziell ofhängeg ass.“

„Man muss doch fürchten, wohin dies führen könnte“

„Das Thema, der „Survi“, ist für die Prestataires nun „omnipräsent“. Von den „sozialen Dienststelle [wird] erwartet, dass sie sich autofinanziert... was allerdings mit den festgelegte Tarifen und aufgrund eben dieses sozialen Aspektes nicht möglich ist.“ „Das System treibt unseren Arbeitgeber in den Ruin.“

Mitarbeiter werden angehalten „möglichst rentabel zu arbeiten, damit der Träger nicht in finanzielle Engpässe gerät.“

„Durch das neue Gesetz wird der Sozialdienst einer Bank/Firma gleich gestellt: Mehr, mehr, mehr. Man vergisst, dass a.s.b.l. association SANS but lucratif heißt. Wo bleibt denn hier die Menschlichkeit, die Nächstenliebe? Wenn Menschen mit all ihren Problemen „was einbringen“ müssen, sind wir auf der falschen Spur!“

„Demnach steigt der finanzielle Druck für die Träger, der diesen allzu oft an die Mitarbeiter der Dienststelle überträgt. So entsteht ein allgemeiner Leistungs- und Zeitdruck, der sich extrem belastend auf das Wohlbefinden der Mitarbeiter auswirkt. Diese fühlen sich oft überfordert und demotiviert, weil sie ihre alltägliche Arbeit immer wieder rechtfertigen müssen: bspw. bei Antragstellung beim ONE muss man immer wieder zusätzlich zu komplett ausgefüllten Formularen, noch telefonisch Rücksprache mit dem ONE halten, seine Position verteidigen, die angefragte Stundenzahl rechtfertigen, verhandeln und trotzdem erhält man dann eine Absage...“

„...auch wird die konzeptuelle Weiterentwicklung der Institution nicht unterstützt“

Die Reform führt dazu, dass sich Institutionen „immer mehr überlegen, welche Qualifikationen/Diplome sie bei sich arbeiten lassen können“ und „vielleicht“ „auf billigerer Arbeitskräfte (Aide-Socio-Familial etc...)“ zurückgreifen.

Das neue Finanzierungsmodell führt zur „Unsicherheit in Bezug auf den Arbeitsplatz“, zu erlebtem „Druck“ bei den Professionellen und dadurch zu weniger „Belastbarkeit“ einem höheren Burn-Out-Risiko und verminderter „Qualität in der Arbeit mit den Kindern“.

„Die finanziell geringeren Möglichkeiten, kooperativ, reflexiv und qualitativ hochwertig zu arbeiten führen zu „viel Unzufriedenheit“ bei den Fachkräften: „Seit Bestehen des ONE ist die Gesamtzufriedenheit meines Erachtens nach im gesamten betroffenen sozialen Sektor massiv gesunken.“

„Es ist in dem Gesetz nicht vorgesehen dass in der Dienststelle im Team gearbeitet wird, d. h. interner Austausch zur Koordination der Betreuung der Kunden wird finanziell nicht unterstützt“, z. B. in „spezialisierten Einrichtungen“ oder Institutionen mit „mehreren Fachrichtungen“, die „interne Teamsitzungen“ brauchen

„Ich stelle fest, dass oft zu wenig qualifizierte Leute in dem Bereich arbeiten, ohne einen Berufszweig degradieren zu wollen. Es fehlt an Zusatzausbildungen. Gerne besuchte ich z. B. das SCRIPT, um gratis Zusatzqualifikationen zu erhalten. Leider ist es seit 2014 für Erzieher, Soz.Päds. oder Pädagogen im außerschulischen Bereich nicht mehr so einfach machbar.“

2.1.2. Das Office Nationale de l'Enfance

Im Folgenden werden die quantitativen Bewertungen des ONE und Kommentare dazu dargestellt. Die Befragten wurden darum gebeten, einzuschätzen: „Welche Aufgaben, Funktionen und Rollen⁴⁹ hat Ihrer Ansicht nach das Office Nationale de l'Enfance (ONE)? Bitte bewerten Sie, inwieweit das ONE im Jahr 2014 insgesamt die genannte Aufgabe ausfüllt.“

Rollen und Funktionen

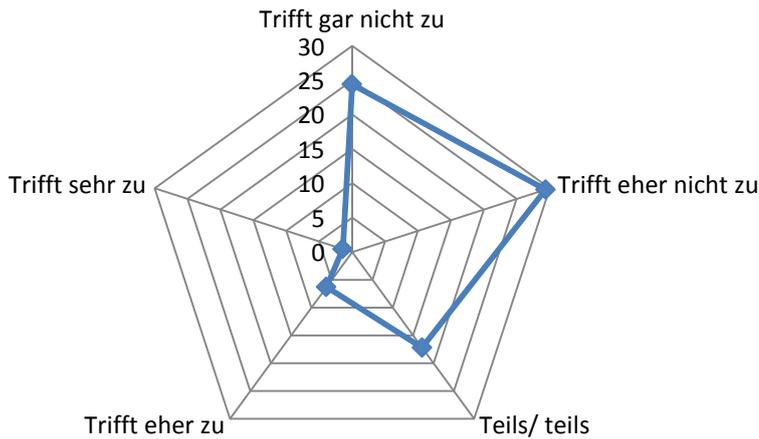
Den Befragten wurden 15 Items präsentiert, die potentielle Rollen, Funktionen und Aufgaben des ONE beschreiben (siehe Anhang 5.3. und 5.2.). Die Professionellen beantworteten die Fragen so, dass eine Faktorenanalyse⁵⁰ folgende inhaltliche Struktur der Items nahelegt: Dem ONE können grundsätzlich vier Funktionen und Aufgaben in Bezug auf eine veränderte Kinder- und Familienhilfe zugeschrieben werden (unabhängig davon, wie stark das ONE sie derzeit ausfüllt): Es ist (potentiell) Promotor⁵¹ freiwilliger Hilfen für Kinder und Familien, fachlicher Experte, Kontrolleur von Prestataires und Verwalter von Geldern und Heimplätzen. Betrachten wir, welche Funktionen und Aufgaben vom ONE in den Augen der Befragten derzeit tatsächlich erfüllt werden, so fällt zunächst auf, dass die meisten Zuschreibungen im Mittel nur mit „teils, teils“ beantwortet wurden. Eine Interpretation ist, dass dem ONE zwar viele Rollen zugeschrieben werden, es diese aber (bislang) nur teilweise oder uneinheitlich erfüllt. Eine andere Deutung ist, dass die Befragten unsicher sind und nicht genau wissen, was das ONE macht und sie sich nicht festlegen wollen. Im Folgenden werden die einzelnen Faktoren (Rollen) inhaltlich erläutert und die Einschätzungen der Befragten, inwieweit die Rollen derzeit erfüllt werden, dargestellt:

Der Faktor, der den größten Anteil an der Gesamtvarianz der Antworten erklärt, ist als Rolle des **fachlichen Experten** interpretierbar und inhaltlich v. a. dadurch bestimmt, dass das ONE den Prestataires die Arbeit erleichtert, Sicherheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie auch für Professionelle schafft, Hilfen koordiniert und für Kooperation sorgt. Als fachlicher Experte entwickelt das ONE die Professionalität im Sektor, unterstützt die Dokumentation und fördert Partizipation. Im Durchschnitt erfüllt das ONE im Jahr 2014 diese Rolle eher nicht bzw. nur teilweise ($M = 2.53$, $SD = .82$, $N = 186$). Am wenigsten sehen die Befragten eine Unterstützung durch das ONE – im Gegenteil nehmen 53.8 % eine erschwerende Rolle des ONE für die Prestataires wahr. Nur 7.7 % sehen in diesem Zusammenhang eine positive, weil erleichternde, Rolle:

49 Eine Rolle ist ein Bündel von Erwartungen, die sich an einen Akteur, einen Inhaber einer Position knüpfen (kulturelle Bedeutung, erwartetes Verhalten in einer Beziehung). Der Begriff der Funktion ist mehr technisch und bezieht sich auf die Bedeutung eines Akteurs in einem System. Rollenerwartungen an einen kollektiven Akteur wie dem ONE adressiert Funktion im System. Aus Rollen und Funktionen ergeben sich Aufgaben.

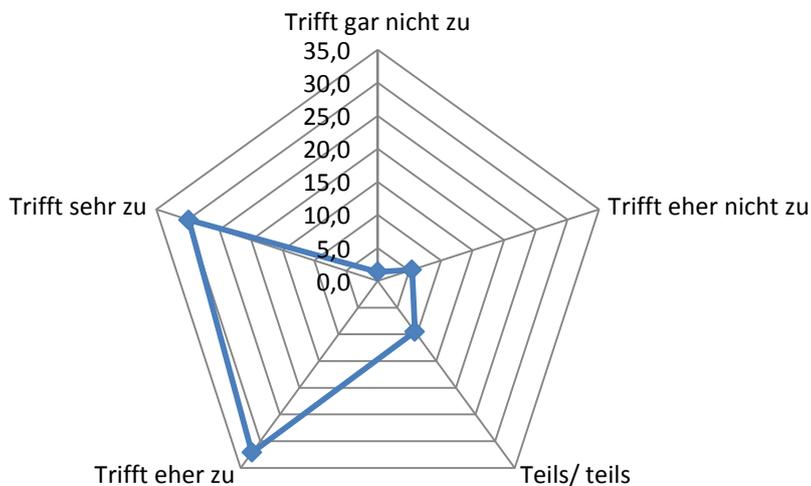
50 Hauptkomponentenanalyse, Varimax Rotation, aufgeklärte Gesamtvarianz = 64.78 %. Daten im Anhang.

51 Förderer, Vermittler



Grafik 1: Das ONE erleichtert dem Prestataire die Arbeit mit den Familien. Angaben in Prozent.

Das ONE wird weiterhin in seiner Rolle als **Kontrollleur von Prestataires** beurteilt, die die Überprüfung fachlicher und formaler Anforderungen beinhaltet. Laut Einschätzung der Professionellen erfüllt das ONE diese Rolle eher ($M = 3.72$, $SD = .90$, $N = 174$). Die Befragten sind sich relativ einig darüber, dass das ONE die Prestataires bzgl. formaler Anforderungen kontrolliert ($M = 4.07$, $SD = .97$, $N = 173$): 29.9 % halten diese Aussage für „sehr“, 32.1 % für eher zutreffend:

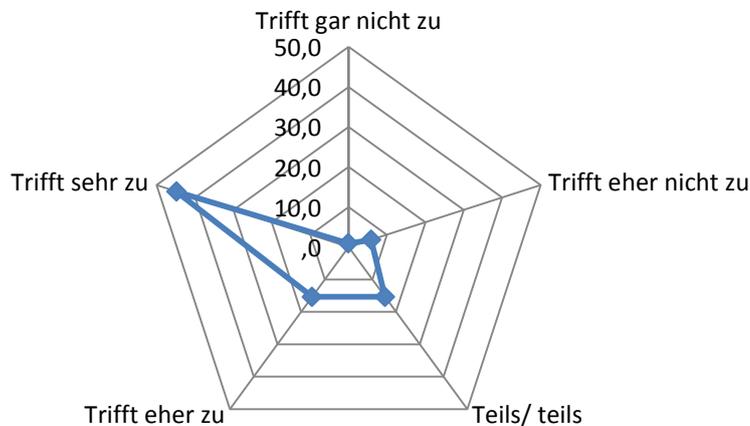


Grafik 2: Das ONE kontrolliert die Prestataires bezüglich formaler Anforderungen. Angaben in Prozent.

Die Rolle als **Promotor freiwilliger Hilfen** nimmt das ONE für die Befragten teilweise ein ($M = 2.97$, $SD = .89$, $N = 187$), indem es keinen „Zwang und Kontrolle über Familien“ ausübt, die fachliche Einschätzung des Hilfebedarfs sichert und einen niedrigschwelligen Zugang zu Hilfen eröffnet.

Schließlich wird dem ONE eher die Rolle des **Verwalters und Finanziers** in Form von „Genehmigung“ von Geldern und „Verteilung von Heimplätzen“ zugeschrieben ($M = 3.87$, $SD = 1.02$, $N = 186$). Die Aussage „Das ONE genehmigt Gelder“ erhält von allen Items den höchsten Zuspruch, d. h. diese

Funktion erfüllt das ONE für die Befragten am eindeutigsten ($M = 4.18$, $SD = 1.04$, $N = 182$), 44.8 % stimmen dem „sehr zu“. Dem ONE wird tendenziell auch zugeschrieben, eher dafür zuständig zu sein, Heimplätze zu verteilen, wobei sich die Befragten hier weniger einig sind ($M = 3.51$, $SD = 1.37$, $N = 157$).



Grafik 3: Das ONE genehmigt Gelder. Zustimmungen in Prozent.

Wie hängt die Wahrnehmung des ONE zusammen mit a) der Zufriedenheit mit der Reform und b) der Arbeitsplatzzufriedenheit?

Die Einschätzungen zu den jeweiligen Rollen des ONE korrelieren mit der berichteten Gesamtzufriedenheit mit der Reform: So sind Professionelle, die das ONE als freiwilligen Helfer und fachlichen Experten sehen deutlich zufriedener mit der Reform als solche, die diese Rolle vom ONE nicht als erfüllt ansehen ($r = .52$ und $r = .46$, $p < .001$). Gleiches gilt, aber in geringerem Maße, für die Rolle als Verwalter (von Geldern und Heimplätzen, $r = .16$, $p < .05$) und statistisch nicht signifikant für die Rolle des Kontrolleurs ($r = .13$, $p = .10$).

Die Arbeitsplatzzufriedenheit korreliert positiv mit der Einschätzung des ONE als freiwilligem Helfer und fachlichem Experten ($r = .41$ und $r = .31$, $p < .001$). In die gleiche Richtung geht der (nicht signifikante) statistische Zusammenhang mit der Zuschreibung „ONE als Verwalter“ ($r = .11$, $P = .13$). Keinen Zusammenhang gibt es zwischen Arbeitsplatzzufriedenheit und der Rollenzuschreibung „Kontrolleur“ ($r = .01$, $p = .92$). (Ausführliche Analysen zur Zufriedenheit im Kapitel 2.6.4.)

Kommentare

14 Befragte kommentierten die Rollen und Funktionen des ONE. Ebenso wurden einige Anmerkungen zur Organisation im allgemeinen Kommentarteil vorgenommen. Sie unterstreichen weitgehend die oben beschriebenen Einschätzungen. Die Kommentare kreisen, inhaltlich teils sehr differenziert, um folgende vier Aspekte der Reform:

- Ziele der Reform und Umsetzung – Ambivalenzen und Widersprüche
- Dokumentation – Professionalisierung, Administration und Datenschutz
- Fachliche Einschätzung - Fehlende Kommunikation und Transparenz
- Strukturen von Hilfen - ökonomische Logik statt flexible, individuelle Hilfen.

Im Detail ging es bei den Aussagen um folgende Inhalte und Muster der Betrachtung:

Ziele der Reform und Umsetzung – Ambivalenzen und Widersprüche

Das ONE verfolgt aus Sicht der Kommentatoren ein gutes Ziel, setzt dieses aber (noch) nicht angemessen um. Zudem ist das ONE noch nicht bekannt genug („dem großen Publikum“, „potentiellen Kunden, Schulen“). Das neue System rückt bislang vernachlässigte Themen in den Blick, jedoch statt Hilfen qualitativ zu entwickeln gibt es eine Überbetonung des administrativen, finanziellen Aspektes der Reform. Die Sparpolitik führt zu weniger flexiblen Hilfen und möglicherweise letztlich zu höheren Kosten. Die Befragten konstatieren eine Ökonomisierung der Hilfen, manche schildern den Eindruck, dass es bei der Reform v. a. darum ging, Geld zu sparen, die anderen Ziele waren möglicherweise nur vorgeschoben. Folglich muss das System „noch einmal komplett durchdacht werden“.

„Die Basisidee war gut erdacht“⁵²

„Das ONE regiert Geld“

„Unter dem Deckmantel gezielter auf Bedürfnisse der Klienten eingehen zu können scheint es ausschließlich darum zu gehen, Geld zu sparen!!“

„Das Sozialwesen sollte bitte sozial bleiben und nicht mit Bankmanagement gleichgestellt werden.“

„Das Kontrollsystem bringt (...) größere öffentliche Kosten mit sich.“

„Die Grundidee“ ist eine „wunderbare Sache“, denn es braucht eine „zentrale Instanz, welche Hilfemaßnahmen organisiert, reguliert und kontrolliert.“

Das ONE wurde zu einer „Kasseninstitution“, dabei braucht es „im Sozialen einen administrativen und einen qualitätsbezogenen Teil der Institution. Wenn beide vermischt sind gelingt die Qualität nicht.“

„Es ist jedoch bedauerlich dass man das ONE als das neue Qualitätsinstrument der luxemburgischen sozialen Landschaft verkauft. Es hat allerdings auch den Anschein, als wäre die Idee des ONE aus der finanziellen Krise von 2008 gewachsen.“

„Sehr viele, vor allem langjährige Professionelle üben nach wie vor gerne und mit viel Engagement ihre Arbeit aus, wobei viele jedoch in ihrem Elan gebremst werden durch die extrem engstirnigen Vorgaben des ONE. Allgemeines Unverständnis herrscht bei den Mitarbeitern, da diese in Zwischenzeit das Gefühl haben in einem Betrieb aus der Privatwirtschaft zu arbeiten, der mit sozialer Arbeit kaum etwas zu tun hat.“

„Es würde mich interessieren zu erfahren, ob so tatsächlich Geld gespart wurde, weil ich eher den gegenteiligen Eindruck habe: es gibt jetzt einfach nur ein Amt mehr das viel kostet. Aber vielleicht kann mich der Bilanz-Bericht ja eines Besseren belehren ...“⁵³

⁵² Wir unterstellen, dass hier die Ziele der Reform (Partizipation, Déjudiciarisation etc.) gemeint sind.

⁵³ Eine weitere wahrgenommene Widersprüchlichkeit der Reform: Das ONE als Akteur freiwilliger Hilfen „zwingt“ Eltern die participation parentale zu zahlen, „wenn sie diese verweigern“. Aus Sicht der Autorinnen ist es auch ein Widerspruch, dass die zentrale Idee Partizipation in den Regularien v. a. als „participation financiere“ ausformuliert ist (Peters & Jäger 2014).

Dokumentation – Professionalisierung, Administration und Datenschutz

Das ONE entwickelt Formen der Dokumentation, die einer professionellen Arbeit dienlich sein können. Auf der anderen Seite ist der wahrgenommene Aufwand für die administrative Arbeit unverhältnismäßig gestiegen und wird als nicht hilfreich erlebt: die „massive Bürokratisierung erschwert“ die Arbeit und ist für viele Befragte die wesentliche Veränderung durch die Reform. Die erlebte Kontrolle des ONE mittels Dokumentation wird als störend und als für die fachliche Arbeit nicht förderlich empfunden. Die administrativen Änderungen haben Konsequenzen für den Datenschutz, das Secret Professionnel und den Kinderschutz. Die Fachkräfte wünschen hilfreiche Formen der Dokumentation, die Datenschutz und klientenorientiertes, partizipatives Arbeiten unterstützen.

„Somit verlagert sich die Erzieherarbeit immer mehr vor den PC.“

„Zur Existenzsicherung (...) ein Teil der Arbeit von direkter Arbeit am Klienten zu bürokratischer Verwaltungstätigkeit unverhältnismäßig verschoben worden.“

„Weder die Träger noch die Klienten wissen, wer genau Einblick in die Berichte hat, der Datenschutz wird als fragwürdig empfunden.“

„Finanzierung und Berichterstattung sind zu sehr aneinander gekoppelt, so dass eine objektive Berichterstattung nicht wirklich möglich ist.“

Die „Selbstbeteiligung der Betroffenen“ ist als „Qualitätskriterium“ „auch ohne ständige Berichterstattungen an das ONE“ einzusetzen. Die diesbezügliche Kontrolle des ONE schränkt die Arbeit mit den KlientInnen ein. Wir möchten, „im Rhythmus der Klienten arbeiten dürfen.“

Die Formulare dienen „eher zur Dokumentation für administrative Zwecke als Elemente zur Verfolgung der Entwicklung“. „Die Situation der Eltern, ihre Einsicht und Mitarbeit, wird definitiv nicht genug berücksichtigt. Die Konflikte, welche Jugendliche mit ihren Eltern haben, werden nicht genug betrachtet und die Formulare fokussieren sich auf nebensächliche Entwicklungselemente.“

Der „zeitliche“, „bürokratische“ Aufwand ist „enorm“, „unverhältnismäßig“, „zum Teil recht hoch“ und „müsste anders geregelt werden“.

Das „erforderte“ „extreme Verwalten“ erzeugt „Druck“ und wird „nicht bezahlt“. Durch den „administrativen Aufwand (Anfragen, Berichte, Rechnungen)“ und „die Notwendigkeit Papiere auszufüllen (teilweise doppelt, obwohl die Daten bereits vorliegen beim ONE), geht „Qualität der Arbeit“ und „den Kindern (...) viel Zeit verloren“.

Die „Abhängigkeit von manchmal nicht nachvollziehbaren Entscheidungen des ONE“ „kompromittiert“ „manchmal die fachliche Arbeit“.

„Eigentlich habe ich den Eindruck dass alles plus minus so läuft wie vorher aber (...) Ich verbringe meines Erachtens viel zu viel Zeit damit irgendwelche Formulare und Belege für meine Arbeit auszufüllen als mit meinen eigentlichen Aufgaben und Klienten.“ „Dies kommt den zu betreuenden Kindern und Jugendlichen sicherlich nicht zugute!!!“ Denn: „Geplante pädagogische Maßnahmen sind nur dann sinnvoll für Familien wenn auch Zeit bleibt diese durchzuführen und zu reflektieren!“

„Mit der Reform und den darin festgelegten Obligationen zu Rapports und PPI (welche sich nicht auf organisationelle Planung begrenzen sondern detaillierte Fallbeobachtungen und Diagnostik erfordern) kann eine vertrauliche Hilfestellung nicht mehr gewährleistet werden und das Secret Professionnel nicht genügend bewahrt werden.“

„Es fehlt der Aspekt des Datenschutzes, wie wird mit Dokumenten umgegangen, ist dieser Umgang transparent für Eltern und Kinder/Jugendliche, haben sie Mitspracherecht.“ Dies hat „einen nicht zu unterschätzenden Einfluss (...) auf das Vertrauen von Klienten in die Dienststelle und ins ONE“.

Das ONE ermöglicht den Eltern „jederzeit Akteneinsicht (zu) verlangen, auch wenn es nicht zum Wohle und Schutz des Kindes/Jugendlichen beiträgt“.

Fachliche Einschätzungen - Fehlende Kommunikation und Transparenz

Die Kommunikation und Zusammenarbeit mit dem ONE wird als langsam, „schwierig“, „mühsam“, kontrollierend, nicht persönlich, nicht fachbezogen, nicht einheitlich und nicht transparent erlebt. Das ONE ist für die Prestataires Kontrolleur und Geldgeber, der mit ihnen über Formulare kommuniziert, aber keinen fachlichen Austausch sucht. Für die Professionellen ist es „eine weitere Instanz, die mitkoordiniert werden muss“. Der ‚große bürokratische Aufwand‘ ist zudem „oft undurchsichtig für die Eltern“.

„Insgesamt sollte das ONE genau evaluiert und besonders die Bewilligungsprozeduren analysiert werden. Hier fehlt es deutlich an Transparenz.“

„De plus, leurs décisions concernant les aides nous semblent aléatoires. Pour certaines familles les aides sont accordées, pour d'autres elles sont refusées sans explication.“

„ONE wird als Kontrollinstanz/Abhängigkeit da Geldgeber wahrgenommen, nicht als unterstützender Teamplayer/Ressource zur Entwicklung. Es ist der Geldgeber. Zu diesem Zwecke müssen Anforderungen ausgeführt werden, ohne dass ein Dialog zustande kommt, oder dass ein wertschätzendes Feedbackgespräch seinen Platz findet. Interaktionen in 2014 beschränkten sich auf „demande prolongement APC“, „accord prolongement APC“ und „rapport complet et succinct“.“

Die Beantwortung einer Anfrage dauert oft „sehr lange“, Hilfsanträge werden „ohne sachliche Begründung“, „ohne konkrete Rückmeldung“ abgelehnt, es wird nicht „zusammen an den verschiedenen Dossiers“ gearbeitet. Die fachlichen Einschätzungen des ONE werden als nicht transparent, „manchmal nicht nachvollziehbar“, empfunden.

„Die „équipe d'experts“, welche beim ONE unsere Anträge auswertet, fungiert irgendwo im Hintergrund“.

Es ist „nicht verständlich, weshalb eine Instanz wie das ONE entscheidet, ob und wie viele Stunden das Kind/die Familie Hilfe bekommt.“

„In gleichen Fällen wird oft eine total unterschiedliche Entscheidung getroffen“

„Die Professionellen ‚bekommen wenig mit‘ vom ONE: „außer dass wir jedes Jahr einen Entwicklungsbericht schreiben müssen und eine Rapport Complet et Succinct. Und ohne diese Berichte bekommen wir für unsere Kinder keine finanzielle Unterstützung, wie Therapie etc ..“

„Prestataires erleben das ONE nicht als Unterstützung sondern nur als Kontrolle und das in Frage stellen der fachlichen Kompetenz“

Das ONE tritt als „kontrollierende Verwaltung auf, die wenig an fachlichen Inhalten interessiert scheint. Die nötige Flexibilität, Kreativität und Freiheitsgrade bei der professionellen Ausübung unserer Berufe werden so sehr stark eingeschränkt.“

Es gibt „nur begrenzt Möglichkeit, telefonisch in Kontakt zu kommen, die mails werden regelmäßig nicht beantwortet, die APC werden regelmäßig nicht in dem vorhergesehenen Zeitrahmen verschickt, auch sind die APC nicht immer an die Anfrage angepasst.“

„Mir fehlt es sehr an Kommunikation, Transparenz und Kohärenz vonseiten des ONE. Unsere Institution fragt schon seit langem regelmäßig nach einem Termin um die Prozeduren zu klären und besser zu verstehen und wir bekommen einfach keine Antwort. Die Kommunikation bleibt sehr einseitig und wir erhalten oft nur über Vorwürfe Informationen zu den Prozeduren, die auch teilweise verändert werden ohne dass wir benachrichtigt wurden. Auch scheint es oft von dem jeweiligen Ansprechpartner (oder dessen Laune?) abzuhängen wie in einem Fall entschieden wird.“

„Das System AEF/ONE ist überbürokratisiert, die Klienten haben kaum einen Überblick über alle Formulare.“

Strukturen von Hilfen - ökonomische Logik statt flexible, individualisierte Hilfen

Die Bürokratielogik und Sparpolitik erschwert die Erbringung flexibler, individueller Hilfen. Vorgesehene zeitliche Rahmen und finanzielle Mittel sind nicht immer passend zum fachlichen Bedarf. Eine Empfehlung in diesem Zusammenhang lautet, die „administrative begutachtende Funktion des ONE“ (Genehmigung von Finanzen) vom „fachlich/inhaltlichen Gutachten“ (auch im Sinne der fachlichen Beratung) zu trennen.

„Das Gesetz macht den gesamten Hilfsbereich sehr schwerfällig, der Schwerpunkt der Arbeit geht immer mehr in Richtung einer administrativen Reform“

„Wenn man versucht Sozialhilfen in ein kapitalistisches Modell zu zwingen, sind die Träger gezwungen mehr Fälle anzunehmen, als für die Mitarbeiter zu verkraften sind. Mitarbeiter bekommen Quotas vorgegeben, wieviel Prozent „facturable“ Arbeit sie leisten müssen, damit der Dienst nicht zu defizitär bleibt. Es ist jetzt die Quantität, die zählt, nicht die Qualität, die bleibt auf der Strecke. Die Hilfen die genehmigt werden sind so sparsam gerechnet, dass der Träger nicht so arbeiten kann wie er muss, um auch eine langfristig tragbare Veränderung bei Klienten zu erwirken. Die Effektivität der Hilfe verpufft.“

„an dei ganz finanziell Opdeelung kenn de Kanner am mannsten zegudd“

„Wir sind keine Schraubenfabrik“

„Seit der Reform ist alles dogmatisierter, weniger prozessorientiert und weniger adressatenorientiert.“ Die „neue Finanzierung“ stellt keine „Arbeitserleichterung für die Professionellen“ dar, denn: „Wir arbeiten mit Menschen und nicht mit Maschinen, darum kann nicht alles klar definiert und abgerechnet werden, was wir in unserer alltäglichen Arbeit leisten.“

Das ONE vollzieht „Sparmaßnahmen“ an der „bitteren Realität“ vorbei. Therapiemaßnahmen und die Arbeit mit „Problemfamilien“ brauchen jedoch Zeit und Flexibilität: „Soziale Arbeit soll nach Wünschen des ONE in ein Schema gepresst werden, damit es mit der logistischen Abwicklung seitens des ONE kompatibel ist und in deren finanziellen Rahmen passt“.

„Die Arbeitsweise des ONE führt zur Kommerzialisierung der Kinder- und Familienhilfe und der Sozialarbeit im Allgemeinen und lässt oft nur punktuelle Hilfen zu (Geldmangel?) die zu keinen zufriedenstellenden Resultaten führen.“

Fachliche Entscheidungen werden durch finanzielle Entscheidungen ersetzt, „die nicht im Sinne des Jugendlichen sind, weil auf das Geld geachtet werden muss.“

Das Tarifsystem „fortfait horaire“ ist nicht an die ‚Realität der Arbeit‘ angepasst, denn: „Certaines familles ont besoin d'une aide intensive, et d'autres sont capables de se débrouiller de façon plus autonome“

„Diese Ökonomisierung von Hilfe richtet sich oft gegen die Bedürfnisse der Familien oder des Einzelnen. Konkrete Auswirkungen sind kürzere Laufzeiten von Hilfe, quantitative Fallbearbeitung Ausgrenzung von Hilfeanwärtern (z. B. Volljährige haben nach wie vor Mühe, eine Finanzierung zu erhalten, besonders wenn sie über wenige Eigenressourcen verfügen ...).“

In den ambulanten Hilfen kommt „Quantität der Leistungen klar vor der Qualität“, es gibt weniger bedarfsgerechte Hilfen .

Eine Folge ist, dass manch „sinnvolle Klientenarbeit“ nicht mit dem ONE „abgerechnet werden“ kann und „viel Zeit“ bei „der Kalkulation für die Rentabilität verloren“ geht.

„Erstellung eines PPI (oder PI) innerhalb der ersten 3 Monate [ist] fachlicher Unsinn, es fehlen zu viele Informationen, es fehlt eine Clearing-Pauschale.“

„Es fehlt oftmals die Flexibilität in den Fachleistungsstunden, bewilligte Fachleistungsstunden wirken oft willkürlich, nicht der Situation angepasst, zu langer bürokratischer Prozess um zusätzliche Fachleistungsstunden zu bekommen“

„Es fehlt der Aspekt der Dauer der Hilfsmaßnahmen, welche doch manchmal eher vom Finanziellen abhängig ist als vom reellen Bedarf des Kindes oder der Eltern.“

2.1.3. Die Coordinateurs de Projet d'Intervention

Im Folgenden werden die quantitativen Bewertungen zu den Coordinateurs de Projet d'Intervention (CPIs) und Kommentare dazu dargestellt. Die Befragten wurden gebeten, sich zu folgender Fragestellung zu positionieren: „Welche Aufgaben, Funktionen und Rollen hat Ihrer Ansicht nach ein Coordinateur de Projet d'Intervention (CPI)? Bitte bewerten Sie, inwieweit ein CPI im Jahr 2014 insgesamt die genannte Aufgabe ausfüllt.“⁵⁴

Rollen und Funktionen

Insgesamt fällt auf, dass den CPIs keine eindeutigen Rollen zugeschrieben werden; das Profil des ONE ist im Vergleich dazu etwas deutlicher. Die meisten Zuschreibungen wurden im Mittel mit „teils/teils“ vorgenommen, keine Zuschreibung liegt über $M = 3.61$ (Zustimmung „eher“). Ähnlich wie beim ONE lässt sich dies als Uneindeutigkeit der erfahrenen Funktionen durch die CPIs oder als fehlende Kenntnis der Befragten interpretieren.

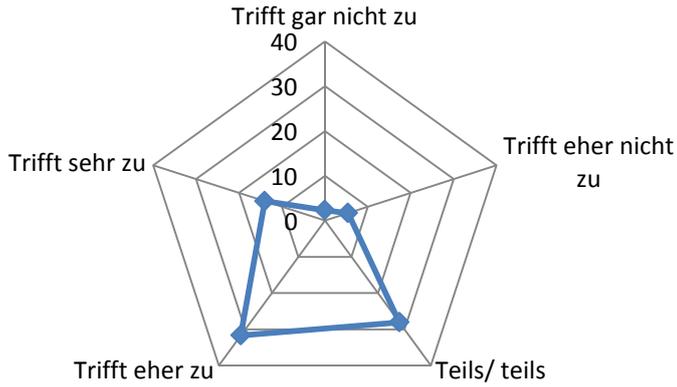
Eine Faktorenanalyse⁵⁵ legt eine Interpretation von drei Faktoren nahe, d. h. den CPIs können laut Wahrnehmung der Befragten grundsätzlich drei Funktionen und Aufgaben zugeschrieben werden (unabhängig davon, wie stark die CPIs diese derzeit ausfüllen): Sie sind fachliche Experten für freiwillige Hilfen, fachliche Unterstützer der Prestataires und Verwalter von Geldern und Heimplätzen. Im Folgenden werden die einzelnen Faktoren (Rollen) inhaltlich erläutert und die Einschätzungen der Befragten, inwieweit die Rollen derzeit erfüllt werden, dargestellt:

Der Faktor, der den größten Anteil an der Gesamtvarianz der Antworten erklärt, ist als Rolle des **fachlichen Experten für freiwillige Hilfen** interpretierbar und inhaltlich v. a. dadurch bestimmt, dass die CPIs die fachliche Einschätzung des Hilfebedarfs verantworten, einen niedrigschwelligen Zugang zu Hilfen eröffnen und Sicherheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene schaffen. Sie fördern die Kooperation der Prestataires und koordinieren Hilfen, entwickeln Professionalität im Sektor und stärken die Partizipation der Bénéficiaires. Damit stehen sie nicht für Zwang und Kontrolle über Familien. Diese Rolle wird von den CPIs im Jahr 2014 insgesamt teilweise erfüllt ($M = 3.29$, $SD = .68$, $N = 182$). Im Detail bedeutet das:

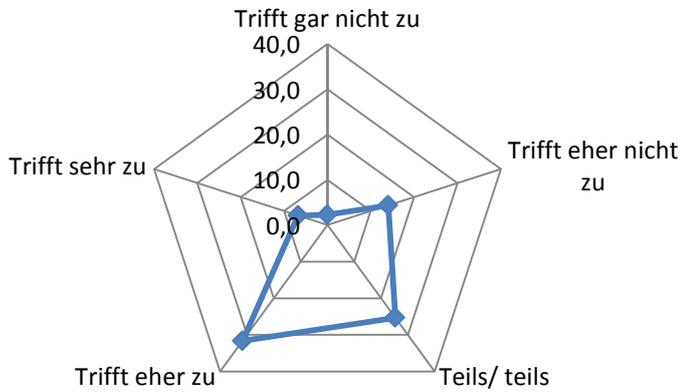
- Am deutlichsten ist dabei die Einschätzung, dass CPIs Hilfen für einen Bénéficiaire koordinieren ($M = 3.61$, $SD = .94$, $N = 180$).
- Teilweise sorgt ein CPI für das Gelingen einer fachlichen Einschätzung des Hilfebedarfs (besoins) eines Bénéficiaires ($M = 3.33$, $SD = .96$, $N = 177$).
- Die Beteiligung der Bénéficiaires an der Planung und Gestaltung von Hilfen wird durch die CPIs teilweise gefördert ($M = 3.42$, $SD = .90$, $N = 176$).

⁵⁴ Dabei wurden die gleichen Items (Anhang 5.3 und 5.4.) verwendet wie beim ONE. Dies trägt der Idee Rechnung, dass die beiden neuen Akteure ONE und CPIs in einer veränderten Kinder- und Jugendhilfe arbeitsteilig neue Rolle übernehmen (sollen), bzw. Aufgaben des ONE an CPIs übertragen werden.

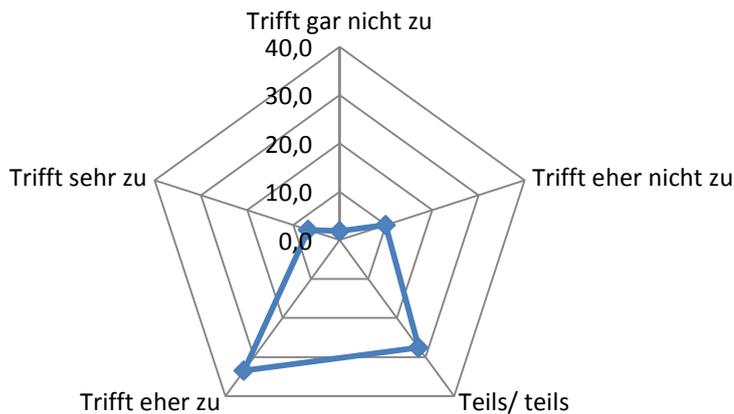
⁵⁵ Hauptkomponentenanalyse, Varimax Rotation, aufgeklärte Gesamtvarianz = 61.70 %



Grafik 4: Ein CPI koordiniert Hilfen für einen Bénéficiaire. Zustimmung in Prozent



Grafik 5: Ein CPI sorgt dafür, dass eine fachliche Einschätzung des Hilfebedarfs (besoins) eines Bénéficiaires gelingt. Zustimmung in Prozent



Grafik 6: Ein CPI fördert die Beteiligung der Bénéficiaires an der Planung und Gestaltung von Hilfen. Zustimmung in Prozent

Die Rolle des **fachlichen Unterstützers der Prestataires** wird den CPIs nur teilweise bzw. eher nicht zugeschrieben ($M = 2.61$, $SD = .76$, $N = 180$). Sie beinhaltet die Kontrolle und Überprüfung bzgl. formaler und fachlicher Anforderungen, die Unterstützung bei der Dokumentation und allgemein die Erleichterung der Arbeit für Prestataires und insgesamt die Stärkung der Sicherheit für Professionelle.

Als **Verwalter von Geldern und Heimplätzen** werden die CPIs eher nicht wahrgenommen ($M = 2,13$, $SD = .1.07$, $N = 168$). Am eindeutigsten ist die Einschätzung, dass CPIs „eher nicht“ für die Verteilung von Heimplätzen zuständig sind ($M = 1.80$, $SD = .96$, $N = 152$).⁵⁶

Betrachtet man die Antworten der sechs CPIs, die sich an der Befragung beteiligt haben, getrennt, so finden sich bei ihnen mehr eindeutige Zuschreibungen. Laut Eigenverständnis sind CPIs v. a. dazu da:

- für die fachliche Einschätzungen des Hilfebedarfs zu sorgen
- einen frühen, einfachen Zugang zu Hilfen zu eröffnen
- die Beteiligung der Bénéficiaires an der Planung und Gestaltung von Hilfen zu fördern
- die Kooperation zwischen den Prestataires zu fördern
- für Sicherheit für Kinder/Jugendliche/junge Erwachsene zu sorgen.

Ihrer Ansicht nach sind CPIs v. a. nicht dafür da, Gelder zu genehmigen und Heimplätze zu verteilen.

Wie hängt die Wahrnehmung der CPIs zusammen mit a) der Zufriedenheit mit der Reform und b) der Arbeitsplatzzufriedenheit?

Die Zuschreibung der Rollen und die Einschätzung der subjektiven Zufriedenheit mit der Reform und dem Arbeitsplatz sind teilweise positiv korreliert. So sind die Befragten umso zufriedener, je mehr sie CPIs als Experten für freiwillige Hilfen wahrnehmen (Gesamtzufriedenheit: $r = .39$, $p < .001$) und je mehr sie durch sie eine Unterstützung der Prestataires erleben ($r = .32$, $p < .001$). Keinen statistischen Zusammenhang ist mit der Zuschreibung als „Verwalter von Geldern und Heimplätzen“ zu finden ($r = .08$, $p = .31$). (Ausführliche Analysen zur Zufriedenheit im Kapitel 2.6.4.)

Kommentare

20 Personen nutzten die Möglichkeit, die Rollen der CPIs frei zu kommentieren⁵⁷, wobei vier Befragte angaben, noch keine Erfahrung mit CPIs zu haben. Dabei kreisen die Kommentare um folgende Aspekte:

- Ziele der Reform und Umsetzung – uneindeutige Koordinationsrollen
- Kooperation und Koordination – Unterstützung vs. Erschwernis
- Professionalität.

⁵⁶ Die unterschiedliche Anzahl an Befragten, die die Fragen zu den CPIs beantwortet haben deutet ebenso wie das Rating im Mittelbereich auf eine Unsicherheit, welche Rollen dem neuen Akteur zugeschrieben werden sollen. Es kann auch als Hinweis gesehen werden, dass die fachlichen Rollen der CPIs als eindeutiger wahrgenommen werden und es bzgl. einer möglichen Verwaltungsrolle Unsicherheit gibt.

⁵⁷ Keine dieser Personen hat angegeben, selbst ein CPI zu sein.

Ziele der Reform und Umsetzung – uneindeutige Rollen

Die neuen, für die Koordination der Hilfen zuständigen, Akteure CPIs haben ihren Platz im Hilfesystem noch nicht durchgängig gefunden, Rollen, Standards, Abläufe der Zusammenarbeit sind nicht eindeutig definiert und gelebt und die neuen Akteure sind noch zu unbekannt. Zudem werden die CPIs als nicht unabhängig erlebt. Anerkannt wird, dass CPIs selbst unter viel Druck arbeiten.

„Rolle und der Platz (im Helfersystem) des CPI ist sehr unklar definiert, was zu einer Erschwerung der Betreuungsmaßnahme führt, auch sind die CPI nicht alle sensibel genug um ihren Platz als reiner Koordinator und Vermittler zwischen Familie und ONE resp. den anderen Dienststellen einzunehmen und führen Gespräche mit der Familie, die die Fachkraft der Dienststelle eigentlich führen sollte, was zu Verwirrungen führt und die Zusammenarbeit der Dienststelle mit der Familie erschwert. Die Familien verstehen oft nicht was „der CPI“ ist und verwechseln ihn oft mit dem SCAS.“

Die im Fragebogen genannten Aufgaben gehören zum Profil eines CPI. Er „sollte“ sie zumindest erfüllen.

„Die Rolle des CPI ist nicht klar genug definiert und es ist noch nicht immer klar wer was übernimmt, vor allem in der Zusammenarbeit zwischen Institutionen und CPI.“ So sei die „Zusammenarbeit mit SCAS nicht klar definiert, vor allem, wenn CPI drin ist“.

„Nicht jeder Klient hat ein CPI, es ist nicht klar wann ein Klient ein CPI hat und wann nicht. Eigentlich sollte jeder Klient einen CPI haben, was allerdings nicht der Fall ist.“

„CPIs sind teils inexistent oder mit ihren Dossiers überfordert, Hilfestellungen haben wir (oder die Kinder) keine bekommen. Außer dem Mehraufwand durch die Berichte, welche zu schreiben sind, sehen wir quasi keine Veränderung in unserer Arbeit. die Verantwortung liegt stets beim Erzieher, der CPI kann nicht als Ressource angesehen werden.“

Die Rolle, die die CPIs ausfüllen, „ist sehr personenspezifisch“ „Manche CPI sind sehr engagiert (...) andere wiederum melden sich kaum.“

Die Rolle „hängt auch von den verschiedenen Servicer ab.“

Die „Servicer“ sind zudem nicht unabhängig von den „Auftragnehmerinstitutionen“ – diese können von den CPIs „bevorzugt“ werden gegenüber „anderen, vielleicht sogar „passenderen“, Institutionen“.

Eine „zu starke Einflussnahme des ONE auf die CPI“ verhindert die Aufgabenerfüllung durch die CPI wie „ursprünglich vorgesehen“.

„Durch den häufigen Wechsel der CPIs ist eine fortlaufende, konstruktive Arbeit nicht möglich.“

In der Kooperation mit und Koordination durch die CPIs ist es „un glaublich schwierig, Kontinuität in dem Begleiten von Klienten zu gewährleisten“, da diese „häufig wechseln oder kündigen“. Die neue CPIs müssen dann mit viel Arbeitsaufwand wieder „eingearbeitet werden“: „Sie [CPIs] sind zwingend angewiesen auf fachliche Informationen anderer Beteiligten, die dadurch einer großen administrativen Belastung ausgesetzt sind. Arbeitszeit, die auf Kosten der Kinder und Jugendlichen geht, das sie nicht ersetzt oder von anderen Fachkräften übernommen wird oder werden können!!!“⁵⁸

⁵⁸ Eine Person kommentiert in diesem Zusammenhang, dass keine ihrer Fälle bislang einen CPI hat („Keine Neuaufnahmen und wir haben auch für die von uns betreuten Kinder kein CPI“).

Kooperation und Koordination: Unterstützung vs. Erschwernis

Die Arbeit von CPIs wird uneinheitlich erlebt: teilweise als unterstützend (es gibt CPIs, die „arbeiten super und tragen zur besseren Koordination im Sinne der Klienten bei“), teilweise als wenig hilfreich oder gar erschwerend für die eigene Arbeit (CPIs „erfüllen oft nicht die Aufgabe der Koordination“). Ein CPI kann den Arbeitsaufwand der Prestataires steigern, es kommt zu double emploi.

„Manche CPI sind sehr engagiert und nehmen ihre Arbeit sehr Ernst“

„Viele erhöhen einfach nur die Vielzahl an Beteiligten bei einer Intervention und machen mehr Arbeit als wenn sie nicht da wären“

„Erst in einem mir bekannten Fall hat die CPI ihre Aufgaben erfüllt und war somit auch eine Hilfe für uns.“

Manche CPIs „melden sich kaum.“ Sie „nehmen häufig gar keinen Kontakt mit der Institution auf oder melden sich nur am Anfang der Maßnahme. Während der Maßnahme gibt es oft keinen Austausch“ – außer auf Initiative der Prestataires.

„Nicht jeder CPI erkundigt sich der Arbeit, die vor seinem Kommen geschehen ist“. Beispiel: „ein Fall wo die "ayant la garde" ein "placement volontaire" unterschreiben wollte; wo Professionelle jahrelang daran gearbeitet hatten; CPI hat da „ein Strich durch die Rechnung gemacht“; der Bénéficiaire musste nachher hospitalisiert und in eine therapeutische Struktur; die sozial Gelder die für dieses Kind ausgegeben waren, waren weit höher im Nachhinein). Ich denke dass es nicht klar in der Funktion des CPI benannt ist, dass dieser zuerst eine „étude de la situation“ machen soll und den Professionellen zuhören soll die schon lange mit der Familie arbeiten, auch wenn diese nicht unter das Budget vom ONE fallen. (...) Leider sehen nicht alle CPI das so, oder der ONE gibt ihnen die Möglichkeit nicht ...“

„Soll der CPI einen Bericht schreiben, so nimmt er sich einen Termin bei uns im Haus und schöpft Infos ab, ohne selbst einen Bezug zum Dossier zu haben. Dies bedeutet einen weiteren Arbeitsaufwand für uns, ist nicht sinnvoll und wenig hilfreich.“

Da „Koordination meist ein notwendiger Bestandteil der Arbeit der Prestataires“, ist „der Einsatz von CPIs in der Regel wenig förderlich und führt zu einem sogenannten "double emploi".“

„Wir erledigen auch meistens die Arbeit eines CPIs weil es diese Instanz anscheinend hauptsächlich auf dem Papier gibt und oft ist unser eigentlicher Auftrag am Anfang sehr unklar. Ich frage mich auch ob den CPIs, die es tatsächlich gibt, klar ist, was deren Auftrag ist.“

„Die Aufgabe der CPIs müsste eindeutiger ausgeführt werden. Oft erlebe ich die Personen nicht als Koordinator, sondern als diejenigen, dem die Informationen geliefert werden. D. h. ich erbringe neben dem Kontakt mit z.B. SCAS, Schule, Maison Relais,... die Informationen für die CPIs. Die Arbeit wird dadurch z. T. doppelt gemacht. Warum müssen der CPI und der ambulante Mitarbeiter einen Bericht schreiben, wenn der ambulante Mitarbeiter dem CPI die Infos liefert? Anfragen werden oft nicht klar formuliert oder detailliert genug gestellt.“

„Uns wurde die Zusammenarbeit mit dem Jugendlichen durch einen CPI bereits oft sehr erschwert. Meiner Meinung nach ist es nicht unbedingt notwendig wenn ein Jugendlicher in so einer intensiven Betreuung wie (...) mit einem ganzen multiprofessionellen Team (Psychologin, Sozialarbeiterin, Sozialpädagoge ...) um sich herum dass er auch noch eine Betreuung seitens eines CPI hat. Ich denke schon dass wir als Team den Jugendlichen sowie sein ganzes Umfeld bestens kennen, um so auch eine reale Einschätzung über die Hilfestellung die von auswärts benötigt wird geben zu können.“

Professionalität

Die erforderliche Fachlichkeit / Professionalität von CPIs zur Erfüllung ihrer Koordinationsrolle ist nicht immer gegeben, notwendige Kompetenzen, Wissen und Informationen fehlen.

„Meist sind die CPIs sehr junge unerfahrene Angestellte die unter Druck arbeiten, und weniger erfahren sind als die Mitarbeiter deren Arbeit sie eigentlich koordinieren sollten.“

Sie „sind schlecht vorbereitet/ausgebildet, um sich innerhalb der Einrichtungen durchzusetzen.“

„Noch bessere Schulungen, mehr Infowissen vor wichtigen Versammlungen wären ratsam“

„Nach meinem Empfinden setzt eine gute Koordination Moderationskompetenzen, Fachwissen, kontinuierliches Arbeiten, Überblick, gesammelte Information, Empathie, Professionalität, eine gewisse Distanz einerseits, Nähe zu sozialen Problemen andererseits voraus. Fakten und Kompetenzen, über welche die wenigsten der CPIs mit denen ich bisher arbeiten durfte, verfügen!“

2.2. Strukturen von Hilfen

Die Items der Skala fragen nach einer zentralen intendierten Wirkung der Gesetzesreform: dass Kinder und ihre Familien einfacher (niedrigschwelliger, schneller) Zugang zu Hilfen erhalten und dass diese Hilfen passgenauer sind. Die Items fragen zugehörige Aspekte ab: Bekanntheit der Hilfsangebote, Niedrigschwelligkeit, Passgenauigkeit/Individualisierung der Hilfen und Versorgung mit Hilfen. Die Kommentare befassen sich mit der Steigerung ambulanter Dienstleistungen, bürokratischen Hürden für individuelle Hilfeleistungen und Lücken im Hilfenetz. ihrer Einschätzung teilweise für Familien leichter geworden, freiwillig Unterstützung anzufragen, sie

Die Befragten nehmen beim Zugang zu Hilfen teilweise Verbesserungen wahr. So ist es heute laut und ihre Kinder erhalten heute teilweise mehr und auch individuellere, flexiblere Hilfen. Sie stimmen teilweise zu, dass die Angebote heute besser regional verteilt sind, eine Mehrheit stimmt zu, dass es tendenziell mehr „Hilfen aus einer Hand“ gibt. Freiberufler/innen erleben im Vergleich zu den festangestellten Befragten einen mehr verbesserten Zugang zu Hilfen (M = 3.43, SD = .72, N = 22 vs. M = 2.97, SD = .73, N = 188).

Z1	Die Eltern kennen die freiwilligen Hilfen (mesures d'aide) heute besser als vor der Einführung des Gesetzes AEF.	M = 2.59, SD = .95, N = 189
Z2	Heute ist es für Familien leichter, freiwillig Hilfen anzufragen.	M = 3.20, SD = 1.00, N = 193
Z3	Familien, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erhalten heute mehr Hilfen.	M = 3.24, SD = .96, N = 196
Z4	Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien erhalten heute passendere (individuellere, flexiblere) Hilfen.	M = 3.29, SD = .92, N = 205
Z5	Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien erhalten schneller Hilfen als früher (geringere Wartezeiten).	M = 2.72, SD = 1.07, N = 190
<i>Skala:</i> Item Mittelwerte: M = 3.03; Item Varianz: .95, Skala: M = 15.12, Varianz = 13.10, SD = 3.62		
Alle Items dieser Skala korrelieren alle signifikant positiv miteinander ($.29 \leq r \leq .58$, $p < .001$), die höchste Korrelation ist zwischen den Items Z3 und Z4, die niedrigste zwischen den Items Z1 und Z3. Die Reliabilität (interne Konsistenz) kann mit Cronbachs $\alpha = .80$ als gut bezeichnet werden.		

Tabelle 6: Strukturen von Hilfen. Items und deskriptive Daten

Die o. g. Items sind statistisch positiv korreliert mit den Items:⁵⁹ „Die Hilfen (mesures d'aide) sind heute besser regional verteilt“ und „Heute gibt es mehr „Hilfen aus einer Hand“, d. h. Prestataires mit einem breiten Spektrum von Dienstleistungen (prestations)“ ($.15 \leq r \leq .21$, $p < .05$).

T2	Die Hilfen (mesures d'aide) sind heute besser regional verteilt.	M = 3.02, SD .96, N = 163
T3	Heute gibt es mehr „Hilfen aus einer Hand“, d. h. Prestataires mit einem breiten Spektrum von Dienstleistungen (prestations)	M = 3.52, SD = .95, N = 191

Tabelle 7: Regionale Verteilung und Hilfen aus einer Hand. Items und deskriptive Daten

59 Die beiden Items wurden bei der Fragebogenkonstruktion ursprünglich nicht als Teil der Skala Strukturen von Hilfen formuliert.

2.2.1. Kommentare

Die Befragten zeichnen in ihren Kommentaren ein differenziertes Bild der Entwicklungen: der Zugang zu Hilfen hat sich verbessert *und* wurde bürokratischer, neue (ambulante) Hilfen wurden installiert *und* es bestehen weiterhin strukturelle Defizite (Lücken) im Hilfesystem.

Zugang zu (individualisierten) Hilfen vs. administrative Hürden

Einerseits hat sich der Zugang zu Hilfen verbessert, andererseits erschweren administrative, bürokratische Hürden und begrenzte Finanzierungsmöglichkeiten individuelle, flexible Hilfeleistung.⁶⁰

„Spezifische finanzielle Hilfeleistungen können einfacher angefragt werden.“

„Vor Einführung des AEF Gesetzes war soziale Hilfe weitaus flexibler und schneller umzusetzen, da weniger bürokratische Hürden und außenstehende „Experten“, die unsere Hilfsmaßnahmen bewilligen müssen.“

Familien haben durch den „direkten Ansprechpartner“ „mehr Möglichkeiten, barrierefrei Hilfe anzufragen“.

„auch finanziell benachteiligte Familien (können) jetzt professionelle psychotherapeutische Hilfe bekommen“.

Fehlende ‚niedrigschwellige‘ und ‚schnelle‘ Zugänge in der ambulanten Familienhilfe und bei „Therapieangebote(n) für Kinder und Jugendliche in Krisen“

Das „strikte Festhalten von Seiten des ONE an den festgelegten Fachleistungsstunden (...), selbst bei schwierigen Fällen aus Psychiatrie, Auslandsmaßnahmen, etc.“ führt dazu, dass „diese jungen Erwachsenen kaum Möglichkeiten [haben] in Slemostrukturen aufgenommen zu werden, da sie einen erhöhten Betreuungsbedarf benötigen würden. Andere Strukturen gibt es kaum (...) und eine eventuelle Weiterführung der Ausbildung wird erschwert, resp. ist kaum zu realisieren.“

Die Hilfen sind „manchmal doch zu mechanisch“, „zu strukturiert und berechnet“ und ‚zerstückelt‘, so dass es ‚an Humanität fehlen kann‘.

Die „Bewertungen/Klassifizierungen von Klienten nach „Krankheitsbild“, und nicht nach individuellen Bedürfnissen“ führen zu „widersprüchlichen Aussagen beim ONE“.

„Sobald es dem Adressaten besser geht und Fortschritte erläutert werden, werden die Finanzierungen gestrichen und Projekte, welche dem Betroffenen bislang zur Besserung geholfen haben, können nicht fortgeführt werden.“

„Die soziale Arbeit wird stark eingegrenzt und anstatt dass die Familie im Ganzen betreut wird, müssen die Sozialarbeiter die Familien oft an andere Dienststellen (...) weiterleiten, damit die Hilfeleistungen ein geringes Maß nicht überschreiten. Das Finanzielle hat Priorität und nicht die Familie oder das Kind.“

⁶⁰ Eine Fachkraft fordert: „Für mich müsste jedes Heim einen Forfait bekommen für einen Abgang sowie einen Neuzugang. Somit bestünde die Möglichkeit einen Platz zwei Wochen offenzulassen um: a) dem neuen Kind eine richtige Eingewöhnungsphase zu gewährleisten und b) um den verbleibenden Kindern in der Gruppe Zeit zum Trauern zu lassen (...). c) somit wird nicht von einem Tag auf den anderen ein Kind in der Gruppe „erneuert“ was sehr an Fließbandarbeit erinnert. Außerdem sollte es für Gruppen möglich sein mitzubestimmen welche Kinder Gruppendynamisch in eine Gruppe passen. (...)“ „3-jährige Kinder müssen im Heimbereich einen höheren Tagessatz bekommen. Am Tag wo sie 3 werden fällt der Tagessatz enorm. Somit sind die Kleinkindergruppen gezwungen die Kinder schnellstmöglich „loszuwerden“ ohne auf die Bedürfnisse des Kindes eingehen zu können. Gruppen die Kinder ab 3 Jahren nehmen haben den gleichen Aufwand, wie vorher in der Kleinkindergruppe mit einem 3-jährigen (...) jedoch mit weniger Personal.“

Ausbau (ambulanter) Hilfen vs. Löcher im Hilfesystem

Es gibt neue, anerkannte ambulante Dienstleistungen (es wird nun auch auf der ministeriellen Ebene ‚wahrgenommen und benannt, was es für soziale Hilfen gibt‘), das Finanzierungsmodell ermöglicht Hilfe für mehr Kinder und trägt damit zur Prävention bei. Insgesamt sind die Hilfen mehr strukturiert und überschaubar. Für Kinder, Jugendliche und ihre Familien gibt es nun mehr Angebote.

Andererseits fehlende weiterhin passende Unterstützungsmaßnahmen für bestimmte Alters- und Zielgruppen und für Kinder im Übergang zwischen zwei Alterskategorien (psychisch kranke, verhaltensgestörte Kinder, für Jugendliche bzw. junge Erwachsene).

„Die Möglichkeit, dass ambulante Dienste in der Familie arbeiten können und die Arbeit als wertvoll angesehen wird.“

„Diese Kinder sind einem großen Leidensdruck zu Hause und in der Schule ausgesetzt, Eltern mit dem Alltag stark überfordert und die wenigen therapeutischen Hilfestellen die hier im Land in diesen spezialisierten Bereiche tätig sind, sind nicht in der Lage einen Großteil der Anfragen gerecht zu werden, da in allen besagten Institutionen große Wartelisten sind (...) Andere Service (...) können diesem Mangel nicht gerecht werden (...) Einige Situationen empfinde ich als dramatisch, weil hier von vorne heran, wenn nirgendwo ein Platz in den besagten Institutionen frei ist (was in letzter Zeit IMMER der Fall war), diese Kinder nicht die angepassten Hilfen bekommen, die ihnen vom Gesetz aus zustehen sollen. Hier in Luxemburg werden psychisch gestörte Kinder in vielen Fällen nicht ihrer Problematik, Bedürfnisse kindergerecht behandelt...“

Die Auswahl „an Anbietern und an Hilfsmaßnahmen“ ist gestiegen.

Es gibt eine „Erweiterung der Hilfen bei betroffenen Jugendlichen“

Die Familien könnten mehr auf „freiwillige Hilfsmaßnahmen zurückgreifen“.

„Jugendliche zwischen 17 und 18 Jahren“ werden „weitgehend vernachlässigt.“

Es fehlen „Auffangm glichkeiten“ für psychologisch kranke Kinder, die „aber nicht als geistig behindert eingestuft werden können“.

Für (kleine) Heimkinder gibt es wenige Angebote und Finanzierungen, z. B. Institutionen für „kleine Kinder ab 3 Jahren“ „mit kleinen Gruppen und multidisziplinärem Team für verhaltensgestörte Kinder“.

Es gibt lange Wartezeiten in SLEMOS zwischen „freien Plätzen bis Erhalt von eventuell neuen Klienten“.

Für eine „ad quate Therapie“ gibt es „immer nur das Ausland als Anlaufpunkt, was für die Kinder oft eine Unterbrechung des Kontakts mit den Eltern mit sich bringt“

2.3. Déjudiciarisation und Prävention

Eine angestrebte Wirkung des Gesetzes waren weniger juristische, mehr frühzeitige, freiwillige Hilfen. Ausgangspunkt der Formulierung unserer Fragen war die Beobachtung, dass – laut Statistiken des ONE (Anhang 5.3.4.) - bislang nicht von einer Déjudiciarisation in dem Sinne gesprochen werden kann, dass es zu deutlich weniger Platzierungen über das Gericht kommt. Die Items bezogen sich auf Aspekte des Eingang von Fällen ins Hilfesystem: (zugeschriebene) Rolle des Jugendgerichts vs. des ONE in Bezug auf Zugang zu Hilfen, Verhalten der Akteure „an der Basis“, Zeitpunkt der Demanden (hohe Gefährdung vs. frühe Prävention), Bereitschaft der Familien für freiwillige Hilfen sowie allgemein die Kooperation zwischen den Akteuren von AEF und von Justiz.

In der Auswertung überprüften wir die folgenden Annahmen: Damit eine Déjudiciarisation stattfindet, müssen zunehmend Fälle über das ONE und weniger über das Gericht in das Hilfesystem eingehen. Dafür sind wiederum verschiedene Bedingungen förderlich. Diese Voraussetzungen und deren Beurteilungen durch die Professionellen sind hier dargestellt. Die Daten unterstreichen die o. g. Einschätzung: Insgesamt ist die Déjudiciarisation laut Einschätzung der Fachkräfte noch nicht gut vorangeschritten.

<i>Bedingung</i>	<i>Einschätzung der Professionellen</i>
Es braucht eine entsprechende Sensibilität der „acteurs de premier ligne“ (siehe Peters & Jäger 2014: 34), so dass sie sich eher an das ONE als an die Justiz wenden.	Professionelle an der Basis melden weiterhin Fälle eher an das Gericht.
Der Weg über das ONE muss mindestens ebenso „vielversprechend“ sein (also Möglichkeiten und Sicherheiten bieten) wie der über die Justiz.	Das Jugendgericht bietet tendenziell „mehr Sicherheit als das ONE“,“ z. B. weil es schneller entscheidet oder Hilfen und z. B. Heimplätze verordnen kann“. Befragte, die dem ONE eine Rolle als fachlicher Experte und Promotor freiwilliger Hilfen (vs. als Kontrolleur und Verwalter) zuschreiben, schätzen die Déjudiciarisation insgesamt tendenziell positiver ein.
Es braucht eine Idee davon, wann das System sozialer Hilfen, wann das juristische System zuständig ist (siehe: Verhandlung der „roten Linie“, Peters & Jäger: 14, Abb. 5).	Die Kooperation zwischen der Kinder- und Familienhilfe (AEF) und der Justiz ist nur teilweise klar geregelt.
Auf Seiten der Nutzer/innen dürfen Fälle nicht hoch eskaliert sein (hohe Gefährdung) bzw. liegt eine Kindeswohlgefährdung vor, muss die Familie einbezogen werden (Partizipation), so dass die Hilfe freiwillig sein/bleiben kann. Gefragt ist hier also auch die Fähigkeit der Professionellen, die Familien „mit ins Boot zu nehmen“.	Hilfen werden eher spät und bei einem hohen Gefährdungsgrad angefragt und Familien möchten teilweise keine (freiwillige) Hilfe. Entsprechend der Erwartung korreliert die Einschätzung, dass ‚Familien oft keine (freiwillige) Hilfe möchten, so dass die Justiz eingeschaltet werden muss‘ negativ mit der subjektiven Bedeutung von Partizipation ($r = -.18, p < .05$) und positiv mit wahrgenommenen Schwierigkeiten in der Hilfeplanung, v. a. bzgl. Kooperation mit den Eltern ($r = .35, P < .001$).

Tabelle 8: Bedingungen der Déjudiciarisation – Einschätzungen der Professionellen

D1	Die Professionellen, die „an der Basis“ mit Kindern und Familien arbeiten (z. B. in Maison Relais, Schule, Santé) wenden sich <i>nach wie vor</i> eher an die Justiz (Jugendgericht, Parquet, SCAS) als an das ONE.	M = 3.56, SD = 1.03, N = 171
D2	Hilfe wird auch heute meist <i>nicht</i> frühzeitig angefragt, sondern erst, wenn die Gefährdung der Kinder/Jugendlichen hoch ist.	M = 3.88, SD = .98, N = 203
D3	Familien möchten nach wie vor oft <i>keine</i> (freiwillige) Hilfe, so dass die Justiz (Jugendgericht, Parquet, SCAS) eingeschaltet werden muss.	M = 3.15, SD = .98, N = 185
D4	Die Kooperation zwischen der Kinder- und Familienhilfe (AEF) und der Justiz ist klar geregelt (z. B. eindeutige Aufgaben und Rollen von SCAS, CPI, Jugendgericht, ONE).	M = 2.62, SD = 1.02, N = 190
D5	Das Jugendgericht bietet mehr Sicherheit als das ONE, z. B. weil es schneller entscheidet oder Hilfen und z. B. Heimplätze verordnen kann.	M = 3.62, SD = 1.04, N = 185 ⁶¹
Nur folgende Items korrelieren signifikant miteinander: D1 mit D2, D4, D5; D2 mit D3; D3 mit D5; D4 mit D1; D5 mit D1 und D3, die Korrelationen bewegen sich auf einem niedrigen Niveau ($.16 \leq r \leq .27$, $p \leq .05$), so dass eine Skalenbildung nicht angezeigt ist. ⁶²		

Tabelle 9: Déjudiciarisation und Prävention – Items und deskriptive Daten

2.3.1. Kommentare

Wenige Kommentare im Fragebogen beziehen sich unmittelbar auf den Aspekt der Déjudiciarisation. Anmerkungen beziehen sich auf verpasste Chancen der Prävention, fehlende passende Angebote und wenig niedrigschwelligen Zugang zu Hilfen.

„Trotz allem“ gibt es „noch zu große Löcher im „Hilfenetz“ des AEF“.

Insgesamt sollte der „Zugang zu Hilfen für Familien (...) verbessert werden“

„Präventive Familienarbeit“: „Meist werden Hilfen erst dann genehmigt, wenn schon viel und irreparable Schäden in den Familien, bei den Kindern entstanden sind.“

weichere Kriterien für orthopädagogische Hilfen: „Die Kriterien ein Kind von Base auf Ortho zu heben sind zu streng.“

„Institutionen in der stationären Jugendhilfe (z. B. therapeutische Kinder- und Jugendgruppen, Übergangsstrukturen zwischen stationärer und ambulanter Jugendhilfe)“.

„mehr Psychomotoriker, Orthophonisten usw.“, „ortsnah“ und vom „ONE auch akzeptiert“.

„z. B. Jugendliche mit 17 Jahren die schwer für Schule oder Lehre vermittelbar sind durchfallen und keine individuell-problemlösende Möglichkeit gibt (zu alt für Kindertherapien oder sonstiges und zu jung für Erwachsenenangebote) Somit stehen sie da alleine gelassen und warten bis sie 18 sind und vorm Nichts stehen bis sie die Erwachsenenangebote wahrnehmen können. Dann ist es (...) zu spät und zu tief abgestürzt.“

61 Die Einschätzungen der Befragten von staatlichen Trägern unterscheiden sich von den Befragten von freien Trägern kaum, mit Ausnahme: Letztere schreiben dem Jugendgericht im Vergleich zum ONE deutlich mehr zu, Sicherheit zu bieten (M = 3.72, SD = 1.12, N = 145 vs. M = 3.25, SD = 1.03, N = 40).

62 Wie vermutet, hängt die wahrgenommene Déjudiciarisation mit den Einschätzungen zur Professionalisierung im Sektor zusammen. So gibt es negative Korrelationen der Skala „Professionalisierung“ mit: Akteure der Basis wenden sich eher an die Justiz, die Justiz bietet mehr Sicherheit, die Kooperation zwischen AEF und Justiz ist nicht klar geregelt ($-.14 \leq r \leq -.20$, $p \leq .05$). Weiterhin zeigt sich ein statistisch bedeutsamer Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Realisierung der Partizipationsidee und der wahrgenommenen Klarheit in der Kooperation zwischen AEF und Justiz ($r = .27$, $p < .001$).

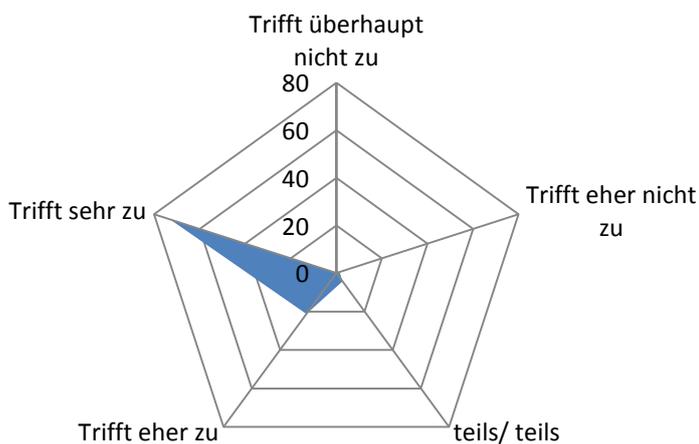
2.4. Partizipation und Projet d'Intervention

Zentrales Ziel des Gesetzes ist eine verstärkte Beteiligung von jungen Menschen und ihren Familien an den Hilfen. Dieser Aspekt, der insbesondere im Projet d'Intervention (in der Hilfeplanung) seinen Ausdruck findet, wird in diesem Kapitel detailliert beleuchtet.

2.4.1. Partizipation der Bénéficiaires als Ziel der Reform und in der Praxis

Die Professionellen wurden danach gefragt, wie bedeutsam ihnen das Ziel der verstärkten Beteiligung von Bénéficiaires ist und inwieweit dieses Ziel ihrer Wahrnehmung nach bereits erreicht wurde.

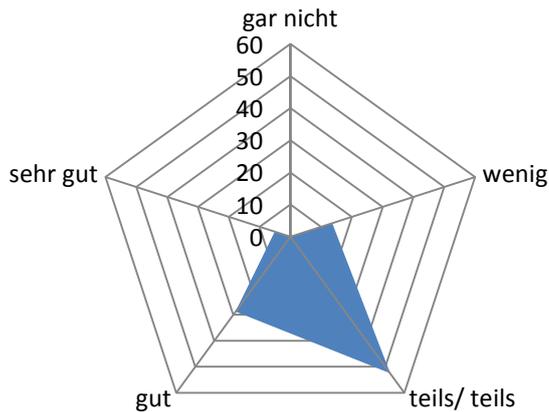
Den Befragten ist das Ziel der Beteiligung der Hilfeempfänger im Zusammenhang mit dem Kindeswohl eher bzw. sehr wichtig (65.7 %: „sehr wichtig“, nur 1.5 % = 3 Personen: „(eher) nicht wichtig“). Ihnen ist es ein wichtiges Anliegen, Partizipation zu fördern (72.9 %: „trifft sehr zu“, 1.4 %: „eher nicht“) und sie sehen es eher bzw. sehr als ihren professionellen Auftrag, dies auch unter schwierigen Bedingungen zu tun (69.6 %: „trifft sehr zu“).



Grafik 7: Mir ist es ein wichtiges Anliegen, Beteiligung von Kindern / Jugendlichen / jungen Erwachsenen und ihren Familien an den Hilfen (mesures d'aide) zu fördern. Häufigkeiten in %

Die geringen Streuungen deuten auf eine hohe Einigkeit zwischen den Befragten (oder aber auf eine hohe soziale Erwünschtheit der Frage), wobei Partizipation v. a. denen wichtig ist, die schon länger im Arbeitsfeld tätig sind (Korrelation mit dem Dienstalter: $r = .15$, $r < .05$). Professionelle, die über Fortfaits finanziert werden antworten ähnlich wie ihre KollegInnen, die über Conventions finanziert werden oder bei einem staatlichen Träger arbeiten (eher/sehr bedeutsam: 88.16 % vs. 83.95 % vs. 81.82 %). Auch im ambulanten vs. stationären Bereich gibt es wenig Unterschiede (eher/sehr bedeutsam: 86.25 % vs. 80.81 %).

Die Einschätzung, inwieweit das Ziel der Partizipation inzwischen erreicht wurde, variiert dagegen stärker, im Mittel sehen die Befragten das Ziel nur teilweise erfüllt:



Grafik 8: Inwieweit wurde das Ziel der Beteiligung in der Kinder- und Familienhilfe bislang erreicht? Häufigkeiten in %

Die Mehrheit der Befragten ist jedoch der Ansicht, dass sich heute Professionelle verstärkt um die Beteiligung der Bénéficiaires an der Planung und Gestaltung von Hilfen bemühen (41.3 % „trifft eher zu“, 23.3 % „trifft sehr zu“), nur 8.3 % verneinen die Aussage, 27.2 % sind unentschieden („teils/teils“)⁶³. Für Kinder, Eltern und Familien ist es zumindest teilweise einfacher geworden, sich an der Planung und Durchführung von Hilfen zu beteiligen.

P1	Für Eltern und Familien ist es heute einfacher geworden, sich an der Planung und Gestaltung von Hilfen (mesures d'aide) zu beteiligen.	M = 3.08, SD = .98, N = 197
P2	Kinder werden heute <i>nicht</i> stärker in die Planung und Durchführung von Hilfen einbezogen als früher.	M = 2.96, SD = .98, N = 196
P3	Die Professionellen bemühen sich heute verstärkt um Beteiligung der Bénéficiaires (Kinder/Jugendliche/junge Erwachsene, Eltern) an der Planung und Gestaltung von Hilfen.	M = 3.79, SD = .92, N = 206
<i>Skala:</i> Item Mittelwerte: M = 3.30; Item Varianz: .94, Skala: M = 9.90, Varianz = 4.41, SD = 2.10		
Alle Items korrelieren signifikant, aber nicht sehr hoch miteinander ($.19 \leq r \leq .35$, $p \leq .01$), die interne Konsistenz ist entsprechend der geringen Itemanzahl gering (Cronbachs $\alpha = .54$).		

PZ1	Bezogen auf den „interêt supérieur de l'enfant“ ist das Ziel der Beteiligung der Bénéficiaires... (1 = nicht wichtig, 5 = sehr wichtig)	M = 4.49, SD = .80, N = 204
PZ2	Inwieweit wurde das Ziel der Beteiligung in der Kinder- und Familienhilfe bislang erreicht? (1 = gar nicht, 5 = sehr gut)	M = 3.25, SD = .75, N = 198
PZ3	Auch ohne Beteiligung des Kindes / Jugendlichen / jungen Erwachsenen und seiner Familie können erfahrene Fachkräfte zu verlässlichen Diagnosen und Zielformulierungen kommen.	M = 2.57, SD = 1.10, N = 207
PZ4	Mir ist es ein wichtiges Anliegen, Beteiligung von Kindern / Jugendlichen / jungen Erwachsenen und ihren Familien an den Hilfen (mesures d'aide) zu fördern.	M = 4.66, SD = .63, N = 207

⁶³ Die Prozentangaben beziehen sich nur auf die Befragten, die die Fragen beantwortet haben. Fehlende Angaben und Angaben in der Kategorie „Weiß nicht/keine Angabe“ werden bei den Prozentzahlen nicht berücksichtigt. Die Anzahl der Befragten entspricht dem genannten N in den Tabellen.

PZ5	Ich sehe es als professionellen Auftrag, Beteiligung der Bénéficiaires auch unter schwierigen Bedingungen zu ermöglichen (z. B. bei Schwierigkeiten mit Sprache, kulturellem Hintergrund, Verhalten der Eltern).	M = 4.59, SD = .70, N = 207
<i>Skala Partizipation_Bedeutung (Items PZ1, PZ3, PZ4, PZ5):</i> Item Mittelwerte: M = 4.30; Item Varianz: .68, Skala: M = 17.19, Varianz = 4.91, SD = 2.22 – Cronbachs α = .66 Signifikante Korrelationen aller Items ($-.25 \leq r \leq .72$, $p \leq .000$), außer Items PZ1 und PZ3 ($r = -.12$, $p = .09$).		
<i>Skala Partizipation_erweitert (Items P1-3 plus Item PZ2):</i> Item Mittelwerte: M = 3.29; Item Varianz: .65, Skala: M = 13.14, Varianz = 6.08, SD = 2.46 – Cronbachs α = .59 Signifikante Korrelationen aller Items ($-.15 \leq r \leq -.35$, $p < .05$ und $.31 \leq r \leq .33$, $p < .001$)		

Tabellen 10, 11: Partizipation als Ziel der Reform und in der Praxis. Items und deskriptive Daten

2.4.2. Herausforderungen einer partizipativen Hilfeplanung

Persönlich an der Erstellung eines PIs bzw. einer Proposition de PI sind 142 Befragte (64.3 %) beteiligt, 27.1 % sind nicht an der Hilfeplanerstellung beteiligt, 19 Personen (8.6 %) haben hierzu keine Angaben gemacht. Antworten zu diesem Themenkomplex wurden von 140 Personen gegeben. 21 Personen aus den staatlichen Einrichtungen geben an, an der Hilfeplanung beteiligt zu sein und beantworteten die Fragen.⁶⁴

Die größten Herausforderungen in der Herstellung von Partizipation in der Hilfeplanung sehen die Professionellen darin, dass „sensible Informationen über die an eine für die Familie anonyme Stelle (ONE) weitergegeben“ werden (Datenschutz, secret professionnel). Des Weiteren fehlt es an Geld und Zeit für notwendige Tätigkeit. Als Schwierigkeit wird zudem erlebt, dass Professionelle „unklare bzw. unterschiedliche Verständnisse von Partizipation“ haben und wenn Konflikte innerhalb der Familie bestehen. ($3.46 \leq M \leq 3.73$, $.93 \leq SD \leq 1.21$)

Teilweise wirken zudem folgende Aspekte erschwerend auf die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern an der Hilfeplanung ($2.51 \leq M \leq 3.43$, $.95 \leq SD \leq 1.35$):

- ungeklärte Rollen und Aufgaben zwischen ONE, Service CPI und Prestataires und schwierige Kooperation zwischen den Professionellen
- fehlende Kooperation der Eltern, Schwierigkeiten des jungen Menschen und seiner Eltern, sich auszudrücken, ggf. verbunden mit unterschiedlichen (nationalen) Sprachen der Familie und der Fachkräfte, sowie Verhinderung der Eltern „aus guten Gründen“.
- die administrativen Anforderungen und Vorgaben durch das ONE, nämlich das „komplizierte“ Formular FG 2 (Proposition de PI), die dort erforderte Unterschrift der Eltern und v. a. deren finanzielle Beteiligung.

Weniger Schwierigkeiten bereitet es den Fachkräften, sich mit den Bénéficiaires „aufgrund unterschiedlicher Hintergründe (z. B. Fachsprache der Professionellen, Unterschiede in Kultur/Milieu) zu verständigen, gemeinsame Ziele zu finden und als „Fachkraft einen klaren Standpunkt bzgl. des Schutzes eines Kindes / Jugendlichen zu vertreten“. Ebenso wird die professionelle Leitung des

⁶⁴ Eine Fachkraft des MEE hat die Fragen bezogen auf das „projet d'aide (PA)“ beantwortet, da sie noch an keinem PI beteiligt war. Befragte aus staatlichen Einrichtungen schätzen die Herausforderungen sehr ähnlich ein wie ihre Kolleg/innen aus dem freien Sektor, mit diesen Ausnahmen: Die Weitergabe sensibler Informationen stellt für sie nur teilweise eine Schwierigkeit dar, ebenso das fehlende Geld.

Gesprächs wie eine Abwesenheit von Eltern „aus guten Gründen“ als wenig erschwerend erlebt. ($2.28 \leq M \leq 2.41$, $.79 \leq SD \leq .99$) (Details siehe Anhang 5.2)

Die Zusammenhänge zwischen den genannten Items haben wir über eine Faktorenanalyse analysiert,⁶⁵ es lassen sich sechs Bereiche der Herausforderung identifizieren:

- Anforderungen an die Kooperation mit den Eltern (teilweise erschwerend)
- Administrative und praktische Herausforderungen (eher erschwerend)
- Kinderschutz herstellen (eher nicht – teilweise erschwerend)
- Barrieren der Sprache (eher nicht – teilweise erschwerend)
- Professionelle Kooperation (teilweise erschwerend)
- Administrativ geregelte Elternbeteiligung (teilweise erschwerend).

2.4.3. Kommentare

Im allgemeinen Fragebogenteil, indem es Fragen zu Partizipation gab, wurde dieses Thema nur wenig kommentiert. Im Fragebogenkapitel „Partizipation der Bénéficiaires als Ziel der Reform und in der Praxis“ kommentierten 24 Befragte das Thema; weitere 14 Professionelle machten Anmerkungen zu den „Herausforderungen einer partizipativen Hilfeplanung“. Die Kommentare sind zusammenfassend dargestellt. Sie beziehen sich auf diese Aspekte: 66

- Die Reform hält Fachkräfte dazu an, Partizipation zu realisieren
- Neue Herausforderungen: individuelle Gestaltung von Partizipation
- Neue Herausforderungen: Umgang mit administrativen Prozeduren
- Partizipation vs. Kinderschutz
- Unterstützungsbedarf durch eine Fachabteilung des ONE und die CPIs
- Schaffung neuer struktureller Partizipationsmöglichkeiten: Beispiel CIS (Commission d' Inclusion Scolaire).

Die Reform hält Fachkräfte dazu an, Partizipation zu realisieren

Nicht für alle Professionellen ist das Desiderat der Beteiligung von Bénéficiaires neu, mindestens wurde dieses Ziel jedoch durch die Reform bekräftigt und sollte weiterhin „verbessert werden“. Fachkräfte werden heute dazu angehalten:

- Formen der Diskussion mit ‚resistenten‘ Eltern zu entwickeln
- Kinder und Jugendliche zu beteiligen, denn auch sie „wollen wie die Erwachsenen bestimmen können“
- fachliche Einschätzungen zum „Wohl des Kindes“ und „unter Einbezug des Klienten auszutauschen.

65 Die Hauptkomponentenanalyse führt zu sechs interpretierbaren Faktoren, die insgesamt 63.26 % der Varianz erklären. Unterschiedliche Rotationen (Varimax und Promax) führen zu sehr ähnlichen Ergebnissen. Es werden die Ergebnisse der Varimax-Rotation aufgeführt.

66 Weitere Aspekte betrafen u. a. fachliche vs. budgetäre Einschätzungen des ONE und wurden in den dazugehörigen Kapiteln eingefügt.

Neue Herausforderungen: individuelle Gestaltung von Partizipation

Herausforderungen, denen Fachkräfte sich heute gegenüber sehen umfassen die Entwicklung einer partizipativen Haltung und eine individuelle Gestaltung von Partizipation für verschiedene Zielgruppen auf Augenhöhe und unter Wahrung der Fachlichkeit. Dazu gehören ein Umgang mit Machtgefälle, vertrauliche Zusammenarbeit vs. Benennung von Defiziten, Sorge tragen für Kinderschutz, Freiwilligkeit in Zwangskontexten herstellen, Interessen bündeln und Entscheidungen treffen.

„Ein Prozess wurde klar in Gang gesetzt. Es ist aber ein Umdenken sowohl auf Seiten der Professionellen als auch auf Seiten des Bénéficiaires notwendig, um sich dieses Ziels bewusst zu werden, sich darauf einzulassen und aufeinander zuzugehen. Eine andere Ebene der Zusammenarbeit baut sich auf.“

Mit der Partizipation ist ein „Lernprozess“ verbunden, der auch ‚immer bleiben‘ sollte, „damit es nicht wieder zu einem Machtgefälle zwischen Bénéficiaire und Hilfe-Anbieter kommt“.

„Viele Familien erhalten AEF Hilfe als Zusatz zu einer richterlichen Maßnahme. Da das Jugendgericht oder das SCAS die Familien zu einer solchen Zusammenarbeit mit dem ONE verpflichtet, verliert sich der Aspekt der Freiwilligkeit. Dieser Zwangskontext beeinflusst die Zusammenarbeit und Partizipation der Familien ständig. In solchen Familien wird kaum unterschieden zwischen AEF und Kinderschutz. Die meisten „Demandes d'aide“ erfolgen über Dritte, meistens Professionelle (Schule, Office soc., AS ...). Ein guter Teil der Familien spüren sich bei dieser Einwilligung zu Hilfe indirekt unter Druck. „Ich brauche keine Hilfe“ führt oft zu einer Meldung beim Kinderschutz.“

Partizipation wird „wenig praktiziert“, da die „Kinder noch zu klein sind (2-10 Jahre)“.

Kleinen Kindern kann man „kindgerecht erklären“, sie können aber evtl. noch nicht die Bedeutung einer Hilfsmaßnahme für die Zukunft abschätzen.

„Die Jugendlichen sind mit einigen Entscheidungen nicht immer einverstanden und ihres Wohles wegen kann man nicht immer ihre Meinung mit einbeziehen. Man [kann] sie fragen, aber ob das dann berücksichtigt wird, das hängt von der Situation ab. Manche sind mit der Heimeinweisung nicht einverstanden und verstehen auch nicht immer, weshalb sie von zu Hause weggehen mussten und so haben sie Schwierigkeiten, manche Entscheidungen von den Erwachsenen zu teilen und sind anderer Meinung.“

Manche Eltern möchten sich nicht beteiligen, sie sollten dazu aber die Möglichkeit bekommen.

„Leider sehen die Eltern die Beteiligung nicht immer so wichtig. Sie fühlen sich hintergangen, sobald die gerichtliche Platzierung im Spiel ist, aber wenn die Platzierung freiwillig ist, halten die Eltern sich auch nicht an Abmachungen.“

Für die Professionellen („die sich an Absprachen halten“) ist es nicht einfach, wenn sich Eltern nicht an Vereinbarungen halten, da sie sich „in der Rolle des Freundes besser zurecht“ finden und „alle entschiedenen Handlungen (...) die dem Kind oder Jugendlichen missfallen, dem Erzieher zuschustern“. Dies ist insbesondere bei freiwilligen Platzierungen schwierig.

„Es muss bedacht werden, dass, wenn man mit psychisch kranken Eltern arbeitet, deren Beteiligung nicht immer als Ziel gelten kann und darf, weil sie selber nicht immer wissen, dass sie eine ernste Gefahr für ihre Kinder darstellen. Kinder sind in der Regel nicht in der Lage, zu entscheiden, ob sie bei solch einem Erwachsenen bleiben wollen, da es sich immer um ihre Eltern handelt. Kinder sind loyal, lieben und entschuldigen ihre Eltern, sogar, wenn sie aufs Übelste missbraucht/-handelt werden. Um mich hier ausführlich und korrekt erklären zu können, fehlt Platz und Zeit, deshalb bitte lesen: Carole Gammer, Karl Heinz Brisch und Monika Nienstedt/Arnim Westermann für besseres und richtiges Verständnis!“

Neue Herausforderungen: Umgang mit administrativen Prozeduren

Die Art und Weise, wie Partizipation praktiziert wird, ist von den „individuellen Ressourcen und Schwächen“ der Bénéficiaires abhängig und muss individuell gestaltet werden. Dies ist zeitintensiv und unter administrativem Druck bzw. mit einheitlichen administrativen Vorgaben (z. B. Unterschrift als Beleg für Partizipation) und unter Datenschutzaspekten schwierig. Es ist eine Herausforderung, den Bénéficiaires und gleichzeitig den Anforderungen der Dokumentation gerecht zu werden (Umgang mit Sprache, einheitliches Formular vs. flexibler Prozess, Datenschutz). Der Umgang mit dem Spannungsfeld individuelles Arbeiten und Erfüllung administrativer Vorgänge wird z. B. durch Umgehung der Vorgaben gelöst.

„Aus meiner Sicht führt eine verpflichtende, vorgegebene Form von Partizipation nicht zu dieser Denkweise in anderen Arbeitsfeldern, wo dieses Denken noch nicht vorherrscht. Zudem schränkt diese vorgegebene Form durch ONE in einem weiterführenden Prozess ein.“

Der Hilfeplan ist nicht „nur als ein Formular“, sondern als „eine ganze Philosophie“ wahrzunehmen.

Es muss eine angemessene Sprache für die Klienten und den Bericht gefunden werden: „In der Praxis ist immer wieder schwierig Berichte so zu formulieren dass sich einerseits die Bénéficiaires verstanden fühlen und mit dem Geschriebenen einverstanden sind; und andererseits ONE-Mitarbeiter Berichte als fachlich genug einstufen um die benötigten Fachleistungsstunden zu genehmigen.“

Das Formular ist „unklar und verwirrend“. Bénéficiaires fühlen sich „häufig überfordert mit schriftlichen, in Fachjargon formulierten Dokumenten“.

Die Dokumentation erlaubt wenig Flexibilität: Festgelegte Ziele können sich im Laufe der Zeit ändern, da „wir den Klient jetzt besser kennen gelernt haben“. Aber: „In den darauffolgenden Berichten (...) muss man sich immer wieder auf diese Ziele basieren“.

Die Inhalte eines Berichtes können eine Zusammenarbeit negativ beeinflussen (z. B. „Einhalten von Besuchen“), andererseits kann man „nicht immer alles schönschreiben“.

Das administrative Verfahren hat eine abschreckende Wirkung auf Klienten, deswegen wird z. B. von der Unterschrift der Dokumente abgesehen und nur „mündlich informiert“.

Vom ONE geforderte Defizitorientierung bringt Familien in die Defensive und gefährdet eine vertrauensvolle Arbeitsbeziehung. „Keiner lässt sich gerne eine geballte Ladung von Inkompetenzen nach einem ersten Kennenlernen vor die Nase halten“.

Es gibt „Schwierigkeiten des Berufsgeheimnisses und Datenschutz“.

Vor einer „ersten Begegnung“ müssten potentielle Hilfeempfänger dem ONE „eine Unmenge“ von „völlig unangemessenen“ Dokumenten liefern. Manche Demanden sind mit großem Aufwand für die Bénéficiaires verbunden („z. B. gérance budgétaire“).

„In meinem Arbeitsumfeld wird Partizipation individuell gestaltet und jeweils mit dem einzelnen Partner ausgearbeitet und regelmäßig evaluiert, ausgebaut, angepasst...“

„Oft entsteht so ein administrativer Druck, der macht dass die Zeit, die Professionelle mit Familien verbringt, um Ziele zu besprechen, schnell/schnell gehen muss.“

„Eine einzige Form von Partizipation für ALLE ist nicht umsetzbar“.

„Grundsätzlich sehe ich ein Problem darin, immer mehr über die Menschen zu berichten und Berichte über sie zu tippen, als aktiv und kreativ mit ihnen arbeiten zu können. Daran reihen sich auch viele ethische und moralische Probleme, wie z. B. Berufsgeheimnis, Datenschutz, Persönlichkeitsrechte ...“

Partizipation vs. Kinderschutz

Der Kinderschutz muss immer prioritär sein und schränkt ggf. die Gestaltung von Partizipation (der Eltern) ein. Auch in einer partizipativen Hilfeplanung sind die Professionellen gefordert, einen fachlichen Standpunkt bzgl. Schutz des Kindes zu vertreten.

„Es hängt IMMER davon ab. Cas par cas. Man kann und darf nicht alles in einen Topf schmeißen. Im Zweifelsfall immer für das schwächere Glied, was IMMER das Kind sein MUSS. Ist ein Kind in Gefahr, muss es geschützt werden, egal, ob die Eltern damit einverstanden sind, oder nicht.“

Den Kinderschutz zu vertreten fällt nur schwer, „wenn es Professionelle gibt, die nicht glauben wollen/können, dass es Eltern gibt, die ihren Kindern sehr schaden“.

Es kann gute Gründe geben, zum Schutz des Kindes bestimmte Informationen (noch) nicht in ein PI zu schreiben.

Es kann gute Gründe geben, Eltern aus der Hilfeplanung herauszuhalten, z. B. wenn sie ihrem Kind die Schuld für Misshandlung/Missbrauch geben.

Das Kindeswohl beinhaltet wichtigere Aspekte als die Partizipation, z. B. den „Schutz vor schädigenden Einflüssen“. „So ist es wichtiger ein Kind vor solchen Einflüssen zu schützen als ihm und seiner Familie unbeaufsichtigte Besuche zu gewähren.“

„Maßnahmen der Hilfe haben mehr Wirkungskraft, wenn der Betroffene sich damit identifiziert. Allerdings dürfen solche Aushandlungen von Hilfe den Hilfeprozess resp. die Bedürfnisse des Kindes nicht endlos ausbremsen. Deshalb ist ein 2. Verfahren im Kinderschutz wichtig und notwendig.“

Unterstützungsbedarf durch eine Fachabteilung des ONE und die CPIs

Das ONE könnte durch eine unabhängige Fachabteilung die Professionellen bei der Gestaltung von Beteiligung unterstützen und auch die CPIs sind in ihrer unterstützenden Funktion gefragt, aber nicht immer präsent:

„Ich lobe diese Einstellung des ONE: die Beteiligung der „beneficiaires“. Es bleibt, dass verschiedene Professionelle total überfordert sind damit. Man soll ihnen Ressourcen bieten z. B. ein Stellvertreter vom ONE mit dem man sich austauschen könnte, falls man Probleme mit Beteiligung einiger Familien hat. Der darf trotzdem nicht zum Budget-management gehören und müsste zum qualitativen Teil der Institution gehören, sonst wagt sich keiner das zu melden aus Angst, das man dem „prestataire“ Geld streicht.“

„Wenn die Elternarbeit zu schwierig ist, denke ich ist es sinnvoll einen CPI zwischenschalten.“

Es gab nur eine „minimale Zusammenarbeit mit dem CPI Dienst“ und einen Abbruch wegen „mangelnder Zusammenarbeit seitens der Familie“ und „derzeit niedriger Personalschlüssel der CPI-Stelle“.⁶⁷

⁶⁷ Es fällt auf, dass nur eine Person im Zusammenhang mit Partizipation in der Hilfeplanung die CPI-Dienste in ihren Kommentare genannt hat.

Schaffung neuer struktureller Partizipationsmöglichkeiten: Beispiel CIS

Die Beteiligung von Eltern an Entscheidungen der Commission d'Inclusion Scolaire (CIS) ist strukturell nicht vorgesehen, sollte aber geschaffen werden.

„Soll ein Kind semi-stationär oder stationär aufgenommen werden, liegt es an der CIS, das Kind vom Unterricht freizustellen. Bei diesem wichtigen Gremium/Versammlung sind die Eltern/Jugendl. lt. Gesetz nicht mit einzuladen. Das stelle ich wirklich in Frage, denn es geht darum, die Eltern aktiv mit in den Prozess einzubeziehen und gemeinsam nach den bestmöglichen Lösungen für die Beteiligten zu suchen. Sind Verhaltensprobleme in der Schule offensichtlich, ist eine CIS eher bereit, therapeutische Maßnahmen außerhalb der Schule zu genehmigen, sind „nur“ Verhaltensstörungen/emotionale Störungen außerhalb der Schule, kann eine sinnvolle therapeutische Maßnahme auch schon mal abgelehnt werden!!!! Die große Macht der Institution Schule (Kombination der Teilnehmer einer CIS) stelle ich hier in Frage!! Gerade in einer CIS müssten doch Eltern das Schicksal ihrer Kinder mitbegleiten können!“

2.5. Kooperation und Koordination

Mit dem Desiderat der Reform, Kooperation und Koordination zu stärken, sind weitere wesentliche Bedingungen für mehr kindgerechte, nutzerorientierte Hilfen genannt. Individualisierte Hilfen können nicht durch einzelne Professionelle erbracht werden – intra- und interinstitutionelle Kooperation und Koordination innerhalb des Feldes AEF und mit angrenzenden Feldern (Konstruktion und Gestaltung von Schnittstellen mit u. a. Bildung- und Gesundheitswesen) sind notwendig.

Die befragten Fachleute sehen eine teilweise verstärkte Kooperation mit Akteuren, die nicht direkt zur Kinder- und Familienhilfe gehören (Befragte staatlicher Einrichtungen sehen dies als „eher“ erfüllt). Die Kooperation hat sich ebenso im Feld AEF teilweise verbessert, wobei die Befragten auch tendenziell zustimmen, dass das Gesetz insgesamt nicht zu mehr Kooperation und Koordination mit anderen Professionellen führt. Die Kooperation mit der Justiz hat sich nur teilweise verbessert. Freiberufliche Befragte sehen im Vergleich zu ihren festangestellten Kolleg/innen eine stärkere Verbesserung der Koordination und Kooperation durch die Gesetzesreform. ($M = 3.42$, $SD = .77$, $N = 21$ vs. $M = 2.95$, $SD = .70$, $N = 185$)

K1	Das Gesetz Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF) führt insgesamt <i>nicht</i> zu mehr und besserer Kooperation und Koordination mit anderen Professionellen.	M = 3.36, SD = 1.13, N = 198
K2	Die Hilfen für eine Familie werden heute besser zwischen den beteiligten Institutionen der Kinder- und Familienhilfe koordiniert.	M = 3.03, SD = .94, N = 185
K3	Bei der Arbeit mit einer Familie gelingt die Kooperation zwischen der Kinder- und Familienhilfe und der Justiz (Jugendgericht, Parquet, SCAS) heute besser.	M = 2.92, SD = .93, N = 176
K4	Heute wird in der Gestaltung von Hilfen verstärkt mit Akteuren kooperiert, die nicht direkt zur Kinder- und Familienhilfe gehören (z. B. Schulen, Santé).	M = 3.40, SD = .96, N = 189
<i>Skala:</i> Item Mittelwerte: M = 3.00; Item Varianz: 1.00, Skala: M = 15.12, Varianz = 11.99, SD = 2.88		
Die Items korrelieren alle signifikant miteinander ($-.22 \leq r \leq -.39$ und $.25 \leq r \leq .51$, $p \leq .05$), die höchste korrelative Zusammenhang besteht zwischen den Items K2 und K3, die niedrigsten zwischen Item K4 und den Items K1 und K2. Die interne Konsistenz der Skala beträgt Cronbachs $\alpha = .70$.		

Tabelle 12: Kooperation und Koordination. Items und deskriptive Daten

2.5.1. Professionalisierung und Fachlichkeit

Eine weitere Professionalisierung des Feldes ist Bedingung für viele angestrebte Wirkungen der Gesetzesreform und gleichzeitig mögliche Konsequenz. Der Ausbau sozialer Hilfen, die Schaffung eines partizipativen Systems braucht Entwicklung von Fachlichkeit. Es geht darum, Beiträge verschiedener Professionen zu einem ganzheitlichen Blick auf das Kind zusammenzuführen.

Insgesamt sehen die Befragten teilweise eine Verbesserung der Professionalität durch das Gesetz AEF. So wurden teilweise Prozesse der Professionalisierung angestoßen, die Fachlichkeit und die fachliche Reflexion gestärkt.

Pr1	Durch das Gesetz Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF) wurden wichtige Prozesse zur Professionalisierung in der Sozialarbeit und Sozialpädagogik angestoßen.	M = 3.23, SD = 1.08, N = 188 staatl.: M = 3.49, SD = .96, N = 37 freie: M = 3.17, SD = 1.11, N = 151
Pr2	Das Gesetz Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF) führt <i>nicht</i> zu einer größeren Fachlichkeit in der Kinder- und Jugendhilfe.	M = 3.36, SD = 1.12, N = 189
Pr3	Durch das Gesetz Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF) wurden die fachliche Reflexion und der Austausch in der Kinder- und Familienhilfe gestärkt.	M = 3.03, SD = 1.00, N = 189
<i>Skala:</i> Item Mittelwerte: M = 2.95; Item Varianz: 1.16, Skala: M = 8.84, Varianz = 2.53, SD = 2.53		
Die drei Items korrelieren hoch miteinander, die interne Konsistenz der Skala ist trotz geringer Itemzahl zufriedenstellend ($r = -.34$, $r = -.40$, $r = .51$, $p \leq .001$, Cronbachs $\alpha = .69$).		

Tabelle 13: Professionalisierung und Fachlichkeit. Items und deskriptive Daten

2.5.2. Fallverantwortung und fachliche Einschätzung

Die Befragten stimmen eher zu, dass „Entscheidungen zur Gestaltung der Hilfen“ „transparent besprochen und begründet“ werden. Sie denken im Mittel jedoch nur teilweise, dass „Verantwortung für Entscheidungen“ „klar geregelt“ ist und es deutlich ist „wer zuständig ist“, ein PI auszuarbeiten. Möglicherweise hängen diese undeutlichen Einschätzungen mit der noch ungefestigten Rolle der CPIs im Hilfesystem zusammen (siehe oben).

F1	In der Arbeit mit einem Bénéficiaire ist klar geregelt, wer die Verantwortung für Entscheidungen trägt.	M = 3.17, SD = 1.06, N = 202
F2	Es ist jeweils deutlich, wer zuständig ist, ein Projet d'Intervention mit dem Kind / Jugendlichen / jungen Erwachsenen und seiner Familie auszuarbeiten.	M = 3.37, SD = 1.10, N = 208
F3	In der Arbeit mit einer Familie / einem Bénéficiaire werden Entscheidungen zur Gestaltung der Hilfen (mesures d'aide) transparent besprochen und begründet.	M = 3.67, SD = 1.02, N = 206
Skala: Item Mittelwerte: M =3.49, Item Varianz: 1.31, Skala: M =10.46, Varianz = 8.08, SD =2.84 Staatl. Träger: Skala: M = 3.32, SD = .93, N = 44 // freie Träger: M = 3.42, SD = .89, N = 166		
Die Items sind deutlich positiv miteinander korreliert ($.49 \leq r \leq .64$, $p < .001$), die Konsistenz der Skala ist trotz geringer Itemszahl gut (Cronbachs $\alpha = .80$).		

Tabelle 14: Fallverantwortung und fachliche Einschätzung. Items und deskriptive Daten

2.5.3. Kommentare

Einige der im allgemeinen Fragebogenteil und im Frageteil „Fallverantwortung und fachliche Einschätzung“ vorgenommenen Kommentare beziehen sich auf folgende Aspekte von Kooperation und Koordination:

- Die Reform hält zu Kooperation und Koordination an
- Strukturelle Reform: neue und alte Herausforderungen
- Professionalisierung und Fachlichkeit.

Die Reform hält zu Kooperation und Koordination an

Die Reform verleiht der Kooperation der Professionellen untereinander mehr Gewicht. Für Manche ist dies keine Änderung, da sie die Gestaltung von Zusammenarbeit schon vorher als ihre Aufgabe sahen („Es gehört zu einer guten Arbeit das gesamte Umfeld mit einzubeziehen und zu berücksichtigen“). Andere „begrüßen das nicht“, fühlen sich „durch das Gesetz nun mehr dazu gezwungen“ und sehen sich neuen Herausforderungen gegenüber.

Fachliche Einschätzungen sollten zum „Wohl des Kindes“ und „unter Einbezug des Klienten ausgetauscht werden, um dann im Interesse jenes Klienten handeln zu können“.

In der fehlenden Zusammenarbeit besteht die „Gefahr von Kompetenzgerangel“, wenig ‚ganzheitliches Arbeiten‘ und den Effekt, dass ‚viele Köche den Brei verderben‘

Strukturelle Reform: neue und alte Herausforderungen

Gelingende Kooperation und Koordination bleibt weiterhin ein Desiderat, das gezielte Entwicklungen in der Praxis braucht: Abstimmung und Informationsaustausch, Schnittstellenarbeit, Entwicklung einer ganzheitlichen fachlichen Sicht auf das Kind und eine gemeinsame Hilfeplanentwicklung. Die strukturelle Reform (neue Finanzierung, neue Akteure ONE und CPIs) bringt zwar neue Instrumente, um Kooperation und Koordination zu gestalten, diese wirken jedoch noch herausfordernd und wenig erleichternd. Grund dafür sind wenige Zeitressourcen, ein Anwachsen zu koordinierender Akteure und unklare Rolle der Beteiligten.

Strukturell hat „die Reform (...) Kooperation nicht befördert, sondern „im Gegenteil sogar teilweise (...) erschwert aufgrund limitierter Stundenkontingente“.

„Die Entscheidungsfindung ist langwierig, Termine müssen festgelegt werden und je nachdem ist es schwierig alle Akteure an einen Tisch zu bekommen, wertvolle Zeit geht verloren. Es hat sich gezeigt, dass die Erzieher sehr flexibel sein müssen.“

Die „Kooperation zwischen einzelnen Institutionen ist schlecht, es fehlen Netzwerke.“

„Theorie und Praxis klaffen schnell auseinander, immer mehr Akteure provozieren gleichzeitig einen größeren Zeitaufwand, Informationsfluss wird erschwert, was gut gemeint war, um endlich zentral agieren zu können, erweist sich in der Praxis als leicht lähmend.“

Die Zusammenarbeit mit den „schulischen Professionellen wird thematisiert, sie ist nicht gewährleistet: Oft scheitern Hilfsmaßnahmen an der Nicht-Kooperation mit Schulen.“

„Die Ganzheitsarbeit ist verloren worden. Jeder hat ein Stück vom Puzzle. Dieses „Fragmentieren“ ist gerade das, was traumatisierten Kindern, Jugendlichen und Familien nicht helfen kann. Da bräuchte man etwas zentrale und nicht einzige „Akteure“. Es verhindert also nicht „Placements“, sondern verschlimmert es für die Leute, die ein Trauma erlebt haben und die Hilfe richtig brauchen.“

Die Kooperation hat sich nicht verbessert: „Seit der Schaffung von dem AEF sind es wohl so viele Services die genee deiselwecht Arbeit unbidden, an jiddereen réiert an sengem Deppen an een ass den anerem sein Daiwel. Von Zusammenarbeiten sind mir nach weit ewech (...)“

„Die Institution, der genannte CPI und weitere Beteiligte arbeiten jeweils ihr Projekt aus und geben es dann an das ONE weiter.“ Dabei „sollte“ ein PI „in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten ausgearbeitet werden. Es ist für mich nicht sinnvoll, wenn jede Berufsgruppe einen eigenen Hilfeplan erstellt. Das Kind/die Familie sollte als Gesamtes gesehen werden und einen Hilfeplan haben. Jeder verfolgt die gleichen Ziele!“

Die „Aufgabenverteilung“ und die Verantwortlichkeiten (auch von CPI und ONE) sind „sehr unklar“.

„Die Zusammenarbeit zwischen SCAS, ONE und anderen Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe sollte enger werden. Rollen und Aufgaben sollten klar verteilt werden.“ Dazu gehört auch eine Klärung der Rolle eines CPIs „im Falle eines Placements im Heim“.

Professionalisierung und Fachlichkeit

Die Reform birgt einerseits Chancen für eine Professionalisierung, beispielsweise durch die Anforderungen an Dokumentation und Evaluation.⁶⁸ Die Möglichkeiten des neuen Systems werden jedoch nicht ausgeschöpft, es fehlt an fachlichem Austausch über die Dokumentation hinaus, es bedarf einer weiteren Entwicklung von Professionalität und Fachlichkeit. Das neue Finanzierungsmodell schafft hierfür nicht die notwendigen Ressourcen. Die Reform hat andererseits Verunsicherung und die Wahrnehmung von Deprofessionalisierung im Terrain mit sich gebracht, da die Professionellen auf Entscheidungen des ONE angewiesen sind. Bedauert wird, dass die Fachkräfte keine Interessensvertretung haben – die Evaluation wird begrüßt, da sie ihnen eine Stimme verleihen kann.

„Mir gefällt gut, dass Erzieher und Sozialpädagogen gezwungen sind, ihre Arbeit mehr in Frage zu stellen und besser zu dokumentieren. Leider habe ich den Eindruck, dass entweder keiner liest, was ich schreibe, oder keiner versteht, was ich schreibe. Es könnte sogar sein, dass die Meinung der Fachkräfte auf dem Terrain nicht wesentlich berücksichtigt wird, sondern lediglich Regeln eingehalten werden müssen.“

„Leider werden fast immer Entscheidungen über die Köpfe der wirklich Professionellen getroffen, soll heißen, jenen, die in Familien mit all ihren komplexen Problemen arbeiten und nicht bloß über sie gelesen und ausschließlich theoretisches Wissen haben.“

„Die Planung und Gestaltung von Hilfsmaßnahmen“ bleibt „immer noch sehr von der individuellen Umsetzung abhängig“.

Fachlichkeit sollte „verbessert werden“, jedoch: „die professionelle Arbeit wurde durch das Gesetz (...) nicht verbessert.“ Es fehlt an „Zeit, Ruhe, Kontinuität, Prozessorientierung, Klientenorientierung“, an „Zeit zur Reflexion und Besonnenheit in der komplexen Arbeit mit Familiensystemen“. Dies wird „in diesem Finanzierungsmodell nicht genug berücksichtigt.“

„Weniger Selbstwirksamkeit der Mitarbeiter, da weniger Entscheidungsmacht. Alles muss angefragt werden und rechtfertigt werden.“

„Für mich ist es sehr enttäuschend zu sehen dass weder die Politik noch die Gewerkschaften, noch die Träger sich stärker für den sozialen Bereich einsetzen und wichtige Rechte und Interessen verteidigen. Personallabbau, höherer Stressfaktor, unsichere Arbeitsplätze und stärkere Belastungen auf Seiten der Mitarbeiter im sozialen Bereich scheinen die Öffentlichkeit leider nur wenig zu interessieren. Mehr Mensch und weniger Verwaltung, mehr Vertrauen in die Professionalität der Mitarbeiter und weniger Kontrolle, ganzheitliches Arbeiten anstatt minutiöse Aufteilung der Arbeit, das wünsche ich mir für die Zukunft!“

Die Evaluation wird begrüßt und mit der Hoffnung verbunden, „dass die Stimmen der Fachkräfte genug Gewicht erhalten, um bei den verantwortlichen Personen gehört zu werden.“ Der Wunsch ist, dass die „Sozialpädagogen, Erzieher und jede andere Berufsgruppe, die im sozialen Bereich tätig sind“ unterstützt werden „damit die soziale Arbeit qualitativ bleibt. Und keine Massenhaltung, wie es uns heutzutage de Maison Relais entgegen bringt.“

⁶⁸ Manche Befragte betonen, dass Fachlichkeit für sie „schon vorher einen hohen Stellenwert“ hatte, beispielsweise in Form von fachlicher Reflexion und Austausch, Klarheit von Verantwortung und transparente Begründung von Entscheidungen.

2.6. Allgemeine Bewertung der Reform und des Reformprozesses

Die Fachkräfte wurden zum Prozess der Implementierung des Gesetzes befragt und darum gebeten, die für sie wichtigste Veränderung zu nennen. Des Weiteren wurde die Zufriedenheit mit der Reform insgesamt sowie mit dem eigenen Arbeitsplatz erfasst und Zusammenhänge mit anderen Einschätzungen exploriert.

2.6.1. Prozess der Implementierung des Gesetzes

Die Fragen, die wir zu diesem Aspekt stellten waren von der Annahme geleitet, dass für einen gelingenden Implementierungsprozess geteilte Leitideen sowie eine systematische und gemeinsame Weiterentwicklung entscheidend sind.

Eine Mehrheit der Befragten stimmt der Aussage zu, dass professionelle Akteure der Kinder- und Familienhilfe zumindest teilweise geteilte Leitideen haben (teils/teils: 41.7 %, trifft eher zu: 38.3 %, trifft sehr zu: 8.92 %, trifft eher nicht zu: 9.4 %, trifft gar nicht zu: 1.7 %). Das Feld AEF wird tendenziell systematisch weiterentwickelt, teilweise auch gemeinsam. Fachkräfte staatlicher Träger nehmen stärker als ihre Kolleg/innen eine systematische Weiterentwicklung des Feldes wahr (M = 3.48, SD = .88, N = 40 vs. Freiberufler/innen: M = 3.75, SD = .91, N = 29 vs. private Träger: M = 3.21, SD = .98, N = 156).

S1	Die Akteure der Kinder- und Familienhilfe (z. B. Prestataires, ONE, Ministerium) entwickeln das Feld der Kinder- und Familienhilfe gemeinsam weiter.	M = 2.90, SD = .98, N = 172
S2	Die professionellen Akteure der Kinder- und Familienhilfe haben geteilte Leitideen.	M = 3.43, SD = .85, N = 180
S3	Das Feld der Kinder- und Familienhilfe wird systematisch weiterentwickelt.	M = 3.26, SD = .97, N = 196
Die Items S1 und S3 korrelieren hoch positiv miteinander ($r = .59$, $p < .001$), das Item S2 erweist keinen statistischen Zusammenhang mit den beiden übrigen Items auf ($p \geq .85$). Für weitere Analysen werden S1 und S3 zusammengefasst.		

Tabelle 15: Implementierung des Gesetzes. Items und deskriptive Daten

Kommentare

Der Implementierungsprozess und die Steuerung des Feldes werden in den Kommentaren zum Fragebogen indirekt thematisiert. Die Aussagen bekräftigen die Idee der Reform als positiv und die Umsetzung als kritikwürdig. Hier werden einige Aspekte aufgegriffen, die bereits in den oben aufgeführten Kapitel genannt wurden: fehlende Transparenz und Vorhersehbarkeit der Entscheidungen des ONE, Erschwernis durch Bürokratie, wenig Präsenz der CPIs sowie Fehlen eines gemeinsamen Fallverständnisses und einer individuellen Hilfeplanung. Der Implementierungsprozess wird als zu schnell und v. a. zu wenig fachlich beschrieben – stattdessen dominieren ökonomische Interessen (der Prestataires) und Logiken (des ONE). Die Dienstleister orientieren sich an marktwirtschaftlichen Kriterien, es fehlt eine Instanz, eine staatliche Steuerung, die gezielte sozialpolitische Entwicklungen vorantreibt. Konsequenzen sind wenig präventive und individuelle Hilfen, Deprofessionalisierung im Terrain und Sorge der Fachkräfte um ihre berufliche Zukunft.

„Eine Reform war unumgänglich, hätte aber zum Teil aber anders umgesetzt werden können.“

„Die Idee des ONE und der CPI ist in der Theorie gut. In der Praxis funktioniert sie allerdings nicht. Das ONE ist chaotisch, unorganisiert und trifft Entscheidungen ohne Transparenz resp. Kohärenz. CPIs gibt es zu wenig und sie arbeiten alle unterschiedlich, so dass es nicht wirklich Sinn macht, dass es überhaupt welche gibt. Insgesamt funktioniert das System nicht wirklich. Es macht die Arbeit für die Prestataires schwieriger und durch die nicht funktionierende Bürokratie gehen wertvolle Arbeitsstunde verloren.“

„Es fehlt die andere Hälfte der Institution die die Qualitäts-institution sein müsste. Da sind Personen die sich drum kümmern aber beide „Institutionen“ sind nicht unabhängig. Es bleibt dann, wie schon seit Jahren in Luxemburg, dass Professionelle auf dem „Terrain“ sagen dieses und dieses fehlt, anstatt dass Professionelle im Ministerium sagen, diese Qualität erwünschen wir uns für unser Land UNABHÄNGIG von dem Budget. Schlussendlich kriegen die Leute nicht die Hilfe die sie brauchen (z. B. in Prävention) und nachher muss trotzdem das Geld ausgegeben werden (z. B. da die Probleme ganz schlimm geworden sind).“

„Die IDEE!!!!!! der Koordination und der INDIVIDUELLEN Hilfeplanung die UMSETZUNG hapert, es fehlt ein möglichst gemeinsames Fallverständnis!!!!!“

„Ziel war ursprünglich eine „déjudiciarisation“ und Vereinfachung der Prozeduren für Klienten und Prestataires. Fazit nach den letzten Jahren ist, dass der bürokratische Aufwand untragbar geworden ist und die Aufträge welche vom Gericht an die Prestataires weitergegeben werden am klarsten und einfachsten umzusetzen sind. Das Gericht hat wenigstens eine klare Linie, nach der Klienten und Fachleute sich richten können. Das ONE arbeitet immerzu neue Bedingungen, Vorschriften und Formulare aus, die nur noch verwirrend und inkohärent sind, und darauf bedacht sind, möglichst viel für möglichst wenig Geld umzusetzen. Als qualifizierte Fachkraft muss man Angst um seine berufliche Zukunft haben, da die Tendenz stark dahin geht, weniger qualifiziertes Personal mit weniger Erfahrung (da billiger) einzustellen, um Kosten zu sparen... :o!“

„Ein Jugendhilfegesetz ist im Prinzip immer zu befürworten, die Umsetzung, wie sie hier in Luxembourg gestaltet wurde grenzt an Dilettantismus. Man hätte den Übergang viel besser vorbereiten und vor allem LANGSAMER gestalten müssen.“

„Viele Prestataires verfolgen ihre eigenen, vor allem finanziellen Ziele.“

„Die professionellen Akteure denken oft in einem direkten Interesse der Vorteilsschaffung, ein gesamtsozialpolitischer Gedanke bleibt weitgehend im Hintergrund.“

„Die Akteure der Kinder- und Familienhilfen entwickeln Programme nach finanziell lukrativen Kriterien. Es gibt eine explosionsartige Entwicklung in manchen Bereichen (assistance éducative en famille) die nach frei marktwirtschaftlichen Prinzipien funktioniert. Es fehlt eine übergreifende den Bedürfnissen entsprechende Planung und Entwicklung von Seiten des ONE.“

2.6.2. Die subjektiv wichtigste Veränderung

Die Fachkräfte wurden gefragt: „Was ist für Sie die wichtigste Veränderung, die durch das Gesetz Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF) angestoßen wurde?“

Insgesamt 40 Antwortende benennen in ihren Aussagen insgesamt relativ ausgewogen positive und negative Veränderungen durch die Reform, wobei sich über ein Drittel ausschließlich auf negative Aspekte fokussiert und ca. ein Drittel ausschließlich auf positive. Die restlichen Befragten benennen positive und negative Seiten bzw. machen eher neutrale Aussagen:

Von den 39 Personen (37.86 % der Antwortenden bzw. 17.65 % der Befragten insgesamt), die ausschließlich negative Aspekte nennen („mir ist bis jetzt keine wichtige positive Veränderung aufgefallen“), beziehen sich 31 auf die wahrgenommene Bürokratisierung und Finanzlogik des neuen Systems und auf Konsequenzen, die sie in der professionellen Arbeit mit den Bénéficiaires sowie für die Arbeitszufriedenheit der Fachkräfte erleben. Für knapp die Hälfte der Antwortenden spielt dieser Themenkomplex (meist negativ) eine Rolle. 35 Personen beziehen sich in ihren Kommentaren auf die Bürokratisierung. Die 35 Personen (33.98 % der Antwortenden bzw. 15.84 % der Befragten insgesamt), die ausschließlich positive Veränderungen nennen, fokussieren dabei die vom Gesetz intendierten Aspekte, vor allem die Partizipation und den Zugang zu (ambulanten, freiwilligen) Hilfen. 14 Befragte (13.59 % der Antwortenden bzw. 6.33 % der Befragten insgesamt) nennen sowohl positive als auch negative Aspekte. Die übrigen Aussagen sind nicht eindeutig positiv oder negativ bzw. neutral.

Insgesamt wurden folgende Aspekte genannt und teilweise differenziert ausgeführt:

- Strukturelle Reform: neue Finanzierung und Ökonomisierung, ONE und Bürokratisierung von Hilfen, CPIs
- Strukturen von Hilfen: Inflexibilität und Unzugänglichkeit durch das neue Tarifsysteem
- Déjudiciarisation: Tendenzen
- Partizipation: Unterstützung
- Kooperation und Koordination: Bekräftigung der Bedeutung, Professionalisierung und Fachlichkeit (Chancen und Gefahren), fachliche Einschätzung.

Strukturelle Reform

Wie bedeutsam der Aspekt der wahrgenommenen Bürokratisierung und Finanzlogik für die Befragten ist zeigt, dass sich die meisten der Kommentare zum ersten Fragebogenteil „Veränderungen in der Kinder- und Familienhilfe“ (N = 27 von 40) im weitesten Sinne auf administrativ-bürokratische, finanzielle Veränderungen durch die Reform und auf deren (meist negativen) Auswirkungen auf die professionelle Arbeit und die Arbeitszufriedenheit der Fachkräfte beziehen.⁶⁹ Ebenso wird dieser Aspekt am häufigsten als „wichtigste Veränderung“ durch die Reform

⁶⁹ Des Weiteren merkten drei Befragte an, dass es ihnen aus unterschiedlichen Gründen schwer falle, einige Fragen zu beantworten: „weil man nicht jedes Detail von diesem Gesetz kennt und es unterschiedliche Bereiche der Kinder- und Jugendarbeit gibt“; weil sie erst seit kurzem im Heimbereich tätig ist und deshalb „keine Vergleiche zu früher“ ziehen kann; weil „die Erfahrungswerte“ fehlen, da sie „in einer Kinder-Wohngruppe [arbeitet], in der die Gruppe seit 6 Jahren in dieser Zusammensetzung besteht, alle Kinder sind übers Gericht platziert und die Eltern stoßen sehr schnell an ihre Grenzen, wenn's um Besuche oder Gesprächstermine geht. Es besteht kein Bedarf respektive haben die Eltern nicht die körperlichen oder geistigen Fähigkeiten, sich mehr einzubringen. Ein/e Befragte/r merkte an, dass das Gesetz im Bereich „Jugendheim“ „wenig Auswirkungen auf unsere Arbeitsmethodik, Ziele oder Überlegungen“ hat. Eine „fühlbare Verbesserung der individuellen Situationen“ ist nicht merklich. „Wahrscheinlich“ sind Änderungen in „der präventiven Arbeit (...) spürbarer“. Ein/e Befragte/r konstatiert als wesentliche Veränderung: „Dass der „Volet financier/Participation Parents“ vom ONE aus geregelt wird.“

genannt (35 Personen von insgesamt 40 Antwortenden). Die Professionellen nehmen durch die Reform und den neuen Akteur ONE eine Bürokratisierung von Hilfen, eine Kontrolle ihrer Arbeit und insgesamt eine Kommerzialisierung des Sozialen wahr. Dies sorgt bei ihnen für Unzufriedenheit.

Die neue Finanzierung: Ökonomisierung des Sozialen

Das neue Finanzierungsmodell ändert die Praxis von Hilfen grundlegend, ihre Finanzierung ist nun nicht mehr garantiert. Folgen sind „Druck“ auf die Fachkräfte und „Konkurrenzkampf“ der Dienstleister. Der Sozialsektor wird ökonomisiert. Dies wird neutral gesehen („veränderte Funktionsweise der Fachstellen“) oder mit einem „hohen Preis“ verbunden wahrgenommen: für die Leitungsebene (Management, Rentabilität), Fachpersonal (Druck, Motivationsverlust und Unsicherheit) und Bénéficiaires (keine individuellen Hilfen).

*„Alles ass finanziell opgebaut ouni Suen keen Service ouni Suen keng Förderung“
Das Finanzierungsmodell hat einen „Impuls für mehr Produktivität und effiziente Nutzung der Ressourcen“ gegeben.
„Es herrscht weniger Menschlichkeit sondern mehr Verwaltung.“*

„Le suivi des mesures d'aide n'est plus garanti si l'ONE décide d'arrêter le financement. Et ça c'est TRES grave!“

„Alle Hilfestellen im Ambulanten arbeiten defizitär, was enormen Druck für die Helfer bedeutet ...“

Es hat sich ein „Konkurrenzdenken“ zwischen den Prestataires entwickelt („nur die Großen überleben“).

„Das ist leider die sehr negative Veränderung, dass durch das neue Finanzierungssystem, Sozialhilfe jetzt rentabel werden muss und man das Gefühl hat man arbeitet in einem Business wo man seine Quota erfüllen muss und nicht mehr als Helfer. Quantität ist wichtiger geworden als Qualität. Die Leidtragenden sind die Kinder, Jugendlichen und Familien.“

Es gibt einen „Motivationsschwund“ bei den Professionellen.

„Es funktioniert nicht in der Praxis (finanziell).“

„Sozialsektor wollen ze féieren wei eng Entreprise: alles muss facturabel a virun allem rentabel sin.“

„Geleistete Stunden (werden) nicht bezahlt. Was die Mitarbeiter dann in das Dilemma setzt mach ich es trotzdem weil es dem „Bénéficiaire“ zu Gute kommt, dann bekomme ich Druck vom Träger oder lass ich es sein? "Travail vaut rémunération!!!“

„Zahlen, und Statistiken werden im Umgang mit den Klienten und in der Sprache der Fachkräfte immer vorrangiger.“

Arbeitsplätze sind unsicherer geworden, „erfahrene und qualifizierte Mitarbeiter“ verspüren Druck und „können kaum noch ihren Arbeitsplatz wechseln“. „Qualifikationen der Mitarbeiter sinken, respektiv viele werden unter ihren Diplomen eingestellt und bezahlt.“

Das ONE und die Bürokratisierung von Hilfen

Mit dem Reformprozess AEF wurde eine Zentralisierung der Demande und des Angebots von Hilfsmaßnahmen und damit eine Bürokratisierung in Gang gesetzt. Die Entscheidungen des ONE werden als wenig transparent und die Kommunikation wenig kooperativ erlebt. Ein hoher Verwaltungsaufwand, Kontrolle durch das ONE und ggf. Ablehnung von Demanden gegen die fachliche Einschätzung der Dienstleister werden als negativ erlebt.

„Alles zu dokumentieren nimmt sehr viel Zeit in Anspruch und ich bin mir sicher dass ich schon viele Stunden gratis gearbeitet habe nur weil es mir wichtiger ist meine Arbeit zu machen als sie zu belegen. (Ich rede hier selbstverständlich nicht von Berichten die meine Klienten direkt betreffen). Es kommt auch immer mehr noch dazu: wir sollen immer mehr Aufträge erfüllen mit massiv vermehrter Dokumentationsarbeit die beweisen soll dass wir ebendiese Arbeit, die wir gerade wegen dieser Büroarbeit zeitlich nicht mehr so gut ausführen können, auch tatsächlich machen...!? Das erlebe ich als erheblich frustrierend und stressfördernd.“

„Mehr Büroarbeit als Sozialarbeit“: „viel zu viel Dokumentation“ und „viel mehr Papierkram“; dieser steht „in keinem Verhältnis zur gewonnenen Qualität“. Dabei wird der Nutzen „jährlicher Berichte und Erziehungspläne“ nicht abgestritten

„Die Zusammenarbeit mit dem ONE drückt sich vor allem durch Diskussionen, Verhandlungen und Rechtfertigungen aus... Dies kann nicht Sinn und Zweck der Sache sein.“

„völlige Abhängigkeit“ von der „Kontrollinstanz“ ONE „durch Leute die weder Arbeitsfeld noch aktuelle Leitlinien kennen“. Dabei werden die fachlichen Einschätzungen der „Professionellen, die mit den Kindern arbeiten“ und deshalb „diejenigen die wissen, was das Kind braucht“ nicht beachtet

„unnötigen Stress wegen Anträgen und Berichterstattung“.

Die Coordinateurs de Projet d'Intervention

Vier Befragte nennen die Einführung des CPI („als Koordinator zwischen verschiedenen Dienstleistern“) als wesentliche Veränderung. Eine weitere Person nennt die CPI im Zusammenhang mit einer wahrgenommenen „Überschneidung der Arbeit (Hilfestellung von uns als Prestataire in der Familie und Arbeit des CPI, falls genannt, in der Familie)“.

Strukturen von Hilfen

Hilfen sind durch das neue Tarifsysteem unflexibel und nicht zugänglich – oder die neue Finanzierung schafft eine Überversorgung.

Es können „wichtige Hilfen (...) nicht gegeben werden, da das ONE keine Bewilligung gibt“.

„La tarification nous oblige à voir les familles de façon plus régulière, qu'il y ait des problèmes ou non.“

Manche Dienstleistungen wurden erschwert, so die „Rückführung in die Familie (...), da die Kinder aus finanziellen Gründen nicht in ihrer Familie übernachten dürfen wie es nötig ist. Das ist in der Heimerziehung ein großer Rückschlag!“
„langwieriger Weg um Hilfen zu bekommen“ und unnötige Umwege über das ONE („lästig, dass Brillen, orthopädische Sohlen, Zahnsparren die von Ärzten verordnet sind, erst noch mal vom ONE genehmigt werden müssen. Das gleiche gilt für psychologische Betreuung.“)

In der Heimerziehung fühlen sich Jugendliche „einem großen Druck ausgesetzt beim Erreichen des 18. Lebensjahres. Sie fürchten um ihren Platz im Heim und sehen oft nicht ein, weshalb sie ihr Zimmer räumen müssen, obwohl sie das Heim als ihr Zuhause ansehen. Materielle Argumentationen werden hier anstelle von pädagogischen Überlegungen vorgeschoben.“
Für Jugendliche wurde der „Zugang zu professioneller psychotherapeutischer Unterstützung erheblich erschwert.“

Déjudiciarisation und Prävention

Die Wahrnehmung der Déjudiciarisation durch die Befragten ist unterschiedlich. So wird von einer „Hoffnung“ auf Déjudiciarisation und von einer „De-dramatisierung der Heimeinweisung durch Förderung von freiwilliger Aufnahme“ gesprochen, eine „Tendenz“ erkannt, „nicht so früh das Gericht einzuschalten, die Möglichkeit ambulanter Maßnahmen unterstrichen, die „die Zahl der per Gerichtsbeschluss untergebrachten Heimkinder (...) minimiert (...) was aber (...) noch verbesserungswürdig ist“ oder auch „leider keine „Déjudiciarisation“ von den Fällen“ gesehen. Auf der positiven Seite wird die Ermöglichung verstärkter Prävention unterstrichen und die Stärkung der Erziehungsverantwortung von Familien.

„Les clients ne sont plus seuls face aux centres d'accueil et aux juges. “

„Familien müssen nicht erst durch das Gericht darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie Hilfe anfragen können oder ihnen geholfen werden kann. Eltern dürfen ihrer Rolle noch gerecht werden, auch wenn sie negativ aufgefallen sind. Eltern bekommen die Chance, ihre Verantwortung zu übernehmen. KINDER DÜRFEN BEI IHREN WURZELN AUFWACHSEN. Ein Versuch wird gestartet, um die Eltern zu kompetenten Eltern zu machen.“

Mit der Zunahme von freiwilligen Heimplatzierungen gibt es Herausforderungen: „jedoch ist die Zusammenarbeit mit den Eltern schwieriger geworden, da keine klaren Ziele/Aufträge formuliert sind. Wer sorgt für die Kontrolle/Sicherheit bei gefährdeten Kindern. Das Sorgerecht liegt bei den Eltern, jedoch können die Eltern dies nicht mehr gewährleisten. CPI als Kontrollinstanz? idem SCAS was ändert dies? 2 Instanzen mit Kontrollmacht. Nur auf dem Papier hat sich was geändert (...) aber die Probleme sind noch immer da und die Kinderheime werden als Internate und Tagesstrukturen umgewandelt, da in den Maisons Relais kein Platz mehr ist... Eltern sind überfordert. Man müsste präventiv arbeiten. Schon vor der Geburt handeln und nicht erst reagieren wenn es zu spät ist.“

Die „Bénéficiaires werden besser unterstützt und als „Menschen“ wahrgenommen mit positivem Potential, die Einstellung des Ministerium zu den Klienten hat sich geändert. Handlung wird gefördert.“ Eltern haben die Möglichkeit zur freiwilligen Hilfe und können – z. B. auch bei einem Heimaufenthalt – das Sorgerecht für ihre Kinder behalten.

Partizipation

Die Reform unterstützt die Beteiligung der Bénéficiaires an der Hilfeplanung, bei Entscheidungen, in Form von Elternarbeit. Dies stärkt die Verantwortung der Klienten und bringt eine veränderte Haltung der Professionellen mit sich. Es werden durch die Reform aber auch Nachteile für die Familienarbeit gesehen (eingeschränkte „Abwesenheiten der Jugendlichen im Foyer respektive Zeit in der Familie“) oder betont, dass Partizipation in der Institution schon vor der Reform wichtig war.

Eine Hilfeplanung findet statt, bzw. die „Anforderungen an die individuelle Hilfeplanungen“ sind gestiegen.

„Bewusstmachen, dass die Familie und zwar sowohl Eltern wie Kinder an Entscheidungsprozessen beteiligt werden müssen“

Partizipation wird gefördert, ,Erziehungsberechtigte müssen miteinbezogen werden‘,

„Verwandtenpflege“ wird unterstützt.

Kindern, Eltern und Familien werden beteiligt (bzw. dieses wird versucht) und gestalten die Ziele und ,den Förderplan‘ mit.

Insgesamt verändert sich „die Haltung gegenüber den Familien“.

Die Mitbestimmung, das ‚elementar wichtige Mitspracherecht‘ bedeutet für „Eltern, aber auch ältere Jugendliche, mit einer gewissen Eigenverantwortung konfrontiert werden.“

Der „Aspekt der Partizipation scheint (...) sehr wichtig“ – dabei bleibt der „Aspekt der Kindeswohlgefährdung (...) aber akut und sollte nicht aus den Augen verloren werden.“

Kooperation und Koordination

Kooperation und Koordination werden nur von wenigen Befragten als zentrale subjektive Veränderung genannt. Sie sind unterschiedlicher Ansicht: Die einen sehen eine Förderung von Kooperation und eine „bessere“ oder „etwas“ verstärkte Koordination von Hilfen; andere sehen hier keinen Fortschritt. Ein weiterer Aspekt ist, dass heute Kooperation durch die vielen involvierten Fachkräfte notwendiger geworden ist.

„Bewusstmachen, dass Kooperation zwischen den Prestataires extrem wichtig ist“

Durch vermehrte Kooperation und durch die „kontinuierliche Beobachtung von schwer greifbaren Familien“ entsteht „weniger Sozialtourismus“ bzw. „anonymes Therapiehopping“.

Insgesamt sind „mehr Fachkräfte (...) engagiert, um an einem Fall zu arbeiten.“

„man (kann) sich nicht mehr den beliebigen Prestataire, mit dem man gerne zusammen arbeiten möchte, aussuchen“.

„mehr Vernetzung zwischen verschiedenen Prestataires habe ich nicht festgestellt.“

Professionalisierung und Fachlichkeit

Einige Befragte nennen die neuen Vorgaben (Dokumentation, Qualitätskriterien, Evaluation) als Chance für die Professionalisierung im Sektor und begrüßen eine gesteigerte Transparenz als wesentliche Entwicklung; gleichzeitig ergeben sich dadurch Herausforderungen (Datenschutz, administrative Arbeit). Während manche Befragte insgesamt eine Steigerung der Professionalität sehen, erleben andere eine „Regression“ von „Professionalität, Kompetenz und praxisbezogene Qualitäts-Arbeit“, da es an finanziellen und zeitlichen Ressourcen für begleitende Reflexion und Weiterentwicklung der Arbeit fehlt. Eine genannte Sorge bezieht sich auf die wahrgenommene schwindende Bedeutung des Berufsstands des/der Assistent/e Social.

„Dokumentationen (z. B. Hilfeplan, Berichte,...) könnten hilfreich sein, sind jedoch in ihrer Anwendung kompliziert und man fragt sich wer diese vertraulichen Angaben alles lesen kann und wie damit umgegangen wird.“

„Es ist von Vorteil klare Richtlinien zu erhalten, hat jedoch auch die Arbeit in den Familien erschwert, da doch oft Dokumentation anfällt. Schade, dass die Vor- und Nachbereitung in der Verrechnung (Tarifs) nicht ausreichend genug berücksichtigt wird.“ Das ‚im Auge halten, wann ein Bericht fällig ist und ob man vom ONE ein Accord bekommen hat‘ bedeutet „viel Organisation und Stress. Und oft muss man beim ONE nachfragen, was viel Aufwand ist.“

Durch eine systematische Dokumentation wird eine „Erhöhung der Professionalität“ gesehen und eine „kontinuierliche Überprüfung der Zielvorgaben durch Dokumentation alle 6 Monate“ genannt. Die ‚Arbeit mit der Familie müsse so regelmäßig reflektiert und gemeinsam neue Ziele gefasst werden‘.

Die ‚standardisierten Berichte‘ sorgen für Transparenz, indem sie ‚allen Beteiligten ermöglichen, die Arbeit der sozialen Einrichtungen nachzulesen‘.

Es wurde eine „Ausarbeitung von Qualitätskriterien“ vorgenommen, Maßnahmen werden evaluiert und die Kinder- und Familienhilfe wird weiterentwickelt. Es wird mehr „zielgerichtet“ gearbeitet; es gibt den „Versuch einer strukturierten Hilfe für die Familien“.

Die neuen Regelungen „erschweren die fachliche und menschliche Hilfeangebote enorm. Kein Geld für Vor und Nachbereitung. Kein Geld für Intravision und Fallsupervision.“

„Es bleibt auch nicht genügend Zeit für professionellen Austausch und Fortbildung die die Qualität der Arbeit vorantreiben.“

„Mir bereitet es Sorgen, dass (allem Anschein nach, mein persönliches Empfinden) immer weniger Assistent Social gesucht und eingestellt werden. Viele Posten werden umgewandelt zu éd. grad. oder im Allgemeinen zu Abschluss BSSE. Die Mischung die die Uni vorgenommen hat, wirkt sich negativ auf das Berufsbild des Assistent Social aus. Zudem unterscheidet sich die Arbeit des Ass. Soc. von dem des éd. grad. in wesentlichen Dingen und sollte nicht derart vermischt werden.“

Fachliche Einschätzung

Durch die Ökonomisierung des Sektors werden finanzielle Fragen fachlichen übergeordnet. Ebenso sorgt die Bürokratisierung für eine „fachliche Distanzierung zum Klienten“.

„Weniger Fachlichkeit, da die Leitungsebene der Verbände den Kontakt zu den Profis verloren hat und vor allem sich nach den finanziellen Werten orientieren. Es fehlt noch immer eine genaue Auslotung der Bedürfnisse im psychosozialen Bereich, die dann die Ausrichtung des Kinder- und Jugendhilfesektors festlegen sollte. Alles in allem finde ich es enttäuschend!“

Durch den ‚finanziellen Druck über die Runden zu kommen‘ werden fachliche Entscheidungen finanziell beeinflusst: „einem die Chance zu geben, fürs Probewohnen mit der Sicherheit beim Scheitern zurück ins gleiche Heim zu kommen. Bei einer Psychatrieeinweisung Gefahr, nicht mehr zurück ins gleiche Heim zu kommen und dann in ein anderes wechseln zu müssen in einer schwierigen Lebenslage ist das dramatisch für die Jugendliche.“

Es ist eine „kommerzielle Sicht auf professionelle Interventionen“ entstanden in der danach gefragt wird, ‚was sich lohnt‘.

Es kommt es zu einer „Kompromittierung professioneller Einschätzungen“ und einem „Druck des Überlebens“.

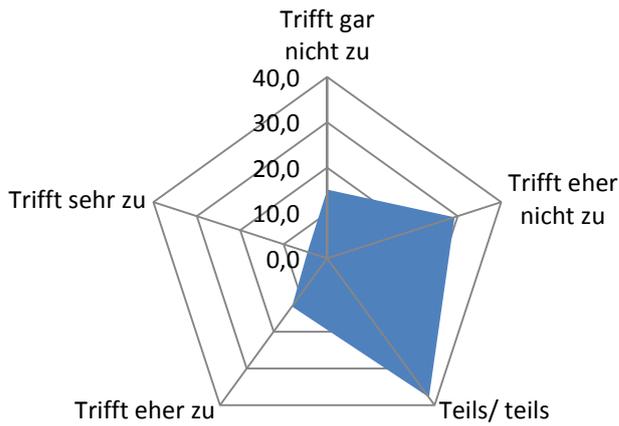
2.6.3. Zufriedenheit mit der Reform

Im Rahmen der „Gesamtbeurteilung der Reform“ und bei der Einschätzung der „Veränderungen in der Kinder- und Familienhilfe“ wurden die Befragten gebeten, ihre Zufriedenheit mit der Reform insgesamt und in Bezug auf ihren Arbeitsplatz (s. u.) zu bewerten.

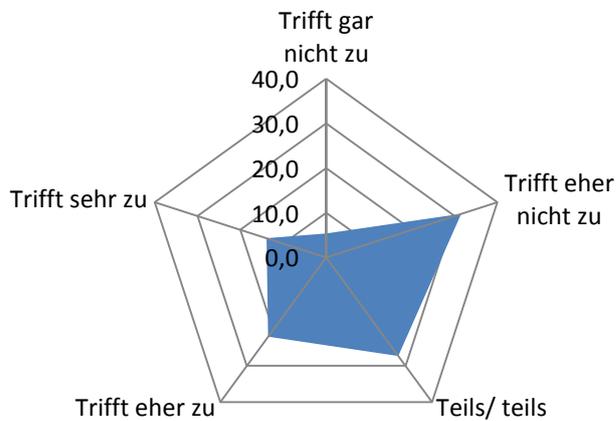
Insgesamt sind die Befragten mit dem Reformprozess nur teilweise (Tendenz: eher nicht) zufrieden. Sie nehmen im Durchschnitt teilweise Verbesserungen durch das Gesetz AEF insgesamt wahr – 35.8 % sehen (eher) keine Verbesserungen, 36.9 % sehen (eher) Verbesserungen, 27.3 % sehen teilweise Verbesserungen. Je länger jemand bereits in dem Arbeitsfeld tätig ist, desto weniger ist er/sie mit der Reform insgesamt zufrieden ($r = -.16$, $r < .05$). Freiberufliche sind insgesamt mit der Reform zufriedener als ihre festangestellten Kolleg/innen (50 % eher/sehr zufrieden vs. Festangestellte 30 %). Die Arbeitnehmer/innen staatlicher Träger sind tendenziell etwas zufriedener als ihre Kolleg/innen bei den freien Trägern.

ZG1	Insgesamt bin ich mit dem Reformprozess Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF) zufrieden.	M = 2.63, SD = 1.04, N = 198 Staatl.: M = 2.81, SD = .89, N = 42 Freie: M = 2.58, SD = 1.07, N = 156
ZG2	Das Gesetz Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF) hat insgesamt zu <i>keinen</i> Verbesserungen in der Kinder- und Familienhilfe geführt.	M = 3.03, SD 1.14, N = 187 Staatl.: M = 2.77, SD = 1.06, N = 39 Freie: M = 3.16, SD = 1.15, N = 148
Es besteht ein hoch negativer korrelativer Zusammenhang zwischen den beiden Items ($r = -.59$, $p < .001$).		

Tabelle 16: Zufriedenheit mit der Reform. Items und deskriptive Daten



Grafik 9: Insgesamt bin ich mit dem Reformprozess Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF) zufrieden. Häufigkeiten in %



Grafik 10: Das Gesetz Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF) hat insgesamt zu keinen Verbesserungen in der Kinder- und Familienhilfe geführt. Häufigkeiten in %

Anmerkungen zur Gesamtzufriedenheit haben 15 Personen (meist in mehreren Sätzen) vorgenommen. Fast alle Kommentierungen beziehen sich auf die bereits im ersten Teil herausgestellten Aspekte der wahrgenommenen Bürokratisierung und Finanzlogik in der Kinder- und Familienhilfe. Sie wurden oben den thematischen Schwerpunkten der Befragung zugeordnet.

Arbeitsplatzzufriedenheit

Die Zufriedenheit der Befragten mit ihrem Arbeitsplatz, gemessen durch die wahrgenommene Sicherheit und wahrgenommene Perspektiven und Herausforderungen, wurde als Moderatorvariable angenommen. Wir vermuteten, dass wahrgenommene negative Auswirkungen der Reform auf die individuelle Arbeitsplatzzufriedenheit die Beantwortung anderer Items verzerren können (Bias).

Interessante Arbeitsperspektive und Herausforderungen, die mit der Reform verbunden sind, sehen die Befragten nur teilweise; 53.7 % stimmen dem (eher) nicht zu, 22.6 % bejahen diese Aussage. Die Befragten sind tendenziell der Meinung, dass die Arbeitsplätze mit dem Gesetz unsicherer geworden sind (trifft (eher) zu: 40.9 %, teils/teils: 22.7 %, trifft eher nicht zu: 33.0 %, trifft gar nicht zu: 3.4 %). Immerhin 26.2 % der Befragten machen sich deutlich mehr Sorgen um ihre berufliche Zukunft (auf 21.0 % trifft dies eher zu, auf 14.4 % teilweise), auf 38.5 % trifft dies (eher) nicht zu. Wie erwartet machen sich Mitarbeitende privater Träger tendenziell mehr Sorgen um ihre berufliche Zukunft als ihre Kolleg/innen bei den staatlichen Einrichtungen.

A1	Die Arbeitsplätze in der Kinder- und Familienhilfe sind mit dem Gesetz unsicherer geworden.	M = 3.17, SD = 1.15, N = 176
A2	Seit der Gesetzesreform mache ich mir mehr Sorgen um meine berufliche Zukunft als früher.	M = 3.18, SD = 1.45, N = 195 Staatl.: M = 2.73, SD = 1.36, N = 40 Freie: M = 3.30, SD = 1.46, N = 155
A3	Mit der Reform sind für mich interessante neue Arbeitsperspektiven und Herausforderungen entstanden.	M = 2.54, SD = 1.19, N = 190
<i>Skala:</i> Item Mittelwerte: M = 2.70; Item Varianz: 1.63, Skala: M = 8.11, Varianz = 9.60, SD = 3.10		
Die Items korrelieren hoch miteinander ($r = .59$, $r = -.44$, $r = -.37$, $p \leq .001$). Die interne Konsistenz ist trotz der geringen Anzahl an Items zufriedenstellend (Cronbachs $\alpha = .74$). Die höchste Korrelation besteht zwischen den Items A1 und A2, die geringste zwischen den Items A2 und A3.		

Tabelle 17: Arbeitsplatzzufriedenheit. Items und deskriptive Daten

Entsprechend der Erwartungen zeigt sich insbesondere eine hohe Korrelation mit der Gesamtzufriedenheit ($r = .64$, $p < .001$), aber auch mit den Skalen Zugang zu Hilfen, Kooperation und Koordination, Professionalisierung, Steuerung des Feldes, Fallverantwortung und Partizipation ($.27 \leq r \leq .48$, $p < .001$). Desweiteren korreliert die Zufriedenheit hoch mit der Einschätzung der neuen Finanzierungsmodelle ($r = -.40$, $p > .001$). Keinen statistischen Zusammenhang gibt es mit der Skala zur Messung der subjektiven Bedeutung von Partizipation und den Aspekten der Déjudiciarisation. Dabei gibt es eine Ausnahme: wer findet, dass das Jugendgericht mehr Sicherheit bietet als das ONE, ist weniger mit dem eigenen Arbeitsplatz zufrieden: $r = -.19$, $p < .01$). Das heißt: wer wenig arbeitszufrieden ist, schätzt alle Aspekte der Reform (mit Ausnahme der Déjudiciarisation) negativer ein als Arbeitszufriedene – und umgekehrt (keine Aussage über Kausalität).

Zusammenhänge der Gesamtzufriedenheit mit weiteren Einschätzungen

Die Gesamtzufriedenheit (repräsentiert durch das Item „Insgesamt bin ich mit dem Reformprozess Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF) zufrieden.“) steht in einem signifikanten statistischen Zusammenhang mit den meisten Items des ersten Teils des Fragebogens. Die stärksten Korrelationen wurden mit den Themenkomplexen Zugang zu Hilfen, Arbeitsplatzzufriedenheit, Steuerung des Feldes, Kooperation und Koordination der Hilfen, Professionalisierung und Partizipation registriert ($p < .001$, $.54 \leq r \leq .65$, Auflistung nach absteigender Höhe). Das bedeutet, die Befragten sind umso zufriedener mit der Reform⁷⁰,

- je eher die Professionellen einen verbesserten Zugang zu Hilfen sehen ,
- je mehr interessante Arbeitsperspektiven und Herausforderungen subjektiv durch die Reform entstanden sind und je weniger sie sich Sorgen über ihre Zukunft machen,
- je eher sie eine systematische Entwicklung des Feldes wahrnehmen,
- je positiver sie die Veränderungen hin zu mehr Koordination und Kooperation beurteilen,
- je eher sie eine zunehmende Professionalisierung im Feld AEF wahrnehmen,
- je mehr sie verstärkte Partizipationsmöglichkeiten für die Bénéficiaires sehen.

Ein statistisch bedeutsamer, wenn auch geringerer, Zusammenhang besteht mit folgenden Aspekten des neuen Finanzierungsmodells, der Fallverantwortung und der Strukturen von Hilfen ($.27 \leq r \leq .37$, $p < .001$, Auflistung nach absteigender Höhe):⁷¹

- Je mehr die Befragten empfinden, dass die neue Finanzierung die bedarfsgerechte und professionelle Arbeit erschweren, desto negativer bewerten sie die Reform insgesamt.
- Je mehr sie eine eindeutige Fallverantwortung wahrnehmen, desto positiver bewerten sie die Reform insgesamt.
- Je eher sie eine bessere regionale Verteilung der Hilfen wahrnehmen, desto positiver sehen sie die Reform insgesamt.

Ein statistisch bedeutsamer Zusammenhang besteht mit folgenden Aspekten der Déjudiciarisation ($.16 \leq r \leq .29$, $p < .05$, Auflistung nach absteigender Höhe). Die Gesamtzufriedenheit der Befragten ist umso höher,

- je klarer die Befragten die Kooperation zwischen AEF und Justiz geregelt sehen,
- je weniger sie denken, dass das Jugendgericht mehr Sicherheit als das ONE bietet,
- je weniger sie denken, dass die Professionellen an der Basis sich nach wie vor eher an die Justiz als an das ONE wenden.⁷²

Insgesamt bedeutet das: Die befragten Fachkräfte sind mit der Reform insgesamt zufriedener, wenn sie sehen, dass die zentralen Motive des Gesetzes umgesetzt werden.

70 Und umgekehrt. Eine Korrelation macht keine Aussage über Kausalität.

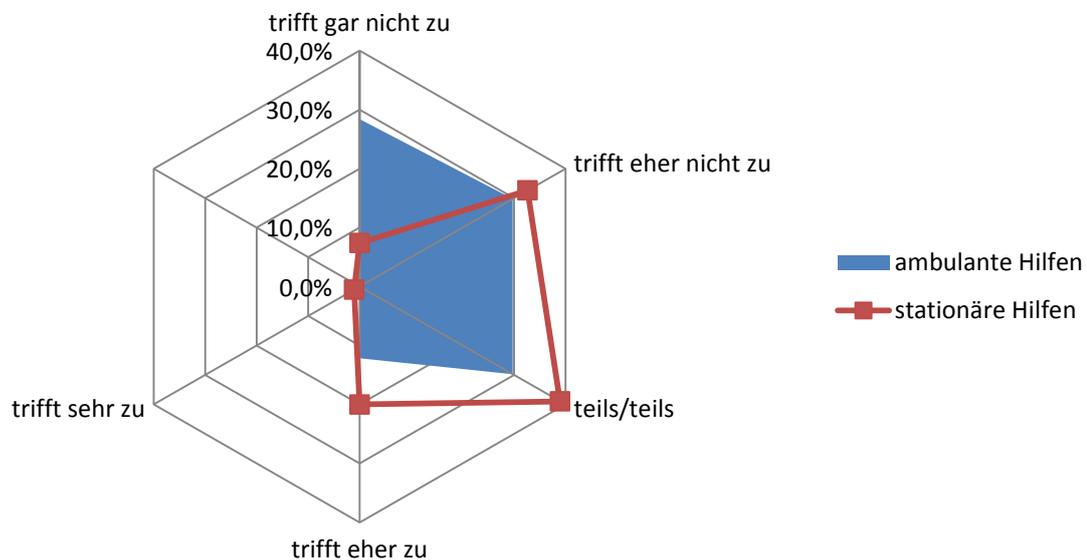
71 Und umgekehrt. Eine Korrelation macht keine Aussage über Kausalität.

72 Und umgekehrt. Eine Korrelation macht keine Aussage über Kausalität.

Zusammenhänge der Gesamtzufriedenheit mit Merkmalen der Befragten

Je länger die befragten Fachkräfte bereits in der Kinder- und Familienhilfe tätig sind, desto negativer beurteilen sie die Reform ($r = -.16, r < .05$). Freiberufliche sind mit der Reform insgesamt zufriedener als Festangestellte (50 % eher/sehr zufrieden vs. Festangestellte 30 %). Keinen Einfluss auf die Beurteilung der Gesamtzufriedenheit haben Leitungsfunktion oder Geschlecht.

Des Weiteren hängt die Beurteilung eng damit zusammen, wo die Professionellen arbeiten: 58.1 % der Befragten aus den ambulanten Hilfen sind mit dem Reformprozess (gar/eher) nicht zufrieden – im Vergleich dazu stimmen dem nur 40 % der Befragten aus den stationären Hilfen zu. Nur 12.2 % der Fachkräfte der ambulanten Dienste sind „eher“ zufrieden. Die meisten Professionellen aus den stationären Diensten sind mit der Reform teilweise zufrieden (38.9 %, im Vergleich ambulante Hilfen: 29.7 %), 20 % sind „eher“ zufrieden. „Sehr“ zufrieden ist nur eine Person, die in den stationären Diensten tätig ist.



Grafik 11: Gesamtzufriedenheit der Professionellen aus den ambulanten vs. den stationären Hilfen. Angaben in %

Befragte, deren Arbeit sich über Fortfaits finanziert, sind mit der Reform weniger zufrieden gegenüber den Kolleg/innen, deren Einrichtung über eine Konvention bzw. als staatliche Einrichtung finanziert wird. Am zufriedensten mit der Reform sind die Professionellen aus den staatlichen Einrichtungen:

	Gar nicht / eher zufrieden	Teilweise zufrieden	Eher / sehr zufrieden
Fachkräfte Fortfait-finanzierter Einrichtungen	54.8 %	26.0 %	19.2 %
Fachkräfte Convention-finanzierter Einrichtungen	46.8 %	36.7 %	16.5 %
Fachkräfte staatlicher Einrichtungen	28.5 %	52.4 %	19.1 %

Tabelle 18: Zufriedenheit mit der Reform nach Finanzierung der Arbeit

3. Außensichten: Perspektiven von Justiz und Schule auf die Reform

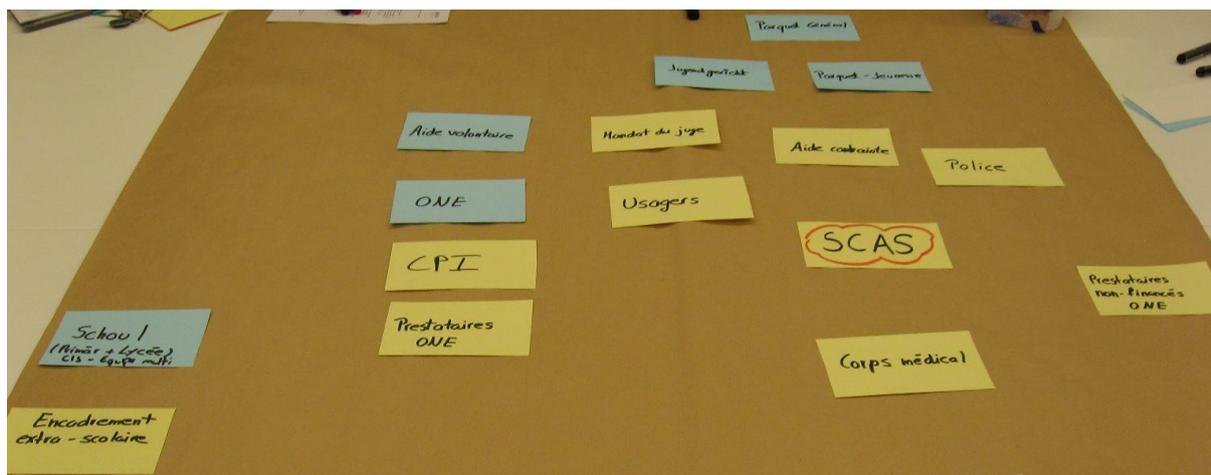
Im Folgenden werden die allgemeinen Perspektiven der vier Gruppen von Gesprächsteilnehmenden auf das Feld AEF dargestellt. Die darauffolgenden Kapitel beleuchten einzelne Aspekte entsprechend der thematischen Strukturierung des Berichtes.

Die befragten Jugendrichterinnen zeichnen ein übersichtliches, funktionales Gesamtbild des Feldes AEF – wie aus der Vogelperspektive. Die vormalige Alleinzuständigkeit des Jugendgerichtes wird verändert, denn mit der Gesetzesreform entsteht für das Jugendgericht mit dem ONE ein neuer Akteur, mit dem sie sich auseinandersetzen müssen. Für sie ist die Schnittstelle zum ONE recht klar. Während sie sich im Bild auf eine gleiche Ebene mit dem ONE und dem Parquet legen, verweisen sie im Gespräch auf die übergeordnete Position des Jugendgerichtes (als „Kapitän“). Sie beschreiben klar definierte Zuständigkeitsbereiche – z. B. in Fällen mit juristischem Urteil oder für die UNISEC, und verweisen auf die eindeutige Hierarchisierung der Entscheidungen und Zuständigkeiten, wie sie im Gesetz AEF verankert ist: „Weil das Gesetz ja sagt, dass das ONE nur (...) Impulse geben kann in judiciarisierten Fällen, wenn das Gericht damit einverstanden ist.“ Für das Jugendgericht sind neben den neuen Akteuren weiterhin „alle“ anderen Akteure (Prestataires) als Kooperationspartner relevant.



Grafik 12: Das Jugendgericht und das Feld AEF aus Sicht des Jugendgerichts

Für den SCAS stellt sich das Feld AEF ähnlich übersichtlich und hierarchisch dar. Sie betrachten es mit einem hohen Abstraktionsgrad, gehen jedoch in der Diskussion auf Details im Terrain und auf konkrete Fallbeispiele ein und zeichnen ein differenziertes und weit komplexeres Bild der Beziehungen. Das Gesamtbild präsentiert sich ihnen als „verschidden Systemer déi awer iergentwéi all bessen zesammenhenken, wou et eben och wichtig wier wann Kommunikatioun géif klappen“. Dabei unterscheiden sie zwischen „volontaire“ und „contrainte“, wobei sie feststellen, dass das ONE immer involviert ist.



Grafik 13: Der SCAS und das Feld AEF aus Sicht des SCAS

Die Grundidee AEF wird von beiden Akteuren der Justiz positiv gesehen bzw. nicht in Frage gestellt. Insgesamt wird die Reform für die Adressaten/innen als gelungen bewertet, es werden aber auch einige kritische Aspekte genannt (s. u.). Die Rolle des SCAS ist – in ihrer Selbstbeschreibung - mit den Veränderungen eindeutiger geworden (siehe Kapitel 4.1.3.) und umfasst nun auch die des Vermittlers zwischen ONE und Gericht bzw. Prestataires („Streitléiser an verschiedenen Situationsen, wou zwou Parteien netmi mateneen schwetzen, wou dann den SCAS wirklich den dretten ass“). Dies wird z. B. bedeutsam, wenn eine Finanzierung nicht bewilligt wird, dann können sie „bessen Drock maachen, dann geet et“.

Die Aussagen der Diskutanten der Grundschule kreisen mehr um die Reformen der Grundschule und deren Widersprüchlichkeiten, als um die AEF-Reform. Die Bildungsreform beschäftigt sie so stark, dass sie – so unsere Interpretation - im Gespräch über AEF in ihrer Beschreibung immer wieder in die Sicht auf ihre eigene Reform „abrutschen“ und ihre Perspektive auf AEF stark durch ihr Erleben der eigenen Reform geprägt wird. Nicht immer ist evident, welche Reform sie meinen.⁷³ Ihr Wissen über AEF wirkt wenig differenziert; sie beziehen sich insbesondere auf Kinder (und die dabei gemachten Erfahrungen), die auch Hilfen des AEF erhalten oder gerichtliche Auflagen haben. Das Feld AEF beschreiben sie (ähnlich wie die Vertreter/innen des SPOS, s.u.) aus einer Beziehungssicht. Die Professionellen sehen Schule als bedeutsame Konstante im Leben von Schüler/innen (gerade auch für diejenigen, die auf AEF-Hilfen angewiesen sind), als Ort der Zugehörigkeiten und des Umgangs mit Problemen: situativ, z. B. ein Kind ist nach einem Wochenende traurig oder bezogen auf längerfristigen Hilfebedarf, z. B. als Überbrückung bis zu einer stationären Unterbringung. Schule wird im alltäglichen Kontakt mit den Kindern als der verlässliche Partner gesehen, wenn sich alle anderen zurückziehen oder nicht konstant präsent sind. Schule stellt sich auf Herausforderungen bzgl. Hilfebedarf ein, stößt aber vor allem bei Diagnostik und Therapie an Grenzen und wird letztlich in ihrem Kerngeschäft „Lernen“ gestört. Es entstehen Überforderung und Versäumnisse, da es an interner Kommunikation, an einheitlichen Praxen und Schnittstellenarbeit mit der Kinder- und Familienhilfe und dem Jugendschutz mangelt. Trotzdem engagieren sich die meisten Lehrer/innen

⁷³ Hier ein Beispiel eines Zitats, das unsere Interpretation in dieser Hinsicht anleitet: „IPA: Aber die Kontrollmechanismen und die Implementierung des Gesetzes, da sind wir uns alle einig 2009 war eine Katastrophe (..), weil es nicht mit neunzehn Inspektoren und mit einer Hand voll IRS, dass man diese, - IBC: das ist nicht zu machen – IPA: doch noblem und wichtigen Ziele umsetzt.“ (GD3). Aussagen, die sich nach unserer Interpretation eindeutig auf die Schulreform beziehen, haben wir nicht aufgenommen, uneindeutige Aussagen schon.

3.1. Strukturelle Reform: Finanzierung und Akteure

Die Diskutant/innen äußerten sich zur neuen Finanzierung (als neues Thema, als Erschwernis) und zu den neuen Akteuren ONE (fachliche Ziele, bürokratische Umsetzung) und CPIs (Chancen zur Déjudiciarisation, wenig Präsenz).

3.1.1. Die neue Finanzierung

Die Richterinnen erleben die Umstellung der Finanzierung als größte Veränderung, die mit dem Gesetz und der Einrichtung des ONE für ihre Arbeit einhergeht. In ihrer Wahrnehmung spüren die Prestataires diese Neuerung deutlich, es gibt Unsicherheit und es wird viel über Geld gesprochen, auch mit ihnen. Sie müssen manchmal (v. a. zu Beginn der Reform) um die Finanzierung der von ihnen vorgeschlagenen Hilfen „kämpfen“, obwohl ihnen diese rechtlich zugesichert ist. Manche Hilfen werden nicht bezahlt, genannt werden v. a. Unterstützungsmaßnahmen im Ausland. Auch die Diskutanten der Schule erleben eine erschwerte und kompliziertere Finanzierung von Hilfen, ähnlich sieht der SPOS eine Veränderung dahingehend, dass durch das ONE eine zusätzliche Etappe zwischen Anordnung durch Gericht und finanzielle Bewilligung der Hilfen entstanden ist und dass nicht mehr alle Hilfen (wie angedacht) bewilligt oder alle notwendigen Tätigkeiten von Professionellen (z. B. Koordination) bezahlt werden.

„Also was wir ganz gut spüren, ist bei den Prestataires, die merken ja, dass sie nicht mehr, dass die Finanzierung anders ist und dass jetzt alles muss über das ONE laufen. Und das spüren wir auch“ (GD1)

„Es ist so eine gewisse Unsicherheit, wenn man anfragt, wenn Sie sich das vorstellen, "Ja aber was sagt das ONE denn dazu und wird das denn auch bezahlt?" Und wir müssen ja gucken, ob das budgetär auch aufgeht.“ (GD1)

„Dass guer net sou einfach, déi ganz Saach finanzéiert ze kréien, well den ONE deen io do mat dem Gesetz ganz staark verbonnen ass, och eng ganz schwiereg Verdeelung vun den Ressourcen huet. (...) daat geet un bei den CPIen die io dann fir die eenzel Familien zoustänneg sin, an déi herno rem déi eenzel Servicer och rem, die eenzel Servicer rem an aaner Organisationsen verdeelen, die dann rem Cent-Beträge heinsto müssen die Hellefen dann garantéieren (...) waat Saach zousätzlech wierklech erschwéiert“ (GD3)

„(...) was ich definitiv nicht gut finde, ist: Ich hab ein Kind, was trotzdem, dass es gar nicht krank war, monatelang in der Kinderklinik war und da habe ich dann Gott sei Dank eine Pflegefamilie für das Kind gefunden, aber die ist in Deutschland. Das ist nicht vorgesehen, dass das bezahlt wird. Und ich finde, man muss das vom Kind her schauen. Wenn wir ein luxemburgisches Kind haben, was vom luxemburgischen Richter irgendeine Maßnahme bekommt, dann muss Luxemburg das auch bezahlen. Aber das ist nicht vorgesehen und wird nicht bezahlt.“ (GD1)

„Wir haben jetzt einen Träger, einen Prestataire in Deutschland, der nimmt keine Luxemburger mehr, weil eine Rechnung nicht ganz bezahlt ist. Und da geht es nicht um sehr viel Geld, aber das ist dann so ein Prinzip.“ (GD1)

„Mee dat ass awer virun allem och bedéngt duerch de finanzielle Volet. Well wann dee judiciaire Beräich eng Ufro huet, da muss en iwwert den ONE fueren, fir déi Mesuren, déi en eigentlech virdrun esou ugefrot huet finanzéiert ze kréien. Dat heescht, déi Etappe wier net onbedéngt dran, wann et net ëm de Finanzement géif goen“ (GD4)

3.1.2. Das Office Nationale de l'Enfance

Die Gesprächspartner/innen sehen positive fachliche Ziele der Reform und eine bürokratische, administrative Umsetzung. Das ONE ist für Manche, aber noch nicht für Alle ein hilfreicher Partner: Für Schule und Familien beispielsweise ist es kaum existent, noch unbekannt, weit weg und diffus. Seine Rolle als Geldgeber überwiegt die des (fachlichen) Promotors freiwilliger Hilfen. In der Kommunikation mit dem ONE erleben die Diskutanten Intransparenz, Uneinheitlichkeit und bürokratische Hürden. Die neuen Formulare scheinen komplex und unübersichtlich, die Dokumentationspflichten werden als wenig hilfreich erlebt.

Rollen und Funktionen – Widersprüche

Mit dem ONE ist ein starker Akteur entstanden, dessen Machtbasis die Finanzierung ist (,es gibt fast keine Fälle mehr ohne ONE')⁷⁴. Die Organisation wird v. a. in ihrer Rolle als „Schatzmeister“ mit einer Budgetlogik und administrativen Prozeduren wahrgenommen – diese Aufgabe konkurriert mit der „sehr positiven“ und weniger ausgefüllten Rolle als Fachbehörde und Promotor freiwilliger Hilfen. Dies zeigt sich an einem wahrgenommenen Vorrang von finanziellen gegenüber fachlichen Entscheidungen. Damit widerspricht das derzeitige „Wesen“ des ONE der ursprünglichen Idee, diese Rolleneinheit wird als strukturelles Problem und „unglückliche“ Konstruktion durch den Gesetzgeber erlebt.

„Ja wo aber auch die gerichtliche, nicht nur die Kinder- und Jugendhilfe, sondern auch den Jugendschutz. Und daher gibt es eigentlich keine oder fast keine Gerichtsakte mehr, wo das ONE nicht irgendwas damit zu tun hat, weil das ONE der Schatzmeister ist.“ (GD1)

„IPB: Ech fannen et geseit am Moment ferme aus, dass et em Finanzen geet. IPF: Spuerpolitik. IPB: Spuerpolitik. IPC: io dat war vun unfank un esou. IPA: spueren esou wéi d'assurance dépendance. Mir hun een Gespräch an esou vill Minuten, kascht esou vill.“ (GD2)⁷⁵

Das ONE verfolgt eine „Spuerpolitik“, sein Ziel ist ein finanzielles – „dass et nach méi belleg get“: So ist das Adoptionsprojekt aus finanziellen Erwägungen heraus formuliert worden: „daat war reng nemmen finanziell, do war keen Interêt vum Kand, absolut net.“ (GD2)

Die bürokratischen Arbeiten des ONE könnten letztlich auch „Informatiker“ oder „Redacteurs“ machen („die kennen daat och antippen“): „Et ass keen Office nationale de l'enfance, also am Senn vun enger Famill, wou en kann mat der ganzer Famill hingoen.“ (GD2)

Durch diese Politik wird aus dem ONE ein „Finanzgeber vun denen die ennendrenner Fachkompetenzen hun, fir ze hellefen“, „awer keen Expert en matière“, keine Fachbehörde“. Damit wären sie „bessen lanscht Ziel geschoss“, könnten „eng Sparte sin zum fiduciaire finance“ und sich „Administration de la gestion des finances en matière politique familiale“ nennen. (GD2)

Das ONE ist eine administrative Behörde, eine Art „Krankekeess“, die Hilfen bewilligt und dabei spart. (GD4)

74 „(...) das ONE hat keine Befugnis, die Rechtfertigung unserer Maßnahmen zu kontrollieren. (...) oder anzweifeln, das steht nirgends, das ist keine Befugnis vom ONE. Und man kann sich dem Gefühl manchmal nicht erwehren, dass es eben das doch macht über die Finanzierung.“ (GD1)

75 IP: Interviewperson. I = Interviewerin. Unterbrechungen und paralleles Reden werden hier wegen Lesbarkeit nicht dargestellt, sondern die Zitate nebeneinander aufgeführt.

Fehlende Kundenorientierung und inhaltsleere Dokumentationspflichten

Als problematisch sehen einige Gesprächspartner/innen die fehlende Transparenz des ONE, seine „bürokratische“ und wenig kundenorientierten Vorgehensweise und seine uneinheitliche Kommunikation. Die komplizierten Demande schaffen „Barrieren“, das ONE versteht sich nicht als Dienstleister für Familien: Sie können dort nicht einfach anrufen und orientiert werden. Die Akteure der Grundschule erleben das ONE als weit weg. Für die Diskutanten des SPOS werden die Dokumentationspflichten und der Weg der Demanden über das ONE (statt wie früher direkten über die Prestataires) als eine ‚administrativ Formalitéit‘ erlebt, die für die Fachkräfte, die Familie oder die Entwicklung von Hilfestrukturen inhaltlich wenig unterstützend ist. Insbesondere wird kritisiert:

- Die Formulare sind für sie wenig durchsichtig (zumal sie häufig verändert wurden), es fehlen notwendige Formulare (Hilfen für eine Familie, die noch keine Pflegefamilie ist, aber ein Kind aufnimmt). Als realitätsfremd wird empfunden, dass die Namen der Eltern in den Demanden keinen Platz haben und dass die Formulare auf ein Kind fokussiert sind, auch wenn z. B. fünf Kinder involviert sind. Dies führt zu Irritationen in der Familie und zu „Stigmatisierung vum ONE (...) vum Kand“.
- Der Austausch mit dem ONE hängt von einzelnen Mitarbeitenden ab, sie sind manchmal hilfreich, manchmal nicht. Häufig fehlen Rückmeldungen über die Bewilligung von Demanden und den Beginn von Hilfen. Die fehlende Transparenz sorgt für Misstrauen und wenig konstruktive Zusammenarbeit („op deen aneren klappen‘, sich „an d’Hoer kréien“).
- Unverständlich ist, dass das ONE nichts mit den vielen über Berichte gesammelten Informationen macht („eine fantastische Quelle“). So haben sie gar den Eindruck, dass die Berichte nicht einmal gelesen werden. Das Schreiben wird für sie sinnlos.

„Et ass och bei hinnen keng Linn“: Du kanns een um Telefon hun, deen sech immens méi gett, deen dir immens hëlleft (...) an du kanns awer och een hun deen dech an zwee Wieder offerdegt an seet sou, pfff tschüss.“ (GD2)

„Ech sëtzen heiansdo zéng Minutten do ze iwwerleeën, ass et éischer den FG, ech weess net wivill, oder éischer den F, wat weess wat, an dann sinn selwer net sécher. An déi Leit, déi mussen esou vill ausfüllen anstatt den Telefon an de Grapp ze huelen an ze erklären, wat hire Problem ass. Et ass einfach, et ass e risege Waasserkapp“ (GD4)

Die Dokumentation ist eine „Necessitéit déi fir mech kee richtege Sënn ergëtt“ (GD4)

„Io io wans du elo engkéier vun der Schoul aus geduercht sou eng kartographesch Erwartungsanalyse misst maachen, an du häss hei en decken decken fetten Strich vun der Schoul bei den ONE häss all drei Kilometer, all drei Kilometer häss du en klengen Streichelchen oder guer néicht. Daat ass guer net existent.“ (GD3)
Die ‚ungesunden‘ Dokumentationspflichten, die erforderten ‚kilometerlangen Berichte‘ erschweren die Arbeit und nehmen zunehmend viel Zeit in Anspruch, die dann bei der Arbeit mit dem Kind „um Terrain“ fehlt (G4).

„Jo, mee dat ass awer keng win-win Situatioun. Dat mécht awer absolut kee Sënn. Da kanns de jo e bësse kritzelen. Also do sinn awer Tatsaachen heinsdo emol wann s de nogefrot hues. Déi hunn där Froe gestallt wou s de der gesot hues „Deen huet näischt geliess, Sorry“. Wéi kann deen dir do déi aner Säit déi Froen. En huet awer Decisiounen geholl. Also dat fannen ech awer net gesond. Dat verstinn ech och net.“ (GD4)

3.1.3. Die Coordinateurs de Projet d'Intervention

Mit dem neuen Akteur CPI entstehen Chancen der Déjudiciarisation, das Profil des SCAS hat sich durch ihn geschärft. Die Gesprächspartner/innen aus dem Bereich Schule erleben wenig präsenste CPIs und wenig ausgefüllte Rollen der Koordination und Schnittstellengestaltung.

CPIs und der Jugendschutz: Rollenklärung und Chancen der Déjudiciarisation

Für die Befragten aus der Justiz ist mit den CPIs ein bedeutsamer neuer Akteur der Koordinierung von Hilfen und Begleiter von Familien (die sie „mat der Hand huelen“) entstanden. Die Koordinatoren befinden sich „zwischen ONE und Prestataire“ und erfüllen ähnliche Funktionen wie der SCAS. Da es keine zwei Koordinatoren braucht, wurde eine Neujustierung der Praxen notwendig, was zunächst schwierig war (so gab es am Anfang Situationen, „dass wann den SCAS dran war, huet keen CPI dierfen dran goen“). Der ‚Sektor musste sich erst finden‘ (inzwischen ist die „dritte Generation CPIs“ da und man weiß, mit wem man es zu tun hat‘). Heute haben sich gangbare informelle Praxen der Abstimmung, des fachlichen und des Informationsaustauschs herausgebildet:

- Ist ein CPI im Fall involviert, so ist dies ein wichtiger Informationsträger und Partner, um Entscheidungen (Hilfen) umzusetzen.
- Der SCAS kennt inzwischen einige CPIs und kann so auch vorschlagen, welcher CPI passenderweise mit einer Familie zusammenarbeitet.
- Bei judiciarisierten Fällen muss das Gericht der Einsetzung eines CPIs zustimmen, dann kann das ONE einen CPI benennen. Wurde das ONE zuerst (vom Prestataire) angefragt, erkundigt sich das ONE beim Gericht, ob das abgeklärt wurde.

Verallgemeinerbare Richtlinien der Schnittstellengestaltung gibt es nicht – das wird bedauert. Es wird weiterer Bedarf an Rollenklärung der CPIs im Verhältnis zu SCAS und Gericht benannt. Als weitere Rollenaufteilungen wäre denkbar, dass es eine ambulante Hilfe mit Auflagen gibt, in denen ein CPI und nicht der SCAS eingesetzt wird („Aber das ist noch nicht so in unserer Gewohnheit.“). Unklar ist noch, ob ein CPI Bedingungen kontrollieren kann/will und inwieweit das Jugendgericht befugt ist, Weisungen wie beim SCAS zu geben.

Die Diskutanten des SCAS spüren im Gesamtsystem der Hilfen durch die neuen Services CPI deutliche positive Veränderungen, die neben einer Arbeitsentlastung (sie können jetzt ein Dossier mal ‚sechs Monate liegen lassen‘) eine veränderte, eindeutige Rolle des SCAS zur Folge haben⁷⁶. Im Spannungsfeld von „volontaire“ vs. „contrainte“/„aide“ befindet sich der SCAS nun mehr auf der Seite von „contrainte“ („ech sin méi an menger Plaatz esou“).

- Eine Entlastung durch einen CPI entsteht u. a. durch seinen besseren „Iwwerbléck“, seine Nähe zum ONE und damit zu den Finanzen; Demanden können über ihn laufen. Die Entlastung durch einen CPI ist jedoch nicht selbstverständlich, da viele nach einer Zeit nur zu 15 % beauftragt werden.
- Der SCAS arbeitet heute weniger nahe am Terrain und schaltet sich ein, wenn freiwillige Hilfen an ihre Grenzen stoßen (Verhandlung der „roten Linie“, s. u.).

⁷⁶ Insgesamt bleibt aber die Allzuständigkeit des SCAS, da der Dienst – im Gegensatz zu den CPIs - keine Fälle wegen Arbeitsüberlastung ablehnen können.

- Im Zusammenspiel der beiden Akteure können „Spillereien“ eine Bewilligung von Hilfen ermöglichen: z. B. ein CPI bittet den SCAS, das ONE anzuschreiben, oder der SCAS setzt sich für den 100 %-igen Einsatz eines CPIs ein („do muss en just heinsto kämpfen, daat sie dürfen honnert Prozent schaffen“).

„Das ist eigentlich fast gleichzusetzen mit denen vom SCAS, also die machen da eigentlich eine ganz ähnliche Arbeit.“ (GD1)

„Daat heescht elo reckelen mir dann en bessen no hannen, waat io och an der Rei ass, waat awer och, waat ech esou spieren bei den Usagers nach, mir sin wierklech den SCAS.“(GD4)

CPIs und die Schule: unausgefüllte Koordinationsrollen

Die Diskutanten aus der Grundschule und dem SPOS erleben die im Feld AEF als zentral konzipierten Schnittstellengestalter CPIs als grundsätzlich bedeutsam, in der Praxis in ihrer Koordinationsrolle aber wenig präsent, wenig einheitlich und wenig unabhängig. Die CPIs sind für sie oft weit weg, es besteht wenig Kontakt oder nur, wenn sie ihn selbst initiieren. Sie erzählen von Beispielen, die verdeutlichen sollen, wie gering der Kontakt ist (z. B.: In drei Jahren Tätigkeit wurden nur zwei CPIs „in Aktion“ gesehen, ohne dass es zu einem näheren Austausch kam“). Der neue Akteur wird v. a. dann wahrgenommen, wenn sich durch sein Wirken die Wartezeiten bei der Fallbearbeitung verlängern, also in Zusammenhang mit einer Erschwernis. Wenn ein CPI in einem Fall dabei ist, wird darin kein Mehrwert gesehen – es wird nicht kommuniziert und Arbeit doppelt gemacht. Dabei sehen die Diskutanten einen hohen Koordinationsbedarf, damit das Kind ganzheitliche Hilfen bekommt und nicht ‚ein nicht zusammengesetztes Puzzle‘ bleibt. Bei Bedarf versuchen bspw. die Vertreter/innen des SPOS Koordinationslücken selbst zu schließen. Als ein Grund für die ausbleibende Koordinationsarbeit durch die CPIs wird die fehlende Bezahlung derselben vermutet – ein Hinweis darauf, dass das Reformprojekt nicht richtig ‚durchdacht‘ ist und auf Kosten der Professionellen ausgetragen wird (CPIs als „Independant am soziale Secteur“).

„ (...) die sind mal da, manchmal sie sind nicht da die CPIs. Sie nehmen Kontakt auf, sie nehmen auch nicht Kontakt auf, sie machen, wie sie es möchten, ich frage dann manchmal, bekomme eine Antwort oder ich bekomme keine.“ (GD3)

„IPB: Mir sinn do net mat abezunn. (...) - IPE: CPI... Zweek, dräi (zählt). Dräimol bis elo. Hat ech Kontakt mat CPI.“ (GD2)

„IPE: (...) An iergendwann eng Kéier hunn ech geduecht, mir müssen eis zesumentreffen. Et klappt guer näischt ebei eis. D'Kand geet ënner, d'Mamm geet ënner. An ech hunn dann op mech geholl, fir eng Reunion de Coordination ze organisieren. Mat den - entretemps war de Kand och stationär opgeholl - och duerch vill Drock vun eiser Säit aus. Dat heescht, et war d'Pédopsychiaterin derbäi, et war déi Madame, déi Schoul gëtt an der Pédopsychiatrie, ech war do, d'Regente war do, d'Assistante psycho en famille, an CPI. An do soen ech mer: Do ass och keng kloer Tâcheerklärung, wat mécht e CPI? Ass et säi Roll oder net? Fir d'Koordinatioun. Fir

„Dat mécht en Ënnerscheid ob s de d' Croix Rouge hues, La Cordée hues oder ACPI hues“. (GD4)

Da sie nicht unabhängig von Dienstleistern sind besteht die Gefahr, dass sich „eppes zugespillt“ wird. (GD4)

„Bis heute ist noch nie jemand etwas nachfragen gekommen, die CPI, sowieso, ich hatte nur einmal einen Fall gehabt, wo ein CPI auf einmal aufgetaucht ist, aus dem Nebel, keine Ahnung wo der herkam (...). Ein Fall von einem Kind in der Orientationsphase für in die Sekundarschule und er hatte eine Psychologin mit, die einen Bilan

d'Koordinatioun(...) wann esou vill Akteuren dra sinn. Kann ech, gesinn ech net an, datt Koordinatioun dräi Telefonen all Woch ass. Do muss een sech iergendwann eng Kéier, no sechs oder aacht Woche muss ee sech zesummesetzen. (...) Awer face à face (...) Jiddereen schafft a senger Spezialitéit, mee dee globalen Kand, eng global Vue vum Kand gëtt net gekuckt. D'Kand ass jo net nëmme psychiatresch. D'Kand ass emotionnel, d'Kand ass schoulesch, d'Kand ass familiär, d'Kand huet méi Facetten. An dat muss zesummebruecht ginn. IPE: Jo, wann d'Kand e Puzzle wier. Et wier wéi wann ee géif vergiessen, d'Puzzlestécker zesummen ze maachen.“ (GD3)

Psycho-, Psychometrique, Psychosociale gemacht hatte, den wir aber schon längst gemacht hatten (lacht). Wo ich dem CPI mal mitgeteilt, ach sie sind ein CPI, das wusste, die Eltern haben mir das nie gesagt, dass da ein CPI genannt worden ist. Die konnten das auch nicht, ganz schwache Familie. Kann ich gar keinen Vorwurf machen, wir hatten schon längst, der Test war schon alles gemacht. Es war eigentlich die letzte, die letzte Versammlung mit den Eltern um das noch in trockene Tücher zu machen. Auf einmal waren die da.“ (GD3)

3.2. Strukturen von Hilfen

Die Gesprächspartner/innen thematisieren als Aspekte von Strukturen von Hilfen administrative Hürden beim Zugang, benennen Lücken im Hilfesystem und beklagen die weiterhin langen Wartezeiten auf Heimplätze. Sie diskutieren den Ausbau ambulanter Hilfen und damit einhergehende Diversifizierung des Sektors.

3.2.1. Zugang zu (individualisierten) Hilfen vs. administrative Hürden

Die Gesprächspartner/innen erleben einen veränderten und damit teilweise noch nicht vertrauten Sektor. Für die einen hat sich der Zugang (insbesondere zu ambulanten) Hilfsangeboten erleichtert, die anderen erleben einen administrativ erschwerten Zugang. Es werden budgetäre Erwägungen bei der Bewilligung von Hilfen vermutet. Wegen fehlenden individualisierten Hilfsangeboten fallen manche junge Menschen durch das Netz an Hilfen; Kinder und Jugendliche werden einerseits „geparkt“ (im Centre Hospitalier de Luxembourg, im Centre socio-éducatif de l'État) oder ins Ausland geschickt („letzter Strohhalm“). Bei anderen zeigt sich die wenig individuelle Herangehensweise darin, dass sie „übertherapiert (werden) bis hinter die Ohren“, bis sie „keine Lust“ mehr haben. Durch die Hilfen nach „Schema X“ fehlen ganzheitliche Bearbeitungen von Problemen. Die Diskutanten beklagen

- kurze Laufzeiten von Unterstützungsmaßnahmen und deshalb weniger Planungssicherheit im Vergleich zur Assistance Educative
- lange Wartezeiten auf Heimplätze (intransparente Warteliste) oder auf Unterbringung bei einer Pflegefamilie
- dass notwendige Hilfen nicht bewilligt werden (Beispiel: nur „klassischen Accueil“ statt ‚therapeutischen Suivi‘)
- das Ausbleiben ganzheitlicher Hilfen (Beispiel traumatisiertes Kind: „si kruten den AG14 genehmegt an da gëtt Mathe gemaach a soss näischt“)
- Finanzkürzungen bei der Begleitung von Pflege in der famille proche, dabei wäre gerade dort bei innerfamiliären Konflikten eine Unterstützung notwendig.

„Ich glaube das ist so ein bisschen auch, was man zusammenfassend vielleicht auch sagen kann, also es ist ganz viel passiert im Sektor, es ist viel dazu gekommen, aber ist aber auch administrativ enorm erschwert worden, dieses ganze Formulare und Projekte schreiben. Vorher ist die Hilfe geleistet worden und das wurde nicht kiloweise geschrieben.“ (JG)

Es gibt ‚vill méi laange Prozeduren‘ hin zu Hilfen (GD4)

„Ah, sollen wir das überhaupt anfragen, weil das ist so schwierig das anzufagen‘ - verliert man die Lust unterwegs.“ (GD1)

„Du kriss mol net matgedeelt, ok en ass elo puer Plaatzen op der Lescht nofir gerutscht oder esou, an wann mir awer selwer sichen, dann kréien mir awer meeschtens bannend vun denen sechs Méint Kanner ennerdaach. (...) do bougéiert sechs Méint laang néicht.“ (GD2)

„Wéi gesot, an do ginn einfach esou vill Schüler verluer. Ech hunn der elo dräi Stéck, déi am Fong missten dohinner goen. Et si keng Plazen do, et ginn och esou bal keng Plazen do. Bei deem engen Meedche waarde mer elo, hoffe mer, datt et endlech erëm réckfällleg gëtt an den Drogen, well da komme si vläicht erëm a Fro. Et ass elo säit Februar clean, t'ass net gutt, duerfir kënne si et och net ophuelen. Et feelt awer 100 Stonnen elo schonn am éischten Trimester. Et kënnt och d'Hallschent vun der Zäit net an d'Schoul, d'Police war elo schonn zwee, dräimol do. Um Stage esou guer. An esou weider an esou fort. Dat sinn Situatiounen, wou déi do Akteuren einfach ze wéineg Moyenen hunn. Bon, CHL ass elo net onbedéngt fir eis, dat ass bis 12 Joer. Mee déi aner zwee, do ass einfach een absolute Manktum. Mir soen, d'Kand kritt dat wat et brauch. Mir hunn net dat wat d'Kand brauch. Well einfach ze wéineg psychiatresch therapeutesch Plazen hei am Land sinn.“ (GD4)

„Kierchbiereg an dat ass den CHNP, dee läit och nach iergendwou. CHNP och nach. Do ass einfach fir mech e enormen Konfliktstoff do, well einfach déi do ass permanent esou voll, datt am Fong, well dat ass jo d'Psychiatrie juvénile nationale. Dat heescht, mir mussen iwwert déi fueren. Esou guer wann do eng Plaz ass, krut ech elo déi leschte Woch um Telefon gesot: "Et deet mer leed, ech kann iech elo net ophuelen". Dee Schüler läit scho säit wéivill Woche virun der Dir. Et war mäi Schüler, et ass däi Schüler, en ass erausgeflunn, dann ass et kengem säi Schüler méi. An ass een Trimester schonn. E war am Uelzechlycée och sech melle komm. Do war awer net de Soudirekter do, deen den den Accord ginn hat. Mee den Direkter war do. An do ass en erëm heemgeschéckt ginn. An elo sëtzt de Schüler schonn zanter engem Trimester an der Strooss. (...) 14 Joer, schoulpflichteg an et mécht kee méi eppes am Moment. Esou dohannen, deen Deel mécht och näischt, well se keng Plaz hei kréien. Dat heescht, de Judiciare mécht näischt méi, deen do Deel mécht méi, d'Schoule maachen näischt méi, well en ass iwwerall erausgeflunn. De Ministère ass och elo déi lescht Woch informéiert ginn.“ (GD4)

„Ech fannen halt och den Accès fir Informatiounen (...) den ass schwéier.“ „Datt heescht mir sollten sou eng Brochure froen oder waat, dass mir mol all die Prestatairen hun“ (GD2)

3.2.2. Ausbau (ambulanter) Hilfen vs. Löcher im Hilfesystem

Die Diskutanten nehmen Veränderungen im Sektor wahr. Für die einen präsentiert er sich neuerdings als gebündelter, zentralisierter, mit mehr (ambulanten) und leichter zugänglichen Hilfsangeboten. Neu entwickelte ambulante Dienste und Umstrukturierungen der Träger werden von den Akteur/innen der Justiz als nützlich erlebt, z. B. um bei Wartezeiten während einer Enquête sociale des SCAS freiwillige Hilfen zu installieren. Die anderen erleben durch die Diversifizierung eine un bersichtlichere Helfelandschaft, in der sie sich nicht mehr gut auskennen, ihnen fehlen gebündelte Informationen über Dienstleister. Nach wie vor gibt es Lücken im Hilfesystem, u. a. aufgrund von Zuständigkeitsgrenzen (wer zahlt?) und Professionsverständnissen (wer ist wofür zuständig?). Es fehlen Hilfsangebote für Kinder/Jugendliche mit komplexem Hilfebedarf, für junge Menschen mit Behinderungen und für Säuglinge; Problemfälle werden ins Ausland verlagert. Es fehlen individuelle, wohnortnahe Hilfsangebote, v. a. im Norden, in der Pédopsychiatrie und der Psychiatrie (z. B. für Suizidgefährdete), in den Heimen und im ambulanten Bereich (z. B. ein „Dagesspidol“). Der neue Dienst Families First wird als positives Gegenbeispiel erwähnt. Vom ONE wird erwartet, dass sie eine Art Hilfeplanung betreiben („daat ass bekannt, an awer get net reagiert“).

„Die Träger haben sich sehr präzise eigentlich umstrukturiert, um jeden Bereich irgendwie abzudecken“ (GD1)

„IPE: also et sin Saachen d i sech vereinfacht hun, so mer et sin och m i Servicer do, sou assistance en famille. Do sin wierklech vill Servicer bei komm, (...) daat geet och elo vill m i schnell. Also meeschtens ass awer sou, so mir sp itstens an engem Mount oder zwee M int war awer een dranner. IPA: daat war sos net. IPE: an der Zeit wans du emol eppes hues, dann hun Waardenleschten komplett zougemaach hun, oder war drei M int, sechs M int. An daat war wierklech, an do hun mir dann och all Eenzelen missen uruffen (...) IPC: mess du eng Demande. IPE: een eng Preference huet kann en nach emmer mam Service kuken, mee sos mescht en eng Demande an dann klappt daat awer. IPA: daat klappt gud.“ (GD2)

Der ‚im sozialen Bereich so wichtige Faktor informeller Kontakt‘ wird schwächer: „wann dee pers inleche Kontakt gutt geet, dann ass d’Aarbecht vill m i einfach, vill m i geschmeideg“. (GD4)

Weil das ONE sich für manche Bereich (z. B. Schule) nicht zuständig sieht, entsteht zwischen Gemeinden und dem ONE ein „Ping Pong“: „(...) den ONE seet „mir finanzéieren alles waat waat Gemeng kinnst iwerhuelen, finanzéieren mir net m i. Alles wat Schoul ass, daat ass io och, alles waat Schoulpsychologue ass, domader hun mir néicht ze din. Daat heescht sie grenzen sech emmer m i oof (...).“ (GD2)

Lücken im Hilfesystem entstehen durch wahrgenommene Grenzen im Professionsverständnis: z. B. therapeutische Hilfen, deren Akteure eine Umsetzung ihres Ansatzes in der Schule erwarten: „do sin eis Limiten daat kennen mer elo wierklech, net m i brengen, well mir io och en aaneren, en komplett aaneren Optrag hun, mir hun io keen therapeutischen Optrag“, oder weil bspw. eine Sozialpädagogin aus der EMP (Equipe multiprofessionel) ihren Auftrag nicht darin sieht, das Kind direkt in der Schule zu begleiten: „ich habe nichts mit Schule zu tun“. (GD3)

3.3. Déjudiciarisation und Prävention

Die Erwartungen an die Déjudiciarisation (ONE macht Jugendgericht „Hälfte der Schränke“ leer) haben sich nur teilweise erfüllt; Fälle, in denen der SCAS eingeschaltet wird, haben kaum abgenommen. Potentiale für eine Déjudiciarisation bieten die CPIs. Dass die Erwartungen sich nur teilweise erfüllt haben, hat laut Jugendrichterinnen und SCAS verschiedene Gründe:

- die Besonderheit des Klientels des Jugendgerichtes – Familien die nicht mitarbeiten oder auch willige Eltern mit devianten/delinquenten Kindern (hier braucht es Zwang)
- das Streben nach Konstanz in der Beziehung mit den Hilfeempfängern (wenn SCAS Referenzperson für Familie geworden ist, nicht durch einen CPI austauschen)
- es kann hilfreich sein, etwas in ein Urteil zu verankern
- das freiwillige System greift v. a. bei ganz neuen Fällen
- die Finanzierung von Hilfen wird durch ein Gerichtsurteil abgesichert (s. u.)
- Vor allem die Akteure an der Basis melden nach wie vor Fälle oft direkt an den SCAS bzw. das Jugendgericht. Es braucht Zeit, um alte Routinen der Professionellen (Fall beim Gericht melden) durch neue (sich direkt ans ONE wenden) zu ersetzen (s. u.).

AEF hat laut Diskutanten teilweise zu einem verbesserten Zugang zu (freiwilligen) Hilfen geführt, aber auch zu Verschlechterungen: Kurzfristige Hilfen für Familien in Form einer Aide familiale werden heute nicht mehr leicht genehmigt. Insgesamt bleibt die Prävention auf der Strecke.

„IPE: Neen, mee ech hat d'ONE ugeruff fir ze froen, firwat dat refusiert ginn ass. Well ech hunn dat net richtig verstan. A fir dat engt, do krut ech gesot, dat kann mech mech gutt erënneren, ouni den Dossier derbäi ze hunn, datt am Fong net duer giff goen, datt d'Mamm am Fong mam Menage iwwerfuert ass. Eng Aide familial géif eventuell kënne kommen, fir him ze erklären, wéi eng Wäsch mécht, wéi ee säi Menage organiséiert. Dat konnt déi Madame awer, dat war net de Problem. Oder si misst Schwiergkeeten hunn an der Educatioun mat hire Kanner. Dat heescht, si war nach net wäit genuch, fir kënnen vun der Hëllef ze beneficiéieren. IPB: Da muss de nach e bësse waarden, bis datt d'Situatioun méi schlecht gëtt. IPE: genau. IPA: genau. IPB: Preventioun maache mer keng. IPC: Et gëtt à la lettre. IPE: Dat huet mech schockéiert. IPC: Et gëtt ëmmer esou à la lettre applizéiert. Et gëtt net an enger Situatioun e bësse preventiv. Dat fannen ech e bësse schued. Et ass absolut null. T'gëtt no engem Schema gefuer. Och wann Hëllef ugebueden. T'ass e Schema deen applizéiert gëtt. Also, d'Iddi ass net schlecht mee d'Ëmsetzung ass einfach, Schema X, esou vill mol. Da muss de Problem geléist sinn. Mee mir hunn awer mat Mënschen ze dinn (...)" (GD4)

3.3.1. Falleingang und Fallverantwortung – Verhandlung der roten Linie

Mit der Gesetzesreform sind für die Jugendrichterinnen und SCAS interessante Potentiale für eine Déjudiciarisation entstanden (Spielräume an der „roten Linie“⁷⁷, Reorientierungen am Falleingang).

Sie ergeben sich aus dem Zusammenspiel von CPIs und SCAS, ONE und Jugendgericht:

Fallverantwortung kann (auf Zeit) delegiert bzw. geteilt werden, der SCAS kann sich in seiner neuen Rolle als „Buhmann“ einschalten, wenn freiwillige Hilfen an ihre Grenzen stoßen, Fälle können auf einen freiwilligen Hilfefad zum ONE reorientiert werden. Auf Seiten der Akteure an der Basis führt

⁷⁷ These: Mit dem Gesetz AEF und der Schaffung der Akteure ONE und CPIs sind neue Spielräume bei der Verhandlung der „roten Linie“ (Peters & Jäger: 14, Abb. 5) zwischen dem System sozialer Hilfen und dem System judiciarisierter Hilfen entstanden. Die Aussagen der Richterinnen und des SCAS unterstreichen diese Einschätzung.

laut Einschätzung des SCAS eine uneindeutige oder abgelehnte Fallverantwortung dazu, dass Fälle an das Justizsystem gemeldet werden, bedingt durch:

- mangelnde Abstimmung („Kuddelmuddel“, „keng Richtlinien“) zwischen und innerhalb Schule (inkl. Assistante Sociale, Inspektor, Equipe Multidisciplinaire), Maison Relais und Diensten
- fehlendes Engagment der Akteure und Verantwortungsdelegation nach oben
- Absicherung durch die Justiz.

Der SCAS wünscht sich eine stärkere Déjudiciarisation in dem Sinne, dass mehr Dossiers direkt über das ONE und die CPIs bearbeitet und der SCAS bzw. das Jugendgericht nur in den Fällen angefragt werden, in denen eine rein freiwillige Hilfe an ihre Grenzen stößt. Die Vertreter/innen des SPOS problematisieren in diesem Zusammenhang das Verständnis freiwilliger Hilfe das nicht bedeuten kann, freiwillige Hilfen einzustellen, sobald die Familie sie nicht mehr möchte. Stattdessen sollte diese Situation als professionelle Herausforderung gesehen werden („och een e bëssen zu sengem Gléck zwéngen“, „Fräiwëllegkeet ass zevill verlaangt vu ville Familjjen“).

„IPA: Ja es kann aber auch sein, dass wir eine Enquête Social fragen, und dann sagen wir: "die arbeiten aber mit, dann lassen wir das ONE mal machen. (...). IPD: Mir ist auch schon vorgekommen, dass ich schon im Signalement gelesen habe, die wollen alle Hilfe, die sind alle einverstanden und dann habe ich das - ich habe nicht den Brief weitergeleitet, aber ich habe an das ONE geschrieben: „Da gibt es diese Familie XY, die wohnen da und da, bitte schauen Sie nach denen, die wollen Hilfe", um denen die Chance zu geben, dass es nur über die freiwillige Schiene läuft.“ (GD1)

Das Wirken eines CPIs ist „eng grouß Hëllef“ für die Richterinnen, die durch den Einbezug dieser Professionellen und ihrer regelmäßigen Berichte „eng kleng Secherheet“ gewinnen: „daat ass en Professionellen, wann en mierkt, dass en Problem ass, dann gif den daat rem direkt mellen“. (GD2)

Bei einem „Signalement“ gibt es Möglichkeiten der Reorientierung: Es ist eine schriftliche Kontaktaufnahme mit den Richterinnen und führt zur Öffnung einer Akte und zur Einleitung einer Enquête Sociale. Dies muss nicht zur Judifizierung führen, wie häufig angenommen („Signalement = Kind platziert“), sondern ein Signalement ist Anlass, aktiv zu werden und zu prüfen, ob es Kindeswohlgefährdung gibt. Hierzu werden SCAS und Polizei einbezogen. Das Jugendgericht kann das ONE kontaktieren und die Familie hin zu freiwilligen Hilfen orientieren. (GD1)

Es gibt Fälle („net en masse“), wo die Justiz ein „main levé“ ausspricht, das eine Assistance Éducative aussetzt, wenn ein CPI benannt wurde. So kann auch ein Übergang „vun dem forcéierten op an guer keng Hëllef“ gestaltet werden. (GD2)

Der SCAS zieht sich verstärkt auf seine Rolle als „Buhmann“ zurück, der den Familien Grenzen setzt und auch mal „mat der Fauscht op den Desch“ schlägt, wenn freiwillige Hilfen an ihre Grenzen stoßen.

„Fir mech ass daat awer kloer, wann sie netmei weider kommen, dann schalten ech an. Ech gin mech net an hinnen hier Saachen meschen, sou laang sie weider kommen, sin ech op denen Bilansgespréicher, awer wann et wierklech do netmi weider geet, io dann sin ech dann den bëssen SCAS an d’Elteren die gesin daat heinsto dann och wierklech esou. Well manner die Hellef do ass vun eiser Seit, net daat Händchenhalten.“ (GD2)

3.3.2. Rolle des ONE vs. Rolle des Jugendgerichts – Zugang zu Hilfen

Heute agieren das Jugendgericht und das ONE innerhalb zweier ineinandergreifender normativen Rahmungen des Schutzes (Protection de la Jeunesse) und der Hilfe (Aide à l'Enfance); dabei sind die Grenzen fließend, wobei das ONE mehr für Hilfe und das Jugendgericht mehr für Schutz zuständig ist. Das gesamte Feld beschreiben die Jugendrichterinnen als „vase communicant“; „man braucht sich gegenseitig, damit das System funktioniert“:

- Um zu wissen, ob ein Fall judiciarisiert ist, tauschen sich die beiden Akteure per E-Mail aus.
- Da das ONE die Finanzen verwaltet, erleben sich die Jugendrichterinnen mehr vom ONE abhängig als sie das ONE von ihnen abhängig sehen. („Also von uns gegenüber von ihnen. Aber umgedreht glaube ich ist keine Abhängig- nicht wirklich Abhängigkeit.“)
- Mitarbeitende vom ONE fragen beim Jugendgericht an, wenn sie nicht mehr weiterkommen: („IPA: Es kommen auch mal Anfragen in die Richtung, dass wir dann gebeten werden etwas zu unternehmen, weil die nicht mehr ja vorankommen. IPC: Vom ONE, ja das wir das von ihnen bekommen ist aber auch eher rar.“)

Gründe, warum sich das Verhältnis zwischen judiciarisierten und freiwilligen Hilfen nicht stärker zugunsten letzterer verändert, sind laut Diskutanten neben den o. g. Aspekten schwierige Zugänge zu Hilfen und fehlende Konzentration auf präventive Interventionen. Seit der Reform gibt es verschiedene Wege Hilfen anzufragen, wobei dem ONE und dem Jugendgericht unterschiedliche Rollen zugeschrieben werden. Die Wege über das ONE sind noch wenig bekannt, sie gelten als bürokratisch und unsicher (budgetär motivierte Ablehnung von Demanden), die Wege über das Jugendgericht sind bekannt, sie gelten als unkompliziert und schnell. Die neue Komplexität und noch vorhandene Undurchsichtigkeit des neuen Systems, die damit einhergehende Unsicherheit der Professionellen, führen dazu, dass die Familien und Kinder zwischen dem ONE und der Justiz „schwiewen“, dass Zeit verloren geht (freiwilligen Demanden können bis zu einem Jahr dauern), Probleme sich verschärfen und dann judiciarisiert werden. Alternativ werden Fälle judiciarisiert, damit Hilfen sicher bezahlt oder schneller installiert werden können; d. h. Judifizierung wird genutzt, um Hilfen abzusichern. So gibt es weiterhin ungeklärte Zuständigkeiten bzgl. der Finanzierung Individualpädagogischer Hilfen im Ausland und der Unterbringung von Kindern in ausländischen Pflegefamilien. Die Fälle werden dann ggf. judiciarisiert, d. h. das Jugendgericht unterstützt mit seiner Macht die fachliche Einschätzung von anderen Professionellen gegenüber dem ONE.

„IPB: Doduercher, dass eben verschiden Saachen net esou - IPA: kloer sin. IPB: - kloer sin, dauert et mei lang Zeit bis den Usager dovuner profitéiren kann, daat heescht mir verléiren Zeit an der aide à l'enfance, leit vléit dorop zereck, ze judiciariséiren, well et dann méi séier geet. IPC: Sie sin ganz bürokraatesch. IPB: Oder den Usagers kritt guer net Hellef, well den ONE net eiser Meenung ass, dass déi Hellef elo die mir proposéiren néideg ass. IPC: Well sie et net wellen finanzéieren. IPB: Net wellen finanzéieren, genau. IPE: Io, an verschiden Problemer doduerch och selbstverständlech- IPF: vill méi Ausmooßen huelen.“ (GD2)

„IPB: Mir proposéiren eppes als Konditioun, well mir et sos net vum ONE kréien. IPE: Io io. IPA: An daat ass dann wou et zweschent eis an dem ONE net emmer ganz kloer as. IPB: - klappt. IPB: Tjo, an den Usager, den henkt dotechent.“ (GD2)

„Vor dem ONE wäre das dann einfach angefragt worden und ich denke dann wäre das auch bezahlt worden.“ (GD1)

„Dass amfong dass en hätt kennen Placement fréiwelleg maachen, d'Elteren domader

„Wobei ich mir sage, ja gut, wenn jemand mit den Eltern arbeitet, das muss halt sein, das hilft

anverstaanen waren. Mee do sou éiweg laang gedauert hat, dass mir den Familien proposéiert hun, awer iwer een Gericht platzéieren ze looßen, fir dass en eng Platz krit. An ech fannen daat d'ärft et amfong net sin. Daat ass io géint die ganz Idee vum Gesetz.“ (GD2)

„IPC: Ech hat do en Pap, den war allengerzéihend, Mam huet sech ewech gemaach, an den Herr huet schon moies um sechs Auer ugefaangen mat schaffen um Bau, an heen huet missen seng Kanner ne, heen konnt die Kanner net, viola, d'aide familialen sin all moies komm, fir die Kanner ze erweschen an dann ant Schoul ze féieren. IPA: an daat wollt den ONE net bezuelen. IPC: an daat ass dann eng Zeitchen sou gaangen, an beemol kruuten sie ken APC, an dun hun sie mir ugeruff, mir kennen net méi-, mir gin elo seit drei Wochen netméi ant Famill, „ah bon“, an dun sin mer geruff gin, dun hun mir daat an daat war eng gaanz Affaire. Et ass dun schlussendlech awer nach accordéiert gin, bis dass mir eng aner Léisung fonnt hun. Heen huet mam Argument, sie wären keen Babysitterservice.“(GD2)

dem Kind aber nicht mit anderen Problemen. Ich denke jetzt da an Fälle, wo es wirklich fast zum Streit gekommen ist, weil ich gesagt habe, ich hätte jetzt gerne, dass jemand mit den Eltern Arbeit macht und dass das Kind eine Arbeit macht. Wo dann mir geantwortet wurde: „Nein, wir haben das angefragt beim ONE, die wollen das nicht bezahlen, denn das Budget, das dieses Kind in Anspruch nehmen kann, ist auch verbraucht.“ Und dann kommt es so halt zu einem Gerangel. (...) dann kommt es dazu, dass ich das dann zum Beispiel muss in die Sitzung nehmen, damit ich wirklich ein Urteil schreibe, wo das drinsteht, dass das jetzt so angeordnet wird und dann denk ich hat das ONE nicht mehr allzu viel die Wahl, ob es das jetzt finanziert oder nicht. Aber dass das dann soweit kommen muss.“ (GD1)

„(...) ich kann acht Fälle mit in die Sitzung nehmen und wenn dieser Fall eigentlich gut läuft, dann gibt es eigentlich keinen Grund den in die Sitzung, dann könnte ich was anderes in die Verhandlung nehmen, weil es gibt genügend, die warten auch einen Termin, um endlich ein Urteil zu kriegen.“ (GD1)

3.3.3. Neue und alte Routinen der Professionellen

Bei den Akteuren im Terrain gab es laut Einschätzung der Jugendrichterinnen anfängliche Unsicherheiten, wann sie sich an das ONE und wann an das Jugendgericht wenden sollten. So hieß es am Anfang z. B., dass das Gericht schneller sei oder dass man sich immer zuerst beim ONE melden müsse. Vor der Gesetzesreform AEF war das Gericht *die* Anlaufstelle, auch für komplett freiwillige Hilfen. Es braucht nun „eine Generation, ehe man das weg hat“. Dieses notwendige ‚Auslaufen‘ in den Köpfen hat das ONE unterschätzt, die Reflexe der Demandeurs führen noch immer zum Jugendgericht. Ähnlich konstatiert der SCAS, dass es für die Professionellen im Terrain ungleich leichter ist, sich an die Justiz zu wenden im Vergleich dazu, eine Demande an das noch unbekannte und als intransparent wahrgenommene ONE zu stellen. Bekannten Routinen führen nach wie vor zum SCAS bzw. zum Jugendgericht. Hier fügen sich die Aussagen des SPOS ein, die bedauern, dass der persönliche Kontakt gerade zu den neuen Akteuren fehlt, wohingegen es mehr „Routine iwwert d'Joren“ z. B. mit Vertretern des SCAS gibt; die Zusammenarbeit ist „vill méi agefuer“.⁷⁸

Eine andere Form der Routine wird in einem Beispiel der Diskutanten aus dem Bereich Grundschule deutlich, in dem das Parquet als mächtiger Akteur eine Anweisung ins Terrain gegeben hat („daat ass ewei mam Fallschirm rankomm“, „oder mit der Untertasse“).

⁷⁸ Ein Beispiel zeigt, dass aber auch mit dem SCAS die Kommunikation je nach zuständiger Person unterschiedlich verläuft.)

„IPE: mee ech denken mir, fir fir, elo soen ech mool, iergenteen en Schoulmeeschter, eng Léierin, die an der Schoul ass seit zwanzeg Joer, déi wosst hei elo hun ech en schwieregt Kand, wou wierklech guer néicht geet doheem, do maachen ech en klengen Bréif un den SCAS, an, oder un d' Geriicht, an dann get eng Enquête gemaach, dass einfach, sie wessen seit zwanzeg Joer wéi daat geet. Beim ONE sie wessen net ween et ass - IPA: et ass net transparent. IPE: - sie gin op den Internetsite FG 1; FH 2, 3, 7, 5 (...) IPE: Un déi denken se io net, daat daat, du mierks de, io me dofiir dass einfach, daat ass mir elo ze komplizéiert, ech schreiwen einfach elo meng zeng Zeilen unt Geriicht an dann ass et gud. IPA: Voila, mam ONE mat deenen Formulairen, daat ass net einfach. IPE: Dass immens schwéier, souguer ech wees net heinsto mool net“ (GD2)

Beispiel eines Falls, in dem das Parquet einschritt: Es gab „einen kurzen Moment“ einen Verdacht auf Missbrauch, Professionelle versuchten dies „im Netzwerk zu lösen“. Es kam jedoch zu einer Einschaltung der Polizei und des Parquets, die Fachkräfte wurden verhört – der Fall hängt heute noch über ihnen wie ein „Damoklesschwert“: „(...) mir [Schoulpräsidenten an den zoustännegen Inspektoren] haaten ganz hefteg Diskussionen, ett war Fréijoer 2014, wou mer d'entrevue mam Parquet haaten. Wou mer kloer gebrieded goufen, sou an sou ass et an net anechters, well sos sidd der am Feeler. (...) parquet de la jeunesse, an do ass ganz kloer gesoot gin, bei abus sexuel natiirlech, an dann bei korporelle, also Gewalt, an bei extremer wiederhuelter Vernolässegung, waat dann ze maachen ass. An mat Undrohung vun beim net maachen (...) fautiv ze sin, stroofbar ze sin.“ (GD3)

3.4. Partizipation und das Projet d'Intervention

Partizipation von Bénéficiaires als wesentliches Reformziel war in den Gruppendiskussionen kein Thema. Das Projet d'Intervention und die Réunion de Concertation wurden gar nicht, nur wenig oder nur auf Nachfrage besprochen. Der Bedarf an Koordination und einer gemeinsamen fachlichen Einschätzung (s. u.) wurde jedoch ausführlich mit folgenden Aspekten diskutiert:

- Das ONE bzw. die CPIs sind arbeitsteilig zuständig für ein PI: Die CPIs machen eine fachliche Planung (PI), das ONE entscheidet finanziell.
- Das PI ist eines von vielen professionellen Produkten (Diskutant/innen der Grundschule notieren auf eine Karte die Abkürzungen „PI, PPCI, PIF, PEI, PPPS“⁷⁹), Teil der neuen Administration und des Systems ‚da oben‘ (sie legen die Karte mit den notierten Abkürzungen auf einen später entstehenden Stapel mit Parquet, ONE, CPI, SCAS).
- Die professionellen Produkte (wie das PI) sind Schutzschilde der Fachkräfte, die sich hinter ihnen „verstecken“. Diese Produkte tragen dazu bei, aus dem Kind „Stückwerk“ zu machen, die Professionellen nehmen sie letztlich auch nicht mehr ernst.
- Das PI steht für das, was Professionelle an der Basis vor der Reform selbst gemacht haben, heute ist es Aufgabe der CPIs. Das PI wird in Zusammenhang mit der fachlichen Einschätzung (Wer ist zuständig? Wer wird einbezogen?) und einer wahrgenommenen Deprofessionalisierung im Terrain diskutiert (s. u.). Die Professionellen an der Basis werden nicht in den Prozess der Hilfeplanerstellung einbezogen, die CPIs erfüllen nicht ihre angedachte Koordinationsrolle.

„IPA: Nein, nein, nein. Also den Begriff – IPC: kenne ich schon, aber wo geht der hin, wo soll das denn hingehen dann, ass do eng Prozedur festgehalten, wer das kriegen soll?“ (GD3)

79 PPCI: Plan de prise en charge individuel (élèves à besoins spécifiques), PIF: Plan individuel de formation (élèves nouvellement arrivés au pays), PEI: Plan éducative individualisé. Es bleibt unklar, ob mit PPPS Passage Primaire Post-Primaire gemeint ist. Später nennen sie noch die Enquête Sociale – die hätten sie vergessen, da sie nicht mit P anfängt.

„Dat war jo een vun den Haaptargumenter, wéi den ONE geschafe ginn ass. Well gesot ginn ass, de Judiciaire huet zevill Dossieren, huet net genuch Zäit, kann net genuch déi Suivien am Kader vun der Assistance intégrative maachen. Komm mir schafen eppes, wat net judiciaire ass, wat vill méi informell as. Wat manner, wéi soll ech soen, administrativ ass. Wou et da méi séier ee Projet d'intervention ka gemaach ginn. An da muss à la base, wéi s du sees, mat deene Leit um Terrain de Projet gemaach ginn. Déi, déi de Schüler kennen.“ (GD4)

„De Problem ass jo och, wann s du sees ech hunn et virdrun selwer gemaach, da woust de, déi an déi Demarche si gemaach. Déi wësse mir haut net méi, wat gemaach ass um Terrain. Mir ginn et net gewuer, well weder een Coordinateur vum Projet d'intervention, nach eventuell de Service, deen se executéiert, d'Projeten, si sinn ëmmer am Kontakt mat eis. (...) Dat heescht, de Feedback ass vill méi kleng (...) Ech hunn Psy jeunes geruff, ech hunn e Rendez-vous beim Dokter mat de Kanner ausgemaach. Haut weess ech net, gëtt dat alles gemaach, gëtt et net gemaach? Waren se bei Jugend- an Drogenhëllef? War de Sreening positiv? All déi Informatiounen kritt een net méi.“ (GD4)

„Ech hunn dee Rapport nach net gelies. Mir haten dat jo gëschter geschéckt kritt, nach eng Kéier ausgedeelt kritt. De Processus de Coordinateur de Projet d'intervention. Do misst dra stoen, datt d'office - ech hunn et nach net gelies nach, ech muss et awer nach eng Kéier liesen - datt d'office e Kontakt mat der Schoul muss opgeholl ginn. Ob dat elo Primaire ass, Spillschoul, Secondaire. Schéngt mer evident.“ (GD4)

„IPE: ech hätt awer och nach e wichtege Punkt. Datt de Fait, datt gesot gëtt oder am Gesetz esou guer vläicht dra steet, datt ee kann entweder ee CPI ufroen oder selwer ee Projet erareeche mat enger extra spezifesch Hëllef fir eng Famill. Datt dat och eng Kéier ganz konkret um Terrain soll entweder geännert ginn oder ëmgesat ginn. Dat heescht, wann ech als Professionnell, als Persoun, déi studéiert huet, mat enger Famill méintelaang schaffen a zesummen, dat mir zesummen eng Léisung fannen an dat ufroen, datt dat och en compte geholl gëtt. IPB: Datt et awer equivalent zu deem ass, wat de CPI géif als Projet maachen? IPE: Genau, genau. Oder wann et net soll sinn, dann soll dat och kloer gesot ginn. Da wësse mer dat, ne.“ (GD4)

3.5. Kooperation und Koordination

Insbesondere die Gesprächspartner/innen der Grundschule und des SPOS gehen ausführlich auf Anforderungen an die Kooperation und Koordination ein und nennen diesbezüglich Lücken und Bedarfe. Notwendige Kommunikation zwischen den professionellen Akteuren, um einen Fall gemeinsam zu verfolgen, bleibt aus. In den Diskussionen wird die Bedeutung von Professionsverständnissen und der Konstruktion und Gestaltung von Schnittstellen zur gemeinsamen fachlichen Einschätzung und Abstimmung deutlich. Betont wird auch, dass die Kooperation innerhalb von Institutionen bzw. Feldern nicht immer gewährleistet ist⁸⁰. Hoher Koordinationsbedarf und Lücken in der Abstimmung haben für Kinder Konsequenzen:

- Das Kind wird durch das neue System noch mehr Stückwerk, da nun noch mehr verschiedene Professionen mit unterschiedlichen Verständnissen und ‚Skripten‘ mit dem Kind arbeiten. Fehlende Koordination führt dazu, dass das Kind zu einem nicht zusammengesetzten „Puzzle“ wird.
- Der hohe Koordinationsaufwand führt zu langen Wartezeiten für Kind und Familie.

80 Dabei räumen sie ein, dass auch der Informationsaustausch zwischen Schulen, in der „Passage Fondamental - Secondaire“ zu Wünschen übrig lässt und verbessert werden könnte – trotz der Notwendigkeit des secrets professionnels.

- Die Bearbeitung eines Falls auf unterschiedlichen Ebenen mit den jeweiligen Prozeduren (z. B. bei Parquet, SCAS, CPI) führt dazu, dass der Fallverlauf wenig nachvollziehbar ist, es ggf. gar keine Rückmeldung über den Verlauf gibt und die Familie ‚durcheinander‘ ist.
- Die fehlende Koordination im Hilfesystem reproduziert für die Kinder die Erfahrung fehlender Koordination in der Familie („grad déi Kanner, déi mer suivéieren, brauchen jo awer wierklech eng kloer Linn“) (s. o.). Ein System, indem Verantwortungsdiffusion herrscht, lebt den Kindern das Falsche vor und wird seiner Vorbildfunktion nicht gerecht – dies hat auch gesellschaftliche Auswirkungen.
- Die Komplexität der Fälle verlangt, dass viele Akteure ‚an einen Tisch‘ müssen, um verschiedene Sichtweisen auf den Fall zusammenzubringen– wobei Konflikte entstehen können, die sich auf die Familie und das Kind auswirken.

„Ja zum Beispiel die CIS, das Inspektorat und (...) die haben alle ihren eigenen also Skript (...) ihr Objektgegenstand nach dem sie hinlaufen, das ist Koordination. Do gett probéiert den Skript dann iergentwéi unzeegleichen. Meeschens nemmen iwert Zeitfaktor, mir fannen iwerhaapt mol eng Zeit wou mer eis kennen zesummen setzen.“

„IPC: (...) wie ist einfach so der suivie, also so was, was ist wenn so ein Fall war und dann gibt es eigentlich eine neue Absprache und dann scheinen die verschiedenen Akteuren nicht mehr mit einander darüber zu diskutieren oder zu sprechen. Hat es denn jetzt ein Effekt, gab es eine Veränderung, eine Optimierung in dem ganzen Prozess, also das ist, das was mich immer wieder erstaunt, das ist einfach so - IPA: genau so. IPC: een Constat. IPB: genau sou ass ett. IPC: Net mei an net manner, an mech erstaunt ett op Grond vun Fäll an Feeler déi an der Vergangenheit gelaaf sin, an daat ass een Steck waat vun enger Kuerzsichtegkeet die fir mech do einfach nachengkéier weist, an daat fannen ech einfach grave, allkéiers wenn ich dann aber rem opt Kanner, Kanner awer och die aner Akteuren eigent sou kucken, well et weist sech bei eis vill.“

3.5.1. Professionalisierung und Fachlichkeit

Junge Menschen mit Hilfebedarf haben Probleme, die kohärent, gemeinsam und effizient bearbeitet werden müssen. Aus diesem Grund betonen die Diskutanten des SPOS und der Grundschule, wie wichtig eine Zusammenarbeit mit ihnen als Partner der Kinder und Jugendlichen im Alltag ist. Diese Sicht steht in ihrem Erleben im Gegensatz zu anderen Professionellen, deren Kooperation sie brauchen⁸¹ und die aus ihrem Professionsverständnis heraus andere Grenzen ihrer Zuständigkeit setzen und Schule (Lernen) nicht als ihr Handlungsfeld sehen – mit Auswirkungen auf die Umsetzung von Hilfen im Alltag. In diesem Zusammenhang problematisieren sie Koordination als Begriff: er beinhaltet, dass sich verschiedene Institutionen mit verschiedenen Referenzrahmen, Skripten und Werkzeugen koordinieren. Neben den Professionsverständnissen wirken auf die Akteure unterschiedliche, teils widersprechende, normativen Rahmungen. Schule und wichtige Akteure, die bezogen auf Kinder intervenieren (z. B. ONE, Parquet, CHL, Kannerhaus) agieren mit ihrem jeweils eigenen „modus operandi“, mit ihrer eigener Logik und je spezifischen gesetzlichen Rahmungen („Schulgesetz“, „EDIFF-Gesetz“, AEF, ...). Dies kann zu Unverständnis anderen Professionellen gegenüber führen (z. B. ist der traditionelle, enge Rahmen der Schule anderen nicht immer verständlich) oder auch zu „Loyalitätsproblemen“ und Überforderung durch verschiedene Gesetze (die Schule v. a. die Equipe Multiprofessionelle, hat „zwee Chefen“: das Schulgesetz und das EDIFF-Gesetz).

⁸¹ Beispiel: Fachliche Ressourcen fehlen in der Schule, um die Inklusion von Kindern mit Lernschwierigkeiten umzusetzen.

„(...) ich werde durch diese ganzen verschiedenen Partner, durch diese verschiedenen Gesetze, durch diese verschiedene Arbeitsprofessionen, Identitätsbilder und und und werde ich aber ständig in diese Situation gestellt, wo ich dann auch für mich dann ehrlich sein muss, vis à vis von den anderen, wo ich sage, ech kann elo net méi. Ech wees et och elo net méi.“ (GD3)

3.5.2. Fallverantwortung und fachliche Einschätzung

Für die Jugendrichterinnen sind die fachlichen Einschätzungen der Fachkräfte der Prestataires Grundlage für Fallentscheidungen – sie selbst und das ONE basieren letztlich ihre Entscheidungen auf die Einschätzungen der gleichen Professionellen im Terrain. So sehen die Diskutanten des SCAS den fachlichen und Informationsaustausch zwischen den Agents de probation und den Prestataires als weitgehend „flott“. Auch die Fachkräfte des SPOS finden: Hilfen sollten auf der Ausarbeitung von Pls beruhen, die von „deene Leit um Terrain“ gemacht wurden „déi de Schüler kennen“. Die Realität ist in ihrer Wahrnehmung aber eine andere, da die Kompetenzen der Akteure nicht als gleichwertig mit denen der CPIs angesehen werden. (s. u. – Entmachtung und Deprofessionalisierung des Koordinators SPOS). Weiterhin führt das neue Finanzierungsmodell laut Einschätzungen des SCAS dazu, dass auch Prestataires eher budgetär statt fachlich denken.

„(...) Mee déi vum placement familiale huet dun gesoot „hei ech huelen daat opt Stonnen vun dem aaneren, ech muss dann kucken, dass wann ech do dann manner kommen, dann kann ech awer vläit nach mat den Groußelteren zusätzlecht Gespréich mat dem zweeten maachen“, wou ech mir gesot hun „hei sin mir wierklech esou weit“, waat io awer an mengen Aan en Noutfall war, dass déi do net kann, oder muss iwerleen wéi sie do intervenéiert well se nach keng Stonnen huet (unv.).“ (GD2)

Entmachtung und Deprofessionalisierung des Koordinators SPOS

Der SPOS sieht sich als wichtiger Ansprechpartner und Koordinator von Kindern mit Hilfebedarf; durch ihr Arbeitsfeld Schule sind sie nah an den jungen Menschen, ihren Familien und dem Schulpersonal. Durch die Veränderungen, die mit der AEF-Reform einhergingen, fühlen sie sich als zentraler „Service de premier ligne“ abgehängt und in ihrer Professionalität und Bedeutung für die Kinder herabgestuft („Jo, mee ok, da kënne mer ophalen“). Dabei leiden sie insbesondere unter mangelnder Transparenz und Kommunikation mit den AEF-Akteuren ONE und den Services CPI, aber auch mit den Prestataires AEF und aus dem Feld der Santé. Das löst bei ihnen Unverständnis, Frustration und Gefühle der Kränkung aus. Sie sehen sich in einer stark hierarchischen, untergeordneten, Beziehung zum ONE in einer „Zwouklassengesellschaft“ ohne Zusammenarbeit, was dem Geist des AEF widerspricht. Eine ähnliche ‚Entmündigung‘ von Professionellen mit „Diplom“ und „Formatioun“ erleben sie auch bei anderen Fachkräften, die Projekte ausarbeiten und Hilfen leisten. Heute müssten sie für ihre „professionnel Akten“ beim ONE um „Erlaabnis“ bitten. Die (potentielle) Koordinationsrolle der SPOSen sehen sie als fachlich gleichwertig der Arbeit eines CPI, der Stellenwert wird aber nicht anerkannt. Dabei könnten die SPOSen ein wichtiges Bindeglied zum ONE sein; dieses „Scharnéier“ „quitscht“ aber.

Wegen fehlender Koordination tappt der SPOS im Dunkeln und kann das Kind nicht mehr angemessen begleiten. So arbeiten die Professionellen bspw. intensiv mit Kindern und ihren Familien zur Vorbereitung von Hilfen, bekommen diese dann aber nicht, oder nicht so wie gemeinsam mit der Familie geplant, bewilligt. Da sie die Gründe dafür nicht kennen und somit auch nicht

weiterkommunizieren können, führt das zu einem Vertrauensverlust in der Arbeitsbeziehung mit der Familie („An dann ass d'Famill duercherneen, mir sinn duercherneen“).

„Du bass jo als SPOS schon ee groussen Deel vum Alldag vum Schüler vu dass de an der Schoul bass an de Schüler déi gréissten Zäit vu sengem Liewen an der Schoul verbréngt“ (GD4)

„Mir sinn déi eenzel Stell, wou d'Kand ëmmer kann eng Hëllef kréien“ (GD4)

„Also, mir sinn oft déi éischt Ulafstell. Wou ee Problem signaléiert gëtt. Ier et op ee SCAS oder soss iergendwou kënnt. Oder op en ONE kënnt“ (GD4)

„Dat ass eebe fir e mech e grousse Kompetenz, e bësse Gerangel, wou einfach scho bal virausgesat gëtt, datt deen eenzeg, deen de Projet kann opstellen, den ONE mam Coordinateur de projet d'intervention ass. An déi aner Leit, déi um Terrain och schaffen, ob dat elo Ligue ass ob dat d'Office-socialë sinn. Datt déi scho quasi net méi amstand sinn, wat si ëmmer, all déi Jore gemaach hunn (...) ee Projet d'intervention op d'Been ze setzen. An dat fannen ech schued, well et si trotzdem erfueren, immens vill erfuerer Leit och um Terrain, an den Office-sociauxen, déi während Joren déi Koordinatioun gemaach hunn an elo gëtt dann am Fong déi Leit vum Terrain bal net méi als mündeg geholl, mee elo muss de Coordinateur dee Projet opsetzen. Soss gëtt e net méi genehmegt vum ONE.“ (GD4)

„Du méchs eng Aschätzung vun enger Situatioun a wann s de Chance hues, gëtt déi dann vun deem, deen iwwert der steet, obwuel en net iwwert der steet, unerkant, da kriss de dat wat s de wëlls. Wann deen awer enger anerer Meenung ass, dann has de Pech, deng Analyse ass näischt wäert, an et gëllt just d'Analyse vun der Persoun, déi dann iwwert d'Demande entscheet. An dat kann et jo och iergendwéi net sinn, well dat heescht jo wierklech, datten déi Leit, déi um Terrain sinn, net amstand sinn eng Entscheidung ze treffen an e Projet opzustellen mat enger Famill zesummen. Mee dann ass et besser, mir schécken se direkt dohinner an mir loossen et sinn, well da mussen d'Leit fir d'éischt bei eis. Da maachen mer do zou, well da kommen d'Leit fir d'éischt eis a si erklären alles.“ (GD4)

Fachliche Abstimmungen, Grundlagen und budgetäre Erwägungen

Zwischen Jugendgericht, ONE, Ministerium, Parquet gab es früher zweimonatige, heute halbjährliche Treffen, in denen ein fachlicher, übergeordneter (nicht fallbezogener) Austausch stattfindet. Die Sichtweisen sind auf dieser Ebene laut Jugendrichterinnen „nicht so uneins, normalerweise. Aber im einzelnen Fall da merkt man dann aber irgendwo wieder, dass es dann klemmt.“ Um solche Differenzen zu klären, gibt es keinen verallgemeinerbaren Prozess der (fachlichen) Abstimmung; er ist von Fall zu Fall unterschiedlich und sein Gelingen ist von der Flexibilität einzelner ONE-Mitarbeitenden abhängig. Ansonsten gibt es kaum Austausch bzw. Feedback auf fachlicher Basis („Ja, wir wissen nicht, was das ONE von unseren fachlichen Kompetenzen hält“). Da das ONE fachliche Einschätzungen auch nicht selbst leistet, kann es diese in vielen Fällen auch nicht bewerten. Dabei bemerken die Vertreterinnen der Justiz, dass auch die CPIs und das ONE nicht immer einer Meinung sind und das ONE auch deren Anfragen nicht immer bewilligt. So bleibt es auch den Fachkräften des SCAS unklar, auf welcher Grundlage das ONE ihren fachlichen Einschätzungen widerspricht und Hilfen nicht wie angefragt bewilligt. Sie erhalten keine inhaltliche Rückmeldung, sondern nur ein „Ja, Nein“. Bei Ablehnung von Anträgen werden rein budgetäre Erwägungen vermutet („et geet just drems hieren Budget ze kierzen“), gleiches nimmt der SPOS an.⁸² Auch das Jugendgericht konstatiert,

⁸² Ein genannter Einzelfall des SCAS spricht für eine andere Entscheidungsgrundlage als Sparpolitik, da dort gegen die fachliche Argumentation des SCAS eine Lösung vertreten wird, obwohl sie teurer ist (es wird eine weitere Platzierung der Familienrückführung vorgezogen, da die bisherigen Erfahrungen mit der Familie schlecht waren).

dass das ONE weniger nach einer fachlichen, als nach einer Budget- bzw. Geldsparlogik argumentiert. Um die fachliche Sicht von Professionellen gegenüber dem ONE zu stärken, nutzt das Jugendgericht seine Machtmittel: „meinen berühmten Stempel“ oder, wenn das nicht reicht, ein Gerichtsurteil.

„I: Würde Sie es denn (...) sinnvoll ansehen, sich da mal zu fachlichen Einschätzungen zu Situationen von Kindern vielleicht auszutauschen (...)? IPA: Also ich glaube, das was ja niemand wollte, das ist ja das doppelt gearbeitet wird. Ich frage mich aber, ob man damit das nicht machen würde. Weil um das einschätzen zu können, muss ja jeder das ganz verfolgt haben. Sonst kann er ja nicht zu dieser fachlichen Einschätzung kommen.“(GD1)

„IPC: Ja, weil unsere- diese Platzierung, da gibt es ja immer Gutachten oder so, das ist ja dann, was von Professionellen vorgeschlagen wird. Ich glaube das ONE funktioniert auf der Ebene auch nicht anders (...) um das dann zu genehmigen (...). Dass das dann finanziell- I: Würden Sie sagen, basieren unsere Einschätzen auch auf andere Professionelle oder auf Informationen, die andere auch zusammengetragen haben? IPC: Ja, glaube ich auch beim ONE, also - IPD: Und ich glaube diese Professionellen sind irgendwo immer die gleichen.“(GD1)

3.5.3. Konstruktion und Gestaltung von Schnittstellen

Die SPOSen verbanden mit dem Gesetz AEF große Hoffnung für die Familien in Bezug auf die Koordination von Hilfen in Zusammenarbeit mit den Professionellen im Terrain. Diese wurden enttäuscht: Eine Richtlinie der Zusammenarbeit der verschiedenen professionellen Intervenants einer Familie ist nicht zu erkennen. Die Kommunikation und Koordination mit dem ONE und den Services sehen sie als unzureichend, die Zusammenarbeit mit den Diensten früher wurde intensiver erlebt („wou s de fréier, dat war normal, tack, tack, tack“), heute sei sie „vill, vill manner“. So ‚manifestéiren‘ sich Prestataires, die mit Kindern arbeiten, z. B. auch nach sechs Monaten nicht bei ihnen. Die Vertreter/innen des SPOS bedauern, nicht über die Projekte für die Hilfeempfänger informiert zu werden, folglich können sie sie nicht unterstützen. Über Beendigung von freiwilligen Hilfen werden sie ebenso wenig informiert, ihre Einschätzung wird nicht erfragt. Auch die Diskutanten der Grundschule betonen ihre Angewiesenheit auf Partner, die Schnittstellen als Auftrag zur Gestaltung von Kooperation verstehen. Diese sind jedoch wenig präsent (ONE, CPI, Parquet) oder ohne ausreichende Ressourcen (Inspektoren). Als wichtige Akteure und Orte werden die Inspektoren, Assistantes Sociales der Gemeinden und die CIS genannt.⁸³

In der Diskussion wird weiterhin deutlich, dass eine Schnittstelle zwischen Kinder- und Jugendpsychiatrie und AEF (neu) gestaltet werden muss – früher gab es mehr einen „fließenden Iwwergang“. So ist für den SPOS die Pédopsychiatrie eine Black Box, sie fragen sich:

- Wer hat darauf ein Auge, was mit den Kindern dort geschieht?
- Wie wird der Übergang von Psychiatrie zurück in den Alltag (Schule, Heim ...) vorbereitet und gestaltet, wie eine Entlassung vorbereitet?
- An wen werden Informationen weitergegeben?

⁸³ Am ausgiebigsten wurde die Rolle des Inspektors und der CIS diskutiert, wobei die Inspektoren („Instrument aus dem 19. Jahrhundert“) als (potentielle) Schnittstellengestalter als ressourcen- und machtlos und letztlich überfordert beschrieben werden. In Bezug auf die CIS wird von schulinternen Konflikten zwischen der CIS und der EDIFF gesprochen. Letztlich hätte die CIS nur eine „Alibifunktion“, wobei sie zu Verbesserungen für die Diagnostik geführt habe. Die Rolle der Equipes Multidisciplinaire als Ort der Schnittstellengestaltung wurde weniger thematisiert. Als eine weitere Schnittstellengestalterin wird die Assistante Sociale genannt – auf ihre Funktion wird nicht weiter eingegangen.

- Was macht die Psychiatrie, wenn sie an ihre Grenzen stößt – wie wird weitere Hilfe mobilisiert, z. B. indem das ONE eingeschaltet oder ein Signalement gemacht wird?

Um diese Schnittstelle zu gestalten, fordern sie eine aktive Rolle des ONE, der CPIs und dem ORK, in Form von „Recherche“, „Iwwerwaachung“ und Suivi.

„Wat ass mat him geschafft him oder ass iwwerhaupt mat him geschafft ginn? Oder firwat ass en elo do? Dann ass och effektiv heiansdo. (...) Do misst, mengen ech, de Role vum ONE méi kloer ginn, dass se och do e bëssen eng méi Vue op eis Kanner kréien. Wat geschitt an eise Psychiatrien? Wéi sinn d'Suivien? Wéi ass de Suivi postpsychiatrie virun allem? Wien hält déi nach en charge? Déi ginn eraus an dann ass et fäerdeg vun engem Dag op deen aneren. An da geschitt näischt méi. Do ass keng prise en charge méi no där Jugendpsychiatrie. An dat kann heiansdo relativ séier goen.“ (GD4)

„Well am Fong war et jo esou ugeduecht, well mer, wat d'Hoffnung ugeet, well mer am Fong ëmmer erëm festgestallt hunn a Familljen, datt schonn esou vill Servicer dra waren. Dat heescht, d'Familljen sinn och e bësse kräiz a quir gelaf. Vun deem engen kruten se gesot: "Géi dohinner". Vun dem anere kruten se gesot, "Géi dohinner". An herno has de Schüler do sëtzen, dee war schonn bei fënnef verschiddenen Servicer mat an deem Sënn kengem Resultat, well en awer nach ëmmer gewëss Schwieregkeeten hat. Et war jo ugeduecht, datt wann en déi Koordinatioun vun deenen Situatiounen géif iwwerhuelen, da géifen der Famill esou vill Weeër gespuert ginn. Déi Persoun géif Verbindung halen mat deene Persouen, deene Professionnelle, déi an enger Situatioun sinn. An et war geduecht, fir zesummen ze schaffen. Net géinteneen. Well am Moment geet et nëmmen géinteneen hunn ech d'Gefill. An dat ass jo awer wierklech op d'Käschte vun der Famill.“ (GD4)

„IPA: Voilà als Beispill: Ech hat de Moien en Telefon vun enger Madame vum SCAS wat d'Enquête huet. Wou hatt dann och eréischt elo am Nachhinein gewuer ginn ass, dass do och iergendeen, ach ech weess net, een ARCUS oder wat och ëmmer am Coup ass. An déi (...) hunn eis nach ni kontaktéiert an déi wollten den Dossier zou maachen well et giff alles gutt lafen. Ech sot, Stopp, et leeft iwwerhaupt näischt. (...) Dat kann net sinn, ne. Wou ech mer soen, do leeft jo eng schiif, dat kann net sinn, datt déi Persoun, deen Service, nach net eng Kéier probéiert huet, mat eis Kontakt opzehuelen. Weder mam Regent, nach mat eis a mat soss engem. Do leeft iergendeng schif, gell. IPB: Mee dat geschitt esou gutt op deem do Niveau ewéi op deem Niveau dohannen. Datt do Dossieren zougemaach ginn, proposéiert eng assistance éducative opzehiewen oder eng Enquête einfach ofgeschloss gëtt an t'ass alles an der Rei. An et ass ni mat enger Schoul geschwat ginn.“ (GD4)

Kommunikation: Barrieren und Werkzeuge der Schnittstellengestaltung

Die Fachkräfte aus dem Bereich Grundschule benennen Kommunikationsbarrieren (zwischen und innerhalb von Feldern), Informationsverbote (über Kinder, um ihre Entwicklungen zu verfolgen) und Restriktionen bzgl. Nutzung von Informationsmedien, z. B. dem E-Mailverkehr („Et darf net vermailt gin, darf net hei et darf net do“). Sie betonen die Bedeutung von Werkzeugen, um Schnittstellen kommunikativ zu gestalten, gemeinsame sind jedoch entweder nicht vorhanden oder sie sind unpraktisch („reckstänneg“, „mittelalterlich“, „wéi virun 50 Joer“, „henken permanent hannendran“, „net interaktiv“). Das erschwert die Arbeit.

Das Projet d'Intervention, zentrales Instrument im System AEF zur Herstellung von Kooperation und Koordination, und die dazu vorgesehene Réunion de Concertation wird zur Herstellung und Gestaltung der Schnittstelle mit dem Bildungsbereich nicht genutzt. So wird der SPOS zu dessen Ausarbeitung nicht eingeladen. Die Gesprächspartner/innen aus dem Bereich Grundschule gehen nicht explizit auf die Réunion de Concertation ein, sprechen aber grundsätzlich von koordinierenden

Sitzungen, die als herausfordernd wahrgenommen werden: zeitlich (Finden von gemeinsamen Terminen, um „25 Partneren un den Däsch“ zu bekommen), sachlich (Entwickeln einer geteilten Verantwortung für das Kind), sozial (Klären von Rollen und Zuständigkeiten).

Neben der Bedeutung von Informationstechnologien und professionellen Produkten für die Kooperation und Koordination betonen die Diskutanten der Grundschule und des SPOS die Bedeutung des persönlichen Kontaktes zur Pflege von Arbeitsbeziehungen. Mit der Reform haben die Möglichkeiten des direkten Kontaktes abgenommen, da der Sektor komplexer, unübersichtlicher, unpersönlicher und die Kommunikation indirekter und aufwendiger geworden ist.

„Wenn man es genauso umsetzen würde, dürfe man ja nicht viele Informationen weitergeben.“ (GD3)

„Also, wa mir ee Kand hunn, dee richtig opfälleg ass. Mir haten ëmmer de Reflex, mir hunn do ugeruff a gesfrot, ob hie scho bekannt ass. Beim SCAS. Ob zwou Säiten. Elo ruffen ech eng Kéier um SCAS un an eng Kéier um ONE. Fir ze froen, obschonn. An der Lescht, dat war de Clou, du krut ech als Äntwert "Mir däerfen iech dat net soen“ (GD4)

„Jo, a virdrun hues de Saache selwer gemeet. Ech hu léiwer, ech ruffe bei deen an deen Service un, esou guer och wann ech net wees wat ech maachen, dann huelen ech den Telefon an de Grapp an ech ruffen un an ech froen. An da kucken ech, ob dat fir mech a Fro kënnt a fir meng Famill a meng Kanner, déi ech suivéieren. Awer esou. Esou ass et just nach eng Etappe dotëschent an duerfir fannen ech, gi vill Informatiounen verluer.“ (GD4)

3.6. Allgemeine Bewertung der Reform und des Reformprozesses

Aspekte der Gruppendiskussionen, die wir in diesem Kapitel aufführen, beziehen sich auf:

- Aussagen zum Implementierungsprozess des Gesetzes
- Strategien der Bearbeitung von Problemen und Anpassung an die Herausforderungen der Reform
- Äußerungen allgemeiner Zufriedenheit mit dem Reformprozess
- Ideen für die Zukunft (angestrebte Entwicklungen).

3.6.1. Prozess der Implementierung des Gesetzes

Die Diskutanten gehen nicht detailliert auf den Implementierungsprozess ein, kommentieren aber einzelne Aspekte und Verhaltensweisen der Akteure. So stehen sich erfolgte Abstimmungen (zwischen ONE und Jugendgericht) und fehlende Planung und Abstimmung mit anderen relevanten Akteuren gegenüber (SCAS, Prestataires, Schule).

Erfolgte Abstimmungen

Anfängliche Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen ONE und Jugendgericht („Kinderkrankheiten“, „Kampf“) konnten in regelmäßigen Gesprächen geklärt werden. Es hat sich eine hilfreiche Praxis der Abstimmung zwischen ONE und Jugendgericht herausgebildet – per E-Mail, telefonisch und über persönliche Treffen (s. Kapitel 3.5.2.). An manchen Stellen fehlt es noch an Kommunikation und Transparenz (Warteliste für Heimplätze), Austausch führt nicht immer zu Einigkeit (Bezahlung von Auslandshilfen) und manche Entscheidungen des ONE werden nicht direkt an das Jugendgericht kommuniziert. Unnötige Reibungen entstehen, wenn das ONE Hilfen nicht finanzieren möchte, die das Jugendgericht aber unterstützt (s. Kapitel 3.3.).

„Ja ganz am Anfang gab es das riesengroße Problem an dem wir, ich weiß nicht wie lange, hingen, weil das ONE das eigentlich nicht so gesehen hat, dass wenn das Gericht drin ist, das Gericht dann auch die Oberhand hat, das haben die nicht so gesehen. Für uns war das sowas von klar, im Gesetz, die haben das aber anders interpretiert. Und das, ich glaube das war schon ein Kampf von einem halben Jahr mindestens.“ (GD1)

Fehlende Planung und Abstimmung mit relevanten Akteuren

Im Implementierungsprozess gab es eine fehlende Planungsphase und wenig Kreativität, bedeutsame Akteure wurden nicht ausreichend miteinbezogen. Dies hat Konsequenzen für die Familien, Kinder und Prestataires:

- Offenbar wurde sich nicht an bewährten Modellen z. B. aus den Nachbarländern Belgien und Deutschland orientiert.
- Es fehlt „ganz kloer Kreativitéit“, insbesondere bzgl. Präventionsarbeit und die Gestaltung der Schnittstelle mit Schule und den Gemeinden.
- In die Ausgestaltung der Reform wurde der SCAS nur wenig einbezogen, aber informiert.
- Die Gesetzesreform wurde in der CIS vorgestellt, nicht aber direkt an Schulen.
- Für die Services Placement Familial wurde zunächst mit zu niedrigen Zahlen gearbeitet.

- Die mangelhafte Planung führte dazu, dass z. B. für Familien, die zwei Jahre lang Hilfen bekommen hatten, „vun haut op muer déi Hëllef ophëllt“.⁸⁴

„(...) et sin Saachen déi sin einfach esou wëll decidéiert gin an en Gesetz geschriwwen gin, ouni virdrun (...) mat den Elteren um Terrain ze kuken ass daat méiglech, daat io. Dass sou bessen iwer den Knéi gebrach gin heinsto.“ (GD2)

„IPE: io daat war och rem eng Décisioun déi geholl gin ass, ouni sech mat iergentengem oofzeschwetzen, daat get en dann sou virun vollendet Tatsaachen gestalt. Och Servicer (...) et huet en wahrscheinleg engkéier op den Compte gekukt, an geduecht ups lo müssen mir éigenteppes streichen (...). IPA: dass schlemm, daat get op Käschten vun den Kanner.“ (GD2)

„IPC: sie hätten sech den Modell einfach kennen - IPA: daat wär awer och eng Alternative gewiercht, einfach den unpassen. IPE: oder mat denen einfach zesummen ze schaffen fir ze kuken. IPC: io well déi hun io schon all die Kenntnisser. (...) IPC: einfach emsetzen. IPF: sie hun daat vielleicht gemaach. (...) IPA: sie hun daat op den falschen Plaatzen (...) IPE: sie werten daat bei den Finanzminister kuken gaangen sin.“ (GD2)

„I1: und dazu gab es einen Austausch zwischen ihnen und dem ONE? (...) IPB: am Ufank io. IPE: net fir et oofzeschaaffen just fir-. IPB: fir oofzeschaaffen net. IPD: daat net, den ONE ass mat mat den, mat Verdrieder vun denen verschiedenen Servicer op den SCAS komm, fir daat virstellen an fir ze soen, dass mir, dass mir müssen hëllef fir daat ze lancéiren, daat hun mir dun och gemaach. (...) IPB: eis iwerrannt. IPE: io. I1: Gibt es so was noch, oder gab es später auch so was, Austausch? IPF: oh nee daat war, war amfong ganz ganz rare. Daat war een zweemool.“ (GD2)

3.6.2. Bearbeitung von Problemen und Anpassung

Ein Reformprozess bedarf einer Umstellung von Praxen der involvierten Akteure. Probleme müssen bearbeitet, Handlungsstrategien angepasst werden. Im folgenden Abschnitt werden Wege der Problembearbeitung und Lösungsfindung beschrieben, die die Akteure an den Schnittstellen beschreiten: das ONE umgehen, die Bürokratielogik mitspielen, mit dem ONE verhandeln/kämpfen, auf alte Routinen zurückgreifen, Judiciarisierung und kurzfristige Problemlösungen.

Das ONE umgehen (vs. formale Wege beschreiten)

Die wahrgenommenen langwierigen und komplizierten Prozeduren des ONE zur Bewilligung und Bereitstellung von Hilfen („dee ganzen Ëmwee“ mit unsicherem Ausgang) führen dazu, dass Akteure das ONE umgehen, wenn sie dazu eine Möglichkeit sehen. Zum Beispiel verlassen sich Akteure nicht auf die Warteliste des ONE, wenn es um die Suche nach einem Heimplatz geht, sondern sie treten direkt mit den Prestataires in Kontakt, wohlwissend, dass diese Situation „unglücklich ist“ und sie damit „dazwischenfunken“.

⁸⁴ Im Erleben der Diskutanten der Grundschule wird Feedback aus dem Terrain nicht strukturell organisiert, es ist auch informell nicht erwünscht. Die Kommunikation zwischen bspw. Schule und AEF-Akteure (Ministerium, ONE, Parquet ...) ist einseitig und „steil hierarchisiert“. Das Feld ist damit nicht kompetenzorientiert, widerspricht seinem eigenen Credo und vermeidet notwendige sachliche Problemanalysen. Eine Steuerung des Prozesses durch den Staat gibt es nicht bzw. Steuerungsversuche werden als „halbherzig“ erlebt und ohne systematische Einbindung von Schnittstellenakteuren. Akteure im Terrain selbst haben sich unterschiedlich zur Reform positioniert: sie haben sich aktiv eingebracht und von ihr profitiert, oder sie sind in den Widerstand gegangen.

„Die eng verlooßen sech drop dat, wann se, wann Kand bis op der liste d'attente, vum ONE steet, dass dann vum ONE aus eng Plaatz gesicht get, an aanerer schaffen awer hannenrem“ – „sichen selwer eng Plaatz, well se wessen dass daat méi séier geet, wie wie Kand, wie Kand op der liste d'attente vum ONE.“ – „well daat kann io, daat därfst io net sin“ (GD2).

„Ech fannen, du kanns Saachen ouni ONE maachen, da maachen ech se och ouni ONE. Punkt.“ (GD2)

Die Bürokratielogik mitspielen (vs. die dahinterstehende fachliche Logik)

Wer sich auskennt, schreibt dem ONE, was es hören will und passt sich der wahrgenommenen Logik an. Die Inhalte gehen darüber verloren, das Beschreiten der bürokratischen Wege wird ein hohler, sinnloser Akt:

„(...) Ech hunn eigentlech kee Vertrauen an d'Fonktionnement vum Office National de l'Enfance. (...) Ech muss soen, vläicht klameren ech dat och aus. Well ech och ni Informatiounen kréien. Du gëss net ugeruff, du gëss net richteg kontaktéiert. Duerfir loosse ech dat op der Säit. An da kommen ech awer ëmmer erëm dorop zrëck: et muss awer doriwwer goen. Da méchs de zwar déi administrativ Formalitéiten. Mee den Inhalt. Et ass déi inhaltlech, de Lien, dee mer feelt. Ech maachen dat am Fong just fir dat ze kréien, wat ech gären hätt. Net well ech der Meenung sinn, datt dat mir eng Plus value bréngt an och net, well ech der Meenung sinn, datt dat deene Famillje, déi consernéiert sinn, eng Plus value bréngt. Et ass eng Necessitéit déi fir mech kee richtege Sënn ergëtt.“ (GD2)

Mit dem ONE verhandeln/kämpfen (vs. einen fachlichen Austausch gestalten)

Um vom ONE das zu bekommen, was man möchte bzw. als hilfreich erachtet, muss ggf. ‚insistiert‘ werden. So wird bspw. ‚gekämpft‘, um einen CPI zu 100 % zu bekommen. Die, die verhandeln und sich durchsetzen können, bekommen ggf. das, was sie möchten. Wer sich nicht so gut auskennt, dem sind diese Machtmittel verweigert (manche Professionelle, Dienste, aber auch Familien).

„IPA: Maja dann sees du dem, „hei lauschter ech sin net anverstaanen, ech brauch méi konkret eng Äntwert“, du muss bessen insistéieren an en aaneren un den Telefon froen. Also ech haat zwar bis elo, muss ech soen -. IPC: io io mee daat kréien mir io dann, mee daat därfst awer amfong net sin. IPB: nee mee mir maachen daat och vielleicht, mee Famill net. Die wees sech net, wann die do rífft un, die denkt sech do ass een, den ass kompetent, wann den mir seet „hei lauschter, du muss mol virtéicht den richtegen Formulaire ausfüllen“, „ok“. An dann ass do net eng Famill die seet, „kann ech net vielleicht mat engem aaneren schwetzen oder vielleicht en bessen méi erklärt?““ (GD2)

„IPB: Dee mat deene breedste Schëllere kritt am meeschten - IPA: An deen, deen am haartste jäizt - IPB: Jo, da musse mer et esou maachen, ewéi an der Reunioun iwwert d'Wunnengen. Da muss ech naach eng Kéier méi haart jäizen an da geschitt eppes. Neen, dat kann net sinn. Du muss haut quasi haut de Politiker oder den ONE quasi ëmmer de Spigel virun d'Nues halen a kuck, kuck, do leeft eppes schif. Da kriss de eppes. Dat kann net sinn.“ (GD2)

„IP?: Mee dat ass, mengen ech, och heiansdo de Problem vu, also net de Problem, mee do si Strukturen déi kämpfen, déi kämpfen vu vir bis hannen amn déi kréie Saachen duerch. An déi Strukturen, déi net kämpfen, déi hate Pech. An dat fannen ech iergendwou - IPB: Mee wien, mee wien bleibt op der Streck (?) Net d'Struktur. D'Kanner bleiwen op der Streck““ (GD2)

Auf alte Routinen zurückgreifen (vs. sich neue Routinen aneignen)

Die Schilderungen veranlassen uns zu folgender These: In einem Feld, in dem viel Unsicherheit herrscht, greifen alte Routinen, die vermeintliche Sicherheit schaffen. So stützen sich Professionellen an den Schnittstellen zum Feld AEF auf bekannte Verfahren (v. a.: Signalement beim Jugendgericht statt Demande beim ONE) und Akteure mit routinisierten Handlungsabläufen gewinnen an Macht. Als gestärkte Akteure sind v. a. der SCAS und das Parquet zu nennen: Der SCAS profitiert dabei von seinen eindeutigen Zuständigkeiten und Hierarchien – wenn er tätig ist, müssen andere Aktivitäten ruhen (z. B. die einer Assistante Sociale). Auch das Parquet als starker Akteur hat klare Routinen, die greifen, wenn nichts mehr läuft und die Gefahr groß (für Kind und Umfeld) ist. Im Unterschied dazu haben die Akteure aus dem Feld der Kinder- und Familienhilfe bisher wenige für die Professionellen aus dem Kontext Schule erkennbare und hilfreiche Routinen entwickelt (AEF als Black Box).

Judicialisierung (vs. Nutzung der neuen Instrumente)

Die langen Wartezeiten (bei freiwilligen Demanden können sie ein Jahr dauern) führen zu einer unnötigen Judicialisierung. Die neue freiwillige Hilfsstruktur (z. B. CPI) greift noch nicht überall, so dass das Jugendgericht eingeschaltet wird, auch wenn es Optionen auf einen freiwilligen Hilfeverlauf gibt.

„Dass amfong dass en hätt kennen Placement fréiwelleg maachen, d’Elteren domader anverstaanen waren. Mee do sou éiweg laang gedauert hat, dass mir den Familien proposéiert hun, awer iwer een Geriicht platzéieren ze looßen, fir dass en eng Plaatz krit. An ech fannen daat därft et amfong net sin. Daat ass io géint die Ganz Idee vum Gesetz.“ (GD2)

„IPE: (...) A wat mech och besonnesch chockéiert huet an där Situatioun ass, dass esou guer eng de Papp viru versammelter Mannschaft an eng Reunion d’Equipe, dee war an enger Classe Mosaïque bei eis, gesot huet "Ech kann net méi. De Bouf mécht doheem alles futti. Ech kann net méi". An do war och keng Reaktioun vum CPI. An dat fannen ech och - IPB: Dat ass esou eng Detresse, déi net gehéiert gëtt. En Hëllefssruff, wou mer wëssen, datt e net gehéiert gëtt - IPE: An de Projet ass t’selwecht bliwwen, Dono huet et et missen duerch d’Jugendgericht en anere Projet eben opgeschafft ginn.“ (GD4)

Kurzfristige Problemlösungen (vs. nachhaltige Lösungen)

Das Problem der fehlenden Heimplätze und langen Wartezeiten löst der SCAS mit der Suche nach (kurzfristiger) Unterbringung bei der nahen Familie. Der SPOS nennt ein Beispiel, in dem ein/e Professionelle/r persönlich und auf eigene Kosten Hilfe leistet. Es handelte sich um ein schwangeres Mädchen, das nachmittags dringend eine Unterkunft brauchte und durch die Cellule d’Urgence des ONE keine – nach Einschätzung der Professionellen - angemessene Hilfe bekam.

„Wann s de mir als Äntwert gëss, et soll an de Foyer Ulysse goen. Wann et knapp 18 Joer huet an et ass schwanger an et ass ganz, léift, korrekt Meedchen. Voilà, et ass net dohinner schécks, fäerdeg. An da bezuelen ech dann aus menger Täsch den Hotel zu Péiteng fir 80 Euro.“ (GD4)

3.6.3. Zufriedenheit mit der Reform

Die Ziele von AEF werden von den Diskutanten insgesamt nicht in Frage gestellt, die aktuelle Ausgestaltung des Feldes wird – je nach Perspektive - als zufriedenstellend (mit Nachbesserungsbedarf) oder als sehr kritisch wahrgenommen.

Gelungene Reform mit positiven Entwicklungen und Nachbesserungsbedarf

Insgesamt zeigen sich die Diskussionsteilnehmer/innen der Justiz zufrieden mit der Reform, die Grundidee AEF wird positiv gesehen bzw. nicht in Frage gestellt. Also positiv bewertet werden v. a. die neuen ambulanten Hilfen, die Chancen für die Déjudiciarisation und die erfolgte eindeutiger Rollengestaltung des SCAS. Wesentlichen Nachbesserungsbedarf sehen sie bei den langen Wartezeiten und der Warteliste des ONE (höhere Transparenz, siehe Kapitel 3.6.3), bei der Infragestellung richterlicher Entscheidung durch das ONE (Machtmittel Finanzierung), die „Spuerpolitik“ des ONE, die komplizierte administrative Umsetzung und die Unterbelichtung von Prävention. Für den SPOS unterstreicht die Reform und führt verbindlich ein, was vorher in der sozialen Arbeit etwas vergessen wurde: die Bedeutung von Berichtswesen und Evaluation.

Die enttäuschte Hoffnung: Ideen der Reform vs. praktische Umsetzung

Insbesondere für den SPOS gibt es einen großen Unterschied zwischen dem, wie sich ihnen das Feld derzeit präsentiert („praktische Umsetzung“), und wie es (in ihrer Lesart) vom Gesetz AEF her gedacht war („Wunschsituation“). Sie möchten keinen „schlechten Willen“ unterstellen, betonen aber, dass die Reform in Teilen zu Verschlechterung statt Verbesserungen geführt hat. Sie hatten sich die Schaffung von ‚informelleren, weniger administrativen‘ und schnellen Hilfen erhofft (im Vergleich zu den juristischen Hilfen) – stattdessen erleben sie, dass das ONE dringend benötigte Hilfen nicht bewilligt. Konsequenzen der Reform für Bénéficiaires betreffen in ihrer Sicht v. a. die Unterversorgung und fehlende Koordination. Es wird deutlich, dass das Wohlergehen der jungen Menschen eine starke Motivation für die Professionellen ist und sie eine Vorstellung davon haben, was Kinder brauchen und wie ein bedarfsgerechtes Hilfesystem aussehen könnte. Die Wahrnehmung, dass es im Feld nicht um das Kindeswohl geht, sondern um finanzielle Erwägungen, ist ihr größter Kritikpunkt. Auch die Vertreter/innen der Grundschule sind der Ansicht, dass die Finanzierung von Hilfen nicht einfach ist, dass hier gespart und dass die professionelle Arbeit dadurch erschwert wird.

„Ech mengen, déi gesetzlech Basis, d'Gesetz vun der Aide à l'enfance dat ass voll, dat ass bei deene meeschte Leit um Terrain eng immens grouss Hoffnung bruecht. Egal wous de geschafft hues. Zum Beispill an deem Moment wou dat Gesetz gestëmmt gouf, war ech nach net am SPOS, do hat ech eng aner Aarbecht, och do (...) war d'Hoffnung ganz grouss, mee dat wat doraus gemeet gouf, ass absolut net dat, wat ee sech dovunner erwaart huet.“ (GD4)

„Fir mech, ass dat eenzegt, wat ëmmer erëm eraus kënn do derbäi net den Interessi vum Kand an eng Hëllef fir all Kand, sondern eng Hëllef, déi ze bezuelen ass an déi esou mann ewéi méiglech, iergendwou kascht. Ech weess net, ech héieren ëmmer nëmmen finanziellen Argumentatiounen iwwert déi eng oder déi aner Interventioun awer net iwwert d'Noutwendegkeet vun deene Mesuren.“ (GD4)

„Alles, dat Ganzt ronderëm mécht, datt eigentlech d'Famill, an dat wat d'Famill brauch verluer geet. Obwuel et genau de Contraire sollt sinn. Dat wat am Gesetz stoung war alles, awer net dat. Et sollt am Fong all dem entgéint wierken an t'ass just nach méi vun deem ginn.“ (GD4)

Die Reform bringt Unsicherheit und Überforderung – darüber gerät das Kind aus dem Blick

Der Gesprächstenor der Vertreter/innen der Grundschule ist eher negativ, es dominieren Bilder von Intransparenz, Komplexität, fehlender Kommunikation, Unsicherheit und Überforderung:

Das Feld AEF und ihre Schnittstelle dazu gestaltet sich als äußerst komplex, schwierig („Monstergeschichten“) und unübersichtlich („Boite noire“, „Akteure im Nebel“, „Ett ass ohne Ende“). Für sie gibt es „Akteure im Nebel“, die wie ein „Hannergrondrauschen“ (v. a. Parquet, ONE) auf den schulischen Alltag wirken. AEF präsentiert sich häufig träge (es dauert teils Jahre, bis etwas passiert; es gibt keine Rückmeldung) – oder als schnelle Eingreiftruppe (Akteure kommen auf der „Untertasse“ / werden „ranparachuttéiert“). Es gibt ‚die dort oben‘ (mit ‚Kostüm und Krawatte‘) und ‚wir da unten‘, für die sich im Alltag nicht viel ändert und die sich mit den „dooten“ wenig verbunden spüren – auch wenn sie die gleichen Ideen (Kindeswohl, „noble und wichtige Ziele“ des AEF). Das Feld kommt ihnen vor wie ein großes, weites Meer, auf dem auch Piratenschiffe unterwegs sind (informelle Lösungen aus der Not heraus, am „Zentralstaat“ vorbei) und sich einzelne Professionelle ihre „Inseln“ des (informellen) Austausches mit anderen Fachkräften („Kaffi trinken“) suchen, auch um nicht „verrückt“ zu werden.

In der Beschäftigung der Professionellen mit den Schwierigkeiten im System verschwindet das Kind. Das fällt z. B. den Diskutanten des SPOS im Verlauf der Diskussion auf:

„IPB: Mee mir hunn awer elo eng Stonn an eng Véierels gebraucht, bis datt mer d'Kand an de Méttelpunkt gesat hunn. IP?: jo, och wouer. Prioritéiten (lacht). IPB: Dat heescht, mir sinn net besser. Well wann s de kucks, wat mir alles ronderëmmer geluecht hu vu Servicer, vu wichtege Leit, vu wichtege Saachen. Mee mir hunn et awer net an de Méttelpunkt gesat. Mir hu relativ wäit - IPA: Mir hunn et méi no bei de SPOS gesat - IP?: Mir si vun eis ausgang- IPA: Mir waren e bëssen egozentresch. IPB: Mee dat ass elo wichtig. Am ganzen Gesetz. An deene ganzen Iwwerleeungen, och an deene Regelementer, déi nach hannendru komm sinn. Datt d'Kand erëm muss am Méttelpunkt. T'geet jo net als wichtig, d'Exekutiounsreglement, wien wéivill Poste kritt, wie wéivill, wéi eng Tariffer, datt derechnet ginn. Dat ass oft den Inhalt vun de Reglementer déi och nogestëmmt gi sinn. Vun de Posten a vun hei a vun do. - IPA: Jo, mee ech mengen, dat sinn awer déi Saachen, déi d'Servicer immens vill beschäftegen. Déi de Servicer extrem vill Zäit ewech huelen. An déi ganz Rapporten, déi d'Servicer musse maachen. Also ech hunn dat nach net esou genau duerchbléckt, mee wann ech e bësse Feedback kréien. Dat muss enorm sinn. Dat bufft Zäit, déi um Terrain verluer geet. (...).“ (GD4)

3.6.4. Angestrebte Entwicklungen

Die Diskutanten wurden gefragt, wie sie künftige Entwicklungen einschätzen und was sie sich für die Zukunft in Bezug auf AEF wünschen. Sie nannten allgemeine Orientierungen (das Kind in den Mittelpunkt stellen), Entwicklungen der neuen Akteure ONE und CPIs und der Hilfestrukturen, Maßnahmen zur verstärkten Déjudiciarisation, Prävention, Kooperation und Koordination sowie eine Steuerung zur Entwicklung des Feldes (Implementierungsprozess).

Allgemeine Orientierungen

Das Kind und die Familie, nicht die Finanzen sollen in den Blick gerückt werden. Dafür braucht es geteilte Leitideen und „gesharete Skripte“ als Basis einer Zusammenarbeit.

„Et soll net eppes sinn, wat sech nēmmen op d'Finanzen beleeft sondern eppes, wou d'Kand am Mëttelpunkt steet an net d'Suen, net den Euro.“ (GD2)

Das Office Nationale de l'Enfance

Viele in den Gruppendiskussionen formulierte Wünsche richten sich an das ONE. Ein konkreter Vorschlag betrifft dessen Unabhängigkeit: Die Organisation sollte direkt der Chamber und nicht dem Ministerium unterstehen (wie das Ombutskomitee fir d'Rechter vum Kand). Weitere Ideen sind:

Kundenorientierung, „Informationspolitik“ und „Terrainsarbecht“:

- Mehr Transparenz gestalten, z. B. bezüglich Warteliste und Informationen, etwa in Form eines Feedbacks während Wartezeiten zum Stand der Dinge
- Leicht zugängliche Informationen zur Verfügung stellen
- Einfach gestaltete Informationsmaterialien für Familien entwickeln (Vorbilder Belgien, Deutschland)
- Eine Broschüre mit einer Übersicht von Prestataires für die Professionellen erstellen
- Niedrigschwelliger Zugang, auch vor Ort, ermöglichen.
- Nah an der Basis (den Familien und Professionellen) sein, z. B. über lokale Einrichtungen (Bsp. Familienhaus Arcus), um so Mentalitätsänderungen dieser Personengruppen anzustoßen
- An Schulen, ins Terrain gehen und Information über mögliche Hilfen und Hilfestellung für das Antragsverfahren geben
- Beratung und Orientierung am Telefon oder persönlich; Schaffung einer einfachen Behördennummer wie die 112 zur Beratung in Sachen AEF.

Ent-Bürokratisierung – „simplification administrative“

- Formulare vereinfachen, übersichtlicher und „informatesch méi einfach“ gestalten
- Flexibilität des ONE vergrößern: Demanden annehmen, wenn die Situation klar geschildert wurde, aber ein falsches Formular benutzt wurde
- CPIs beim ONE ansiedeln als Anlaufstelle, die fachliche, inhaltliche Auskunft geben
- Fachlichen Austausch ermöglichen

- Den fachlichen Einschätzungen der Professionellen im Terrain bei Ausarbeitung eines PPI vertrauen, Demanden wie formuliert bewilligen. Dabei die Einschätzung eines/r SPOS-Vertreter/in (mit „Diplom un en Autorisation d’exercer“) ähnlich der eines CPIs werten.

Die Coordinateurs de Projet d’Intervention

Von den CPIs wird eine verstärkte Präsenz im Terrain gewünscht, dafür bräuchten sie ggf. weniger Dossiers, eine konkrete Aufgabenbeschreibung, einheitliches Handeln und Unabhängigkeit von anderen Prestataires (Unterstellung dem Ministerium bzw. dem ONE). Die verstärkte Koordinationstätigkeit sollte diese Bereiche betreffen:

- Schnittstellengestaltung, vermehrter Kontakt mit den Schnittstellenakteuren, z. B. SPOS
- Koordination einer häufigeren gemeinsamen Bilanz aller Akteure (alle sechs Wochen oder alle drei Monate, statt nur mit einzelnen zu telefonieren)
- Suivi der Hilfen im Übergang zwischen Pédopsychiatrie/Santé und ONE.

Strukturen von Hilfen

Die Gesprächspartner/innen wünschen sich eine Hilfeplanung durch das ONE und einen Ausbau der Hilfestrukturen, insbesondere:

- Alternative, lokal verteilte, ambulante Hilfestrukturen (auch im Norden), um mit Bedarf sowie mit fehlenden Plätzen in Pédopsychiatrie und Foyers umzugehen. Beispiele: eine Tagesklinik, eine Institution ähnlich Families First
- Mehr Heimplätze und Pflegefamilien
- Finanzierung von Auslandsmaßnahmen.

Déjudiciarisation und Prävention

Prävention und freiwillige Hilfen sollten mehr gefördert werden, um eine Déjudiciarisation voranzutreiben. Mögliche Wege sind aus Sicht der befragten Professionellen:

- ONE und CPIs etablieren sich als Ansprechpartner vor dem SCAS und dem Jugendgericht, sie zeigen Präsenz an den Schulen und sind Ansprechpartner „och bei klengen Saachen“
- ONE bietet Dienstleistungen „direkt vill vill méi fréih“ an; es gibt Programme der Primärprävention, ähnlich der Gewaltprävention (Beispiel Beetebuerger Schoulen)
- Primärschulen bekommen Ansprechpersonen ähnlich dem SPOS in den Lycéen
- Im Terrain wird nach niedrigschwelligen Lösungen gesucht
- Suivis von Hilfen werden engmaschiger, damit (v. a. judiciarisierte) Hilfen ggf. früher eingestellt werden können (regelmäßige kleine Berichte).

Kooperation und Koordination

Insbesondere die Vertreter/innen der Grundschule und des SPOS wünschen sich eine verstärkte Kooperation und Koordination der AEF-Akteure, v. a. mit den angrenzenden Feldern Schule und Santé. So könnte die Equipe Multidisciplinaire an die Schule gehen und das ONE könnte in

Abstimmung mit dem Ombudskomitee für die Rechte von Kindern (ORK) die psychiatrischen Hilfen ‚überwachen‘. Für die Schnittstellengestaltung braucht es insgesamt:

- Eine gemeinsame ‚klare Linie‘ der Professionellen, auch als Signal an das Kind
- Eine Professionalisierung, um Klarheit über eigene Kompetenzen zu gewinnen
- Zeitgemäße, praktische, gemeinsame Werkzeuge der Kommunikation und des professionellen Austauschs
- Die Möglichkeiten persönlichen Austauschs, z. B. durch angemessene, gemeinsame Infrastrukturen (z. B. Besprechungsräume), „Inseln“, um mal etwas diskutieren zu können und eine Stärkung persönlicher Verbindungen.

Prozess der Implementierung des Gesetzes

Die Fachkräfte verstehen, dass die Umsetzung eines Gesetzes Zeit braucht. Sie wünschen sich eine Steuerung und Entwicklung des Feldes im Sinne einer ‚horizontalen Kommunikation‘ der Akteure und eine ‚Strukturierung von oben‘. Hierfür schlagen sie vor:

- Wahrnehmungen zum Feld transparent zu machen, so wie in der Gruppendiskussion
- Vertrauen zwischen den Akteuren aufzubauen „e puer Schrack openeen duer zu goen“
- verstärkt und unhierarchisch miteinander zu kommunizieren (ONE und Ministerium mit allen anderen Akteuren: SCAS, Parquet, Schulen, Prestataires etc.)
- in einen offenen Austausch ohne Angst zu gehen und sich Feedback zu geben
- einen strukturellen Feedbackmechanismus für das Gesamtsystem zu entwickeln
- gemeinsam kreative Lösungen zu finden.

4. Diskussion und Empfehlungen

Die Kinder- und Familienhilfe in Luxemburg hat mit dem Gesetz AEF eine grundsätzlich neue inhaltliche Ausrichtung erfahren. Die Kinderrechte als Leitorientierung und die Partizipation der Beteiligten an den Hilfen sind die zentralen Ziele. Dieser „Geist“ der Reform trifft bei den Professionellen und Trägern auf breite Zustimmung. Er wird auch über den direkten Bereich AEF hinaus mitgetragen und als bedeutsam angesehen (Schule, Justiz).

Als schwierig erweist es sich, diese Idee – unter der gleichzeitigen Bedingung eines neuen Modus der Finanzierung - in die alltägliche Arbeit umzusetzen.

Mit der Veränderung der Finanzierungsgrundlagen berührt die Reform existentielle Fragen der Beschäftigten und der Träger. Hier treffen, das zeigen die Ergebnisse, konkurrierende Logiken aufeinander, die es in ein, mit dem Leitgedanken des Gesetzes stimmiges, Verhältnis zu bringen gilt. Dies kann nur über eine konzeptionelle, strategische und politische Steuerung des Prozesses gelingen.

Wie Erfahrungen aus Reformprozessen in der Kinder- und Jugendhilfe in anderen europäischen Ländern zeigen,⁸⁵ können finanzielle und bürokratische Anforderungen bei personenbezogenen sozialen Dienstleistungen den Spielraum für fachliches Handeln so stark einengen, dass dies den eigentlichen Sinn der Dienstleistung aushöhlt.⁸⁶

Fachliches Handeln bleibt gerade unter den Bedingungen der „Ko-Produktion“ der sozialen Dienstleistung angewiesen auf fachlichen Austausch und Prozesse der fachlichen Beurteilung, die in Widerstreit geraten können mit Verfahren und Abläufen. In vielen Kommentaren geht es um eben diese Spielräume für Fachlichkeit und darum, wie diese im neuen Abrechnungs- und Verwaltungsmodus erhalten und unterstützt oder dadurch gefördert werden können.

Es fällt auf, dass der fachlichen Auseinandersetzung über die Ausgestaltung der Reform (Umsetzung und Überprüfung der Leitorientierungen) im Sinne eines gesteuerten Lernprozesses bislang wenig dezidierte Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Dies könnte z. B. im Kontext der Formulierung von fachlichen Bezugsrahmen für Qualität geschehen, in denen die Perspektiven von Kindern und Familien den Ausgangspunkt bilden.⁸⁷ International wird als Ziel von Jugendhilfe das „gelingende Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“ diskutiert, das auch den normativen Horizont für präventives Handeln definiert, da Exklusionsrisiken und Gefährdungslagen gesellschaftlich ungleich verteilt sind.⁸⁸

85 vgl. Messner 2007, Messmer 2008, Munro 2011

86 Dies ist ein zentrales Ergebnis der Evaluation von Munro zum Bereich Kinderschutz in Großbritannien (Munro Review of Child Protection, Munro 2011, vgl. Messmer 2012)

87 Diese existieren für einige Arbeitsfelder (stationäre Hilfen, Services CPI), wobei deren systematische Überprüfung und verbindliche Verfahren dazu bislang ausstehen.

88 vgl. Stadt Gelsenkirchen (2015 : 11ff), Bradschaw et al. (2006)

4.1. Strukturelle Reform

4.1.1. Die neue Finanzierung

Das neue Finanzierungsmodell ändert die Praxis der Hilfgewährung grundlegend. Die einzelne Leistung ist nicht länger durch ein Globalbudget abgesichert, sondern muss jeweils spezifisch als Leistung beantragt, begründet und genehmigt werden. Dies bedeutet zusätzliche, neue administrative Arbeit für die Fachkräfte, für die neue Routinen entstehen müssen.

Diese Entwicklungen sind mit Druck, Ängsten und Sorgen bei den Professionellen verbunden: sie betreffen das Überleben der Einrichtungen (Rentabilität, „Konkurrenzkampf“ der Dienstleister), die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes (Tendenz zur Einstellung geringer qualifizierter Arbeitskräfte) und die Fachlichkeit (ökonomische Erwägungen statt qualifizierte individualisierte Hilfen, wenig Ressourcen für fachliche Reflexion und Weiterentwicklung sowie für Koordination).

Trotz dieser Einschätzungen wird die Umstellung der Finanzierung mit Flexibilität und Möglichkeiten zur Entwicklung neuer und passenderer Hilfen für Kinder und Familien verbunden. Der Anreiz zum Ausbau ambulanter Hilfen wird hier als Beispiel genannt. Kostentransparenz ist eine weitere positive Assoziation, die angeführt wird.

Der bürokratische Aufwand, der mit der Umstellung der Finanzierung verbunden ist, und eher betriebswirtschaftliche Logiken, die spürbar dominanter werden, werden allerdings kritisch gesehen⁸⁹. Dies birgt die Gefahr, dass die weithin vorhandene Motivation, die Reform zu unterstützen und einen Beitrag zu deren Gelingen im Sinne der angestrebten Ziele zu leisten, verspielt werden könnte. Ebenso droht mit einer budgetgetriebenen Dynamik gerade die angestrebte Flexibilität strukturell eingeschränkt und Spielräume für fachliches Handeln verringert zu werden.

Die Auflistung von Hilfen (Art. 11, AEF) führt ohne Integration über fachliches Handeln und Einschätzungen in der Tendenz zu einer Maßnahmenlogik (product driven, Steuerung über Input), die als charakteristisch für das vorgängige System angesehen werden kann. Die Folgen sind „Hilfekarrieren“, die „Fragmentierung“ von Hilfeempfängern entlang von Diensten und ein Nebeneinander unterschiedlicher Hilfen und Dienstleister. Diese Situation sollte mit dem Gesetz AEF zugunsten einer Koordination und klientenzentrierten Hilfeplanung aufgebrochen werden. Es gibt allerdings eine Reihe von Anzeichen, dass hier zu wenig fachlich „von der Situation der Kinder und Familien aus“ (consumer driven⁹⁰) gesteuert wird. Ein Indikator hierfür ist z. B. die Ambivalenz und fast ausschließlich einseitige Verwendung des Partizipationsbegriffs als „finanzielle Beteiligung“, die in allen Dokumenten (Gesetz, RGDs, Conventions-cadre, siehe Peters & Jäger 2014) vorhanden ist. Eine deutliche Leerstelle im Prozess der Umsetzung des Gesetzes bildet bisher auch die fehlende fachliche Rahmung der Hilfen und der Hilfeerbringung über Standards und deren Überprüfung, Reflexion und Weiterentwicklung.

89 Bilan der EGCA vom Juli 2015: Die Abrechnungslogik der luxemburgischen Pflegeversicherung ist für sie grundsätzlich nicht auf den Bereich AEF übertragbar (Bilan AEF EGCA 3.07.2015).

90 vgl. Schmidt, M. (2008).

Empfehlungen

- Die neuen Finanzierungsstrukturen sind stärker fachlich zu konturieren. Klient/innen und deren Nöte und Bedürfnisse stehen im Mittelpunkt sozialarbeiterischen und pädagogischen Handelns. Die Formen der Finanzierung müssen in Bezug darauf fachliche und professionelle Perspektiven unterstützen und nicht konterkarieren oder verhindern. Es ist zu prüfen, inwieweit die Formen der Beantragung, Gewährung und Dokumentation von Hilfen diesem Ziel gerecht werden. Verfahren und Formulare sind so einfach, zugänglich, transparent und nachvollziehbar wie möglich zu gestalten. Die knapp bemessene Zeit für die professionelle Arbeit mit den Klient/innen darf dadurch nicht über Gebühr verbraucht werden. Verfahren kommt in Bezug auf diese Interaktion eine „dienende“ und ermöglichende Funktion zu.⁹¹
- Gerade in einem sich neu konfigurierenden System von Hilfen sind Orte der Koordination und der fachlichen Reflexion wichtige Ansatzpunkte, um an Rahmungen zu arbeiten. Es gab in der Commission de Qualité AEF Ansätze, diese Orte auf verschiedenen Ebenen zu schaffen, als nationale Dialog- oder Fachforen. Diese Foren könnten einen Beitrag zur fachlichen Steuerung des Prozesses leisten, sofern die Ergebnisse systematisch aufgegriffen und bearbeitet werden.
- Die Commission de Qualité sollte stärker die Funktion wahrnehmen, den fachlichen Austausch zu organisieren, damit neben bürokratischen und finanz- und verwaltungstechnischen Logiken inhaltliche Orientierungen, wie das Wohl von Kindern und Familien, an Gestalt und an Gewicht gewinnen können. Dies ist insbesondere bedeutsam, weil es bisher nur einen in Ansätzen etablierten, kontinuierlichen und von unterschiedlichen Gruppen getragenen Fachdiskurs zu den Themenfeldern des Gesetzes AEF gibt.
- In diesem Sinne ist zu prüfen, wie eine solche Dynamik eines breit getragenen Fachdiskurses unterstützt werden kann und inwieweit es hier weiterer Professionalisierungsansätze⁹², wie systematischer Feedbacks, bedarf. Hierbei kann auch ein Blick auf die Erfahrungen in anderen Systemen der Kinder- und Jugendhilfe, die ähnliche Reformen umgesetzt haben, hilfreich sein.
- Vereinbarungen über Formen eines kontinuierlichen Fachdiskurses sollten verbindlich verankert sein.

4.1.2. Das Office Nationale de l'Enfance

Das ONE wird als bedeutsamer neuer Akteur im Hilfesystem wahrgenommen und weitgehend akzeptiert. Ihm werden von den Befragten hauptsächlich vier Funktionen und Aufgaben in Bezug auf eine veränderte Kinder- und Familienhilfe zugeschrieben. Am deutlichsten konturiert sind die Rollen als Verwalter von Geldern (und Heimplätzen) und als Kontrolleur von Dienstleistern, weniger die des Promotors freiwilliger Hilfen für Kinder und Familien und fachlichen Experten. Es wird ein Vorrang von finanziellen gegenüber fachlichen Entscheidungen wahrgenommen; das ONE wird nicht als Fachbehörde gesehen. Die Rolle des „Schatzmeisters“ und einer daran orientierten Budgetlogik und

91 Eine grundsätzliche Frage in der Literatur ist es, inwieweit eine Leistungsfinanzierung, die marktwirtschaftliche Prinzipien in den sozialen Sektor bringt, überhaupt sinnvoll fachlich gerahmt werden kann, und inwieweit diese Art der Finanzierung nicht Eigendynamiken entwickelt und Anforderungen stellt, die sich anderen Steuerungsformen widersetzen (vgl. Messmer 2012).

92 Hierbei wären insbesondere auch die Ausbildungsinstitutionen am Diskurs zu beteiligen.

entsprechender administrativer Prozeduren steht im Widerstreit mit der als sehr positiv bewerteten und weniger ausgefüllten Rolle als Fachbehörde und Promotor freiwilliger Hilfen. Professionelle, die das ONE vor allem als fachlichen Experten und „freiwilligen Helfer“ sehen, sind mit der Reform deutlich zufriedener.

In der Wahrnehmung der Professionellen beeinträchtigt die Überbetonung von Administration und Kontrolle ihre Möglichkeiten, fachlich, bedarfsgerecht und selbstwirksam arbeiten zu können. Die Zusammenarbeit mit dem ONE wird von vielen als mühselig und wenig kundenorientiert erlebt (bürokratische Hürden). Die Kommunikation verläuft weitgehend über Formulare, es mangelt an fachlichem Austausch und fachlichen Begründungen bei einer Ablehnung von Hilfen. Das ONE ist in der Gestalt für viele Professionelle ein wenig hilfreicher Partner.

Das ONE verkörpert den wahrgenommenen Kern der Reform und wird häufig mit der Gesamtreform AEF und dem Gesetz AEF als identisch gesetzt. Es wird als zentrale Verwaltung mit administrativen, bürokratischen und finanziellen Zielen und Verfahren gesehen. In der Folge wird zumindest die Umsetzung des Gesetzes als darauf reduziert wahrgenommen. Es wird gar eine hidden agenda einer „Spuerpolitik“ vermutet. Diese Deutung des Reformprozesses führt bei Professionellen zu Verunsicherung und deutlichem Unmut. In diesem Kontext scheinen sich adaptiv neue Routinen zu entwickeln, die nur lose an ein verändertes (mit dem Gesetz intendiertes) Verständnis von Fallkonstitution und Hilfen gekoppelt sind.⁹³

Damit besteht die Gefahr, dass sich für ein partizipatives und präventives System von Hilfen notwendige Routinen nicht entwickeln. Die wahrgenommenen dominanten Logiken der Reform spiegeln das wider, was man mit dem Begriff des New Public Management bezeichnet, womit aber ein verkürztes Verständnis von Dienstleistungen der Jugendhilfe transportiert wird.⁹⁴

Das ONE ist jenseits der Akteure im Feld AEF wenig bekannt und noch wenig vertraut, beispielsweise den Schulen und auch Familien. Die schulischen Akteure wünschen sich eine stärkere Präsenz des ONE in ihren Kontexten.

Empfehlungen

- Das Selbstverständnis und die Aufgabenbeschreibungen des ONE sollten deutlicher an einem ausformulierten und differenzierten fachlichen Rahmenkonzept von Jugendhilfe orientiert sein. Dieses sollte bestimmend sein für Verfahren und Formen der Kommunikation. Dazu gehört auch die Aufgabe, Fachdiskurse zu gestalten und daran mitzuwirken.
- Die Kommunikation des ONE mit den „Usagers“ und Professionellen ist nachvollziehbar zu gestalten. Respekt und respektvolle Formen des Kontakts zu ermöglichen, sollte dabei die Leitidee sein. Das ONE sollte zugänglicher und verstehbarer für die Familien und Professionellen werden. Dies gilt für die verschiedenen Prozesse und Interaktionen, die im Kontext der Prüfung von Hilfeanfragen notwendig und vorgesehen sind.

93 Beispielsweise die Arbeit mit Copy und Paste in Formularen, Bedienung der vermuteten bürokratischen Logik.

94 Dieses steht im Widerspruch zu einem Verständnis von Jugendhilfe als komplexe sozialpolitische Dienstleistung, als „Teil einer Ressourcenstruktur zur alltäglichen Lebensbewältigung“ (Olk 1995: 33f.).

- Konkret ist zu prüfen, wie dies über eine Vereinfachung und Transparenz von Verfahren und Formularen gelingen kann und welche hier im Detail einer Überarbeitung aus Sicht der Professionellen bedürfen.
- Die Rèlements Grand-Ducaux sollten Ausführungen in Form von Richtlinien (Standards) für die Kommunikation des ONE mit den „Usagers“ und Professionellen enthalten. Hierbei sind insbesondere die Rechte der Betroffenen zu stärken.
- Die Multilingualität Luxemburgs sollte in der an die jungen Menschen und Familien gerichteten Kommunikation systematisch berücksichtigt werden (Print, Web).⁹⁵

4.1.3. Die Coordinateurs de Projet d'Intervention

Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass die neuen Akteure CPIs noch nicht vollständig im Hilfesystem „angekommen“ sind. Insgesamt werden die CPIs wenig thematisiert (z. B. in den Kommentaren im Fragebogen oder dort bei der Frage nach der subjektiv wichtigsten Veränderung). Ihre Position im System scheint noch undeutlich, es gibt teilweise wenig und uneinheitliche Erfahrungen mit ihnen, wenig direkten Kontakt. Ihnen werden wenig eindeutige Rollen zugeschrieben; vorgesehene Rollen und Funktionen (v. a. die Koordination) werden nicht, nicht durchgängig oder nur teilweise als erfüllt angesehen. Insbesondere die Gesprächspartner/innen aus dem Bereich Schule erleben wenig präsente CPIs und wenig Koordination und Schnittstellengestaltung. Am ehesten werden die CPIs von den Fachkräften AEF als fachliche Experten für freiwillige Hilfen und (weniger) als fachliche Unterstützer der Prestataires gesehen. Je mehr sie als Promotoren für freiwillige Hilfen, als Koordinatoren und fachliche Unterstützer gesehen werden, umso zufriedener sind die Befragten mit der Reform.

Im Unterschied zum ONE werden die CPIs nicht als Verwalter von Geldern gesehen, sondern sie werden in ihrer fachlichen Expertise angesprochen. Entscheidungen über die Gewährung von Hilfen und damit die letztendliche Fallverantwortung liegen beim ONE. In der derzeitigen Konstruktion kann das die CPIs dann schwächen, wenn es zu stark abweichenden Einschätzungen zwischen ONE und CPIs kommt, was bislang selten der Fall ist.

Die CPIs haben eine Zwitterrolle, da sie auf der einen Seite Prestataires sind und auf der anderen Seite in einem spezifischen Verhältnis zum ONE und dessen gesetzlichen Aufgaben stehen.⁹⁶ Sie übernehmen den gesetzlichen Auftrag des ONE, eine Situation zu klären und Hilfen vorzuschlagen und stehen damit zwischen Dienstleister und ONE. Dieses Dazwischenstehen und die Ansiedlung bei privaten Trägern, die auch andere Dienstleistungen erbringen, könnte die Unabhängigkeit der CPIs beeinträchtigen. Das ONE muss insbesondere Sorge dafür tragen, dass durch seine Entscheidungen diese Unabhängigkeit geschützt und gleichzeitig eine Wertschätzung der Arbeit der CPIs mitgetragen wird.

Um ein Projet d'Intervention in einem dreimonatigen Arbeitsprozess zu erstellen, sind CPIs auf eine Arbeitsbeziehung zu den Demandeurs und/oder Empfänger/innen der Hilfe angewiesen. Diese

⁹⁵ Ein Vorschlag zur weiteren Stärkung der Rechte von Betroffenen ist die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle Jugendhilfe zur Klärung von Konflikten zwischen Usagers/Prestataires und ONE.

⁹⁶ vgl. Circulaire 15

herzustellen ist ein wesentlicher Teil ihrer Intervention, die durch eine Nichtbewilligung⁹⁷ von Hilfen gefährdet werden kann. Als riskant kann auch angesehen werden, dass das ONE und die CPIs in der Hauptsache elektronisch (Framework I) miteinander kommunizieren. Differenzierungen in der Falleinschätzung sind auf diesem Wege möglicherweise nur bedingt zu transportieren.

Mit dem neuen Akteur CPI entstehen Chancen der Déjudiciarisation, das Aufgabenprofil des SCAS hat sich durch ihn geschärft – beide Akteure können verschiedene Rollen bei der Verhandlung der „roten Linie“ zwischen freiwilligen und judiciarisierten Hilfen übernehmen. Für die Jugendrichterinnen übernehmen die CPIs eine Kontrollfunktion im Sinne des Kinderschutzes, selbst in bereits judiciarisierten Fällen. Sie können damit zur „Entspannung“ des Gesamtsystems beitragen.

Empfehlungen

- Die Rolle der CPIs ist zu stärken und ihre Aufgaben sind zu klären. Dies betrifft die Zusammenarbeit ONE - CPI, CPI - Prestataires (z. B. Vermeidung von double emploi), aber auch die Zusammenarbeit mit den angrenzenden Systemen (z. B. Häufigkeit und Formen des Kontaktes).
- Sinnvoll wäre eine von den drei Services CPI getragene öffentliche Auseinandersetzung mit den Aufgaben, etwa in Form von Fachtagen oder Fallbesprechungen, Fallreflexionen, an denen auch Professionelle angrenzender Systeme teilnehmen. Dies könnte als Anforderung in die Verträge mit den CPIs aufgenommen werden.
- Die Arbeit und die Funktionen der CPIs im System der Kinder- und Familienhilfen müssen in einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.
- Neben der CPI Ausbildung sollen diese sich kontinuierlich zu bestimmten Themen fortbilden, z. B. zu bestimmten Interventions- und Gesprächsformen. Für Aus- und Weiterbildung sind verbindliche Standards zu formulieren.

4.2. Strukturen von Hilfen

Die Reform wird als Chance gesehen, flexible, d. h. auf die jeweiligen Situationen ausgerichtete, Hilfen zu ermöglichen. Es wurden v. a. ambulante Hilfen ausgebaut, gleichzeitig bestehen strukturelle Defizite weiter und werden nicht bearbeitet. Zu diesen Lücken im Hilfesystem gehören: intensive pädagogische und therapeutische Angebote für kleinere Kinder und Jugendliche, Hilfen für Kinder im Übergang zwischen zwei Alterskategorien und für psychisch kranke oder verhaltensauffällige Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Die bürokratische Organisation der Beantragung und Gewährung von Hilfen und ihrer Dokumentation wirkt sich dabei teilweise erschwerend auf die Zugänglichkeit und die flexible Gestaltung von Hilfen aus.

⁹⁷ Im Circulaire 15 ist festgehalten, dass die von den CPIs eingereichten PIs vom ONE validiert und nicht evaluiert werden. Hier wäre genauer zu klären, was validieren bedeutet

Empfehlungen

- Das System der Kinder- und Familienhilfe muss seine Adaptivität an sich verändernde Problemlagen erhöhen. Ein Weg dazu ist die Installierung einer Jugendhilfeplanung, die notwendige Anpassungen ins Verhältnis zu anderen Politiken und vorhandenen Strukturen setzen kann. Es ist zu prüfen, ob das ONE strategisches Zentrum für diese Aufgabe sein kann und wie es diese Aufgabe im Verbund mit den freien und staatlichen Trägern leisten kann.
- Bisher ist eine Jugendhilfeplanung gesetzlich nicht verankert. Jedoch definiert das AEF den Auftrag an das ONE, zweimal jährlich Daten zur Entwicklung der Hilfen zu publizieren. Ausgehend hiervon könnte eine Erweiterung formuliert werden, die diese Aufgabe in einen Zusammenhang mit einer strategischen Planung auf Basis der erhobenen Daten bringt.
- Neu geschaffene Hilfen, wie die gewachsene Zahl der ambulanten Hilfen, müssen systematisch in das vorhandene System integriert werden, damit sie ihre Wirksamkeit entfalten können. Die ambulanten Hilfen sind in dieser Hinsicht in den kommenden Jahren einer Überprüfung und Bewertung zu unterziehen.
- In Bezug auf einen niedrighschwelligen Zugang ist der Art. 4 AEF (Droit à la demande d'aide) in Hinblick auf ein Recht auf Hilfe zu überprüfen.⁹⁸

4.3. Déjudiciarisation und Prävention

Ein intendierter Prozess der Déjudiciarisation trifft auf breite Zustimmung. Er steht vor der Herausforderung, dass er nur gelingen kann, wenn er mit neuen Routinen der Fallkonstitution und Fallbearbeitung unterlegt ist. Nach wie vor vermittelt das Gericht eine Sicherheit, die in als schwierig eingeschätzten Fällen entlastend wirkt. Die Jugendgerichte werden aufgrund etablierter Verfahren tätig (Signalement), die weithin bekannt, eingeübt und einfach zu handhaben sind. Im Unterschied dazu ist das ONE ein neuer Akteur mit neuen Verfahren, die teilweise als bürokratisch, zeitaufwendig, wenig transparent und verlässlich erlebt werden. Diese müssen erst eine Akzeptanz finden, bevor sie Dynamiken in Richtung freiwilliger und präventiver Hilfen entwickeln. Chancen für die Déjudiciarisation verbinden sich mit einer Stärkung der fachlichen Seite der Reform und mit der Wahrnehmung des ONE als fachlicher Experte und Promotor freiwilliger Hilfen. Die Befragten sehen diese Chancen auch im Zusammenspiel von ONE und Jugendgericht, SCAS und CPIs. Sie verhandeln die „rote Linie“ (Peters & Jäger 2014) zwischen freiwilligen und juristisch gerahmten Hilfen, wobei dieses Potential noch kaum ausgeschöpft ist.

Das Ziel der Prävention – zwar ein zentraler Teil der Reform - ist in der Aufmerksamkeit der Befragten und einer Mehrheit der Diskutant/innen weitgehend unterbelichtet. In den Daten finden sich Hinweise darauf, dass es im Feld AEF kein gemeinsames Verständnis von Prävention gibt und dass das ONE sich nicht als primärpräventiver Akteur versteht. Ähnlich steht es um das Reformziel der Partizipation, das auch Vehikel für präventive, freiwillige Hilfen ist. Als verhindernde Faktoren werden u. a. die Verzögerung von Hilfen, Ungewissheit (Warteliste), fehlende passende Hilfsangebote sowie fehlende Finanzierung genannt.

98 Ein Recht auf Hilfe ist auch ein zentrale Forderung der EGCA.

Empfehlungen

- Die (primär-)präventive Funktion des ONE ist zu stärken. Denkbar wären Programme zur Verringerung von familialer und Peer-Gewalt.
- Eine Aufgabe des ONE sollte darin gesehen werden, Hilfen in Bezug auf die Kriterien Verfügbarkeit, Zugänglichkeit, Bezahlbarkeit, Nützlichkeit und Verstehbarkeit zu bewerten.⁹⁹ Diese Aspekte stärken die präventive Qualität von Hilfen und des gesamten Hilfesystems.
- Professionelle Akteure, die im täglichen Kontakt mit Kindern sind (Maisons Relais, Schulen), müssen systematisch und kontinuierlich mit den neuen Zugängen zu freiwilligen Hilfen vertraut gemacht und in deren Nutzung unterstützt werden. Neben dem ONE sind die bestehenden Fortbildungsinstitute im Bereich Bildung zu verpflichten, Angebote zum Verständnis des Systems AEF und zur praktischen Integration in die Anforderungen und Praktiken der eigenen Handlungsbereiche zu machen. In dieser Hinsicht sollte als Vorteil die künftige räumliche Nähe zwischen dem ONE und den Fortbildungsinstituten genutzt werden (gemeinsamer Ort Walferdange), ebenso wie ihre neue Zugehörigkeit zum gleichen Ministerium (MENJE).
- Das zuständige Ministerium (MENJE) trägt steuernde Verantwortung, die Schnittstelle Jugendhilfe – Bildungssystem zu gestalten. Privilegierte Orte hierfür sind z. B. Fortbildungen, hier werden neues Wissen angeeignet und Praxiserfahrungen ausgetauscht. Dieses über Praxis generierte Wissen sollte vom Ministerium als Feedback genutzt werden; Formen dazu sind zu entwickeln.
- Die Reorientierung hin zu freiwilligen Hilfen ist unter Berücksichtigung des Schutzes von Kindern prioritär zu behandeln. Diesbezügliche Erfahrungen aus dem juristischen System und dem System AEF sollten systematisch und regelmäßig ausgewertet und neue Routinen dazu entwickelt werden. Die Formulierung des Art. 5 AEF (Mission ONE) ist in diesem Zusammenhang zu prüfen.
- Im Zusammenhang mit einer Déjudiciarisation sind die Rollen und das Zusammenspiel von CPIs und SCAS weiter zu klären und in Bezug auf eine Aufgabenteilung bzgl. Hilfe und Schutz weiter zu differenzieren.

4.4. Partizipation und das Projet d'Intervention

Eine partizipative Ausrichtung des Systems sozialer Hilfen für Kinder und Familien erfährt – trotz der differenzierten Einschätzung der damit verbundenen Herausforderungen und Schwierigkeiten - breite Zustimmung (über zwei Drittel der Befragten sehen Partizipation als „sehr wichtig“ an). Partizipation ist dabei denjenigen wichtiger, die über eine längere Berufserfahrung verfügen. Sie

⁹⁹ Verfügbarkeit bezieht sich auf die Existenz flexibler Hilfen. Zugänglichkeit fragt danach, ob diese Hilfen erreichbar, niedrigschwellig und den Hilfeempfängern bekannt sind. Bezahlbarkeit meint nicht nur die monetären Kosten von Hilfe, sondern auch Aspekte wie Einschränkung der Privatheit der Hilfeempfängerinnen und negative soziale und psychologische Konsequenzen von Hilfen. Nützlichkeit thematisiert, inwieweit die Hilfe von den Klienten als unterstützend erlebt wird. Verstehbarkeit: hierbei geht es darum, inwieweit die Klient/innen den Sinn von Interventionen und den Hilfeprozess nachvollziehen können. (Roose & De Bie 2003, Vandenbroeck & Lazzari 2014, in Anlehnung an Parmentier 1998) Für jede dieser Charakteristika ist zu beschreiben, was dies in Bezug auf aktuelle Bedarfe, Lebenslagen und bereits vorhandene Infrastrukturen bedeutet und wie das System von Hilfen in die beschriebene Richtung transformiert werden kann.

verbinden damit Chancen für eine weitere Professionalisierung. Kritisch anzumerken ist, dass die Ziele, die im Gesetz beschrieben sind, nicht gleich zu setzen sind mit der Art und Weise, wie diese durch das ONE operationalisiert und in administrative Vorgaben umgesetzt werden (z. B. Unterschrift des Projet d'Intervention). Gerade das PI ist ein privilegierter Ort von Partizipation in einem breiteren Verständnis von Ko-Produktion.

Empfehlungen

- Das PI sollte die Prozesse der Abwägung von Einschätzungen darstellen sowie Schlussfolgerungen und die zugrunde liegenden Kriterien deutlich machen. Regelungen dazu können in den Règlements Grand-Ducaux verankert und konkret beschrieben werden.
- Es ist der Verkürzung des Verständnisses von Partizipation auf die Unterschrift im PI entgegenzuwirken.
- Die gleichzeitige Verwendung des Partizipationsbegriffs für die „participation financière“ und alle weiteren Formen von Beteiligung im Hilfeprozess ist problematisch. Sie ist durch den Gebrauch von unterschiedlichen Begriffen, z. B. finanzieller Beitrag, aufzulösen.
- Eine gezielte Unterstützung und Formung einer partizipativen professionellen Praxis durch professionellen Austausch, auch im Kontext Kinderschutz, ist zu gestalten.
- Es sollten Fortbildungen zur Beteiligung von jungen Menschen und Eltern an der Hilfeplanung angeboten werden, bspw. zur Leitung von Gesprächen unter Berücksichtigung der Doppelrolle „Moderation“ und „parteiliche Vertretung des jungen Menschen“.
- Die sprachlichen Herausforderungen, die mit Partizipation verbunden sind, müssen vordringlich bearbeitet werden.

4.5. Kooperation und Koordination

Die Ergebnisse verweisen auf die Notwendigkeit zur Kooperation mit Akteuren innerhalb und außerhalb der Kinder- und Familienhilfe, wobei die Kommentare weitgehend allgemein bleiben. Kooperatives Handeln wird durch die unterschiedlichen Professionsverständnisse, Skripte, strukturiert und muss als Aufgabe verstanden werden. Dies hat Auswirkungen auf die Gestaltung und Bearbeitung von Schnittstellen zu anderen professionellen Systemen (wie Schule, Medizin, Justiz). So sind Absprachen über Zuständigkeiten erforderlich, die zu einer ganzheitlichen Hilfe zusammengeführt werden müssen. Fehlen hier soziale, zeitliche und finanzielle Ressourcen, so können für den Fallverlauf ungünstige Dynamiken entstehen oder Prozesse der Deprofessionalisierung in Gang kommen. Die aktuelle Splittung der Fallverantwortung dadurch, dass das ONE Entscheidungen über den weiteren Verlauf nicht face-to-face mit denjenigen trifft, die eine Situationseinschätzung vorgenommen haben (CPI, Prestataire), wird kritisiert. Die Entscheidung des ONE wird tendenziell als ein vom Prozess der Hilfeplanung abgekoppelter Verwaltungsakt wahrgenommen. Dies wird als störend für die Kooperation mit den Eltern und mit anderen Professionellen thematisiert. Hier wird auf die Bedeutung der fachlichen Einschätzung der Professionellen im Feld, die direkt mit dem Kind und der Familie zusammenarbeiten, verwiesen und

zu den Einschätzungen des ONE ins Verhältnis gesetzt. Kritisch angemerkt wird, dass die im Feld vorhandene Expertise zur fachlichen Einschätzung von Situationen nicht angemessen berücksichtigt wird (insbesondere SPOS) und es keine Rückmeldekultur gibt.

Empfehlungen

- Die Kooperation und Koordination mit den schulbezogenen Diensten und die Anerkennung von deren Bedeutsamkeit für Hilfeprozesse soll besonders wahrgenommen und angemessen berücksichtigt werden.
- Regulierende Rahmen für die Zusammenarbeit mit den Diensten aus dem Bereich Santé sind zu erarbeiten.
- Gemeinsame Fallwerkstätten von Professionellen aus dem System AEF und den angrenzenden Systemen unter Beteiligung und Moderation von Mitarbeiter/innen des ONE sollen regelmäßig angeboten werden. Die Rèlements Grand-Ducaux sollen dazu Bestimmungen enthalten, z. B. zur Anrechnung als Fortbildungsstunden.
- Die Fragen, die mit dem secret professionnel verbunden sind und die einen Austausch von Informationen beschränken bzw. behindern, sind vordringlich zu bearbeiten.

5. Anhang

5.1. Quellen

5.1.1. Gesetze und Regularien

Commission spéciale „Jeunesse en détresse“ de la Chambre des Députés: session 2003-2004, rapport du 27.10.2003

Loi du 16 décembre 2008 relative à l'aide à l'enfance et à la famille, Mémorial Journal Officiel du Grand-Duché de Luxembourg, n° 192, pp.2583-2588, 22-12-2008

Loi du 10 août 1992 relative à la protection de la jeunesse, Mémorial Journal Officiel du Grand-Duché de Luxembourg, n° 70, pp.2195-2202, 25-9-1992

Loi du 28 juillet 2011 portant modification de la loi du 8 septembre 1998 réglant les relations entre l'État et les organismes oeuvrant dans les domaines social, familial et thérapeutique et de la loi du 16 décembre 2008 relative à l'aide à l'enfance et à la famille“

Projet de loi 5754 à la base de la loi AEF du 16 décembre 2008. Document parlementaire 5754/00 du 22.8.2007

Projet de circulaire 15 ONE VERSION 2 (du 12 mai 2013). Les écrits professionnels dans le contexte „aide à l'enfance et à la famille“.

5.1.2. Onlinequellen

<http://www.legilux.public.lu/rgl/1992/A/2196/1.pdf> (angesehen am 17.06.15)

www.chd.lu/wps/portal/public/RoleEtendu?action=doDocpaDetails&backto=/wps/portal/public&id=5351 (17.06.15)

http://www.chd.lu/wps/PA_RoleEtendu/MergeServlet?lot=C-2003-O-011-0001 (17.06.15)

<http://www.ances.lu/index.php/events/events-organised-by-ance/170-avis-de-l-ances-concernant-le-projet-de-loi-6593-relatif-a-l-unisec> (01.06.2015)

http://www.celpl.lu/doc/doc_acceuil_119.pdf (20.03.2013)

http://www.celpl.lu/doc/doc_acceuil_120.pdf (20.03.2013)

<http://www.refworld.org/publisher,COECPT,COUNTRYREP,LUX,,,0.html> (17.06.15)

<http://www.cpt.coe.int/documents/lux/2015-02-05-fra.htm> (17.06.15)

<http://ork.lu/index.php/fr/> (17.06.15)

<http://www.men.public.lu/fr/publications/enfance-jeunesse/statistiques-analyses/index.html> (17.06.15)

5.1.3. Literatur

- Bjerregaard, T. & Jonasson, C. (2014). Managing unstable Institutional Contradictions: The work of Becoming. *Organization Studies* 2014, Vol. 35(10) 1507–1536. DOI: 10.1177/0170840614530913
- Bohler, K. F. & Franzheld, T. (2010). Der Kinderschutz und der Status der Sozialen Arbeit als Profession. *Sozialersinn*, Heft 2/2010, 11. Jg: 187-217.
- Bradshaw, J., Hoelscher, P. & Richardson, D. (2006). An Index of Child Well-being in the European Union. In: *Social Indicators Research*, Vol. 80, No. 1, 133–177.
- Bütow, B.; Gries, E. (2013). Zur Bearbeitung von professionellen Grenzen in der Jugendhilfe – eine empirische Analyse von Gruppendiskussionen. *Soz Passagen* (2013) 5:229–244. DOI 10.1007/s12592-013-0144-4
- Chen, H.-T. (2005). *Practical Program Evaluation. Assessing and Improving Planning, Implementation, and Effectiveness*. Sage Publications.
- Fligstein, N. & Mc Adam, D. (2012). *A theory of fields*. Oxford: Oxford University Press
- Greenwood, R., Hinings, C., Whetten, D. (2014). Rethinking Institutions and Organizations *Journal of Management Studies* 51:7 November 2014, doi: 10. /joms.12070
- Messmer, H. (2007). *Jugendhilfe zwischen Qualität und Kosteneffizienz*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Messmer, H. (2008). Gespräche als Forschungsgegenstand in der Sozialen Arbeit. *Zeitschrift für Pädagogik* 54: 244-260 (mit S. Hitzler).
- Messmer, H. (2012). Moralstrukturen professionellen Helfens. *Soziale Passagen* 4: 5-22.
http://www.vsjournals.de/index.php;do=show_article/sid=e8ffb8513cd9fe175ee0f5d09d879abd/site=sa/area=pad/id=9731
- Messmer, H. (2014). Before Leaving Care. Eine Fallstudie zum fachlichen Handeln beim Übertritt aus der Heimerziehung in die selbstständige Lebensführung. *Neue praxis* (43)5: 423-438.
- Munro, E. (2011) *The Munro review of child protection, final report; a child-centred system*. London: Department for Education. Available at: www.education.gov.uk
- Oelkers, N. & Lange, A. (2012). Eltern in der Verantwortungsfalle. Ein Problemaufriss. *Kinder- und Jugendschutz KJUG*; Jg. 3/2012: 71-75.
- Olk, T. (1995). Jugendhilfe als Dienstleitung – Fachlichkeit contra Marktorientierung. In: *Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe (Hg.), Das Jugendamt als Dienstleistungsunternehmen. Steuerungsmechanismen in der Jugendhilfe*, Bonn: Verlag AGJ, 17-39.
- Padgett, F. & Scott, W. P. (2012). *The emergence of organizations and markets*. Princeton & Oxford: Princeton University Press.
- Parmentier, S. (1998). Kansarmoede en rechtshulp. Drie uitdagingen op de drempel van de volgende eeuw. *Alert*, 24, 24–31.
- Peters, U. (2013). Von der Winnschoul zur geschlossenen Unterbringung. In: *In: Schmit, Ch., Lellinger, D. & Peters, U. (Eds). Minors deprives of Liberty*. Luxembourg: ANCES, 258-271.

Peters, U. (2014). Institutionelle Selbstverpflichtung. Ein Ansatz zur situations- und einrichtungsbezogenen Prävention. In: Willems, H. & Ferring, D. (eds.). Macht und Missbrauch in Institutionen. Interdisziplinäre Perspektiven auf institutionelle Kontexte und Strategie der Prävention. 227-241.

Peters, Ulla, Jäger, Julia A. (2014). Bericht zur Reform der Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF). Universität Luxemburg: Luxemburg.

Peters & Jäger (23.09.14). Bilanz AEF. Zentrale Aussagen des Programms – zentrale Analysen der Universität. Vorschläge zur Evaluation: Möglichkeiten und Grenzen. Arbeitspapier Universität Luxemburg.

Rieff, P. (1980). Heimkind werden ist nicht schwer. FORUM 38, 3/198, 2-3.

Roose, R. & De Bie, M. (2003). From Participative Research to Participative Practice—A Study in Youth Care. *Journal of Community & Applied Social Psychology* 13: 475–485. Published online in Wiley InterScience (www.interscience.wiley.com). DOI: 10.1002/casp.752

Schmidt, M. (2008). Zufriedenheitsorientierte Steuerung des Customer Care: Management von Customer Care Partner mittels Zufriedenheitsservice. Wiesbaden: Springer Gabler Edition Wissenschaft.

Stadt Gelsenkirchen (2005). Gesellschaftliche Teilhabechancen von Gelsenkirchener Kindern. Grundlage für eine sozialräumliche Strategieentwicklung. Gelsenkirchen: Stabsstelle Kommunale Prävention 3/1 Statistik und Monitoring.

Suddaby, R. & Viale, Th. (2011). Professionals and field-level change: Institutional work and the professional project. *Current Sociology* 59(4): 423–442. DOI: 10.1177/0011392111402586

Thornton, P. & Ocasio, W (2008). "Institutional Logics." In *The SAGE Handbook of Organizational Institutionalism*, edited by Greenwood, R., Oliver, Ch., Suddaby, R. and Sahlin, K. Los Angeles: Sage, 99-129.

Thornton, P.H., Ocasio, W., & Lounsbury, M. (2012). *Institutional logics: Theory, methods, and research*. Oxford, UK: Oxford University Press.

Tröhler, D., Hadjar, A., Lenz, T., Voss, P. & Barbu, R. (2012). Rapport d'expertise sur le bilan de la réforme de l'école fondamentale. Université du Luxembourg.

Vandenbroeck, M. & Lazzari, A. (2014). Accessibility of early childhood education and care: a state of affairs. *European Early Childhood Education Research Journal* 05/2014, 22(3).

5.2. Ergebnisse des Berichtes vom Mai 2014

Zentrale Analysen aus dem Bericht zur Reform der Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF) (Peters & Jäger, Mai 2014)	
<i>Theoretische Annahmen</i>	<i>Analyse Umsetzung AEF</i>
<p>Implementierungsprozess gesamt Um ein Gesetz zu implementieren, braucht es Steuerung, Verfahren, Praxen.</p>	<p>Es sind zu wenige koordinierte Implementierungsmechanismen vorhanden bzw. vorhandene werden nicht zielführend und mit Blick auf den Gesamtprozess gesteuert (Gibt es einen gesteuerten Implementierungsprozess? Unklarheit darüber, was ist die von allen Beteiligten gewünschte Zukunft?) <i>Beispiele:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Es gibt Circulaires, aber wenig andere Aktivitäten, z. B. Fortbildungen zur Hilfeplanung (PI) - Ergebnisse aus Governance Arenen werden nicht konsequent weiterverarbeitet
<p>Normative Rahmungen Leitideen werden gesetzlich, reglementarisch und vertraglich festgelegt.</p>	<p>Bei der Leitidee Partizipation bleibt in Teilen offen, welche Formen konkret angestrebt werden und wie sie gelingen können. Es gibt im Sinne der Leitideen problematische Regelungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - zur Autorité Parentale - zur finanziellen „Partizipation“ der Eltern. <p>Der Vertragsgedanke zwischen Kindern/Eltern und Dienstleistern/ONE bietet keine hinreichende Basis für die notwendigen Prozesse im Sinne von Kindeswohl/-schutz.</p>
<p>Governance Arenen Akteure diskutieren, verhandeln, gestalten einen gemeinsamen Implementierungsprozess</p>	<p>Eine inhaltliche Steuerung des Implementierungsprozesses (v. a. Partizipation, Déjudiciarisation) ist unklar bzw. nicht vorhanden (s. o.). Wichtige Akteure sind in den Implementierungsprozess nicht einbezogen, z. B. Schulen, Eltern.</p>
<p>Interaktive Praxen entscheiden darüber, wie die Leitideen gelebt werden und welche Bedeutungen und Auswirkungen sie für die AdressatInnen des Gesetzes – Kinder und Familien – haben.</p>	<p>Wir wissen wenig über Praxen und darüber, wie Fachkräfte die Gesetzesreform erleben, mit ihr „zurechtkommen“ und umsetzen. Das Projet d'Intervention (PI) ist zentraler Dreh- und Angelpunkt des Gesetzes (siehe die andauernde Diskussion um den Circulaire 15). <i>Beispiel: Wie gelingt das praktische Herzstück der Reform, die Hilfeplanung? Inwieweit wird hier die Leitidee der Partizipation gelebt?</i></p>
<p><u>Rollen und Rollenzuschreibungen</u> sind zentrale bestimmende Elemente der interaktiven Praxen.</p>	<p>Rollenunklarheiten behindern die Umsetzung der Leitideen von Partizipation und Déjudiciarisation. Nicht alle Rollen werden im Sinne des Gesetzes bzw. im Sinne seiner fachlichen Ausgestaltung ausgefüllt. <i>Beispiele:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Coordinateurs de Projet d'Intervention (CPIs) übernehmen zentrale Funktionen für die Fallkoordination und -bearbeitung. Ihre Position wird jedoch wegen unklaren Rollen geschwächt. Beispiel: unklare Kriterien für ihre Beauftragung. - Das ONE als zentrale Institution tritt v. a. als Genehmigungsbehörde auf und nicht als Fachbehörde (Steuerung, Bedarfsklärung). - Das Gericht bietet im Zweifelsfall mehr Sicherheit für die Akteure (z. B. über Absicherung von Heimplätzen)
<p><u>Schnittstellengestaltung</u> Die Schnittstelle zwischen juristischen und sozialen Hilfen braucht Gestaltung.</p>	<p>Für den Aufbau eines Kontinuums juristischer und sozialer Hilfen gab es in der Umsetzung des Gesetzes keine ausgearbeitete Strategie zur systematischen Bearbeitung der Schnittstellen. Die Rollen von CPIs-SCAS, ONE-Gericht sind nicht hinreichend geklärt. Die Akteure der Basis (Schulen, Maisons Relais u. a.) sind wesentlich für den Falleingang und Hilfeverlauf (juristisch vs. freiwillig).</p>

5.3. Materialien

5.3.1. Fragebogen

Kinder- und Familienhilfe in Luxemburg

Eine Bilanz zur Gesetzesreform *Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF)*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die luxemburgische Kinder- und Familienhilfe befindet sich seit der Verabschiedung des Gesetzes AEF (loi 5754 relatif à l'aide à l'enfance et à la famille, 2008) in einem Reformprozess. Laut Beschluss des Parlamentes soll dieser Prozess bilanziert werden: Inwieweit werden die Ziele, partizipative und präventive Hilfen für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien zu schaffen, erreicht?

Mit dieser Befragung laden wir Sie dazu ein, Ihre Wahrnehmung des Reformprozesses und der damit einhergehenden Veränderungen in Ihrem Arbeitsfeld zu äußern.

Wir befragen alle im Kontext AEF tätigen Fach- und Führungskräfte. Es sollen Erfolge, Erreichtes und Problemfelder beleuchtet werden. Gleichzeitig möchten wir Hinweise erhalten, wie der Prozess weiterentwickelt werden kann. Die Ergebnisse werden im Frühjahr 2015 veröffentlicht.

Die Befragung ist freiwillig. Wir bitten Sie um Ihre persönlichen Einschätzungen; es gibt bei den Antworten kein richtig und kein falsch. Bitte beantworten Sie die Fragen alleine. Es werden soziodemographische Daten erhoben, die Antworten werden nicht mit Ihrer Person oder Ihrer Organisation in Verbindung gebracht.

Sie haben bei jeder Aussage mehrere Antwortmöglichkeiten, bitte kreuzen Sie die Antwort an, die Ihrer Meinung am ehesten entspricht. Möchten Sie einzelne Fragen nicht beantworten, so können Sie „weiß nicht“ bzw. „keine Angabe“ anklicken.

Bitte beantworten Sie den Fragebogen nur einmal. Zudem haben Sie in jedem Frageblock die Gelegenheit, wesentliche Aspekte zu ergänzen. Die Beantwortung der Fragen dauert ca. 20 Minuten.

Wir bedanken uns bereits vorab ganz herzlich für Ihre Unterstützung!

I. Veränderungen in der Kinder- und Familienhilfe

Wie schätzen Sie Veränderungen in der Kinder- und Familienhilfe in den letzten fünf Jahren ein?

Wenn möglich: Vergleichen Sie den heutigen Stand mit der Situation vor der Einführung des Gesetzes Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF). Bitte beantworten Sie dabei die Fragen möglichst in Bezug auf Ihre eigene Arbeit bzw. Organisation.

			Trifft gar nicht zu	Trifft eher nicht zu	Teils/teils	Trifft eher zu	Trifft sehr zu	Weiß nicht/keine Angabe
1	Z1	Die Eltern kennen die freiwilligen Hilfen (mesures d'aide) heute besser als vor der Einführung des Gesetzes AEF.	<input type="radio"/>					
2	P1	Für Eltern und Familien ist es heute einfacher geworden, sich an der Planung und Gestaltung von Hilfen (mesures d'aide) zu beteiligen.	<input type="radio"/>					
3	D2	Hilfe wird auch heute meist <i>nicht</i> frühzeitig angefragt, sondern erst, wenn die Gefährdung der Kinder/Jugendlichen hoch ist.	<input type="radio"/>					
4	T3	Heute gibt es mehr „Hilfen aus einer Hand“, d. h. Prestataires mit einem breiten Spektrum von Dienstleistungen (prestations).	<input type="radio"/>					
5	Pr1	Durch das Gesetz Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF) wurden wichtige Prozesse zur Professionalisierung in der Sozialarbeit und Sozialpädagogik angestoßen.	<input type="radio"/>					
6	K1	Das Gesetz Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF) führt insgesamt <i>nicht</i> zu mehr und besserer Kooperation und Koordination mit anderen Professionellen.	<input type="radio"/>					
7	D1	Die Professionellen, die „an der Basis“ mit Kindern und Familien arbeiten (z. B. in Maison Relais, Schule, Santé) wenden sich nach wie vor eher an die Justiz (Jugendgericht, Parquet, SCAS) als an das ONE.	<input type="radio"/>					
8	Z4	Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien erhalten heute passendere (individuellere, flexiblere) Hilfen.	<input type="radio"/>					

Weiter geht's ...

Veränderungen in der Kinder- und Familienhilfe

Wie schätzen Sie Veränderungen in der Kinder- und Familienhilfe in den letzten fünf Jahren ein?

			Trifft gar nicht zu	Trifft eher nicht zu	Teils/teils	Trifft eher zu	Trifft sehr zu	Weiß nicht/keine Angabe
9	Z2	Heute ist es für Familien leichter, freiwillig Hilfen anzufragen.	<input type="radio"/>					
10	P2	Kinder werden heute <i>nicht</i> stärker in die Planung und Durchführung von Hilfen einbezogen als früher.	<input type="radio"/>					
11	T1	Die neuen Finanzierungsmodelle <i>erschweren</i> es, professionell und orientiert an den Bedarfen (les besoins) der Hilfeempfänger (Bénéficiaires) zu arbeiten.	<input type="radio"/>					
12	D4	Die Kooperation zwischen der Kinder- und Familienhilfe (AEF) und der Justiz ist klar geregelt (z. B. eindeutige Aufgaben und Rollen von SCAS, CPI, Jugendgericht, ONE).	<input type="radio"/>					
13	A1	Die Arbeitsplätze in der Kinder- und Familienhilfe sind mit dem Gesetz unsicherer geworden.	<input type="radio"/>					
14	Z3	Familien, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erhalten heute mehr Hilfen.	<input type="radio"/>					
15	K4	Heute wird in der Gestaltung von Hilfen verstärkt mit Akteuren kooperiert, die nicht direkt zur Kinder- und Familienhilfe gehören (z. B. Schulen, Santé).	<input type="radio"/>					
16	Pr 2	Das Gesetz Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF) führt <i>nicht</i> zu einer größeren Fachlichkeit in der Kinder- und Jugendhilfe.	<input type="radio"/>					
17	K3	Bei der Arbeit mit einer Familie gelingt die Kooperation zwischen der Kinder- und Familienhilfe und der Justiz (Jugendgericht, Parquet, SCAS) heute besser.	<input type="radio"/>					

Weiter geht's ...

Veränderungen in der Kinder- und Familienhilfe

Wie schätzen Sie Veränderungen in der Kinder- und Familienhilfe in den letzten fünf Jahren ein?

			Trifft gar nicht zu	Trifft eher nicht zu	Teils/teils	Trifft eher zu	Trifft sehr zu	Weiß nicht/keine Angabe
18	Z5	Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien erhalten schneller Hilfen als früher (geringere Wartezeiten).	<input type="radio"/>					
19	D3	Familien möchten nach wie vor oft <i>keine</i> (freiwillige) Hilfe, so dass die Justiz (Jugendgericht, Parquet, SCAS) eingeschaltet werden muss.	<input type="radio"/>					
20	P3	Die Professionellen bemühen sich heute verstärkt um Beteiligung der Bénéficiaires (Kinder/Jugendliche/junge Erwachsene, Eltern) an der Planung und Gestaltung von Hilfen.	<input type="radio"/>					
21	A2	Seit der Gesetzesreform mache ich mir mehr Sorgen um meine berufliche Zukunft als früher.	<input type="radio"/>					
22	T2	Die Hilfen (mesures d'aide) sind heute besser regional verteilt.	<input type="radio"/>					
23	Pr3	Durch das Gesetz Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF) wurden die fachliche Reflexion und der Austausch in der Kinder- und Familienhilfe gestärkt.	<input type="radio"/>					
24	D5	Das Jugendgericht bietet mehr Sicherheit als das ONE, z. B. weil es schneller entscheidet oder Hilfen und z. B. Heimplätze verordnen kann.	<input type="radio"/>					
25	K2	Die Hilfen für eine Familie werden heute besser zwischen den beteiligten Institutionen der Kinder- und Familienhilfe koordiniert.	<input type="radio"/>					
26	A3	Mit der Reform sind für mich interessante neue Arbeitsperspektiven und Herausforderungen entstanden.	<input type="radio"/>					

Anmerkungen und Ergänzungen

Haben Sie Anmerkungen zu den Änderungen in der Kinder- und Familienhilfe seit Einführung des Gesetzes AEF oder fehlen Ihnen wichtige Aspekte? Hier haben Sie Platz:

II. Weitere Aspekte zum Feld der Kinder- und Familienhilfe

Bitte beurteilen Sie weitere Aspekte zum Feld der Kinder- und Familienhilfe. Denken Sie dabei möglichst an Ihre Erfahrungen im Jahr 2014

			Trifft gar nicht zu	Trifft eher nicht zu	Teils/teils	Trifft eher zu	Trifft sehr zu	Weiß nicht/keine Angabe
1	F1	In der Arbeit mit einem Bénéficiaire ist klar geregelt, wer die Verantwortung für Entscheidungen trägt.	<input type="radio"/>					
2	F2	Es ist jeweils deutlich, wer zuständig ist, ein Projet d'Intervention mit dem Kind / Jugendlichen / jungen Erwachsenen und seiner Familie auszuarbeiten.	<input type="radio"/>					
3	F3	In der Arbeit mit einer Familie / einem Bénéficiaire werden Entscheidungen zur Gestaltung der Hilfen (mesures d'aide) transparent besprochen und begründet.	<input type="radio"/>					

Hier haben Sie Platz für Anmerkungen und Ergänzungen:

III. Gesamtbeurteilung der Reform

Wie schätzen Sie die Gesetzesreform insgesamt ein? Bitte denken Sie dabei vor allem an Ihre Erfahrungen im Jahr 2014.

			Trifft gar nicht zu	Trifft eher nicht zu	Teils / teils	Trifft eher zu	Trifft sehr zu	Weiß nicht/keine Angabe
1	ZG1	Insgesamt bin ich mit dem Reformprozess Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF) zufrieden.	<input type="radio"/>					
2	S3	Das Feld der Kinder- und Familienhilfe wird <i>systematisch</i> weiterentwickelt.	<input type="radio"/>					
3	S1	Die Akteure der Kinder- und Familienhilfe (z. B. Prestataires, ONE, Ministerium) entwickeln das Feld der Kinder- und Familienhilfe <i>gemeinsam</i> weiter.	<input type="radio"/>					
4	S2	Die professionellen Akteure der Kinder- und Familienhilfe haben geteilte Leitideen.	<input type="radio"/>					
5	ZG2	Das Gesetz Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF) hat insgesamt zu <i>keinen</i> Verbesserungen in der Kinder- und Familienhilfe geführt.	<input type="radio"/>					

Hier haben Sie Platz für Anmerkungen und Ergänzungen:

IV. Beteiligung der Bénéficiaires

Die Beteiligung der Kinder / Jugendlichen / jungen Erwachsenen und ihrer Eltern an der Planung, Gestaltung und Evaluation von Hilfen (mesures d'aide) ist wesentlicher Bestandteil des Gesetzes Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF). Die Sichtweisen der Bénéficiaires sollen erfragt, respektiert und mitbedacht werden; sie sollen Entscheidungen und Aufgaben verantwortlich übernehmen.

Beteiligung soll insbesondere während der Entwicklung des „Projet d'Intervention socio-éducatif et psychosocial“ systematisch stattfinden (Partizipation am PI). Beteiligung zu stärken ist somit ein wesentliches Ziel der Gesetzesreform.

Bitte beurteilen Sie zunächst das **Ziel der verstärkten Beteiligung** im Allgemeinen:

1	PZ1	Bezogen auf den „intérêt supérieur de l'enfant“ ist das Ziel der Beteiligung der Bénéficiaires...	nicht wichtig <input type="radio"/>	eher nicht wichtig <input type="radio"/>	teils/ teils <input type="radio"/>	eher wichtig <input type="radio"/>	sehr wichtig <input type="radio"/>	weiß nicht/keine Angabe <input type="radio"/>
2	PZ2	Inwieweit wurde das Ziel der Beteiligung in der Kinder- und Familienhilfe bislang erreicht?	gar nicht <input type="radio"/>	wenig <input type="radio"/>	teils/ teils <input type="radio"/>	gut <input type="radio"/>	sehr gut <input type="radio"/>	Weiß nicht/keine Angabe <input type="radio"/>

Hier haben Sie Platz für Anmerkungen und Ergänzungen:

Beteiligung der Bénéficiaires

Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen:

1	PZ3	Auch ohne Beteiligung des Kindes / Jugendlichen / jungen Erwachsenen und seiner Familie können erfahrene Fachkräfte zu verlässlichen Diagnosen und Zielformulierungen kommen.	Trifft gar nicht zu <input type="radio"/>	Trifft eher zu <input type="radio"/>	teils/ teils <input type="radio"/>	Trifft eher zu <input type="radio"/>	Trifft sehr zu <input type="radio"/>	Weiß nicht/keine Angabe <input type="radio"/>
2	PZ4	Mir ist es ein wichtiges Anliegen, Beteiligung von Kindern / Jugendlichen / jungen Erwachsenen und ihren Familien an den Hilfen (mesures d'aide) zu fördern.	Trifft gar nicht zu <input type="radio"/>	Trifft eher zu <input type="radio"/>	teils/ teils <input type="radio"/>	Trifft eher zu <input type="radio"/>	Trifft sehr zu <input type="radio"/>	Weiß nicht/keine Angabe <input type="radio"/>
3	PZ5	Ich sehe es als professionellen Auftrag, Beteiligung der Bénéficiaires auch unter schwierigen Bedingungen zu ermöglichen (z. B. bei Schwierigkeiten mit Sprache, kulturellem Hintergrund, Verhalten der Eltern).	Trifft gar nicht zu <input type="radio"/>	Trifft eher zu <input type="radio"/>	teils/ teils <input type="radio"/>	Trifft eher zu <input type="radio"/>	Trifft sehr zu <input type="radio"/>	Weiß nicht/keine Angabe <input type="radio"/>

Hier haben Sie Platz für Anmerkungen und Ergänzungen:

Beteiligung der Bénéficiaires an der Hilfeplanung (Projet d'Intervention)

Sind Sie persönlich an der Erstellung von Projets d'Intervention (PI bzw. Proposition de PI) beteiligt?

- Ja
- Nein

Wenn Ja: [Ansonsten weiter mit Fragen zu CPI]

Was erschwert Ihrer Erfahrung nach Beteiligung der Bénéficiaires während der Hilfeplanung?

Im Folgenden finden Sie Aspekte dazu, was Beteiligung der Bénéficiaires während der Erstellung eines Projet d'Intervention (PI, bzw. Proposition de PI) erschweren kann. Auf welche konkreten Schwierigkeiten sind Sie 2014 getroffen?

(„Trifft gar nicht zu“ bedeutet, dass Sie diesen Aspekt nie als Schwierigkeit erlebt haben. „Trifft sehr zu“ bedeutet, dass Sie diesen Aspekt als stark erschwerend erlebt haben.)

			Trifft gar nicht zu	Trifft eher nicht zu	Teils / teils	Trifft eher zu	Trifft sehr zu	Weiß nicht/ keine Angabe
1	PH 1	Das Formular zum Projet d'Intervention (FG 2) ist kompliziert.	<input type="radio"/>					
2	PH 2	Die Eltern müssen das Dokument (FG 2) unterschreiben.	<input type="radio"/>					
3	PH 3	Die finanzielle Beteiligung der Eltern („participation financière“).	<input type="radio"/>					
4	PH 4	Es werden sensible Informationen über die Familie an eine für die Familie anonyme Stelle (ONE) weitergegeben. Dies steht im Konflikt mit dem secret professionnel.	<input type="radio"/>					
5	PH 5	Es fehlt an Geld: Notwendige Tätigkeiten zur Förderung der Partizipation können nicht abgerechnet werden.	<input type="radio"/>					
6	PH 6	Es fehlt an Zeit: z. B. für Gespräche mit Familienmitgliedern.	<input type="radio"/>					

Weiter geht's ...

Auf welche konkreten Schwierigkeiten sind Sie 2014 getroffen, Bénéficiaires während der Erstellung eines Projet d'Intervention (PI bzw. Proposition de PI) zu beteiligen?

(„Trifft gar nicht zu“ bedeutet, dass Sie diesen Aspekt nie als Schwierigkeit erlebt haben. „Trifft sehr zu“ bedeutet, dass Sie diesen Aspekt als stark erschwerend erlebt haben.)

			Trifft gar nicht zu	Trifft eher nicht zu	Teils/te ils	Trifft eher zu	Trifft sehr zu	Weiß nicht/keine Angabe
7	PH 7	Professionelle haben unklare bzw. unterschiedliche Verständnisse von Partizipation (Beteiligung).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
8	PH 8	Die Rollen und Aufgabenteilung zwischen ONE, Service CPI und Prestataires sind unklar.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
9	PH 9	Die Beteiligten (Familie, Fachkräfte) sprechen unterschiedliche Sprachen (z. B. Luxemburgisch, Französisch, Portugiesisch) und können sich deshalb nicht verständigen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
10	PH 10	Professionelle und Bénéficiaires können sich aufgrund unterschiedlicher Hintergründe (z. B. Fachsprache der Professionellen, Unterschiede in Kultur/Milieu) nicht verständigen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
11	PH 11	Das Kind / der Jugendliche / die junge Erwachsene kann sich nicht ausdrücken (z. B. weil sie/er sehr jung, wenig gebildet, „handikapiert“ ist).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
12	PH 12	Die Eltern können sich nicht ausdrücken (z. B. weil sie wenig gebildet, „handikapiert“ sind).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Weiter geht's ...

Auf welche konkreten Schwierigkeiten sind Sie 2014 getroffen, Bénéficiaires während der Erstellung eines Projet d'Intervention (PI bzw. Proposition de PI) zu beteiligen?

(„Trifft gar nicht zu“ bedeutet, dass Sie diesen Aspekt nie als Schwierigkeit erlebt haben. „Trifft sehr zu“ bedeutet, dass Sie diesen Aspekt als stark erschwerend erlebt haben.)

			Trifft gar nicht zu	Trifft eher nicht zu	Teils/t eils	Trifft eher zu	Trifft sehr zu	Weiß nicht/ keine Angabe
13	PH 13	Die Eltern sind uneinsichtig und kooperieren nicht (z. B. sie verstehen den Bedarf ihres Kindes nicht, erscheinen nicht zu Terminen).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
14	PH 14	Konflikte innerhalb der Familie (z. B. zwischen getrennten Eltern, zwischen Eltern und den Jugendlichen).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
15	PH 15	Die Kooperation unter den Professionellen ist schwierig (z. B. verschiedene professionelle Hintergründe und Fachsprachen, unklare Rollen, Sprachbarrieren).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
16	PH 16	Bénéficiaires und Professionelle finden keine gemeinsamen Ziele.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
17	PH 17	Es fällt schwer, als Fachkraft einen klaren Standpunkt bzgl. des Schutzes eines Kindes / Jugendlichen zu vertreten (z. B. Gefährdung konkret zu benennen).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
18	PH 18	Es ist schwierig, das Gespräch in der réunion de concertation zu leiten (z. B. zu strukturieren, moderieren, ...).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
19	PH 19	Eltern können aus guten Gründen nicht an der Hilfeplanung teilnehmen (z. B. Erkrankung, Aufenthalt im Ausland).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Anmerkungen und Ergänzungen

Haben Sie Anmerkungen zu den Schwierigkeiten, Bénéficiaires bei der Hilfeplanung zu beteiligen oder fehlen Ihnen wichtige Aspekte? Hier haben Sie Platz:

V. Rollen auf Aufgaben im Feld AEF

Folgende Fragen werden – jeweils getrennt – auf die Coordinateurs de Projet d’Intervention (CPI) und auf das Office Nationale de l’Enfance (ONE) bezogen. Die ersten Fragen betreffen nur die Services CPI.

Coordinateur de Projet d’Intervention (CPI)

Mit dem Gesetz wurden drei Services CPI geschaffen (ACPI, La Cordée, Service CPI de la Croix Rouge). Welche Aufgaben, Funktionen und Rollen hat Ihrer Erfahrung nach ein Coordinateur de Projet d’Intervention (CPI)? Bitte schätzen Sie ein, inwieweit ein CPI im Jahr 2014 insgesamt die genannte Aufgabe ausfüllt.

		Ein Coordinateur de Projet d’Intervention (CPI) ...	Trifft gar nicht zu	Trifft eher nicht zu	Teils/teils	Trifft eher zu	Trifft sehr zu	Weiß nicht/keine Angabe
1	R1.C	... eröffnet Familien, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen frühen, einfachen Zugang zu Hilfen (mesures d’aide).	<input type="radio"/>					
2	R2.C	... sorgt dafür, dass eine fachliche Einschätzung des Hilfebedarfs (besoins) eines Bénéficiaires gelingt.	<input type="radio"/>					
3	R3.C	... genehmigt Gelder.	<input type="radio"/>					
4	R4.C	... fördert die Beteiligung der Bénéficiaires an der Planung und Gestaltung von Hilfen.	<input type="radio"/>					
5	R5.C	... verteilt freie Heimplätze.	<input type="radio"/>					
6	R6.C	... koordiniert Hilfen für einen Bénéficiaire.	<input type="radio"/>					
7	R7.C	... erleichtert dem Prestataire die Arbeit mit den Familien.	<input type="radio"/>					

Weiter geht's ...

Bitte schätzen Sie ein, inwieweit ein CPI im Jahr 2014 insgesamt die genannte Aufgabe ausfüllt.

		Ein Coordinateur de Projet d'Intervention (CPI) ...	Trifft gar nicht zu	Trifft eher nicht zu	Teils/teils	Trifft eher zu	Trifft sehr zu	Weiß nicht/keine Angabe
8	R8. C	... übt Zwang und Kontrolle über Familien aus.	<input type="radio"/>					
9	R9. C	... sorgt für Sicherheit für Kinder / Jugendliche / junge Erwachsene.	<input type="radio"/>					
10	R10 .C	... sorgt für Sicherheit für Professionelle.	<input type="radio"/>					
11	R11 .C	... kontrolliert die Prestataires bezüglich formaler Anforderungen.	<input type="radio"/>					
12	R12 .C	... überprüft die Fachlichkeit der Prestataires.	<input type="radio"/>					
13	R13 .C	... unterstützt die Prestataires bei der Dokumentation.	<input type="radio"/>					
14	R14 .C	... fördert Kooperation zwischen den unterschiedlichen Prestataires der Kinder- und Familienhilfe.	<input type="radio"/>					
15	R15 .C	... entwickelt die Professionalität von Sozialarbeit / Sozialpädagogik in der Kinder- und Familienhilfe.	<input type="radio"/>					

Anmerkungen und Ergänzungen

Haben Sie Anmerkungen zu den Aufgaben und Rollen eines Coordinateur de Projet d'Intervention (CPI) oder fehlen Ihnen wichtige Aspekte? Hier haben Sie Platz:

Das Office Nationale de l'Enfance (ONE)

Welche Aufgaben, Funktionen und Rollen hat Ihrer Erfahrung nach das Office Nationale de l'Enfance (ONE)? Bitte schätzen Sie ein, inwieweit das ONE im Jahr 2014 insgesamt die genannte Aufgabe ausfüllt.

		Das ONE ...	Trifft gar nicht zu	Trifft eher nicht zu	Teils/teils	Trifft eher zu	Trifft sehr zu	Weiß nicht/keine Angabe
1	R1.O	... eröffnet Familien, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen frühen, einfachen Zugang zu Hilfen (mesures d'aide).	<input type="radio"/>					
2	R2.O	... sorgt dafür, dass eine fachliche Einschätzung des Hilfebedarfs (besoins) eines Bénéficiaires gelingt.	<input type="radio"/>					
3	R3.O	... genehmigt Gelder.	<input type="radio"/>					
4	R4.O	... fördert die Beteiligung der Bénéficiaires an der Planung und Gestaltung von Hilfen.	<input type="radio"/>					
5	R5.O	... verteilt freie Heimplätze.	<input type="radio"/>					
6	R6.O	... koordiniert Hilfen für einen Bénéficiaire.	<input type="radio"/>					
7	R7.O	... erleichtert dem Prestataire die Arbeit mit den Familien.	<input type="radio"/>					
8	R8.O	... übt Zwang und Kontrolle über Familien aus.	<input type="radio"/>					
9	R9.O	... sorgt für Sicherheit für Kinder / Jugendliche / junge Erwachsene.	<input type="radio"/>					
10	R10.O	... sorgt für Sicherheit für Professionelle.	<input type="radio"/>					
11	R11.O	... kontrolliert die Prestataires bezüglich formaler Anforderungen.	<input type="radio"/>					
12	R12.O	... überprüft die Fachlichkeit der Prestataires.	<input type="radio"/>					
13	R13.O	... unterstützt die Prestataires bei der Dokumentation.	<input type="radio"/>					
14	R14.O	... fördert Kooperation zwischen den unterschiedlichen Prestataires der Kinder- und Familienhilfe.	<input type="radio"/>					
15	R15.O	... entwickelt die Professionalität von Sozialarbeit / Sozialpädagogik in der Kinder- und Familienhilfe.	<input type="radio"/>					

Anmerkungen und Ergänzungen

Haben Sie Anmerkungen zu den Aufgaben und Rollen des ONE oder fehlen Ihnen wichtige Aspekte? Hier haben Sie Platz:

VI. Die wichtigste Veränderung

Was ist für Sie die wichtigste Veränderung, die durch das Gesetz Aide à l'Enfance et à la Famille (AEF) angestoßen wurde?

VII. Ergänzungen und Anmerkungen

Hier haben Sie Platz für weitere Ergänzungen und Anmerkungen:

VIII. Allgemeine Daten

In welchem Arbeitsfeld sind Sie tätig? (Mehrfachnennungen möglich)	ambulante Hilfen	<input type="radio"/>
	stationäre Hilfen	<input type="radio"/>
	Service CPI	<input type="radio"/>
	Anderes	<input type="radio"/>
	Keine Angabe	<input type="radio"/>

Sind Sie freiberuflich tätig?	<input type="radio"/> Ja
	<input type="radio"/> Nein
	<input type="radio"/> Keine Angabe

Wie wird Ihre Arbeit finanziert ? (Mehrfachnennungen möglich)	Über eine Convention	<input type="radio"/>
	Über Forfaits	<input type="radio"/>
	Als staatlicher Träger	<input type="radio"/>
	Weiß nicht / keine Angabe	<input type="radio"/>

Welche Ausbildung haben Sie? (Mehrfachnennungen möglich)	Pädagoge/-in, Sozialarbeiter/-in, graduierte/r Erzieher/-in, Bachelor BSSE oder vergleichbar	<input type="radio"/>
	Erzieher/-in	
	Psychologe/-in, Psychotherapeut/-in oder vergleichbar	<input type="radio"/>
	Andere	<input type="radio"/>
	Keine Angabe	<input type="radio"/>

Sind Sie einer Leitungsfunktion tätig?	<input type="radio"/> Ja			
	<input type="radio"/> Nein			
	<input type="radio"/> Keine Angabe / trifft nicht zu			
Wenn ja, welche? <i>(Mehrfachnennungen möglich)</i>	Gruppenleitung (Chef de groupe)	<input type="radio"/>	Leitung einer einzelnen Einrichtung (z. B. Heim)	<input type="radio"/>
	pädagogische Leitung	<input type="radio"/>	Leitung eines Trägers (Direktor/in, Gesamtvorsitzende/r)	<input type="radio"/>
	Ehrenamtlicher Vorstand / Verwaltungsrat	<input type="radio"/>	Sonstige	<input type="radio"/>

Geschlecht	weiblich	<input type="radio"/>
	männlich	<input type="radio"/>
	anderes bzw. keine Angabe	<input type="radio"/>

Seit wann arbeiten Sie in der Kinder- und Familienhilfe?	weniger als 3 Jahre	<input type="radio"/>	16 bis 25 Jahre	<input type="radio"/>
	3 bis 5 Jahre	<input type="radio"/>	mehr als 25 Jahre	<input type="radio"/>
	6 bis 15 Jahre	<input type="radio"/>	<i>keine Angabe</i>	<input type="radio"/>

5.3.2. Fragen für Gruppendiskussion

1. Bild entwickeln lassen

Aus der Perspektive der Grundschule / des Jugendgerichts / des SPOS / des SCAS, welche wichtigen Akteure / Organisationen gibt es für Sie im Kontext AEF – Kinder- und Familienhilfe?

- a) Bitte notieren Sie jeweils einen Namen (Organisation, Akteur) auf eine Moderationskarte.
- b) Bitte ordnen Sie sich selbst als Akteur ein – wie sehen Sie sich im Verhältnis zu den anderen Akteuren (vorbereitete Karte „Grundschule“/...): Wie nahe, wie weit weg sind für Sie (ihre Organisation, ihr Arbeitsfeld) die genannten Akteure (bezogen auf das Feld Kinder- und Familienhilfe)?
- c) Bitte qualifizieren Sie die Beziehungen zwischen den Akteuren (v. a. Ihre Beziehung zu den Akteuren). (kooperativ, ambivalent, konfliktbeladen, nicht relevant / keine Beziehung)
 - Welche Beispiele gibt es jeweils?
 - Gibt es typische Beziehungen? Haben Beziehungen sich verändert? Haben sich mit dem Gesetz AEF neue Beziehungen herausgebildet?
 - Hat Ihr Arbeitsfeld, ihre Organisation, Einfluss auf die Gestaltung des Feldes und der Beziehungen?

2. Weitere Fragen

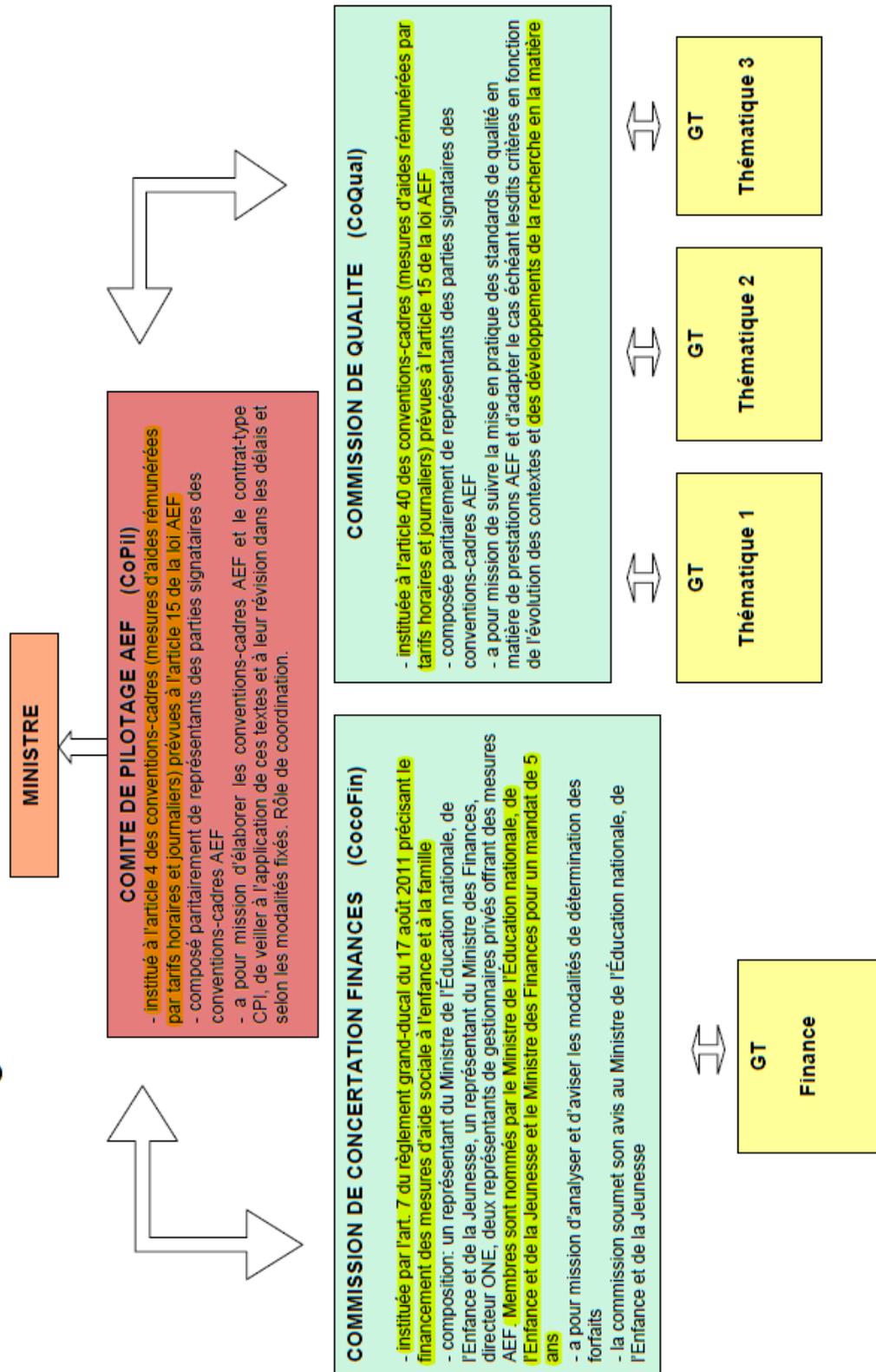
- a) Was ist für Sie am Feld der Kinder- und Familienhilfe charakteristisch?
- b) Was sind die wesentlichen Veränderungen im Vergleich zu vorher (2008/2011)?
- c) Welche Auswirkungen haben diese Veränderungen auf Ihr Arbeitsfeld, auf Ihre Organisation?
Bitte konkretisieren, Beispiele nennen.

3. Abschluss

- a) Welche Perspektiven sehen Sie, was wäre für Ihre Arbeit nützlich?
- b) Wie kann die Schnittstelle zwischen Ihrem System (Schule/Gericht/SCAS ...) und der Kinder- und Familienhilfe gestaltet werden?

5.3.3. Dialogue structuré

Dialogue structuré entre le Ministère et les acteurs AEF



20/06/2014

Quelle: Vorlage Commission Qualité (2014)

5.3.4. Statistiken des ONE

Aides	Datum	1.04. 2010	1.04. 2010	1.10. 2010	1.04. 2011	1.10. 2011	1.04. 2012	1.10. 2012	1.04. 2013	1.10. 2013	1.04. 2014	1.10. 2014	1.04. 2015
Accueil classic ¹⁰⁰		457	457	458	467	456	478	466	463	474	484	487	491
AUSCPA ¹⁰¹		38	38	24	51	47	52	50	51	49	42	45	48
CSSE ¹⁰²		103	103	108	96	96	108	97	103	96	96	87	92
Accueil spéc. j/n		20	20	31	72	76	51	46	45	47	33	37	39
Accueil spéc. j							25	16	19	15	19	20	19
Institution à l'étranger		154	154	146	154	149	134	127	124	114	123	1258	134
Famille d'accueil j/n		356	356	363	344	334	356	385	424 (118 ¹⁰³)	435 (128)	459 (159)	482 (167)	482 (175)
Total		1128	1128	1130	1203	1157	1204	1160	1229	1230	1256	1283	1305
REFUGE (Start 1.04.12)								2					
SLEMO				94	91	107	128		112	128	135	156	162
Famille d'accueil de jour				197	168	174	137		115	68	58	52	47

Tabelle 19: Anzahl der Kinder in Hilfemaßnahmen (Daten ONE, eigene Zusammenstellung)

Aides	Datum	1.10. 2011 ¹⁰⁴	1.04. 2012	1.10. 2012	1.04. 2013	1.10. 2013	1.04. 2014	1.10. 2014	1.04. 2015
Accueil class.		86	86	84	78	85	75	75	73
AUSCPA		89	90	76	94	89	79	82	94
CSSE		100	100	100	100	100	100	100	100
Accueil spécifique .j/n		46	58	56	49	75	55	40	35
Accueil spécifique			16 ¹⁰⁵	0	21	20	58	80	84
Institution à l'étranger		45	57	48	59	60	62	57	57
Famille d'accueil		89	82	85	84	84	84	83	85
Total		80	80	79	79	82	78	77	78

Tabelle 20: Prozentualer Anteil der judiciarisierten Hilfen an allen Hilfen (%).(Daten ONE, eigene Zusammenstellung)

100 Der Accueil Classique (CAC) umfasst den accueil de base, orthopédagogique und den accueil für Kinder unter 3 Jahren.

101 Einrichtungen der Krisenintervention für Kinder von 0-18

102 Centres socio-éducatifs Dreiborn und Schrassig

103 Ab hier werden die Pflegekinder in der Verwandtschaftspflege (Zahl in Klammer) gesondert ausgewiesen.

104 Ab diesem Zeitpunkt liegen die Zahlen für die juristischen und freiwilligen Hilfen vor.

105 Ab hier wurde die Tages- und die Tages- und Nachtbetreuung getrennt ausgewiesen; bis dahin ist in den Zahlen beides enthalten.

5.2. Ergebnisse Fragebogen

5.2.1. ONE – Faktorenanalyse

ONE als fachlicher Experte

Faktor 1, 32.23 % der Varianz
 Skala (8 Items): Cronbach'a $\alpha = .88$ (M = 2.44, Item Varianz: 1.09)
 Höchste Item-Total-Korrelation: Entwicklung von Professionalität (r = .71)
 Skalenwerte: M = 2.53, SD = .82, N = 186
 staatl. Träger: M = **2.77**, SD = .65, N = 40 // freie Träger: M = **2.46**, SD = .86, N = 146

Item	Statistiken
Das ONE erleichtert dem Prestataire die Arbeit mit den Familien.	Faktorladung = .81 M = 2.12, SD = 1.10, N = 174 staatl.: M = 2.45, SD = .86, N = 38 freie: M = 2.03, SD = 1.02, N = 136
Das ONE sorgt für Sicherheit für Kinder / Jugendliche / junge Erwachsene.	Faktorladung = .79 M = 2.74, SD = 1.14, N = 171 staatl.: M = 2.85, SD = 1.05, N = 40 // freie: M = 2.71, SD = 1.17, N = 13
Das ONE koordiniert Hilfen für einen Bénéficiaire.	Faktorladung = .78 M = 2.59, SD = 1.04, N = 173 staatl.: M = 2.82, SD = .87, N = 38 freie: M = 2.53, SD = 1.08, N = 135
Das ONE sorgt für Sicherheit für Professionelle.	Faktorladung = .77 M = 2.24, SD = 1.04, N = 165 staatl.: M = 2.46, SD = .77, N = 37 freie: M = 2.17, SD = 1.10, N = 128
Das ONE entwickelt die Professionalität von Sozialarbeit / Sozialpädagogik in der Kinder- und Familienhilfe.	Faktorladung = .69 M = 2.47, SD = 1.11, N = 162 staatl.: M = 2.80, SD = .99, N = 35 freie: M = 2.38, SD = 1.23, N = 127
Das ONE fördert Kooperation zwischen den unterschiedlichen Prestataires der Kinder- und Jugendhilfe.	Faktorladung = .64 M = 2.59, SD = 1.01, N = 158 staatl.: M = 2.97, SD = .87, N = 34 freie: M = 2.49, SD = 1.02, N = 124
Das ONE unterstützt die Prestataires bei der Dokumentation.	Faktorladung = .60 M = 2.25, SD = 1.0, N = 168 staatl.: M = 2.81, SD = .97, N = 32 freie: M = 2.12, SD = .96, N = 136
Das ONE fördert die Beteiligung der Bénéficiaires an der Planung und Gestaltung von Hilfen.	Faktorladung = .56 M = 2.88, SD = 1.10, N = 173 staatl.: M = 2.92, SD = .92, N = 37 freie: M = 2.88, SD = 1.15, N = 136

ONE als Kontrolleur von Prestataires

Faktor 2, 11.98 % der Varianz
 Skala (2 Items): Cronbach'a $\alpha = .56$ (M = 3.66, Item Varianz: 1.19)
 Korrelation: r = .39 (p < 001)

Skalenwerte: M = 3.72, SD = .90, N = 174
 staatl.: **M = 3.54**, SD = .76, N = 36 // freie: **M = 3.76**, SD = .93, N = 138

<i>Item</i>	<i>Statistiken</i>
Das ONE überprüft die Fachlichkeit der Prestataires.	Faktorladung = .74 M = 3.29, SD = 1.18, N = 161 staatl.: M = 3.33, SD = .96, N = 33 freie: M = 3.27, SD = 1.23, N = 128
Das ONE kontrolliert die Prestataires bezüglich formaler Anforderungen.	Faktorladung = .70 M = 4.07, SD = .97, N = 173 staatl.: M = 3.67, SD = .83, N = 36 freie: M = 4.18, SD = .98, N = 137

ONE als Promotor freiwilliger Hilfen

Faktor 3, 11.31 %
 Skala (3 Items): Cronbach's $\alpha = .74$ (M = 2.98, Item Varianz: 1.31)
 Höchste Item-Total-Korrelation: Eröffnung eines niedrighschwelligem Zugangs (.64)
 Skalenwerte M = 2.97, SD = .89, N = 187
 staatl.: 3.16, SD = .85, N = 41 // freie: M = 2.92, SD = .90, N = 146

<i>Item</i>	<i>Statistiken</i>
Das ONE übt Zwang und Kontrolle über Familien aus.	Faktorladung = -.89 (negative Ladung) M = 2.76, SD = 1.20, N = 163 staatl.: M = 2.76, SD = 1.15, N = 38 freie: M = 2.76, SD = 1.21, N = 125
Das ONE sorgt dafür, dass eine fachliche Einschätzung des Hilfebedarfs (besoins) eines Bénéficiaires gelingt.	Faktorladung = .80 M = 2.79, SD = 1.13, N = 175 staatl.: M = 3.14, SD = 1.0, N = 37 freie: M = 2.70, SD = 1.15, N = 138)
Das ONE eröffnet Familien, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen frühen, einfachen Zugang zu Hilfen (mesures d'aide).	Faktorladung = .50 M = 2.90, SD = 1.05, N = 177 staatl.: M = 3.13, SD = .89, N = 39 freie: M = 2.83, SD = 1.08, N = 138

ONE als Verwalter von Geldern und Heimplätzen

Faktor 4, 9.26 %
 Skala (2 Items): Cronbach's $\alpha = .53$ (M = 3.87, Item Varianz: 1.46)
 Korrelation: $r = .36$ ($p < .001$)
 Skalenwerte: M = 3.87, SD = 1.02, N = 186
 staatl.: M = 3.99, SD = .94, N = 41 // freie: M = 3.84, SD = 1.04, N = 145

<i>Item</i>	<i>Statistiken</i>
Das ONE genehmigt Gelder	Faktorladung = .62 // M = 4.18, SD = 1.04, N = 182 staatl.: M = 4.36, SD = .99, N = 39 // freie: M = 4.13, SD = 1.06, N = 143
Das ONE verteilt Heimplätze	Faktorladung = .86 // M = 3.51, SD = 1.37, N = 157 staatl.: M = 3.64, SD = 1.3, N = 39 // freie: M = 3.47, SD = 1.39, N = 118

5.2.2. CPIs – Faktorenanalyse

Fachliche Experten für freiwillige Hilfen (26.95 % der Varianz)

Die Rolle wird teilweise erfüllt.

Items und Faktorladung

- Sicherung der fachlichen Einschätzung des Hilfebedarfs (Faktorladung .85)
- Eröffnung eines niedrigschwelligen Zugangs zu Hilfen (.82)
- Schaffung von Sicherheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene (.73)
- Förderung der Kooperation zwischen Prestataires (.60)
- Entwicklung von Professionalität im Sektor (.59)
- Förderung von Partizipation (.58)
- Stärkung der Koordination der Hilfen (.53)
- Zwang und Kontrolle über Familien (-.51)

Skala (8 Items): Cronbach'a $\alpha = .85$ (M = 3.29, Item Varianz: .95)

Höchste Item-Total-Korrelation: Sicherung der fachlichen Einschätzung des Hilfebedarfs (.70)

Skalenwerte: M = 3.29, SD = .68, N = 182

staatl. Träger: M = 3.30, SD = .67, N = 40 // freie Träger: M = 3.29, SD = .69, N = 142

Fachliche Unterstützer der Prestataires (21.94 %)

Die Rolle wird nur teilweise bis eher nicht erfüllt.

Items und Faktorladung

- Überprüfung bzgl. formaler Anforderungen (.80)
- Fachliche Überprüfung (.76)
- Stärkung der Sicherheit für Professionelle (.71)
- Unterstützung bei der Dokumentation (.67)
- Erleichterung der Arbeit für Prestataires (.60)

Skala (5 Items): Cronbach'a $\alpha = .79$ (M = 2.60, Item Varianz: 1.09)

Höchste Item-Total-Korrelation: - Stärkung der Sicherheit für Professionelle (.66)

Skalenwerte M = 2.61, SD = .76, N = 180

staatl. Träger: M = 2.80, SD = .76, N = 40 // freie: M = 2.56, SD = .76, N = 140

Verwalter von Geldern und Heimplätzen (12.81 %)

Die Rolle wird eher nicht erfüllt.

Items und Faktorladung

- Genehmigung von Geldern (.80)
- Verteilung von Heimplätzen (.77)

Skala (2 Items): Cronbach'a $\alpha = .76$ (M = 2.13, Item Varianz: 1.31)

Korrelation: $r = .61$ ($p < .001$)

Skalenwerte: M = 2,13 SD = .1.07, N = 168

staatl. Träger: M = 2.30, SD = 1.08, N = 37 // freie Träger: M = 2.08, SD = 1.06, N = 131

Bewertung einzelner Items

Teils-Teils-Zuschreibungen:

- Ein CPI fördert die Beteiligung der Bénéficiaires an der Planung und Gestaltung von Hilfen. (M = 3.42, SD = .90, N = 176) (staatl.: M = 3.37, SD = .79, N = 38 // freie: M = 3.43, SD = .93, N = 138)
- Ein CPI eröffnet Familien, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen frühen, einfachen Zugang zu Hilfen (mesures d'aide). (M = 3.36, SD = .99, N = 169) (staatl.: M = 3.43, SD = .90, N = 37 // freie: M = 3.34, SD = 1.02, N = 132)
- Ein CPI sorgt dafür, dass eine fachliche Einschätzung des Hilfebedarfs (besoins) eines Bénéficiaires gelingt. (M = 3.33, SD = .96, N = 177) (staatl.: M = 3.34, SD = .82, N = 38 // freie: M = 2.70, SD = 1.0, N = 139)
- Ein CPI fördert Kooperation zwischen den unterschiedlichen Prestataires der Kinder- und Familienhilfe. (3.29, SD = 1.01, N = 171) (staatl.: M = 3.41, SD = 1.01, N = 37 // freie: M = 3.25, SD = 1.01, N = 134)
- Ein CPI sorgt für Sicherheit für Kinder / Jugendliche / junge Erwachsene. (M = 3.24, SD = .97, N = 170) (staatl.: M = 3.08, SD = .92, N = 40 // freie: M = 3.29, SD = .98, N = 130)
- Ein CPI kontrolliert die Prestataires bezüglich formaler Anforderungen. (M = 2.83, SD = 1.07, N = 163) (staatl.: M = 3.11, SD = 1.01, N = 35 // freie: M = 2.76, SD = 1.05, N = 128)
- Ein CPI erleichtert dem Prestataire die Arbeit mit den Familien. (M = 2.82, SD = .98, N = 177) (staatl.: M = 2.92, SD = .81, N = 39 // freie: M = 2.79, SD = 1.03, N = 138)
- Ein CPI unterstützt die Prestataires bei der Dokumentation. (M = 2.57, SD = 1.06, N = 170) (staatl.: M = 2.78, SD = 1.08, N = 37 // freie: M = 2.51, SD = 1.05, N = 133)
- Ein CPI entwickelt die Professionalität von Sozialarbeit / Sozialpädagogik in der Kinder- und Familienhilfe. (M = 2.52, SD = 1.06, N = 164) (staatl.: **M = 2.82**, SD = 1.09, N = 38 // freie: M = **2.44**, SD = 1.04, N = 126)
- Ein CPI übt Zwang und Kontrolle über Familien aus. (M = 2.50, SD = .96, N = 174) (staatl.: M = 2.51, SD = 1.10, N = 39 // freie: M = 2.76, SD = .92, N = 136)
- Ein CPI genehmigt Gelder. (M = 2.45, SD = 1.30, N = 154) (staatl.: M = 2.57, SD = 1.27, N = 35 // freie: M = 2.42, SD = 1.32, N = 119)

Im Mittel am wenigsten werden den CPIs folgende Rollen zugeschrieben:

- Ein CPI sorgt für Sicherheit für Professionelle. (M = 2.40, SD = 1.02, N = 165) (staatl.: **M = 2.65**, SD = .92, N = 37 // freie: **M = 2.33**, SD = 1.04, N = 128)
- Ein CPI überprüft die Fachlichkeit der Prestataires. (M = 2.37, SD = 1.03, N = 160) (staatl.: **M = 2.74**, SD = 1.14, N = 34 // freie: M = **2.27**, SD = .98, N = 126)
- Ein CPI verteilt freie Heimplätze. (M = 1.80, SD = .96, N = 152) (staatl.: M = 1.91, SD = .97, N = 34 // freie: M = 1.77, SD = .96, N = 118)

5.2.3. Schwierigkeiten der Hilfeplanung

Schwierigkeiten in der Hilfeplanung Einschätzungen der Professionellen in absteigender Bedeutung	
<i>Stimmen „eher“ zu:</i>	
1.	Es werden sensible Informationen über die Familie an eine für die Familie anonyme Stelle (ONE) weitergegeben. Dies steht im Konflikt mit dem secret professionnel. (M = 3.79, SD = 1.21, N = 139) (staatl.: M = 3.26, SD = 1.33, N = 19 // freie: M = 3.88, SD = 1.18, N = 120)
2.	Es fehlt an Geld: Notwendige Tätigkeiten zur Förderung der Partizipation können nicht abgerechnet werden. (M = 3.73, SD = 1.21, N = 124) (staatl.: M = 3.20, SD = 1.15, N = 15 // freie: M = 3.80, SD = 1.20, N = 109)
3.	Es fehlt an Zeit: z. B. für Gespräche mit Familienmitgliedern. (M = 3.65, SD = 1.20, N = 139) (staatl.: M = 3.48, SD = 1.12, N = 21 // freie: M = 3.69, SD = 1.22, N = 118)
4.	Professionelle haben unklare bzw. unterschiedliche Verständnisse von Partizipation (Beteiligung). (M = 3.46, SD = .99, N = 129) (staatl.: M = 3.60, SD = 1.10, N = 20 // freie: M = 3.43, SD = .98, N = 109)
5.	Konflikte innerhalb der Familie (z. B. zwischen getrennten Eltern, zwischen Eltern und den Jugendlichen). (M = 3.46, SD = .93, N = 135) (staatl.: M = 3.43, SD = 1.08, N = 21 // freie: M = 3.46, SD = .90, N = 114)
<i>Stimmen „teils-teils“ zu:</i>	
6.	Die Rollen und Aufgabenteilung zwischen ONE, Service CPI und Prestataires sind unklar. (M = 3.43, SD = 1.09, N = 136) (staatl.: M = 3.50, SD = .95, N = 20 // freie: M = 3.41, SD = 1.11, N = 116)
7.	Die Eltern sind uneinsichtig und kooperieren nicht (z. B. sie verstehen den Bedarf ihres Kindes nicht, erscheinen nicht zu Terminen). (M = 3.12, SD = 1.04, N = 137) (staatl.: M = 3.45, SD = 1.23, N = 20 // freie: M = 3.07, SD = 1.0, N = 117)
8.	Die Eltern müssen das Dokument (FG 2) unterschreiben. (M = 3.07, SD = 1.35, N = 136) (staatl.: M = 2.79, SD = 1.44, N = 19 // freie: M = 3.11, SD = 1.33, N = 117)
9.	Die finanzielle Beteiligung der Eltern („participation financière“). (M = 3.02, SD = 1.29, N = 119) (staatl.: M = 2.94, SD = 1.39, N = 17 // freie: M = 3.03, SD = 1.28, N = 102)
10.	Das Formular zum Projet d’Intervention (FG 2) ist kompliziert. (M = 3.01, SD = 1.20, N = 139) (staatl.: M = 3.00, SD = 1.03, N = 20 // freie: M = 3.02, SD = 1.24, N = 119)
11.	Das Kind / der Jugendliche / die junge Erwachsene kann sich nicht ausdrücken (z. B. weil sie/er sehr jung, wenig gebildet, „handikapt“ ist). (M = 2.70, SD = 1.01, N = 137) (staatl.: M = 2.55, SD = 1.05, N = 20 // freie: M = 2.73, SD = 1.01, N = 117)
12.	Die Kooperation unter den Professionellen ist schwierig (z. B. verschiedene professionelle Hintergründe und Fachsprachen, unklare Rollen, Sprachbarrieren). (M = 2.69, SD = .95, N = 137) (staatl.: M = 2.75, SD = 1.07, N = 20 // freie: M = 2.68, SD = .94, N = 117)
13.	Die Beteiligten (Familie, Fachkräfte) sprechen unterschiedliche Sprachen (z. B. Luxemburgisch, Französisch, Portugiesisch) und können sich deshalb nicht verständigen. (M = 2.57, SD = 1.02, N = 138) (staatl.: M = 2.76, SD = 1.04, N = 21 // freie: M = 2.54, SD = 1.02, N = 117)
14.	Die Eltern können sich nicht ausdrücken (z. B. weil sie wenig gebildet, „handikapt“ sind). (M = 2.51, SD = 1.05, N = 138) (staatl.: M = 2.38, SD = .97, N = 21 // freie: M = 2.54, SD = 1.06, N = 117)
<i>Stimmen eher nicht zu:</i>	
15.	Es fällt schwer, als Fachkraft einen klaren Standpunkt bzgl. des Schutzes eines Kindes / Jugendlichen zu vertreten (z. B. Gefährdung konkret zu benennen). (M = 2.41, SD = .99, N = 138) (staatl.: M = 2.50, SD = .95, N = 20 // freie: M = 2.40, SD = 1.0, N = 118)
16.	Eltern können aus guten Gründen nicht an der Hilfeplanung teilnehmen (z. B. Erkrankung, Aufenthalt im Ausland). (M = 2.38, SD = .92, N = 131) (staatl.: M = 2.16, SD = .60, N = 19 // freie: M = 2.42, SD = .96, N = 112)
17.	Professionelle und Bénéficiaires können sich aufgrund unterschiedlicher Hintergründe (z. B. Fachsprache der Professionellen, Unterschiede in Kultur/Milieu) nicht verständigen. (M = 2.35, SD = .89, N = 138) (staatl.: M = 2.50, SD = .83, N = 20 // freie: M = 2.32, SD = .91, N = 118)
18.	Es ist schwierig, das Gespräch in der réunion de concertation zu leiten (z. B. zu strukturieren, moderieren, ...). (M = 2.34, SD = .87, N = 125) (staatl.: M = 2.50, SD = 1.21, N = 16 // freie: M = 2.32, SD = .82, N = 109)
19.	Bénéficiaires und Professionelle finden keine gemeinsamen Ziele. (M = 2.28, SD = .79, N = 138) (staatl.: M = 2.29, SD = .64, N = 21 // freie: M = 2.28, SD = .82, N = 117)

Ergebnisse der Faktorenanalyse

Faktorname	Items mit höchster Ladung (in Klammer)
1 Anforderungen an die Kooperation mit den Eltern	Die Eltern sind uneinsichtig und kooperieren nicht (z. B. sie verstehen den Bedarf ihres Kindes nicht, erscheinen nicht zu Terminen). (.84) Konflikte innerhalb der Familie (z. B. zwischen getrennten Eltern, zwischen Eltern und den Jugendlichen). (.66) Die Eltern können sich nicht ausdrücken (z. B. weil sie wenig gebildet, „handikapiert“ sind). (.55) Bénéficiaires und Professionelle finden keine gemeinsamen Ziele. (.50) Eltern können aus guten Gründen nicht an der Hilfeplanung teilnehmen (z. B. Erkrankung, Aufenthalt im Ausland). (.34) (Das Kind / der Jugendliche / die junge Erwachsene kann sich nicht ausdrücken (z. B. weil sie/er sehr jung, wenig gebildet, „handikapiert“ ist).) (.51)
	Eigenwert nach Rotation: 12.22 % Skala: Cronbachs $\alpha = .68$ (5 Items), M = 2.75 , SD = .63, N = 140 Skala staatl.: M = 2.74, SD = .61, N = 21 // freie: M = 2.75, SD = .64, N = 119
2 Administrative und praktische Herausforderungen	Das Formular zum Projet d'Intervention (FG 2) ist kompliziert. (.77) Es werden sensible Informationen über die Familie an eine für die Familie anonyme Stelle (ONE) weitergegeben. Dies steht im Konflikt mit dem secret professionnel. (.76) Es fehlt an Geld: Notwendige Tätigkeiten zur Förderung der Partizipation können nicht abgerechnet werden. (.63) Es fehlt an Zeit: z. B. für Gespräche mit Familienmitgliedern. (.52)
	Eigenwert nach Rotation: 12.03 Skala: Cronbachs $\alpha = .68$, M = 3.53 , SD = .86, N = 142 Skala staatl.: M = 3.27, SD = .81, N = 21 // freie: M = 3.57, SD = .86, N = 121
3 Kinderschutz herstellen	Es ist schwierig, das Gespräch in der réunion de concertation zu leiten (z. B. zu strukturieren, moderieren, ...). (.83) Es fällt schwer, als Fachkraft einen klaren Standpunkt bzgl. des Schutzes eines Kindes / Jugendlichen zu vertreten (z. B. Gefährdung konkret benennen). (.64) Das Kind / der Jugendliche / die junge Erwachsene kann sich nicht ausdrücken (z. B. weil sie/er sehr jung, wenig gebildet, „handikapiert“ ist). (.52)
	Eigenwert nach Rotation: 10.78 Skala: Cronbachs $\alpha = .61$, M = 2.50 , SD = .76, N = 140 Skala staatl.: M = 2.55, SD = 1.00, N = 21 // freie: M = 2.49, SD = .72, N = 119
4 Barrieren der Sprache	Die Beteiligten (Familie, Fachkräfte) sprechen unterschiedliche Sprachen (z. B. Luxemburgisch, Französisch, Portugiesisch) und können sich deshalb nicht verständigen. (.84) Professionelle und Bénéficiaires können sich aufgrund unterschiedlicher Hintergründe (z. B. Fachsprache der Professionellen, Unterschiede in Kultur/Milieu) nicht verständigen. (.77)
	Eigenwert nach Rotation: 10.18 Skala: $r = .63$, M = 2.46 , SD = .87, N = 139 Skala staatl.: M = 2.60, SD = .89, N = 21 // freie: M = 2.44, SD = .87, N = 118
5 Professionelle Kooperation	Die Rollen und Aufgabenteilung zwischen ONE, Service CPI und Prestataires sind unklar. (.70) Professionelle haben unklare bzw. unterschiedliche Verständnisse von Partizipation (Beteiligung). (.69) Die Kooperation unter den Professionellen ist schwierig (z. B. verschiedene professionelle Hintergründe und Fachsprachen, unklare Rollen, Sprachbarrieren). (.67)
	Eigenwert nach Rotation: 9.51 Skala: Cronbachs $\alpha = .66$, M = 3.18 , SD = .79, N = 140 Skala staatl.: M = 3.30, SD = .89, N = 21 // freie: M = 3.15, SD = .78, N = 119
6 Administrativ geregelte Elternbeteiligung	Die finanzielle Beteiligung der Eltern („participation financière“). (.78) Die Eltern müssen das Dokument (FG 2) unterschreiben. (.55)
	Eigenwert nach Rotation: 8.55 Skala: $r = .28$, M = 3.06 , SD = 1.11, N = 137 Skala staatl.: M = 2.78, SD = 1.30, N = 20 // freie: M = 3.11, SD = 1.07, N = 117

